REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 380 · 1.7.1995

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 42 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Richtigstellung! Dementi! Betr.: "Ärger für PDS-Kritiker" - At., ga., gg., Js., KM - Mitglieder der ak-Redaktion
2. In eigener Sache. Neues in Sachen ak ./. Gremliza
3. 18. August 1995: Mumias Hinrichtung? - mi.
4. Rückübernahmeabkommen: Verschlankung der Menschenrechte - Albrecht Maurer
5. Gefoltert, ausgeraubt, bedroht. Vietnamesische ZigratettenhänderlerInnen ausgeraubt - Peter Nowak
6. Das Militär als "ultima ratio" der Politik? - he., Hamburg
7. Das Menschenrecht auf Asyl wiederherstellen! Die inhumane Abschiebehaft abschaffen! - Aufruf des Kom. f. Grundrechte u. Demokratie
8. Keine Kriegseinsätze der Bundeswehr. Ulrich Hentschel auf der Auftakt-Kundgebung der Kirchentagsdemo
9. Geheimverhandlungen und Tumulte. Bundesregierung und Sudentendeutsche setzen Tschechien unter Druck - Bürokollektiv Ulla Jelpke
10. Zur falschen Zeit am falschen Ort. Bundesweite Hausdurchsuchungen gegen Linke - ga.
11. BUKO: Angekommen in den 90er Jahren? Interview mit Karl Rössel zu Perspektiven der Internationalismusbewegung
12. Denken und Differenz. Feminismus und Postmoderne - Christina Thürmer-Rohr
13. Weltfrauenkonferenz: Mit eckigen Klammern unterwegs nach Peking - ASt
14. Ein vergessener Konflikt. Die befreiten Gebiete Irak.-Kurd. und der Widerstand gegen Saddam Hussein - T. Uwer/M. Roddewig, WADI
15. Invasionsarmee wird zum "Beobachter". Irakisch-Kurdistan nach dem türkischen Einmarsch - Carl Bolko, WADI e.V.
16. Chiapas: Widerstand und Krieg niedriger Intensität. Interview mit Lorenzo Vásquez Vásquez - Boris Alexander, Juan Chicoy
17. Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz. Chiles Sozialpolitik ... - Norbert Glaser
18. Der Anwalt der Süchtigen - Berlusconi eint das Fernsehvolk - Js.
19. Front National erobert Rathäuser - Christoph Schnell
20. Ausländer sind Opfer von Mißhandlung und Folter. amnesty international berichtet über -polizeiliche Übergriffe in der BRD
21. "Wir wollen etwas ändern." Greenpeace, Shell und die Presse - ga.
22. Das Hauptziel ist einschüchtern. Prozeß gegen Nürnberger Antifaschistin - St., Nürnberg
23. ak-Serie: Kapitulation und Befreiung, Teil 7 - Editorial
24. Gedenkjahr 1995 - eine erste Bilanz - Js.
25. "Diese Verbrechen kennen keine Vergebung ..." Internationales Hearing zum 50. Jahrestag der Befreiung - 2. Teil - mb., Berlin
26. Vergessene Opfer - Js.
27. "Bilder, die so leise sind, das sie einen anschreien". Fotografien aus Konzentrationslagern von Erich Hartmann - Matthias Reichelt
28. Massaker an Wehrlosen. Wehrmachtsverbrechen in Italien - Buchvorstellung - Js.
29. Deutsche Militärtraditionen. Nazi-Generaloberst Dietl als Leitfigur der Bundeswehr - Js.
30. Gedenkhaus Neuengamme
31. Die Deutsche Burschenschaft in Eisenach: Bundesregierung ehrt Rechtsextremisten - Bürokollektiv Ulla Jelpke/BuTa-Gruppe PDS
32. Gutschriften für die Klimasünder - Anke Herold, Robin Wood
33. Global & lokal handeln! Das Klima-Bündnis europäischer Städte mit den idigenen Völkern des Regenwaldes - hhH, Berlin
34. Böser Geist oder marxistisches Gewissen der Partei? Gruppe der 38 bildet Marxistisches Forum in der PDS - kuk

35. Marxisten und "jüdische Frage". Jüdische Studien bei Decaton - Sammelrezension - Klaus Mellenthin
36. "Die Rache der Sowjets". Werner Pirker über das politische System im postkommunistischen Rußland - Buchvorstellung - Bernhard Schmid
37. Eine sanfte Verstörung zwischen Erde und Himmel. Die Verhüllung des Reichstagsgebäudes - ge./Hamburg
38. Quelldatei 08.htm
39. Quelldatei 17bu.htm
40. Quelldatei 28.htm
41. Quelldatei 32.htm
42. Quelldatei post.htm

1. Richtigstellung! Dementi! Betr.: "Ärger für PDS-Kritiker"

Autor: At., ga., gg., Js., KM - Mitglieder der ak-Redaktion · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:30

Aufmerksamen ak-LeserInnen verraten wir kein Geheimnis: In der ak-Redaktion gibt es Streit, ausgelöst durch kuks Artikel "Exorzismus in der PDS" (ak 377). "Elefant im Porzellanladen" überschreibt kuk seine Erwiderung auf Claudia Gohdes und Heini Eckhoffs Kritiken in ak 379. Selbstkritisch ist das nicht gemeint.

kuks Artikel beginnt mit den Sätzen: "Ich war gewarnt: ‚Wer die PDS im ak kritisiert, bekommt Ärger.` Dies prophezeite mir ein Kollege ..." Dieser Anfang war - vor der Veröffentlichung des Artikels - von mehreren Redaktionsmitgliedern als unwahr und beleidigend kritisiert worden. Für kuk war das bedauerlicherweise kein Anlaß, eine Änderung vorzunehmen. Damit ist genau die Situation eingetreten, die wir vermeiden wollten: Entweder reagieren wir mit einer erneuten Richtigstellung (und nerven damit das Publikum weiter); oder wir lassen die Behauptung unwidersprochen stehen (und erkennen de facto an, daß sie die Wahrheit ist).

Nach längerem Hin- und Herüberlegen haben wir uns für den Weg entschieden, den wir für das kleinste Übel halten. D.h. wir führen die von vornherein verunglückte Debatte um den "Exorzismus ..." etc. nicht weiter, widersprechen aber mit Nachdruck der Behauptung: "Wer die PDS im ak kritisiert, bekommt Ärger ..." Wir betrachten diese Darstellung als persönliche Beleidigung und Herabwürdigung unserer - zugegebenermaßen verbesserungswürdigen - Redaktionstätigkeit.

Nicht nur in der Redaktion, sondern auch in der KB-Mehrheit gehen die Meinungen über die PDS nach wie vor weit auseinander. Da das so ist, haben wir auch von vornherein auf den Versuch verzichtet, einen Wahlaufruf zugunsten der PDS zu vereinheitlichen. Weder sind bisher PDS-kritische Artikel von der Redaktion unterdrückt worden, noch wurde in diese Artikel entschärfend "hineinredigiert".

Der von kuk zitierte "Kollege", J./Westberlin, der von 1992 bis 1994 ak-Redakteur war, hat sich genau zweimal Kritik an seinen Artikeln über die PDS gefallen lassen müssen. Der eine Fall, der nur mittelbar mit der PDS zu tun hatte (über Klaus Croissant und die "Bündnispartnerin DDR"), ist in ak 350 und 351 nachlesbar; der zweite wurde mündlich auf einer Redaktionssitzung abgehandelt: seine in einem Artikel über eine VSP-Konferenz versteckte Kritik an ehemaligen KB-Mitgliedern wegen ihrer (mit der KB-Mehrheit) nicht abgestimmten "opportunistischen" Politik in der PDS.

Im dritten Fall, der dem Autor hätte "Ärger" einbringen können (oder müssen), lagen die Dinge ganz anders: Sein Artikel über "PDS und Nationalismus" (ak 369) hatte stark apologetische Züge. Insbesondere der Hinweis, linke Politik müsse "einen großen Teil der Menschen ‚rechts` abholen", halten wir in diesem Kontext für deplaziert. Schließlich ging es um die grundlegende Frage, ob Linke ein positives Verhältnis zur deutschen Nation haben dürfen (oder gar müssen). Eine eindeutige Antwort gibt der Artikel nicht; die üble Tradition des DDR-Nationalismus, die zu den ostdeutschen Pogromen nach 1989 nicht unwesentlich beigetragen hat, wird nicht einmal erwähnt. Daß wir hier keinen "Ärger" gemacht haben, war, wie sich spätestens jetzt herausstellt, ein schwerer Fehler.

Unsere Anmerkungen mögen manchen als unfaires Nachkarten erscheinen. Angesichts der gegen uns erhobenenen Vorwürfe konnten wir auf eine Richtigstellung aber nicht verzichten.

At., ga., gg., Js., KM

(Mitglieder der Redaktion)

2. In eigener Sache. Neues in Sachen ak ./. Gremliza

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:36

Wie in den vergangenen Ausgaben geschrieben, stöhnen wir derzeit unter einer Last, die uns vom Herausgeber unseres KollegInnenblattes konkret, Hermann L. Gremliza, aufgeladen wurde. Für einen von ihm angezettelten Streit vor Gericht müssen wir insgesamt achteinhalbtausend Märker blechen. Mit Genugtuung verspüren wir jedoch die sich im Lande verbreitende Solidaritätswelle. Ein besonders origineller Beitrag ist jetzt eingegangen:

"Liebe Leute, wir haben im ak von Eurem Ärger mit Konkret und Gremliza im Besonderen gelesen. Nun haben wir in Konkret einen Artikel veröffentlicht. Dafür schuldet Konkret noch immer das Honorar. Da wir aber im Gegensatz zu Konkret nicht den Weg des bürgerlichen Rechtsstaates einschlagen wollen, und wir davon ausgehen müssen, das Honorar nie zu Gesicht zu bekommen, haben wir überlegt, ob wir diesen Anspruch nicht an Euch abtreten. Was haltet Ihr davon?"

Was halten wir davon? Gratulation zu diesem schlitzohrigen Gedanken. Mit Vergnügen bieten wir an, Forderungen dieser Art an unseren Freund bis in Höhe der an uns gestellten Forderung zu übernehmen. Dies wäre eine kleine Umverteilungsaktion, bei der letztlich niemand zu Schaden kommt und sich nur der ärgern muß, der sich ein Extraverdienst ergattern wollte.

In konkret hatte es sich die Redaktion nicht verkneifen können, einem empörten Leser, der einen Kaufboykott ankündigte, rund zu machen. Das fordert jetzt weitere Konsequenzen. In einem Brief heißt es: "Sehr geehrter Herr Polemiker, mit ziemlichem Interesse las ich ‚von konkret` Ihrer laufenden Ausgabe. Ein Leserbrief, den Sie so zerreißen, muß ja nun ein wichtiges bzw. heikles Thema ansprechen.

Zwischenzeitlich habe ich mich über die Hintergründe kundig gemacht. Ich muß sagen: Ich teile das Entsetzen des Mannes aus Neukölln! Auch, weil Konkret selbst mit Verdrehungen und Wortklaubereien arbeitet. Der Hauptinhalt der vom AK gebrachten Meldung war ja wohl nicht, daß Gremliza seine Arbeit für Konkret aufgebe, sondern daß er Herausgeber der Jungen Welt werde. Diese Nachricht habe ich in anderen Medien ebenfalls gelesen. Und auch dort erschien keine Gegendarstellung.

Mich interessiert nicht das Verhalten der AK-Herausgeber. Die Gegendarstellung nicht zu drucken, war kindisch und dumm.

Wegen dieser Verweigerung aber vor Gericht zu ziehen ist schlimmer. Hier scheint sich der Ritter des linken Grals allein dadurch angegriffen zu fühlen, daß neben ihm noch jemand eine linke Publikation macht. Und schon die Herren Heiligkeiten in Rom haben auf Nebenbuhler mit der Inquisition reagiert.

Auch ich werde Konkret, die ich ebenfalls am Kiosk kaufte, in Zukunft liegenlassen. Außerdem fordere ich Sie auf, die 5500,- DM nicht mehr einzufordern bzw. sie zurückzuerstatten."

Nur eine kritische Anmerkung sei uns gestattet: Wir hatten uns seinerzeit gar nicht geweigert, eine Gegendarstellung zu veröffentlichen. Geweigert hatten wir uns, einen Widerruf zu veröffentlichen, bei dem der Eindruck hätte entstehen müssen, daß wir uns die Geschichte über Hermann L. Gremlizas Engagement bei der "Jungen Welt" von vorn bis hinten zusammengelogen hätten. Wir veröffentlichten einen Widerruf der tatsächlich falschen Behauptungen, informierten jedoch gleichzeitig über die richtigen Zusammenhänge.

Zu guter Letzt hier die Solidarität in Mark und Pfennig. Bei uns eingegangene Spenden mit dem Vermerk "HLG-Prozeß"

M.H., Tübingen 500,00

K.H., Winsen 100,00

R.K., Berlin 100,00

B.F., Stade 200,00

Summe 900,00

bisher 1396,00

insgesamt 2296,00

3. 18. August 1995: Mumias Hinrichtung?

Autor: mi. · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:13

Am 1. Juni 1995 hat der Gouverneur des US-Bundesstaats Pennsylvania den Hinrichtungsbefehl gegen Mumia Abu-Jamal unterzeichnet und die Exekution auf den 17. August um 22 Uhr (BRD-Zeit: 18. August, 4 Uhr) datiert. Zwar zeigte sich Jamals Anwalt in einem Interview mit der "Jungen Welt" (6.6.95) zuversichtlich, daß das anvisierte Hinrichtungsdatum auf juristischem Weg noch hinausgezögert werden kann, aber die Unterschrift des Gouverneurs signalisiert dennoch eine dramatische Eskalation in der politischen und juristischen Auseinandersetzung um das Leben des afro-amerikanischen Journalisten.

Mit dem Hinrichtungsbefehl kam Gouverneur Thomas Ridge einem Antrag Jamals auf einen neuen Prozeß um wenige Tage zuvor. Nach monatelangen Ermittlungen reichte Jamals Rechtsanwalt Len Weinglass am 5. Juni beim zuständigen Gericht in Philadelphia einen 300seitigen Antrag ein, der eine detaillierte Liste der Fehler und Manipulationen bei der Beweisaufnahme und dem ersten Prozeß 1982 enthält. Die Einführung faßt zusammen: "Antragsteller Jamal wurde für ein Verbrechen verurteilt, das er nicht begangen hat, und zum Tode verurteilt für seine politische Auffassung und Geschichte" (siehe Kasten). Gleichzeitig beantragte Weinglass eine Aussetzung des Hinrichtungsbefehls.

Der weitere juristische Gang der Dinge läßt sich nur schwer vorhersagen. Zunächst muß sich entscheiden, welche/r Richter/in über den Wiederaufnahmeantrag befindet. Es besteht die Gefahr, daß derselbe Richter, der Jamal bereits 1982 zum Tode verurteilte, auch über den neuen Antrag entscheidet. Richter Albert Sabo ist ein berüchtigter Todesstrafen-Jurist. Nach Angaben der US-amerikanischen Organisation "Equal Justice USA", die die Unterstützungsarbeit für Jamal koordiniert, hat Sabo während seiner Richterlaufbahn 31 Menschen zum Tode verurteilt - mehr als jede/r andere Richter/in in den USA!

Parallel zu einem Befangenheitsantrag durch Anwalt Weinglass hat "Equal Justice" deswegen eine Kampagne angeleiert, um zu erreichen, daß Sabo den Fall abgibt. Auch in der BRD wird dazu aufgerufen (siehe unten: "Was tun?"). Wenn Sabo (oder ein/e Kollege/in) eine Aussetzung des Hinrichtungstermins ablehnen sollte, bleibt noch der Gang durch drei höhere Instanzen - mit ungewissen Erfolgsaussichten. Als nächstes wird dann über eine Wiederaufnahme des Verfahrens entschieden. Wenn dies gelingt, dann dürfte zumindest das Todesurteil vom Tisch sein - und vielleicht sogar eine Freilassung möglich werden.

Jamals Haftbedingungen

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Hinrichtungsbefehls wurde Jamal in den "Phase 2 Status" verlegt. Wie alle Todeskandidaten unmittelbar vor der Exekution befindet er sich jetzt in einer unmöblierten Zelle, hat keinerlei private Gegenstände mehr, keine Schreibmaterialien, keinen Zugang mehr zur Knastbibliothek, bekommt keine Besuche mehr außer von seinen direkten Angehörigen und AnwältInnen.

Dabei war Jamals Haftsituation schon vorher grausam genug. Dreizehn Jahre Todeszelle bedeutet: dreizehn Jahre Einzelhaft, dreizehn Jahre Besuche nur mit Trennscheibe, etc. Die meiste Zeit verbrachte Jamal in einem Knast ca. drei Autostunden entfernt von seinen nächsten Angehörigen und FreundInnen in Philadelphia. Anfang 1995 wurde er in einen neu eingerichteten Hochsicherheitsknast für Todesstrafen-Gefangene verlegt - acht Autostunden von Philadelphia entfernt.

Essays aus der Todeszelle

Die US-Öffentlichkeit hat bisher von Jamal nur wenig Kenntnis genommen; der Name "Mumia Abu-Jamal" dürfte in der bundesdeutschen Linken fast bekannter sein als in der US-amerikanischen. Dies beginnt sich zu ändern. Mit einer Auflage von 32.500 erschien Anfang Mai im angesehenen US-Verlag Addison-Wesley ein Buch mit 49 politischen Essays, die Jamal während seiner Gefangenschaft geschrieben hat (1). In verschiedenen US-Großstädten finden in diesen Wochen Lesungen statt, in denen prominente SchauspielerInnen, AutorInnen, JuristInnen und ehemalige politische Gefangene Jamals Essays vortragen.

Die bürgerlichen Massenmedien berichteten relativ breit über Buch und Autor - und über die vehementen Proteste, die vor allem von der reaktionären Polizeigewerkschaft FOP ausgehen. Unter anderem rief die FOP zum Boykott von Addison-Wesley auf, weil der Verlag einen "cop-killer" ("Polizistenmörder") in sein Programm aufgenommen habe.

Todesstrafe in den USA

Die Debatte um Jamals Buch wirft ein Schlaglicht auf die politischen Kräfteverhältnisse. Im derzeitigen "Law-and-Order"-Klima haben die allermeisten Todeskandidaten in den US-Knästen wenig Hoffnung auf eine Begnadigung. Es vergeht derzeit kaum eine Woche, in der nicht irgendwo in den USA eine Hinrichtung vollstreckt wird. Vor kurzem wurde im Bundesstaat Illinois ein Mann hingerichtet, für dessen Begnadigung sich selbst Todesstrafen-Befürworter (u.a. der Polizeichef von Chicago) eingesetzt hatten - der Hingerichtete war Analphabet und hatte ein Geständnis unterschrieben, dessen Inhalt er offensichtlich nicht verstanden hatte. Vor zwei Jahren intervenierte sogar der Papst für einen Todeskandidaten in Utah - der Mann wurde trotzdem hingerichtet. Seit der Oberste US-Gerichtshof 1976 die Todesstrafe wieder zugelassen hat, wurden in den USA 286 Todesurteile (Stand 22.6.95) vollstreckt. Der "Supreme Court" und der US-Kongreß (im Einklang mit Präsident Clinton, der sich schon im Wahlkampf 1992 mit den Todesurteilen brüstete, die er als Gouverneur von Arkansas vollstrecken ließ) schränken die Berufungsmöglichkeiten für zum Tode Verurteilte immer weiter ein. Die Zahl der Hinrichtungen pro Jahr wird in den kommenden Jahren noch drastisch zunehmen. Ein weit überproportionaler Anteil der Todeskandidaten ist schwarz - ein besonders krasser Ausdruck der strukturellen Rassismen im US-amerikanischen Justizsystem.

Pennsylvania war bisher in Sachen Todesstrafe noch relativ liberal. Seit 1962 gab es in dem Bundesstaat keine Exekutionen mehr - bis zum 2. Mai diesen Jahres, als auf Anweisung des neugewählten republikanischen Gouverneurs Thomas Ridge der erste Gefangene hingerichtet wurde. (Der Getötete war durch zehn Jahre in der Todeszelle so zugrundegerichtet, daß er auf weitere Rechtsmittel verzichtet und selbst um seine Hinrichtung gebeten hatte.) Ridge hatte sich im Wahlkampf als "Kopf-ab"-Kandidat profiliert.

Damit scheint auch in Pennsylvania die bisherige Hemmschwelle überschritten zu sein. Gouverneur Ridge hat inzwischen insgesamt 15 Hinrichtungsbefehle unterzeichnet. Im August sollen in Pennsylvania drei weitere Exekutionen (außer Jamal) ausgeführt werden: Am 15., 29. und 31. Insgesamt befinden sich in dem Bundesstaat derzeit 189 Menschen in den Todestrakten.

Jamal hat noch weitaus "schlechtere Karten" als die meisten anderen Todeskandidaten. Er hat nicht nur das allgemeine "Law-and-Order"-Klima gegen sich, sondern auch eine gut organisierte, einflußreiche Lobby, die sich ganz konkret für seine baldige Hinrichtung einsetzt: die Polizeigewerkschaft. Manche in der FOP würden gern noch draufsatteln. So verlangte der FOP-Chef von Pennsylvania nicht nur einen elektrischen Stuhl für Jamal, sondern eine ganze "elektrische Couch" für seine UnterstützerInnen.

Diese Lobby wird nur durch eine Solidaritätskampagne zu überwinden sein, die noch erheblich breiter und kraftvoller werden muß als bisher. Im Moment bedeutet dies einen Wettlauf mit der Zeit. Kurz nach Bekanntwerden des Hinrichtungsbefehls gab es in mehreren US-Städten Kundgebungen für Jamal. Mit rund fünfhundert Menschen (leider nicht 2.500, wie in der "Jungen Welt" zu lesen war) fand die bisher größte Demonstration am 5. Juni in Philadelphia statt, unmittelbar nachdem Anwalt Weinglass den Wiederaufnahmeantrag eingereicht hatte. Freilich: Die Zahl von 500 Menschen in Jamals Heimatstadt (einer Millionenstadt mit einer aktiven ("multi-rassischen") Linken und schwarz-nationalistischen Bewegung) gibt nicht gerade Anlaß zu überschwenglichen Hoffnungen auf eine beginnende Massenmobilisierung gegen die drohende Hinrichtung.

Die Solidaritätsarbeit in den USA setzt dabei unterschiedliche Schwerpunkte. Manche (u.a. Amnesty International, die Schriftstellervereinigung PEN und kirchliche Gruppen) konzentrieren sich auf die prinzipielle Opposition gegen die Todesstrafe und auf die vielen skandalösen Manipulationen im Prozeß gegen Jamal - und fordern ein rechtsstaatliches Verfahren. Andere betonen Jamals Unschuld und fordern seine sofortige Freilassung. Wieder andere (u.a. ehemalige Mitglieder der Black-Panther-Bewegung) betonen Jamals revolutionäre politische Geschichte und das Bemühen der Justiz, einen Oppositionellen zum Schweigen zu bringen. In einer breiter werdenden Unterstützungsbewegung haben alle diese Ansätze ihre Berechtigung.

Solidarität in der BRD

Die größte internationale Unterstützung kommt aus der BRD (auch in anderen europäischen Ländern, in Japan, in Kanada und in Südafrika - vom ANC und dem Gewerkschaftsdachverband COSATU - gibt es Proteste gegen Jamals Todesstrafe). Nach Bekanntwerden des Hinrichtungsbefehls gab es Anfang Juni in zahlreichen deutschen Städten Protestaktionen mit insgesamt wohl über tausend TeilnehmerInnen, weitere

sind für Juli geplant. Initiiert (und weiterhin getragen) vor allem von Autonomen, ist in den vergangenen drei Jahren in der BRD eine relativ breite Unterstützung für Jamal entstanden. Die Palette der Solidaritätsadressen reicht inzwischen von der IG Medien über zahlreiche Gliederungen von PDS und Bündnis90/Grüne bis zu namhaften KünstlerInnen und Intellektuellen.

Mit einer Petition - unterschrieben von fast 500 AbgeordnetInnen, KünstlerInnen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen und vielen anderen Menschen - wird der Bundesminister des Inneren aufgefordert, Mumia Abu-Jamal sofort politisches Asyl in der BRD zu gewähren.

Die meisten Protestaktionen stellen die zentralen Forderungen:

- Keine Hinrichtung von

Mumia Abu-Jamal!

- Wiederaufnahme seines Verfahrens!

- Freilassung von Mumia Abu-Jamal!

- Abschaffung der Todesstrafe!

mi.

1) "Live from Death Row", 20 Dollar, ISBN 0-201-48319-X - kann auch in der BRD bestellt werden. Mitte Juli erscheint eine deutsche Übersetzung.

Wer ist Mumia Abu-Jamal?

Mumia Abu-Jamal (41) hat eine lange politische Geschichte. Nach seinen Worten wurde er 1968 "in die Black Panther Party hineingeprügelt". Gemeinsam mit drei anderen schwarzen Jugendlichen protestierte er damals als 14jähriger gegen eine Wahlkundgebung des rassistischen Präsidentschaftskandidaten George Wallace in Philadelphia - und wurde von den Umstehenden (einschließlich einiger Polizisten) brutal zusammengeschlagen. Wenig später schloß sich Jamal der revolutionären Schwarzen-Organisation Black Panthers an und arbeitete zeitweise als Journalist für deren Zeitung. Auch nach der blutigen Zerschlagung der Panthers durch das Aufstandsbekämpfungsprogramm ("Cointelpro") des FBI und durch interne Streitigkeiten arbeitete Jamal als Journalist, vor allem für verschiedene Radiosender in Philadelphia. U.a. durch seine polizeikritischen Beiträge wurde er bald in der ganzen Stadt als "voice of the voiceless" ("Stimme der Stimmlosen") bekannt - und bei der Polizei verhaßt.

1978 berichtete Jamal von der polizeilichen Belagerung (wegen eines Räumungsbefehls) gegen die Organisation MOVE, eine schwarze "Zurück-zur-Natur"-Sekte in Philadelphia. Bei einem Schußwechsel wurde ein Polizist getötet - mehrere MOVE-Mitglieder erhielten deswegen langjährige Haftstrafen und befinden sich zum Teil noch heute im Gefängnis. (Eine ähnliche Belagerung gegen ein anderes MOVE-Gebäude endete im Mai 1985 mit einem Blutbad. Um die Bewohner zum Verlassen ihres verbarrikadierten Hauses zu zwingen, wurde von einem Polizeihubschrauber eine Brandbombe abgeworfen. Das Haus brannte vollständig nieder, 13 Menschen - darunter vier Kinder - kamen in den Flammen ums Leben.) MOVE zählt heute zu den aktivsten UnterstützerInnen Jamals.

Das Todesurteil gegen Jamal geht auf einen Vorfall am 9. Dezember 1981 zurück. Durch Zufall kam er vorbei, als sein Bruder gerade von dem Polizisten Daniel Faulkner zusammengeschlagen wurde (Anlaß war ein Verkehrsdelikt). Was dann geschah, ist bis heute ungeklärt. Es kam zu einem Schußwechsel. Am Ende war Faulkner tot, Jamal lag schwer verletzt (Bauchschuß) auf dem Gehweg. Er wurde verhaftet, zusammengeschlagen und wäre beinahe verblutet.

Jamal wurde wegen Polizistenmordes angeklagt. Er soll fünfmal aus nächster Nähe auf Faulkner geschossen haben. Dieser soll - bereits am Boden liegend - sich verteidigt und Jamal in den Bauch getroffen haben. Für diese Version präsentierte die Polizei mehrere Augenzeugen, die allerdings allesamt wegen eigener krimineller Delikte von der Justiz erpreßbar waren.

Andere Augenzeugen, die zu Protokoll gaben, daß ein dritter Mann nach dem Schußwechsel davongerannt war, wurden nicht vor Gericht geladen. Eine Untersuchung ergab, daß Jamals Schußwunde von oben herab

entstand - Faulkner kann also nicht bereits am Boden gelegen haben. Jamals Hände wurden nie auf Schmauchspuren untersucht. Die Liste der Ungereimtheiten und Manipulationen bei der Beweisaufnahme ließe sich fortsetzen.

Selbst wenn Jamal tatsächlich geschossen hätte, wäre unter "normalen" Umständen lediglich eine Verurteilung wegen Totschlags (oder gar ein Freispruch wegen Notwehr zugunsten des Bruders) in Frage gekommen. Um einen angeblichen "Vorsatz" Jamals zu beweisen (die Voraussetzung für Mord), las der Staatsanwalt aus einem Artikel Jamals vor, den er 1970 für die Black-Panther-Zeitung geschrieben hatte. Darin wurde Mao Zedong zitiert: "Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen". Die Logik des Staatsanwalts: Jamal hatte die ganzen Jahre nur darauf gewartet, einen Polizisten umlegen zu können - also "Vorsatz". Die 12köpfige Jury (zehn Weiße, zwei Schwarze) ließ sich überzeugen.

Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung gehörte Jamal keiner revolutionären Organisation an. Seinen Arbeitsplatz als Radiojournalist hatte er (u.a. auf Drängen der Polizei) verloren. Dennoch läßt sich die Genugtuung der Polizisten leicht vorstellen, als sie bemerkten, wer ihnen da im Dezember 1981 ins Netz gegangen war. Der Blutdurst der Justiz gegen Jamal gründet sich in dessen politischer Geschichte. Mit seiner journalistischen Arbeit (u.a. den Essays in "Live from Death Row") ist Jamal seit seiner Verurteilung zu einer der wichtigsten Stimmen gegen die Todesstrafe und den Rassismus der US-Justiz geworden.

Jamal ist derzeit der einzige politische Gefangene in den USA, der von der Todesstrafe bedroht ist. Abgesehen von unzähligen Morden an politischen Oppositionellen (u.a. Mitgliedern der Black Panthers) durch die Polizei, wäre Jamals Hinrichtung die erste juristisch abgesicherte und langfristig angekündigte Ermordung eines politischen Gefangenen seit dem 19. Juni 1953, als die KP-Mitglieder Julius und Ethel Rosenberg wegen angeblicher Atomspionage für die Sowjetunion hingerichtet wurden. Dazu darf es nicht kommen!

Was tun?

1) Faxen. Um zu verhindern, daß der berüchtigte Richter Sabo auch noch über eine Neuaufnahme des Verfahrens entscheidet, sollten so schnell wie möglich Protestfaxe an Sabo und an seinen "Vorgesetzten" Davis geschickt werden. Die Fax-Nummern: Judge Albert Sabo 001-215-563-1623, Judge Legrome Davis 001-215-686-2865.

Möglicher Text: We demand that Judge Sabo withdraw from the case of Mumia Abu-Jamal. Mr. Jamal's applications for a stay of execution and a re-trial cannot be fairly judged by the same judge who sentenced Mr. Jamal to death in the first trial. Yours sincerely... (Wir fordern, daß sich Richter Sabo vom Verfahren gegen J. zurückzieht. J.s Anträge für einen Aufschub der Hinrichtung und für ein neues Verfahren können nicht gerecht beurteilt werden von demselben Richter, der J. bereits im ersten Prozeß zum Tode verurteilt hat.)

2) Demo machen. Am 2. und 3. Juli finden in zahlreichen deutschen Städten Protestaktionen statt. Auch in den USA werden an diesen Tagen Aktionen stattfinden, u.a. eine größere Demo in Philadelphia. Am 3. Juli 1982 wurde des Todesurteil gegen Jamal verkündet. Einzelheiten bitte jeweils vor Ort erfragen.

3) Nochmal Demo machen. Am 22. Juli soll in Berlin eine bundesweite Demonstration stattfinden. Infos bei:

PDS-Büro, Dieffenbachstr. 32, 10967 Berlin, 030/6949254

4) Spenden. Die Soli-Arbeit kostet Geld. Sonderkonto Kampagne, Nr. 100 587 7602 bei der Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 290 101 11.

5)Vernetzen. Wer über eine E-Mail-Adresse verfügt, kann sich beim "Emergency Response Network" der Mumia-Unterstützungs-Organisation "Equal Justice USA" einklinken. Internet-Adresse: quixote@igc.apc.org.

6) Nicht locker lassen. Kontaktadressen für Infomaterial, Unterschriftenlisten und Aktionsvorschläge:

Kampagne Mumia Abu-Jamal, c/o Archiv 92, Postfach 150323, 28093 Bremen Tel. 0421/354029, Fax: 353918.

Komitee "Right On", c/o Papiertiger, Cuvrystr. 25, 10999 Berlin. Fax: 030/7869984.

Unterstützungskomitee Mumia Abu-Jamal, c/o Infoladen, Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden. Tel. 0611/440664, Fax: 0611/302083.

4. Rückübernahmeabkommen: Verschlankung der Menschenrechte

Autor: Albrecht Maurer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:26

Auf seiner Tagung am 29./30. November 1993 hat der Rat der Justiz- und Innenminister der EU beschlossen, daß "in geeigneten Fällen ein Zusammenhang zwischen Europaabkommen, Assoziationsabkommen und Kooperationsabkommen und der Rückübernahmepraxis bei den Drittstaaten hergestellt werden soll" (Bericht des BMI über die innenpolitische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union und der Schengener Vertragsstaaten, 4/94).

Mit diesem Beschluß - auch wenn er laut Bericht auf eine belgische Initiative zurückgeht - wurde die Praxis v.a. der BRD, mit sogenannten Rückübernahmeabkommen die Schlupflöcher zu schließen, die Reisewegeüberprüfung, Drittstaatenregelung, Konzeption der verfolgungsfreien Herkunftsländer noch gelassen haben, zu europäischem Standard gemacht.

Bereits ein Jahr später einigte sich der Rat auf einen gemeinsamen Musterentwurf für "bilaterale Rückübernahmeabkommen." Gleichzeitig wurde mit der Verallgemeinerung dieser Praxis eine neue Stufe der Rausschaffungspolitik der Westeuropäer angepeilt: die Abkommen sind gemacht für die Abschiebung ganzer Kontingente, d.h. für Massenabschiebungen bestimmter Flüchtlings- oder MigrantInnengruppen, sofern man ihnen irgendwie den Stempel "Illegale" aufdrücken kann. Im Kern sind es Deportationsabkommen.

Diese Abkommen stehen auch für die Verlotterung der internationalen Beziehungen und (menschen-)rechtlicher Grundsätze. Beispiele hierfür sind die Abkommen mit der Türkei in Sachen "Rückführung" von KurdInnen oder mit Vietnam. Rechtliche und politische Probleme mit den "Partnerländern" werden durch den Abschluß von solchen Sonderabkommen unterlaufen und mit Finanzspritzen schmackhaft gemacht.

Die "Rückübernahmepolitik" trägt damit schon deutliche Züge eines staatlich organisierten Menschenhandels. Diese Art des "burden-sharings", durchgesetzt mit politischem Druck und finanziellen Lockangeboten, hat sich als probates Mittel erwiesen, den Export des westeuropäischen, speziell deutschen, Abschottungssystems mit allen sozialen, politischen und ideologischen Konsequenzen zu betreiben und die Nachbarstaaten, einschließlich der weiteren Vorhöfe, in die Kollaboration zu pressen. Die vielpropagierte und vielgewünschte engere Anbindung an die EU bis hin zur Aufnahme wird, sofern das nicht schon in den letzten Jahren gelaufen ist, nur unter der Voraussetzung der Übernahme dieser Politik durch die betreffenden "Drittstaaten" zu haben sein. Mit fast schwärmerischem Unterton erwähnt der eingangs zitierte Bericht des BMI denn auch, daß der "Europäische Rat ... auf seiner Sitzung am 10./11. Dezember 1993 (sich) ebenfalls dafür ausgesprochen (hat), die Möglichkeiten, die nunmehr durch eine bessere Koordinierung der Politik im Bereich Justiz und Inneres und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (!) geboten werden, insbesondere auf dem Gebiet der Rückübernahme von illegalen Einwanderern durch Drittländer, zu nutzen" (BMI-Bericht 4/94).

Alles ganz harmlos, meint dagegen Staatssekretär Lintner in der Bundestagsfragestunde am 18.1.95. Die Abkommen konkretisierten lediglich den schon bestehenden Grundsatz, daß "jeder Staat zur kostenlosen Rücknahme der ausreisepflichtigen eigenen Staatsangehörigen verpflichtet ist".

Mit einigem Recht könnte er dies vielleicht für die alten Abkommen behaupten, wie sie die BRD beispielsweise mit Österreich und der Schweiz seit den sechziger bzw. fünfziger Jahren hat. Diese Abkommen wurden für die heutigen Probleme aber ausdrücklich für unzureichend erklärt.

Die Probleme mit den alten Abkommen für die heutigen Zwecke werden exemplarisch deutlich angesichts der Bestimmung im deutsch-österreichischen Abkommen aus dem Jahre 1961, wonach Personen "formlos" zurückgenommen werden, die "binnen vier Tagen nach Grenzübertritt aufgegriffen wurden." Diese Frist ist für die heutige Situation viel zu kurz, und so sieht z.B. das deutsch-schweizerische Abkommen vom Dezember 1993 einen Zeitraum von einem Jahr vor, innerhalb dessen "formlos" zurückgeschoben werden kann und rückübernommen werden muß.

Lintners Hinweis auf den völkerrechtlichen Grundsatz der Rückübernahme erweist sich aber vor allem vor dem historisch-politischen Hintergrund der Entstehung der neuen Abkommen als grandiose Täuschung.

Polen, Rumänien, Tschechische Republik ...

Grenzöffnungen im Gefolge des Jahres 1989, kurzfristig fast verwirklichte Reisefreiheit und relativ offene Grenzen brachten das bis dahin an den Ostgrenzen angewandte Instrumentarium zur Grenzkontrolle und der Visumpolitik (wobei ja die realsozialistischen Staaten den größten Teil der Drecksarbeit machten, indem sie die Menschen zurückhielten) durcheinander und machte es unwirksam. Erinnert sei an die beispiellose Überflutungs- und Destabilisierungspropaganda aus dieser Zeit.

Eine ganze Serie von Konferenzen - Wien, Berlin, Budapest, Prag ... - fand in den Folgejahren statt. Westeuropäischer, speziell deutscher Druck sollte die neuen Staaten im Osten einbinden in ein System zur "Verhinderung illegaler Einwanderung", "Kontrolle und Eindämmung der Wanderungsbewegungen" ... und wie die Arbeitstitel alle hießen.

Neben Vereinbarungen im polizeilichen Bereich, Informationsaustausch, Rechtshilfe, Zusammenarbeit u.ä. waren auch multi- und/oder bilaterale Rückübernahmeabkommen Gegenstand der Beratungen. Im März 93 schließlich wurde dieser Trend auch auf die skandinavischen Länder und andere Ostseeanrainer ausgedehnt (zusammengeschlossen im Ostseerat sind Dänemark, BRD, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden und die EG-Kommission). Ständiger Bestandteil dieser Diskussionen waren auch Verpflichtung zur Kontrolle und Sanktionsandrohung gegen Transportunternehmen für den Fall der Nichtdurchführung von Personenkontrollen.

Klar war, daß die Abschaffung des deutschen Asylrechts und die Kombination der vorgesehenen Abschottungsmaßnahmen an den deutschen bzw. westeuropäischen Ostgrenzen die östlichen Nachbarn unter erheblichen Druck gesetzt hatte und diesen noch erhöhen würde, wenn die Maßnahmen zu greifen anfingen.

Unter Federführung der BRD wurde mit dem Abkommen Schengen-Polen der Durchbruch organisiert und die grenzüberschreitende Dynamik des "Rückübernahme- und Durchschubmechanismus" installiert.

Am 1.4.91 trat das Abkommen Schengen-Polen in Kraft. Geregelt ist die "formlose Übernahme" von eigenen oder "Drittstaatsangehörigen", wenn die Aufenthalts- oder Einreisevoraussetzungen nicht (mehr) gegeben sind, sprich: wenn die Leute für illegal erklärt worden sind. In diesem Abkommen taucht auch schon die Zauberformel auf, daß die Staatsangehörigkeit "nachgewiesen" oder eben nur "glaubhaft" gemacht werden muß. Die Belohnung gab es ein halbes Jahr später in Form des Assoziationsvertrages EU-Polen ...

Nach ziemlich heftigen Differenzen über Zahlen und Zahlungen und weiterer politischer Vereinheitlichung auf den genannten Konferenzen wurde im Mai 1993 unter ausdrücklicher Berufung auf die Verpflichtungen aus dem Schengen-Polen Vertrag ein bilateraler Vertrag zwischen der BRD und Polen geschlossen. Dieses Werk heißt "Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit hinsichtlich der Auswirkungen von Wanderungsbewegungen." Mit knapper Not konnte die polnische Seite verhindern, daß ihr sämtliche "Altfälle" aufgehalst wurden. Hinnehmen mußte Polen eine Sechsmonatsfrist, innerhalb der die Menschen zurückgenommen werden müssen. In diesen Vertrag floß auch offiziell erstmals der Beschluß der Budapester Konferenz vom Februar 1993 (Teilnehmer: 34 europäische Staaten auf Ministerebene, Argentinien, Kanada und sieben internationale Organisationen) ein, wonach sich die Staaten bei den Kosten unterstützen sollten:

Polen erhielt für die Jahre 1993 und 1994 120 Millionen DM für "die Verstärkung des Grenzschutzes, für die Verstärkung des Schutzes der öffentlichen Sicherheit und für die Schaffung einer Flüchtlings- und Asylinfrastruktur" (Staatssekretär Lintner am 18.1.95). Die Zahl der im ersten Jahr zurückzunehmenden Personen wurde auf 10.000 kontingentiert. Präzise wird zu diesem Punkt aber festgehalten, daß in diesem Kontingent diejenigen nicht enthalten sind, die unmittelbar an der Grenze abgewiesen werden.

Es geht auch nicht mehr nur um die Rückübernahme "eigener" StaatsbürgerInnen, sondern auch um die, die über die Außengrenze des entsprechenden Partners eingereist sind. Die "Rückübernahme" eigener StaatsbürgerInnen ist erweitert auf die "Durchbeförderung" der "Drittstaatler" - auf diese Weise ist das System der Kettenabschiebungen installiert und das Konzept der "sicheren Drittstaaten", "Erstaufnahmeländer" und "verfolgungsfreien Herkunftsländer" ergänzt. Genauer gesagt: es sind Ausführungsbestimmungen erarbeitet

worden, die die Verantwortung für die Menschen dem jeweils nächsten Land aufbürdet. Unter Hinweis auf die Abkommen kann man dann das Lied von der eigenen Unschuld pfeifen ...

Wie hier hinter den Kulissen geschachert wird, lassen die Ausführungen Lintners zum Vertrag mit der Tschechischen Republik ahnen, der im November 94 geschlossen worden war: "Wegen der nicht vergleichbaren Rahmenbedingungen ist ... ein Betrag von 60 Millionen DM in drei Raten von je 20 Millionen DM für die Jahre 1995 bis 1997 vereinbart worden. Hinsichtlich der letzten Rate für 1997 soll jedoch im Jahre 1996 auf der Grundlage der Zahlen über die illegale Zuwanderung über die Tschechische Republik nach Deutschland für die Jahre 1995 und 1996 geprüft werden, ob für eine Zahlung dieser Rate noch eine Berechtigung besteht." (a.a.O.)

Wieder etwas anders liegt das Finanzproblem im Falle Rumäniens. Das Rückübernahmeabkommen "steht im Kontext mit dem vom Bundesinnenministerium eingeleiteten Rückkehrförderungs- und Reintegrationsprogramm zugunsten rumänischer Asylantragsteller, das aus der vom Bundeskabinett verabschiedeten Flüchtlingskonzeption zur Bekämpfung der Fluchtursachen resultiert." (Der damalige Innenminister Seiters am 24.9.92) Mit dieser Formulierung wird bestritten, daß auch hier die Zustimmung zum Rückübernahmeabkommen selbst erkauft worden ist. Es soll der Eindruck erweckt werden, es werde an Flucht- und Migrationsursachen gearbeitet. Spricht Seiters 1992 immerhin noch vom "Kontext", so läßt sein Nachfolger in der schon angesprochenen Antwort auf die Anfrage der Grünen sagen, daß es "im Zusammenhang mit dem Rückübernahmeabkommen ... keine Vereinbarungen über finanzielle Leistungen der Bundesrepublik Deutschland an Rumänien ..." gab.

Tatsächlich ist der Zusammenhang zwischen den 28 Millionen, die von 1992 bis 1996 für die Ausbildungsprojekte bezahlt werden sollen, und der Zustimmung zur Rückübernahme jedoch kaum zu bestreiten: die Hauptgruppe der rumänischen AsylbewerberInnen, die Roma, ist in diesen Projekten nicht vertreten, und für die Auswahl der Standorte "mag eine Rolle gespielt haben," daß sie in "deutschem Siedlungsgebiet liegen" (K.J. Körner, Direktor des Zentrums in Vladimirescu; Wochenpost 22/93).

Ähnliches kann mensch getrost auch für das Abkommen mit Bulgarien annehmen. Denn auch dazu heißt es von Seiten der Bundesregierung, daß 1992 "ein Pilotprojekt zur Reduzierung der Migration aus Bulgarien vereinbart" worden ist. "Mit einem Kostenaufwand von etwa 30 Millionen DM sollen drei Zentren zur Aus- und Fortbildung von aus Deutschland zurückgekehrten Asylbewerbern und von ortsansässigen bulgarischen Staatsangehörigen geschaffen ... werden".

Soweit zum Prinzip dieser Variante der Rückübernahmeabkommen.

Seit dem Abkommen Schengen-Polen 1991 wurde ein dichtes Netz derartiger Abkommen gewoben, dessen Knoten inzwischen längst nicht mehr nur die unmittelbaren Nachbarstaaten der EU bzw. der BRD erreichen:

- 1990 (genaues Datum unbekannt) Österreich/Rumänien

- 3/91 Schengen-Polen Rückübernahmeabkommen

- 7/91 BRD/damalige CSFR über die Rückübernahme illegal Eingereister. Diese informelle Vereinbarung ist von den Nachfolgestaaten so nicht übernommen worden.

- 9/92 BRD/Rumänien über die Rückübernahme illegal Eingereister

- 3/93 Polen/Slowakische Republik Rückführungs- und Transitabkommen

- 5/93 BRD/Polen Asyl-Rückübernahmeabkommen

- 7/93 Polen/Rumänien Abkommen über Rückführung illegaler rumänischer Einwanderer und aus Deutschland ausge- wiesener Staatsbürger von Polen nach Rumänien

- 8/93 Polen/Tsch. Rep./Slow. Rep./Ukraine/Rumänien Rückführungsabkommen

- 8/93 Polen/Bulgarien Rückübernahmeabkommen über illegale Zuwanderer und die Verpflichtung Bulgariens, aus der BRD nach Polen abgewiesene zu übernehmen

12/93 BRD/Schweiz Rückübernahmeabkommen

- 9/94 BRD/Bulgarien Rückübernahmeabkommen

- 11/94 BRD/Tschechische Republik Rückübernahmeabkommen

- 4/94 BRD/Kroatien Rückübernahmeabkommen

In der Diskussion ist ein derartiges Abkommen mit Algerien. Schon im Januar 1994 "sind Abkommen mit weiteren Staaten, z.B. Vietnam, Rußland, der Ukraine und schwarz-afrikanischen Staaten in Aussicht genommen", wie Kanther in einem Vortrag am 25.1.94 verkündet. Anfang 1995 hat sich dieser Kreis erweitert um Pakistan, Indien und Sri Lanka.

Der alte und neue Innenminister Kanther ist also seinem Ziel, ein "flächendeckendes Netz von Durchführungsregelungen in Europa zu erhalten" (Presseerklärung 9.9.94), schon sehr nahe. Dabei wird mal mehr Gewicht auf die Abschiebung abgelehnter AsylbewerberInnen gelegt, mal mehr betont, daß es um die Eindämmung der illegalen Zuwanderung gehe. Identisch ist jeweils die Möglichkeit, auch ohne genauen Nachweis der Staatsangehörigkeit oder des Reiseweges - hier sind ja noch gewisse Lücken für AsylbewerberInnen und Flüchtlinge - die Rückübernahme, sprich: Abschiebung durchführen zu können. Die Abkommen sollen es erlauben, die Leute "auch ohne gültige Papiere ... zurückzubringen" (Kanther, 25.1.94 in St. Gallen).

Abkommen mit

Rumänien und Vietnam

Die Folgen des Abkommens mit Rumänien sprechen eine deutliche Sprache. Innerhalb von knapp drei Monaten zum Jahreswechsel 1992/93 wurden im Rahmen dieses Abkommens über dreitausend Menschen auf dem Luftweg nach Rumänien gebracht, mindestens einmal pro Woche werden die Transporte von Schönefeld aus gestartet. Die Flüge kann sich die BRD sparen, wenn Kanthers Wunsch nach ebenso flächendeckenden "Durchbeförderungsvereinbarungen" verwirklicht ist (ebda.). Das Beispiel, mit dem er die Notwendigkeit dafür begründet, spricht Bände: ermöglicht werden soll "auch die Rückführung von ausreisepflichtigen Staatsangehörigen aus Restjugoslawien (insbesondere aus dem Kosovo), die derzeit wegen des bestehenden UN-Embargos auf dem Luftweg nach Belgrad nicht möglich ist."

Im Falle Vietnam geht es nach Aussagen der Bundesregierung um 40.000 Menschen "ohne Berechtigung", darunter 10.000 ehemalige Vertragsarbeiter aus der DDR, 20.000 abgelehnte AsylbewerberInnen und 10.000 "illegal Eingereiste" (FR 9.6.95). Die Bundesregierung bietet 100 Millionen DM Entwicklungshilfe, wenn sie bis zum Jahre 2000 "zurückgenommen" werden. Auch hier - ähnlich wie im Falle Polens - liegen dem Schacher auf Seiten Vietnams nicht unbedingt menschenfreundlichere Motive als bei ihren deutschen Partnern zugrunde. Doch das Interesse und damit die Initiative zum Menschenhandel selbst, geht von der BRD aus. Und die vietnamesischen Unterhändler dürften da Recht haben, wo sie darauf bestehen, daß nicht alle der von der BRD als Vietnamesen eingeordneten Menschen auch Vietnamesen sind. Dieser Deal wird allerdings seit Jahren auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen mit allen sozialen und politischen Folgen. Und wenn für Vietnam irgendwann der Preis stimmt oder der Druck zu groß geworden ist, wird es dem "Glaubhaftmachen" der Staatsangehörigkeit von deutscher Seite nichts mehr entgegensetzen ...

Ungeklärte Staatsbürgerschaft

Die deutsche Innenministerkonferenz hat am 19.5.95 in Berlin aber auch schon eine Lösung für diese Probleme "angedacht" und damit den nächsten Schritt zur Legalisierung bisher illegaler Praktiken und zur weiteren Eskalation getan.

"Die IMK beauftragt eine Arbeitsgruppe zu prüfen, ob und inwieweit es möglich ist, in den Fällen ungeklärter Staatsangehörigkeit durch Abschluß von Rückführungsabkommen eine Rückführung auch ohne den Nachweis oder die Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit des betreffenden Staates in einen der Gesamtregion zuzurechnenden Vertragsstaat zu ermöglichen". Nachweis war zu schwierig, Glaubhaftmachung ist zu aufwendig und zudem auch nicht sicher, wie eine Fülle von Beispielen zeigt, bei denen Menschen in die falschen Staaten abgeschoben wurden ... Hat man aber so erst einmal die Maßstäbe und Prinzipien gelockert, aufgeweicht und beliebig gemacht, dann kann man zur Radikalkur schreiten: Aufteilung der Welt in regionale

Rückführungs- und Aufbewahrungsräume für nichtidentifizierbare Flüchtlinge und MigrantInnen durch die "AG Rückführung" der deutschen Innenministerkonferenz.

Türkei

Die vorläufig letzte Variation des Themas Entfesselung der Abschiebepraxis von letzten (menschen-) rechtlichen und humanen Hindernissen legt die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen mit der Türkei vor.

Seit den Newroz-Feiern 1994 wird an einem Abkommen mit der türkischen Regierung gebastelt, das die Abschiebung v.a. kurdischer, aber auch türkischer Oppositioneller mit dem Schein der Rechtmäßigkeit versehen könnte. Obwohl die Türkei nachgewiesenermaßen -zigfach internationale und bilaterale Konventionen und Abkommen bricht oder brechen läßt, glaubt die Bundesregierung allen Ernstes, ein Abkommen mit der türkischen Regierung der Öffentlichkeit als Sicherheit für Abgeschobene verkaufen zu können.

Am 10.3.95 lieferte der türkische Innenminister seine Garantieerklärung für die Abschiebung von türkischen Staatsangehörigen, "die sich an Straftaten im Zusammenhang mit der PKK und anderen Terrororganisationen in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt haben", in Bonn bei Innenminister Kanther ab.

Neben einer Reihe von eigentlich Selbstverständlichem - Wahl des Anwalts z.B. - und der genauen Information der Bundesregierung über die zu erwartende Anklage in der Türkei, heißt es dann unter Punkt 3: "Die Regierung (der Türkei) weist daraufhin, daß allen aus der Bundesrepublik Deutschland abgeschobenen türkischen Staatsangehörigen in Übereinstimmung mit den Vorschriften der türkischen Verfassung und der von der Republik Türkei ratifizierten Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten eine rechtsstaatliche Behandlung zuteil wird ..."

In Punkt 6 wird zur "Eindämmung der illegalen Zuwanderung" aus der Türkei und zur "Bekämpfung des Schlepperunwesens" vorgeschlagen, "intensiv auch durch Austausch von Personal zusammenzuarbeiten". Der Höhepunkt schließlich ist der Vorschlag, einen gemeinsamen Ausschuß Hoher Beamten einzurichten, der alle Fragen "im Zusammenhang mit Abschiebungen und dem Abschiebeverfahren erörtert ..." Auf eine entsprechende Anfrage der PDS im Bundestag antwortet die Bundesregierung: "Die Türkei hat sich stets zu ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen bekannt, unbeschadet der von ihr nicht geleugneten Defizite in der praktischen Einhaltung auf unterer Ebene. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Türkei die in dem Briefwechsel gemachten Zusicherungen einhalten wird."

In der Süddeutschen Zeitung wurde dieser jetzt vollendete Versuch der Legalisierung einer blutigen Komplizenschaft im März 1994 schon völlig richtig kommentiert: "... wenn einmal, aufgrund einer bloßen Zusicherung des Verfolgerstaats, anerkannte Flüchtlinge dorthin zurückverfrachtet werden, dann gibt es keine Halten mehr: Dann werden mit allen Verfolgerstaaten der Erde gleichfalls solche Verträge abgeschlossen."

Albrecht Maurer

Aufrüstung an den Grenzen

und wie "man" daran verdient:

In bilateralen Verhandlungen habe Polen - so die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen - folgende Aufschlüsselung angegeben:

- 38% für die Polizei

- 49% für den Grenzschutz

- 13% für das Flüchtlingsbüro.

In absoluten Zahlen werden bis zum 31.12.94 folgende Ausgaben angegeben:

- 23.080.800 DM für die Polizei

- 43.696.500 DM für den Grenzschutz und

- 745.400 DM für das Büro für Migration und Flüchtlingswesen

Ausgegeben wurden insgesamt 67.522.700 DM, davon 61.288.200 DM für die Beschaffung von Waren. 69,7% der Waren stammen aus deutscher Produktion!

5. Gefoltert, ausgeraubt, bedroht. Vietnamesische ZigratettenhänderlerInnen ausgeraubt

Vietnamesische ZigarettenhändlerInnen in Berlin

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Ausländerpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:24

Am frühen Samstagmorgen des 17.6.95 ist in Berlin ein 37jähriger Vietnamese von einem D-Zug erfaßt und getötet worden - auf der Flucht vor der Polizei. Uniformierte waren zuvor vor dem S-Bahnhof Köpenick auf eine Gruppe von VietnamesInnen zugerannt, die sie des illegalen Zigarettenhandels verdächtigten. Daraufhin liefen die VietnamesInnen in alle Richtungen davon. Einer von ihnen flüchtete parallel zu den Fernbahngleisen und wurde von einem Beamten im Abstand von fünf Metern verfolgt. Der Flüchtende wurde vom Sog eines herannahenden Zug erfaßt und erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er sofort starb. Nach Erkenntnissen der "Reistrommel", eines Freundschaftskreises von Deutschen und VietnamesInnen in Berlin-Marzahn, handelt es sich um den fünften Toten bei Polizeieinsätzen gegen ZigarettenhändlerInnen seit 1993 in Berlin. Zwei Vietnamesen wurden bei der Flucht von Autos tödlich erfaßt, zwei weitere gerieten unter die Räder der S-Bahn.

Die Diktion der Medien-Berichterstattung läßt die Tatsache, daß hierzulande der Verkauf unversteuerter Zigaretten unter Umständen lebensgefährlich ist, zur Nebensache werden. "Polizei schoß in U-Bahnhof" - schlagzeilte die Bild-Zeitung am 6.5.95, und in der Unterzeile hieß es: "Zigarettenhändler in Brust getroffen". Reißerisch geht es weiter: "Der Kampf gegen die vietnamesischen Zigarettenhändler eskaliert: Jetzt pfeifen schon in U-Bahnhöfen die Kugeln." Suggeriert wird ein Bandenkrieg. Doch tatsächlich schoß ein Polizist - angeblich im Handgemenge - dem Vietnamesen in die Brust, der daraufhin lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus kam. Doch es gibt rühmliche Ausnahmen in der Presselandschaft. Ein Journalist der Berliner Zeitung bekam für einen engagierten Artikel über die Polizeimißhandlungen telefonische Morddrohungen. Andere LeserInnen sagten ihm ganz ungeniert am Telefon: "Das sind doch nur "Ausländer".

Monate zuvor machte die Polizei in Berlin und Brandenburg Schlagzeilen. VietnamesInnen, die bei der Jagd auf ZigarettenhändlerInnen festgenommen worden waren, wurden auf Polizeidienststellen mißhandelt und sexuell belästigt. Daß diese seit langem gerüchteweise bekannten Mißhandlungen sogar zur vorläufigen Festnahme von neun Polizeibeamten aus Kreuzberg und Neukölln und zur Suspendierung mehrerer PolizistInnen führten, ist vor allem der "Reistrommel" und ihrer Vorsitzenden Tamara Hentschel zu verdanken. Dank unermüdlicher Pressearbeit und akribischer Dokumentation mußten personelle Konsequenzen gezogen werden - und das trotz massiver Vertuschungsversuche durch den Berliner Senat und die Polizeibürokratie. Im jüngsten Bericht von Amnesty-International werden einige Polizeiübergriffe dokumentiert, die auch aus lateinamerikanischen Militärdiktaturen stammen könnten. 29.1.95, Berlin-Buch: "Augenzeugen berichten, daß am Markt 10-25 junge Männer in Zivil erschienen, deren Outfit den gängigen Vorstellungen von Rechtsradikalen entsprach. Es stellte sich heraus, daß es Polizisten waren. Sie ‚trieben` mehrere Vietnamesen zusammen und legten ihnen Handschellen an. Eine junge Frau wurde besonders schlimm mißhandelt. Eine Frau trat der Festgehaltenen kräftig in den Rücken; sie hoben die Frau an den gefesselten und verdrehten Beinen hoch. Dabei verlor die Vietnamesin das Bewußtsein."

Der Widerstand entwickelt sich langsam

Nach Angaben der "Reistrommel"-MitarbeiterInnen wird ihre Organisation von den VietnamesInnen kaum wegen strafrechtlicher Verfolgung von mißhandelnden Polizisten in Anspruch genommen, sondern in der Regel wegen sozialer Fragen. Selbst die Angehörigen von Todesopfern nach Polizeieinsätzen wollen keine Anzeige erstatten, sondern z.B. Hilfe bei der Rückführung der Urne mit der Asche des Toten nach Vietnam. Tamara Hentschel führt diese defensive Haltung u.a. darauf zurück, daß sich bei den VietnamesInnen erst langsam ein Bewußtsein für die strafrechtlichen Konsequenzen ihrer Situation entwickelt und daß sie traditionell weniger staatsgegnerisch eingestellt seien. "Da staut sich vieles auf", so Hentschel. "Und wenn es zuviel wird, kommt es zur Explosion".

Zweimal war es schon soweit. Im August 1993 erlitt eine Vietnamesin durch einen Polizeiübergriff eine Frühgeburt. Kurz danach wurde das Wohnheim in der Berliner Havemannstraße von der Polizei auf dem Kopf

gestellt. Die BewohnerInnen mußten stundenlang in glühender Hitze vor dem Heim warten. Nach Augenzeugenberichten wurde eine festgenommene Vietnamesin zunächst an den Heizkörpern im Flur des Wohnheims angebunden und danach an eine Stange im Polizeifahrzeug gefesselt und geschlagen. Daraufhin begannen VietnamesInnen mit Stangen gegen die Polizei vorzugehen.

Die zweite Widerstandsaktion gab es bei einer Razzia in der Rhinstraße Anfang Mai 1995. Ein Mann brach gegen 20 Uhr vor einem Polizeiwagen zusammen. Verschiedene Augenzeugen sagten aus, daß er zuvor ohne Vorwarnung von einem Polizisten mit einem Elektroschock-Gummiknüppel niedergeschlagen worden war. Danach bewarfen HeimbewohnerInnen die Polizei mit Flaschen, Töpfen und Steinen. Die Polizei setzte in den Räumen des Hauses Tränengas ein. Sieben BewohnerInnen, darunter ein Kind, und 25 Polizisten wurden verletzt.

Dieser ungewohnte Widerstand wurde vom Berliner Innensenator Heckelmann mit der Ankündigung beantwortet, dem "brutalen Vorgehen der Vietnamesen", die in "mafiaähnliche Strukturen" eingebunden seien, nicht tatenlos zuzusehen und verstärkt Abschiebungen vorzunehmen. Auch UnterstützerInnen sollen kriminalisiert werden. So erstattete die Polizei Strafanzeige wegen Anstiftung zum Landfriedensbruch gegen einen Mitarbeiter der "Reistrommel", obwohl der lediglich zu vermitteln versucht hatte.

Das Mafia-Syndrom

Heckelmanns Wort von den "mafiaähnlichen Strukturen" wurde in den Tagen nach den Auseinandersetzungen zum feststehenden Begriff in den Zeitungsschlagzeilen. Sein Staatssekretär Armin Jäger nannte die VietnamesInnen schon 1994 ein "Ameisenheer". Das Feindbild von der vietnamesischen Mafia sitzt in vielen Köpfen und wird durch eine vom Senat gesteuerte Kriminalisierungskampagne noch verstärkt. Auf Hunderten von Plakaten werden ZigarettenhändlerInnen als Kriminelle gebrandmarkt. Vor dem Kauf steuerfreier Zigaretten wird gewarnt. Das Basteln an der Mafia-Legende dient den staatlichen Stellen dazu, die Hetze gegen jene zu richten, die Opfer der Mafia sind, nämlich die vietnamesischen ZigarettenhändlerInnen.

Seit Ende 1990 gibt es organisierte vietnamesische Gruppen, die ihren Landsleuten unmittelbar vor deren Ausreise ihre Ersparnisse rauben. Mittlerweile werden auch Zigaretten und Einnahmen aus deren Verkauf geraubt. Viele VietnamesInnen haben große Angst, Opfer dieser Gruppen zu werden. Es gibt niemanden, der sie schützt. Zur deutschen Polizei besteht begreiflicherweise kein Vertrauensverhältnis. Es gab noch nie Verhaftungen oder Prozesse wegen dieser Aktionen. Die deutschen Behörden haben kein Interesse, dagegen vorzugehen. Statt dessen machen sie mit der Mafia-Hetze Stimmung gegen die Opfer. Zusätzlich müssen die ZigarettenhändlerInnen sich auch noch vor Neonazis fürchten. Zwar gibt es weniger körperliche Angriffe als Anfang der 90er Jahre, wo das "Fidschi-Klatschen" eine beliebte Freizeitbeschäftigung deutscher Jungmänner - nicht nur organisierter Neonazis - war. Aber immer wieder kommt es vor, daß den HändlerInnen von rechten Jugendlichen ihre Zigaretten und ihre Einnahmen geklaut werden. Wenn sie sich wehren, drohen ihnen Verletzungen.

Die juristischen Folgen einer Verurteilung wegen illegalen Zigarettenhandels bedeuten für die VietnamesInnen: eine hohe Geldstrafe, zusätzlich eine Zollstrafe und die Ausweisung. Über 5.000 VietnamesInnen wurden seit 1992 wegen Zigarettenverkaufs ausgewiesen. KäuferInnen müssen eine Geldbuße von 30 Mark bezahlen. Von der Polizei mißhandelt, von Neonazis beraubt, von kriminellen Landsleuten bedroht, wird eine Bevölkerungsgruppe zum Feindbild erklärt. Das erhöht in der Bevölkerung die Akzeptanz für Polizeimaßnahmen, die unter Umständen mit dem Tod der VietnamesInnen enden.

Antirassistische Gruppen begegneten der Plakat-Kampagne des Senats mit eigenen Plakaten, auf denen zum Kauf unversteuerter Zigaretten aufgerufen wird. Nach Bekanntwerden des Todesfalles am Bahnhof Köpenick gab es eine nächtliche Scherbendemo in Friedrichshain. Damit sind die linksradikalen Reaktionen auch schon vollständig wiedergegeben. Und die rührigen HelferInnen von der "Reistrommel" organisieren mit den VietnamesInnen einen Trauermarsch. Wieviele werden es noch sein?

Peter Nowak

Die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Situation der ehemaligen vietnamesischen VertragsarbeiterInnen in der DDR konnte in diesem Artikel nicht angesprochen werden. Ein kürzlich erschienenes Buch enthält dazu einen guten Überblick von Heike Kleffner. Das Buch enthält auch sonst interessante Beiträge über

verschiedene MigrantInnengruppen in der BRD, Diskussionen über antirassistische Politik und einen Einblick in die Debatte in den USA.

Buko-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hg.) Zwischen Flucht und Vertreibung, Neue Migration und Legalisierungsdebatte, Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg, März 1995, 243 Seiten, DM 24,-.

6. Das Militär als "ultima ratio" der Politik?

Die Interventionsdebatte bei SPD und Grünen

Autor: he., Hamburg · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:40

Nur in zwei Richtungen gibt es in der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft noch eindeutig festgelegte Lager, wenn es um die Frage der Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen unter NATO-Kommando geht: Das Regierungslager aus CDU/CSU und FDP steht bis auf individuelle Ausnahmen geschlossen hinter dem Konzept der Bundesregierung. Die PDS, auf der anderen Seite der Skala, lehnt ebenso geschlossen jeden Militäreinsatz ab. In den dazwischen liegenden Parteien, in der SPD und bei den Grünen, spielen sich derzeit die entscheidenden Debatten um die Schaffung der gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz für den ersten Kriegseinsatz ab.

Bei der SPD sind die Weichen im Grunde schon mit der Zustimmung zum Einsatz von Bundeswehreinheiten in Somalia im Jahre 1993 gestellt worden. Die Entscheidung wurde seinerzeit daran gebunden, daß solche Einsätze nur im Rahmen der UN erfolgen dürften; die Differenz zu CDU/CSU und FDP reduzierte sich darauf, ob ein solcher Einsatz von der Regierung entschieden werden darf oder ob er der Zustimmung durch das Parlament bedarf. Als im Dezember 1994 aus der NATO heraus die Debatte entfesselt wurde, einen NATO-Einsatz zum Schutz eines eventuellen Abzugs der UN-Blauhelmtruppen zu planen, signalisierten Scharping und Verheugen vorsichtige Zustimmung. Noch wollten beide nicht dem gleichzeitig geforderten Einsatz von Tornados der Bundeswehr zur Überwachung des Flugverbots zustimmen, aber ein NATO-Einsatz "für den Fall, daß die UNO darum bittet, den Abzug der Soldaten militärisch zu schützen", würde die Sachlage verändern: "In diesem Fall wird sich die Bundesrepublik beteiligen müssen". (Scharping nach BPA vom 22.12.1994 gegenüber dem SWF, 21.12.94) Noch eine Woche vorher hatte sein Generalsekretär geäußert, dies sei "ein ganz eigenartiges Spiel", das ihn bedenklich stimme; er warf die sinnvolle Frage auf: "Wie kommt die NATO dazu, Anfragen zu machen über einen Abzug und ihre Rolle bei einem Abzug, mit dem sie zunächst einmal nichts zu tun hat...? Bevor die (UNO-Truppen) abziehen können, brauchen wir einen Beschluß des UNO-Sicherheitsrates, den wird es überhaupt nicht geben." (Verheugen nach BPA vom 13.12.94 gegenüber dem SR, 13.12.94) Schon eine Woche später hatte sich diese Bedenken verflüchtigt. Die BRD müsse bereit sein, der UNO zu helfen: "Und wenn jetzt die NATO - unaufgefordert, aber immerhin - eine Eventualplanung macht für den Fall, daß die UNO aus dem ehemaligen Jugoslawien abzieht (...), dann ist auch das in Ordnung, und selbstverständlich wird dann die Bundesrepublik Deutschland der UNO helfen müssen".(Verheugen nach BPA vom 21.12.94 gegenüber dem DLF, 21.12.94) Zwischen diesen beiden Erklärungen lag ein Gespräch, in dem Kinkel und Rühe die SPD-Führung (Scharping, Verheugen, Voigt) unterrichtet hatten, wodurch diese offensichtlich in ihrer Position, mitentscheiden zu müssen, bestätigt wurde. Zudem müssen die Informationen, die in diesem Gespräch gegeben wurden, so erhellend gewesen sein, daß Verheugen seine Bedenken vergessen konnte. Nur in einer Hinsicht legte sich Scharping zu diesem Zeitpunkt noch fest. Es gäbe unter allen Verantwortlichen, womit offenkundig die Regierungskoalition und die SPD gemeint waren, eine Übereinstimmung, "daß Bodentruppen, egal in welcher Form und auch nicht unter Verantwortung der Vereinten Nationen aus Deutschland im ehemaligen Jugoslawien eingesetzt werden sollten, weil sie eher ein Bestandteil des Problems würden, als zur Lösung der Probleme beitragen könnten".(BPA 22.12.94)

Gegen diesen Kurs gab es zum damaligen Zeitpunkt nur von einer Seite generellen Widerspruch. Oskar Lafontaine sprach sich in einem Beitrag für den Spiegel gegen jede Beteiligung an militärischen Interventionen aus und warf der Regierung gleichermaßen wie Teilen seiner Partei vor, sie wollten der NATO die neue Rolle zuweisen, "im Auftrag des UNO-Sicherheitsrates überall in der Welt zu intervenieren."(Spiegel 1/94)

Generell wurde von der Parteispitze die Devise verfolgt, möglichst keinerlei Festlegungen zu treffen, bevor die Situation solche nicht unbedingt erforderlich machen würde. Welcher Zweck damit verfolgt wurde, zeigt sich an der jetzigen Beschlußlage. Am 12.6.95 beschloß der SPD-Bundesvorstand, der Beteiligung von Bundeswehrverbänden bei der Entsendung von NATO-Verbänden zum Schutz der UN-Truppen zuzustimmen. Zwar wird dies eingeschränkt auf die Frage: "Die SPD befürwortet logistische Unterstützung durch die Bundeswehr (einschließlich von Sanitätseinheiten in Kroatien) nur für einen klaren friedenserhaltenden UN-Auftrag unter UN-Kommando" (nach FAZ, 13.6.95), aber wohlweislich hatte sich der SPD-Vorstand mit

dieser Entscheidung so lange Zeit gelassen, bis in der UNO genau diese Variante beschlossen worden war. Gegenüber der Öffentlichkeit wurde vor allem herausgestrichen, daß sich der Vorstand "gegen den Einsatz deutscher Bodentruppen" und "gegen die Bereitstellung von Tornado-Kampfflugzeugen ausgesprochen" (ebd.) hat. Der Einsatz der Bodentruppen steht überhaupt nicht zur Diskussion. Selbst die Bundesregierung hat eine solche Forderung nicht einmal erwähnt, was auch für die schon referierte Auffassung von Scharping spricht, daß es in dieser Frage eine Übereinstimmung gibt, an der derzeit auch niemand rühren will. Ähnlich verhält es sich mit der Forderung nach den Tornados. Real ist sie nicht mehr in der Diskussion, da die NATO die Einhaltung des Flugverbots aufgegeben hat. Allerdings will die Bundesregierung ein Beschlußpaket schnüren, in dem die Tornados enthalten sein sollen. Dies ermöglicht es der SPD, im Bundestag nicht in einer großen Koalition mit CDU/CSU und FDP stimmen zu müssen. Der SPD-Vorstand zeigt also in zwei Fragen Flagge, die gar nicht zur Entscheidung stehen; in der einzigen Frage, die entschieden werden soll, geht er auf die Position der Bundesregierung ein.

Das ganze wird als Erfolg der Linken dargestellt. Oskar Lafontaine, Heide Wieczorek-Zeul und der "Frankfurter Kreis" hatte signalisiert, daß für sie die entscheidende Frage die Entsendung von Tornado-Kampfflugzeugen sei. Der Einsatz von Bundeswehrsanitätern und logistischen Hilfe wurde gebilligt.

Proteste gegen diesen Beschluß gibt es von so unterschiedlichen Personen wie Norbert Gansel und Karsten Voigt, Freimut Duve und Hermann Rappe. Sie alle stehen schon seit langem für ein stärkeres militärisches Engagement in Ex-Jugoslawien, womit sie jedoch derzeit innerhalb der SPD keine Chance haben. Eine mittlere Position nimmt Hans-Ulrich Klose ein, der in einem Beitrag für den Spiegel (25/1995) dafür plädiert, sich im Prinzip an die Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten zu halten. Damit liegt er sehr nahe an der Position der Bundesregierung, die ihre Schritte ebenfalls mit den Verpflichtungen gegenüber der NATO begründet. Klose umschreibt damit schon die Position, welche die SPD bei einem möglichen Regierungswechsel einnehmen wird. Bei der Abstimmung im Bundestag wird wahrscheinlich eine Gruppe von ca. 50 Abgeordneten für den Regierungsantrag stimmen, unter ihnen mit Hans-Ulrich Klose ein führendes Mitglied der Fraktion. Unterstützung erhält diese Position auch von Gerhard Schröder, womit das ganze eine starke Zuspitzung gegen den Parteivorsitzenden Scharping erhält.

Von einer pazifistischen zu einer Partei der "vernünftigen Militärpolitik"?

Sehr viel grundsätzlicher als in der SPD wird derzeit bei Bündnis90/Die Grünen über die Beteiligung der BRD an NATO-Einsätzen gestritten. 1993, angesichts der Ausbreitung des Krieges in Bosnien-Herzegowina und der Bombardierung der vor allem von bosnischen Muslimen bewohnten Städte durch die Armee der bosnischen Serben, gab es aus der grünen Partei massive Forderungen nach einer militärischen Intervention zur Beendigung der Kriegsgreuel. Eine Intervention der NATO forderte damals beispielsweise die Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Conny Jürgens in einem Streitgespräch mit dem ehemaligen Bundeswehrgeneral Gerhard Opel (Spiegel 5/1993). Sie stellte die im ersten Moment absurd erscheinende Behauptung auf "die Kämpfe in Bosnien haben wenig mit Krieg zu tun." Statt dessen würde dort gemordet und der Westen sehe zu. Das dient ihr dann zu der Forderung, "dort muß von außen eingegriffen werden." Zur Verteidigung der Menschenrechte müsse militärisch interveniert werden. Der SPD und Manfred Opel warf sie vor: "Die SPD behauptet doch auch immer, sie wolle Menschenrechte verteidigen. Aber wenn es hart auf hart kommt, dann kneifen Sie, Herr General." Unterstützung fand sie in gemäßigter Version bei der heutigen Bundessprecherin Krista Sager, damals Fraktionsvorsitzende der GAL in Hamburg. In einer Abstimmung auf einer Landesversammlung der GAL Hamburg konnten sich die Interventionsgegner noch durchsetzen. Falsch wäre es aber, die Interventionsbefürwortung unisono als "Kriegstreiberei" zu denunzieren. Denn auch die dem linken Parteiflügel zuzurechnende Claudia Roth (Fraktionsvorsitzende im Europaparlament) kam von ihrer Reise aus dem Kriegsgebiet mit der Forderung wieder, den Kriegsgreueln müsse Einhalt geboten werden. Ihr wurde das als Zustimmung zu einer militärischen Intervention angelastet, wovon sie sich später distanzierte.

Eine direkte Forderung nach einer militärischen Intervention in den Krieg (zugunsten der bosnischen Muslime) wird heute nur noch selten öffentlich geäußert. Eine Ausnahme bildet hier Gerd Poppe, Bundestagsabgeordneter von Bündnis90. Dies mag einfach daran liegen, daß die ersten Äußerungen eine unmittelbare Reaktion auf die ersten Kriegserlebnisse gewesen sind und sich mittlerweile auch bei den Grünen herumgesprochen hat, daß ein Militäreinsatz erstens auch für die Militärgroßmächte kein Spaziergang ist und zweitens nicht unbedingt zum Kriegsende führt. Es kann aber auch damit zusammenhängen, daß sich auch bei den Grünen der gleiche Zwang zur Realpolitik stellt wie bei der CDU/CSU, aus deren Reihen die Forderung

nach einer Intervention genauso leise geworden sind, seit ein solches Vorgehen von allen Militärs einheitlich abgelehnt wird.

Im Oktober 1993 bestätigte ein Sonderparteitag die bis dahin geltende Position, ausschließlich auf eine politische Lösung des Konflikts zu drängen. Falsch wäre es jedoch, daraus eine pazifistische Grundhaltung zu konstruieren, da gleichzeitig festgehalten wurde, daß die Grünen "das Recht der Völker (respektieren), sich mit den Mitteln, die sie für nötig halten, gegen Aggressoren von außen zur Wehr zu setzen oder (gegen) Diktatoren im eigenen Land Widerstand zu leisten. Wir respektieren die individuelle Haltung von Menschen, die unterdrückten und von der Vernichtung bedrohten Völkern bewaffnet zu Hilfe eilen wollen." Für die Grünen als politische Organisation wurde jedoch festgehalten, daß es die Aufgabe sei, "tragfähige Alternativen zur militärischen Konfliktlösung zu entwickeln".(zitiert nach GALintern, 5/93). Die gesamte Resolution ist im Wortlaut stark links geprägt, was vielfach als Sieg der Linken über die Realos mißverstanden wurde. Der Konflikt war damit nicht vom Tisch; eher war die Zeit für eine solche Entscheidung noch nicht reif.

Einer der profiliertesten Kritiker dieses Beschlusses und der Haltung der Grünen in der Kriegsfrage ist Daniel Cohn-Bendit (für die Grünen Mitglied des Europaparlaments). In einem Beitrag für die TAZ (7.12.1994) argumentiert er für ein militärisches Eingreifen der europäischen Staaten zugunsten Bosnien-Herzegowinas: "Bosnien aber ... befindet sich mitten in Europa. Die bosnischen Muslime, die den Großteil der Bevölkerung in Bosnien ausmachen, waren bis jetzt säkularisierte Muslime, die uns in Europa aufzeigten, daß es einen Islam jenseits des Fundamentalismus gibt, Millionen von Muslime, die in Europa leben, hofften, daß die Europäer in der Lage sein würden, ihre Vernichtung zu verhindern. Deshalb ist es eine Aufgabe der Europäer, das Haus Europa in Ordnung zu halten." Einer von anderen behaupteten Gefahr einer Renationalisierung des Denkens und der Behauptung, dieses finde in der Spaltung Jugoslawiens seinen Ausdruck, hält er entgegen, eine solche entstehe gerade dann, "wenn die Völker der Welt sehen, daß keine internationale Gemeinschaft bereit ist, das kleine multikulturelle Volk in Bosnien zu unterstützen. Dann beginnt der Glaube an die Nation wieder stärker zu werden, denn jeder kann sicher sein, daß die Deutschen nur die Deutschen, die Franzosen nur die Franzosen, die Engländer nur die Engländer und die Serben nur die Serben schützen werden." Mit dieser Position spricht er ein offenkundiges Dilemma der Situation in Bosnien-Herzegowina an. Außer für diejenigen, die sich die serbische Sichtweise zu eigen machen, gilt für alle anderen, daß sie keinen Weg aufweisen können, wie denn kleine Staaten gegen Aggressionen geschützt werden sollen. Dennoch birgt das Aufzeigen dieses Dilemmas noch keine Lösung, außer Dany Cohn-Bendit will in der Politik zwischen den Staaten das Prinzip einführen, daß "für den guten Zweck" auch militärische Mittel erlaubt sind. Man kommt dann zu einer Haltung, die die eigene Auffassung zur entscheidenden dafür macht, wann das Mittel des Krieges so "gerecht" ist, daß es einsetzbar ist. War der Kriegseintritt der SU in Afghanistan zu rechtfertigen? Für die Mehrheit der AnhängerInnen des realsozialistischen Lager ja. Welche Gründe gab es für Linke, den Golfkrieg zu unterstützen? Das Aufwerfen dieser beiden Fragen zeigt schon, daß die Haltung der Linken in der Frage von Militärinterventionen von Großmächten nicht so rein ist, wie bei der Ablehnung einer Intervention in Jugoslawien oft getan wird.

Die Position Daniel Cohn-Bendits hat den Vorteil, daß ihr Fürsprecher von einem politischen Ziel für die Menschen in Bosnien-Herzegowina ausgeht, das man teilen oder ablehnen kann. Man kann gegen das Ziel sein und deshalb gegen die Intervention, und man kann grundsätzlich gegen das Mittel der Militärintervention sein. In beiden Fällen wird in der Sache entschieden. Genau diesen Zustand will Krista Sager aufheben. Sie bringt als zentrales Element die Bündnistreue Deutschlands ins Spiel und liegt damit ganz nahe bei der Argumentation von Hans-Ulrich Klose. In einem Interview mit der TAZ (3./4.6) führt sie auf die Frage, warum sie für die Entsendung von deutschen Soldaten nach Bosnien ist, aus: "Wir kommen an eine Grenze, wo eine wohldurchdachte Haltung umschlägt in nationalen Egoismus, den andere UN-Staaten nicht mehr nachvollziehen können." Dieser Gedanke wird fortgeführt in einem Interview mit der jungen Welt: "Ich halte es für eine Gefahr, daß für die anderen Entsenderstaaten kaum noch nachvollziehbar ist, warum sich Deutsche nicht an Maßnahmen der internationalen Solidarität beteiligen."(2.6.95) So wird der Konflikt seines eigentlichen Inhalts beraubt. Es geht nicht mehr darum, welche Maßnahmen für eine politische Lösung des Konflikts die richtigen sind, sondern es geht um die internationale Rolle und das "Ansehen" Deutschlands. Mit der gleichen Argumentation begann die Bundesregierung die Debatte um die Auslandseinsätze der Bundeswehr, weil diese von der UN und von den verbündeten Staaten gefordert würden. Unzweifelhaft gab es eine solche Forderung, und man kann rational nachvollziehen, weshalb die Regierung sich diese zu eigen gemacht hat. Von der Vorsitzenden einer Partei, die in anderen Fragen nichts gegen eine Sonderrolle Deutschlands einzuwenden

hat, die, wenn es um die gute Luft ginge, nichts gegen einen nationalen Egoismus einzuwenden hätte, dürfte man aber schon erwarten, daß sie argumentiert, inwiefern eine militärische Abstinenz Deutschlands der Konfliktlösung in Bosnien schadet. Um die politische Rolle Deutschlands geht es auch Waltraud Schoppe (MdB). In einem Streitgespräch mit Angelika Beer (verteidigungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion) sieht sie im Zusammenhang mit der Bosnien-Frage die Chance, "einen gesellschaftlichen Dialog darüber zu beginnen, welches die Position eines zusammengewachsenen Deutschlands in dieser Welt sein soll." Dabei wehrt sie sich "gegen alles, was einen Sonderweg Deutschlands begründet" und wirft den linken Grünen vor, sie würden völlig verfehlt die "Militarisierung der Außenpolitik" angreifen. Menschenrechte müßten "zur Not auch mit Androhung militärischer Gewalt verteidigt werden müssen". Und das alle könne nur "im Bündnis verteidigt werden" - NATO marschiere(TAZ, 26.6.95)

Diese Position ist jedoch trotz ihrer prominenten Fürsprecherinnen derzeit noch eine klare Minderheit. Sie ist jedoch schon eine Auffanglinie für eine mögliche rot-grüne Koalition, wo sich dann in dieser Argumentation Krista Sager und Hans-Ulrich Klose finden würden. Derzeit kommt Widerspruch auch noch von den Realofreunden. Ralf Fücks, Bremen, kommentiert in der TAZ, daß "die Beschwörung von ‚Bündnistreue` kein hinreichendes Motiv ist, die militärische Abstinenz der Bundesrepublik außerhalb der NATO-Grenzen aufzugeben", womit er sicher nicht seine Parteifreundin meint, aber dennoch trifft. Realpolitiker der er ist, läßt er sich eine Hintertür offen: "Wenn zur Entscheidung stünde, die in den UN-Schutzzonen ghettoisierten Menschen effektiv zu schützen, die Versorgungswege für humanitäre Hilfe zu öffnen und den großserbischen Kriegsfürsten zu demonstrieren, daß Terrorismus und ethnische Säuberungen nicht länger toleriert werden - dann gäbe es keine Rechtfertigung für die Bundesrepublik, sich einer internationalen Aktion zu verwehren. Es bliebe nur die nüchterne Frage, welche Folgen das Auftauchen deutscher Soldaten auf dem Balkan hätte."(19.6.95) Ginge es nur um den Schutz, auch den militärischen, der Versorgungswege, gerieten sicher selbst Menschen in Zweifel, zumindest in moralische Bedrängnis, die militärisches Eingreifen grundsätzlich ablehnen. Aber auch Ralf Fücks setzt wohl nicht von ungefähr noch die Strafaktion gegen "die Serben" auf dieses humanitäre Anliegen drauf.

Ein deutliches Signal gegen diese Tendenz, die internationale Politik mit dem Militär zu gestalten, haben Jürgen Trittin, Sprecher des Bundesvorstandes, und Kerstin Müller, stellvertretende Fraktionsvorsitzende gesetzt. Sie kritisieren, daß diese Debatte bei den Grünen zu einem Zeitpunkt losgetreten wird, da sich zeigt, daß sich der Blauhelmeinsatz zu "nadelstichartigen Kriegshandlungen" fortentwickeln wird. Sie halten an dem Auftrag der Blauhelmtruppen fest, unparteiisch zwischen den Fronten zu stehen, und kritisieren die Forderungen nach einer Änderung des UN-Mandats, weil eine einseitige Parteinahme heißen würde, "mit den Serben kann nicht verhandelt werden, sie müssen militärisch niedergeworfen werden." Sie treten ebenfalls der Kritik entgegen, die UN sei in Bosnien-Herzegowina gescheitert, weisen auf die Schwierigkeiten hin, aber vor allem darauf, daß in den zurückliegenden zwei Jahren über eine Million Menschen mit dem Nötigsten versorgt worden sind. Gleichzeitig greifen sie die Politik der Großmächte an, die zwar über die UN ein Waffenembargo verhängt haben, es in jeder Hinsicht aber selbst brechen. Und schließlich lehnen sie auch einen Militäreinsatz beim Abzug der UN-Truppen ab, weil dies ein "Krieg zum Zweck der Gesichtswahrung" sei. Auf das Schielen zur Regierungsverantwortung antworten sie: "Von einer Regierungsverantwortung erwarten AnhängerInnen wie Mitglieder effektive Schritte, mit denen eine tatsächliche Abrüstung, der Aufbau eines gesamteuropäischen Systems nichtmilitärischer Sicherheit, die Demokratisierung und Öffnung der EU, in Politik umgesetzt wird. Rot-Grün ohne einen realen Richtungswechsel in der Außenpolitik würde als ebenso überflüssig angesehen werden wie eine solche Koalition unter Fortschreibung des Atomprogramms."

Ob sie mit ihrer Meinung über die AnhängerInnen und Mitglieder recht haben, ist hier nicht zu verifizieren. Die Entscheidung in der Bundestagsfraktion ist jedoch nicht so eindeutig, wie es die bisherigen Parteitagsbeschlüsse erwarten lassen würden. Zwar ist die Gruppe der Interventionisten in der Minderheit, aber mit Sanitätskompanien wollen auch andere "helfen". Es könnte ein gleiches Ergebnis wie bei der SPD herauskommen. Gute Voraussetzungen für Rot-Grün.

He., Hamburg

Dokumentation: "Germans to the front?"

Es ist verblüffend. Je offensichtlicher die Inkonsistenz der UN/NATO-Politik im ehemaligen Jugoslawien wird, je deutlicher ein Blauhelmeinsatz zu nadelstichartigen Kriegshandlungen fortentwickelt wird, um so mehr greift bei Bündnis 90/Die Grünen die Debatte um sich, ob die Deutschen nicht dabeisein sollten.

Unter Grünen hat es nie einen Konsens über den Charakter eines Blauhelmeinsatzes gegeben. So wird zwar das Konzept einer neutralen Konfliktvermittlung unter UN-Kommando außerhalb bestehender militärischer Strukturen bejaht. Die Erkenntnis aber, daß es sich dabei oft um Konfliktvermittlung zwischen höchst ungleichen Parteien handelt, ist nicht weit verbreitet. Gerd Poppe etwa behauptet bis heute, daß das "Unprofor-Mandat eher Unterstützung der serbischen Aggression" bedeute. Sein Vorwurf "einer seit drei Jahren falschen Politik" der UNO zielt genau auf das Wesen eines Blauhelmeinsatzes, nämlich im obengenannten Sinne "neutral" und nicht parteiisch zu sein. Lehnt er dieses Mandat ab, heißt das im Klartext, mit den Serben kann nicht verhandelt, sie müssen militärisch niedergeworfen werden. Die Entsendung einer schnellen Eingreiftruppe läßt die Befürworter einer deutschen militärischen Beteiligung nicht zurückzucken, obwohl diese Truppe den punktuellen Übergang von einer Blauhelmaktion zu einem Kampfeinsatz trotz des unveränderten Mandats darstellt.

Im Zerfallsprozeß Jugoslawiens hat es im UN-Sicherheitsrat nie einen Konsens für die Lösung der damit verbundenen ethnisch-politischen Konflikte gegeben. Die UN operierte durchgehend auf brüchigem Boden. Aber sie versorgte dabei über eine Million Menschen mit dem Allernötigsten zum Überleben. Die Brüchigkeit des Einsatzes beruhte nicht nur darauf, daß die Kriegsparteien mit ihrer Zustimmung sich gegenseitig ausschließende Erwartungen verbanden. Der Blauhelmeinsatz leidet bis heute an der Ungereimtheit der in der UN maßgeblichen Großmächte. Es macht keinen Sinn, Blauhelme zu stationieren, tatsächlich aber den Wirtschaftsboykott gegen Serbien halbherzig, das Waffenembargo gegen Kroatien höchstens viertelherzig zu kontrollieren und das Embargo gegen Bosnien klammheimlich zu unterlaufen. Und es ist Ausdruck einer fehlenden Konzeption, trotz der Drohungen der bosnischen Serben Bombardements anzuordnen und damit die Blauhelme wissentlich der Gefahr der Geiselnahme auszusetzen. Niemand in der NATO will wirklich in Jugoslawien intervenieren. Schon gar nicht zur Sicherung von Menschenrechten. Das klingt zynisch. Die Realität internationaler Politik ist zynisch - in Ex-Jugoslawien wie in Ruanda, Afghanistan, Mosambik...

Die Gründe dafür sind vielfältig. Friedenserzwingung gegen den Willen einer oder mehrerer Kriegsparteien und unter dem Gebot der Minimierung der eigenen Verluste würde eine Massivität militärischer Gewalt voraussetzen, die die Zahl der Opfer sprunghaft wachsen ließe. Entscheidender noch in dem Kalkül potentiell interventionsfähiger Staaten ist das Fehlen einer plausiblen Nachkriegsordnung. Welche gesamteuropäische Strategie der Kooperation und der nachhaltigen Entwicklung hat denn das reiche Westeuropa den mittel- und osteuropäischen Staaten real anzubieten? Keine Intervention könnte die sozialen, ökonomischen und politischen Ursachen des Krieges beseitigen. Jede noch so völkerrechtlich abgesicherte Lösung dürfte nur so lange akzeptiert werden, wie von außen kommende militärische Gewalt anhält. Allen Träumen von transnationalen Ordnungsmächten zum Trotz entsenden bis auf weiteres nationale Parlamente/Regierungen Kontingente. Mütter und Väter wollen ihre Kinder nicht erschossen, verbrannt, verstümmelt wieder zu Hause empfangen. Regierungen, die ihnen das bescheren, wählen sie ab.

Reißt der Faden der politischen Lösung, wird es zu einem Abzug der Blauhelme kommen. Damit dies nicht eingezogenen Schwanzes, sondern mit erhobenem Haupte geschieht, wird zur Zeit die Möglichkeit eines militärischen Schlages gegen die bosnischen Serben vorbereitet. Es gibt für Grüne keinen Grund, Kriege zum Zwecke der Gesichtswahrung durch Militärhilfe zu unterstützen.

Bündnis 90/Die Grünen waren nicht aus reiner pazifistischer Gesinnung gegen einen Kampfeinsatz im ehemaligen Jugoslawien. Politisch verantwortliches Handeln muß sich an seinen Folgen messen lassen. Ein Einsatz deutscher Soldaten in einem Land, in dem vor über 50 Jahren die deutsche Wehrmacht an die Vernichtung ganzer Völker ging, würde den Konflikt nicht nur militärisch, sondern auch politisch unbeherrschbar eskalieren. Er würde zugleich das Tor aufstoßen für eine durchgehende Militarisierung deutscher Außenpolitik, bei der die Empörung über das menschenrechtsverletzende Unrecht zur Durchsetzung höchst eigener nationaler Interessen genutzt würde. Wer dagegen meint, daß es gerade eine Lehre des Nazifaschismus sei, den Anfängen des Unrechts möglichst frühzeitig zu begegnen, muß sich den Folgen seines Tuns ebenso stellen. Gerade wer den multikulturellen Charakter Bosnien-Herzegowinas gegen die Ethnisierung verteidigt, muß sich die Frage gefallen lassen: Wie weit will er eine Ethnie für die Verbrechen

seiner politischen Führung in Haft nehmen? Der Bezug zur Geschichte ist auch in anderer Hinsicht fragwürdig. Es ist dürftig, grüne Außenpolitik auf transnationale Konfliktregelung zu reduzieren.

Bloße Selbsteinbindung ohne Selbstbeschränkung, ohne Abrüstung liefe auf eine Supermacht Europa hinaus. Ausgerechnet in diesem Zusammenhang vor einem grünen deutschen Sonderweg zu warnen, ist nur noch demagogisch. Wer soll sich eigentlich von einem entmilitarisierten Deutschland bedroht fühlen?

Wer die Forderung nach Auflösung der NATO, nach einer Abschaffung der Bundeswehr, nach dem Aufbau eines europäischen Systems nichtmilitärischer Sicherheit im Rahmen der OSZE als deutschen Sonderweg denunziert, der stellt die Perspektiven grüner Friedenspolitik in eine Reihe mit dem Streben nach einem "Platz an der Sonne" des wilhelminischen Deutschland. Dies ist der gleiche Unsinn wie die Geißlersche Sottise, wonach der Pazifismus Auschwitz erst ermöglicht habe. Die gefährlichste Traditionslinie der Außenpolitik der "Berliner Republik" (Roman Herzog) liegt nicht im Pazifismus, sondern im Streben nach einer neuen Großmachtpolitik.

Jahrelang haben CDU/CSU und FDP Fakten geschaffen - Sanitäter in Kambodscha, Pioniere in Somalia undsoweiter. Scheibchenweise wurde die Öffentlichkeit an die Möglichkeit gewöhnt, daß im vereinten Deutschland Krieg wieder zu einer politischen Option werden kann. Selbst die größere Oppositionspartei läßt kaum eine Gelegenheit ungenutzt, auch ungefragt die Regierung ihrer Unterstützung für deren Außen- und Sicherheitspolitik zu versichern. Als der Bundespräsident ganz unverkrampft zu seiner ersten außenpolitischen Grundsatzrede ausholte, gab es folglich keinerlei Empörung über Sätze wie diese: "Ganz besonders verlangt es die Wahrhaftigkeit zuzugeben, daß wir auch deshalb für weltweite Freiheit des Handels eintreten, weil das in unserem eigenen Interesse liegt ... Diese Interessen anzuerkennen heißt natürlich auch, die Folgen darauf ehrlich zuzugeben ... daß aber das Scheckbuch nicht immer ausreicht, sondern daß möglicherweise auch einmal der Einsatz von Leib und Leben gefordert ist."

Alles, was zur endgültigen Etablierung einer auch militärisch gestützten neuen deutschen Großmachtpolitik noch fehlte, war ein erster Kampfeinsatz, der möglichst ohne eigene Verluste, kurz und erfolgreich sein sollte. Aber all diese Voraussetzungen sind im ehemaligen Jugoslawien nicht gegeben. Deshalb hatte sich die Bundesregierung darauf festgelegt, sich nur im Falle eines - damals unwahrscheinlich erscheinenden - Abzuges zu beteiligen. Diese Zusage fällt nun auf sie zurück.

Während sich Grüne über die Blauhelme streiten, geht der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsstreitmacht für die Durchsetzung der Herzogschen "deutschen Interessen" munter voran. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung und der Umgruppierung des Parteiensystems, wird das Abstimmungsverhalten der Grünenfraktion vielfach zu einem Test auf ihre Regierungsfähigkeit hochstilisiert.

Die Frage der Regierungsfähigkeit stellt sich jedoch genau andersherum. Die Grünen waren nie eine rein pazifistische Partei - allerdings eine Partei mit vielen PazifistInnen. Die "Säule" der Gewaltfreiheit war in eine antimilitaristische Friedenspolitik übersetzt worden, die auf der - nach wie vor zutreffenden - Einschätzung beruhte, daß Sicherheit in Europa nur um den Preis des Selbstmordes militärisch zu erreichen sei.

Von einer Regierungsbeteiligung erwarten AnhängerInnen wie Mitglieder effektive Schritte, mit denen eine tatsächliche Abrüstung, der Aufbau eines gesamteuropäischen Systems nichtmilitärischer Sicherheit, die Demokratisierung und Öffnung der EU, in Politik umgesetzt wird. Rot-Grün ohne einen realen Richtungswechsel in der Außenpolitik würde als ebenso überflüssig angesehen werden wie eine solche Koalition unter Fortschreibung des Atomprogramms. Die anstehende Abstimmung wird so zum Test auf den tatsächlichen Veränderungswillen der drittstärksten Partei der Bundesrepublik.

Kerstin Müller, Jürgen Trittin, 14.6.1995

(Gekürzte Fassung nach TAZ; vollständige Fassung erhältlich im Büro von Kerstin Müller)

Kabinettsbeschluß zum Bosnien-Einsatz

(1) Das Bundeskabinett beschließt, zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes im früheren Jugoslawien durch folgende Maßnahmen beizutragen:

a) Bereitstellung von Lufttransportkräften zur Unterstützung der Versorgung der UN-Friedenstruppen außerhalb Bosnien-Herzegowinas.

b) Entsendung von Sanitätskräften zum Betrieb eines deutsch-französischen Feldlazaretts in der Republik Kroatien zur sanitätsdienstlichen Versorgung der UN-Friedenstruppen (einschließlich einer lageabhängigen Sicherheitskomponente).

c) Entsendung zusätzlichen Personals für die internationalen Hauptquartiere in Italien und Kroatien.

d) Schutz und Unterstützung der im NATO-Rahmen durchgeführten Luftnahunterstützung zum Schutz des schnellen Einsatzverbandes bei seinen Operationen für die UN-Friedenstruppen durch ECR-,-Aufklärungs-Tornado der Luftwaffe und Flugzeuge Breguet Atlantique der Marine für elektronische Aufklärung.

(2) Sollte ein Abzug der UN-Friedenstruppen aus der Republik Bosnien und Herzegowina und/oder aus der Republik Kroatien unumgänglich werden, stehen für eine NATO-Operation zur Unterstützung eines Abzugs zusätzlich zu den unter (1) genannten Beiträgen Seestreitkräfte (Minenabwehrverband, Schnellbootverband) sowie deutsche Soldaten in internationalen Hauptquartieren, insbesondere im Hauptquartier des Schnellen Reaktionskorps der NATO bereit.

(Es folgen Ausführungen zur Besoldung, Meldung bei der UN und der Beschluß, die Zustimmung durch den Bundestag einzuholen)

NATO-Aufmarsch auf dem Balkan

Im Balkankrieg ist eine neue Etappe eingeleitet worden. Nach der Wiederaufnahme militärischer Aktionen durch Kroatien gegen die serbische autonome Republik in Kroatien, dem Versuch der bosnischen Regierungstruppen, Sarajewo militärisch von der bosnischen Belagerung zu befreien und der Geiselnahme einiger hundert Blauhelmsoldaten durch die bosnisch-serbischen Milizen, hat der Sicherheitsrat der UN am 16. Juni der Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe zugestimmt (bei Enthaltung durch Rußland und China). 12.000 zusätzliche Soldaten aus Frankreich, England und den Niederlanden sollen stationiert werden. Diese werden nicht mehr in der Uniform der UN (auch nicht mit Blauhelmen) auftreten, jedoch den gleichen Regeln wie Blauhelmsoldaten unterliegen. Was diese Einheiten wirklich ausrichten sollen, ist aus den Beschlüssen nicht herauszulesen. Nach der Geiselnahme der UN-Soldaten hatten zunächst die NATO-Staaten aufgetrumpft und die Entsendung einer schnellen Eingreiftruppe angekündigt. Eine solche wurde dann von den europäischen NATO-Staaten beschlossen. Dabei wurde zunächst davon ausgegangen, daß diese nicht der UN unterstellt, sondern lediglich in deren Auftrag arbeiten würde, wie schon die NATO-Kampfverbände, die für die Überwachung des Flugverbots über Bosnien-Herzegowina zuständig sind. Der jetzt gefaßte Beschluß des Sicherheitsrates hebt diese geplante Sonderrolle jedoch wieder auf. Die schnelle Eingreiftruppe wird vollständig dem UN-Kommando unterstellt und hat keine anderen Aufgaben als die bisher stationierten Blauhelmkontingente. In der Praxis soll es so aussehen, daß die schnelle Eingreiftruppe schwere Waffen besitzt, an keinem festen Ort stationiert ist und durch massive Anwesenheit abschrecken soll.

Diese Beschränkung des Mandats ist wahrscheinlich auf das Eingreifen Rußlands zurückzuführen. Hatte es zunächst noch geheißen, Rußland werde im Sicherheitsrat der UN ein Veto gegen die Entsendung dieser Truppe einlegen, nahm der russische Außenminister Kosyrew diese Ankündigung unter der Bedingung zurück, "wenn diese ‚zum Schutz der UN-Soldaten in Bosnien-Herzegowina` eingesetzt werde"(FAZ, 8.6.95). Vorausgegangen war eine Konferenz zwischen dem britischen Außenminister Hurd und Kosyrew. Nach diesem Gespräch gab es eine geänderte Haltung der britischen Regierung. War bis dahin davon ausgegangen worden, daß das UN-Mandat geändert werden solle, wurde dies jetzt fallengelasen, Hurd nach dem Treffen: "Dazu ist keine Änderung des Mandats nötig, vielleicht eine Änderung der Obergrenzen." (FAZ, 7.6.) Damit setzte er sich zunächst in Widerspruch zur Haltung der französischen Regierung, deren Kriegsminister Millon Rußland vor einem Veto "gewarnt" hatte und die Truppe gegebenenfalls auch ohne Mandat der UN entsenden wollte. Sollte die Entsendung scheitern, "könne es nötig werden, die Blauhelmtruppen gänzlich vom Balkan abzuziehen". Im Gegensatz zu den zwischen Hurd und Kosyrew festgelegten Rolle der Eingreiftruppe, bestand er zu diesem Zeitpunkt noch darauf, daß deren Aufgabe auch darin bestehen solle, "im Falle eines Angriffs zurückzuschlagen und der Unprofor Respekt zu verschaffen" (FAZ, 7.6.95). Das Einschwenken auf die russische Linie hat seinen Grund zum einen darin, daß das Mandat nicht wirklich durchdacht gewesen ist, sondern der seit Monaten angelegten Logik folgte, durch mehr militärische Präsenz Aktivitäten vorzutäuschen. Ein zweiter Grund liegt darin, daß zwischen Hurd und Kosyrew erörtert wurde, daß "die Bosnien

Kontaktgruppe... als Vorbild bei der Entwicklung der Beziehungen zwischen der NATO und Rußland dienen" solle (FAZ, 8.6.)

An einem anderen Strang ziehen seit Monaten die USA. Von dort wird eine Politik der "Balkanisierung" des Kriegs betrieben, nach dem Vorbild der "Vietnamisierung" des Vietnamkriegs. Schon im November 1994 forderte der Oppositionsführer Dole den vollständigen Abzug der Blauhelmtruppen, "da sie in Bosnien versagt hätten und aufgrund französischer und britischer Bremsmanöver nicht in der Lage seien, die Zivilbevölkerung zu schützen". Weiterhin forderte er eine Aufhebung des Waffenembargos für die bosnische Regierung, damit "die Bosnier sich wenigstens selbst verteidigen können" (nach TAZ, 29.11.94). Was sich zunächst vielleicht wie die notwendigerweise scharfen Worte eine Oppositionsführers anhört, wird mehr und mehr die Linie der US-amerikanischen Politik. Das Repräsentantenhaus stimmte im Juni einem Antrag der Republikaner mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit zu, in der die Aufhebung des Waffenembargos gefordert wird. Hierfür stimmte auch eine große Anzahl der Abgeordneten der Demokraten, der Partei Clintons. Die Regierung lehnt die Aufhebung des Embargos lediglich mit der Begründung ab, dies sei mit den Verbündeten und Rußland nicht zu vereinbaren. Gleichzeitig wird schon jetzt eine massive Unterstützung der bosnischen Armee geleistet. Die beiden "pensionierten" Generäle Sewall (er hat an der Ausarbeitung der Invasionspläne für den Golfkrieg mitgearbeitet) und Galvin (ehemaliger NATO-Kommandeur) sind zum Aufbau einer gemeinsamen Armee von Bosnien und Kroatien abkommandiert (nach FAZ, 24.6.). Auf die Initiative der USA geht auch die Wiederaufnahme der Bombardements im April zurück, das die Eskalation mit der Geiselnahme verursachte. Daß dabei die Folgen durchaus eingeplant wurden, um die Krise weiter zuzuspitzen, bestätigt die Mitarbeiterin des UN-Sonderbeauftragten Marie-Janine Calic. Auf die Frage, warum die UN-Truppen auf die Reaktion der bosnischen Serben so schlecht vorbereitet gewesen seien, antwortet sie: "Die UN waren nicht schlecht vorbereitet. Es ist passiert, was wir vor Ort vorausgesehen hatte. Aus praktischen Gründen konnten die Blauhelme jedoch nicht herausgezogen werden: Sie mußten in ihren Stellungen bleiben. Das Risiko der Geiselnahme wurde bewußt eingegangen."(Die Woche, 9.6.95) Die Logik, die darauf folgte, war, noch mehr Militär zu senden oder die UN-Truppen gänzlich abzuziehen, da sie nicht mehr zu schützen seien. Nicht entschieden ist jedoch, in welche Richtung die US-amerikanische Politik ausschlagen wird, ob in größerem und parteiischem Engagement für die bosnische Seite oder in einem volligen Rückzug. Während Kriegsminister Perry schon im November 1994 den Rückzug forderte, weil der militärische Sieg der serbischen Seite nicht mehr rückgängig zu machen sei, erklärte Außenminister Christopher vor dem Repräsentantenhaus: "Die Vereinigten Staaten können Bosnien nicht einfach den Rücken zukehren. Ich bin fest überzeugt, daß dies ein Zeitpunkt ist, da sogar ein vorsichtiger Außenminister ... die Notwendigkeit verspürt, die Führungsrolle der Vereinigten Staaten zu rechtfertigen und eine starke Position einzunehmen und sicherzustellen, daß sich dieser Konflikt nicht ausbreitet und daß wir die Glaubwürdigkeit der NATO sowie unserer eigenen Kräfte aufrechterhalten."(FAZ, 23.4.95)

Die Gunst der Stunde nutzt die deutsche Regierung. Seit über die Aufstellung einer NATO-Truppe zum Schutz bei einem möglichen Abzug der UN-Truppen gesprochen wird, drängt die Regierung auf eine Beteiligung von deutschen Truppenteilen. Daß es ihr dabei vor allem um das Prinzip geht, in jedem Fall bei einem militärischen Engagement dabei zu sein, geht aus den schnell wechselnden Aufgabenstellungen für eine Beteiligung hervor. Hatte es in den ersten Monaten immer geheißen, eine Beteiligung der Bundeswehr komme nur für den Fall des Abzugs der UN-Truppen in Frage, ist der Auftrag Anfang Juni geändert worden. Jetzt ist die Bundesregierung "grundsätzlich zu einem Bundeswehreinsatz auch bei einer Umgruppierung der UN-Truppen bereit" (TAZ, 2.6.). Während das eine eine einmalige und kurzzeitige Angelegenheit gewesen wäre, stellt sich die Bundesregierung jetzt auf ein längerfristiges Engagement ein. Diese Linie wurde von Kriegsminister Rühe schon auf der NATO-Tagung Anfang Juni bekannt gegeben. Über die Beteiligung an der Unterstützung der schnellen Eingreiftruppe hinaus, sagte er auf dieser Tagung auch den Einsatz von ECR-Tornados zu (nach FAZ, 9.6.). Der jetzt vom Bundeskabinett gefaßte Beschluß enthält folgende Festlegungen:

"(1) Das Bundeskabinett beschließt, zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes im früheren Jugoslawien durch folgende Maßnahmen beizutragen:

a)Bereitstellung von Lufttransportkräften zur Unterstützung der Versorgung der UN-Friedenstruppen außerhalb Bosnien-Herzegowinas.

b) Entsendung von Sanitätskräften zum Betrieb eines deutsch-französischen Feldlazaretts in der Republik Kroatien zur sanitätsdienstlichen Versorgung der UN-Friedenstruppen (einschließlich einer lageabhängigen Sicherheitskomponente).

c) Entsendung zusätzlichen Personals für die internationalen Hauptquartiere in Italien und Kroatien.

d) Schutz und Unterstützung der im NATO-Rahmen durchgeführten Luftnahunterstützung zum Schutz des schnellen Einsatzverbandes bei seinen Operationen für die UN-Friedenstruppen durch ECR-, Aufklärungs-Tornado der Luftwaffe und Flugzeuge Breguet Atlantique der Marine für elektronische Aufklärung.

(2) Sollte ein Abzug der UN-Friedenstruppen aus der Republik Bosnien und Herzegowina und/oder aus der Republik Kroatien unumgänglich werden, stehen für eine NATO-Operation zur Unterstützung eines Abzugs zusätzlich zu den unter (1) genannten Beiträgen Seestreitkräfte (Minenabwehrverband, Schnellbootverband) sowie deutsche Soldaten in internationalen Hauptquartieren, insbesondere im Hauptquartier des Schnellen Reaktionskorps der NATO bereit." (Nach ND, 27.6.95)

Welche Rolle die jetzt zusammengestellten Militärverbände in Ex-Jugoslawien wirklich spielen sollen und werden, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Während auf der NATO-Tagung noch davon ausgegangen wurde, daß es keine "Blauhelme", sondern "richtige Soldaten" sein werden, die ihre Waffen auch einsetzen dürfen, wurde dies mit dem Beschluß des Sicherheitsrates in der Schwebe gehalten. Da jedoch das Drängen auf die Entsendung dieser Truppe so groß war, daß die ersten Verbände aus Großbritannien und Frankreich schon landeten, bevor im Sicherheitsrat überhaupt über das Mandat entschieden worden war, drängt sich der Verdacht auf, daß unter dem Vorwand der Sicherung der UN-Truppen ein verdeckter Truppenaufmarsch betrieben wird. Auch wenn die schnelle Eingreiftruppe Waffen ebenso wie die Blauhelmtruppen nur im Verteidigungsfall einsetzen darf, könnte doch die Tatsache eine Bedeutung erlangen, daß mit ihr eine Truppe auf dem Balkan steht, die mit schweren Kriegswaffen ausgerüstet ist. Auch wenn derzeit bei keiner der beteiligten Großmächte ein direktes Interesse zu erkennen ist, selbst Kriegspartei zu werden, entwickeln solche Krisensituationen eine immanente Logik, nach der später alle Beteiligten in einem Krieg stehen, den keiner gewollt hat. Da dies vorauszusehen ist, ist aber genau dieses Argument nicht stichhaltig.

he., Hamburg

7. Das Menschenrecht auf Asyl wiederherstellen! Die inhumane Abschiebehaft abschaffen!

Aktionsaufruf des Komitees für Grundrechte und Demokratie:

Autor: Aufruf des Kom. f. Grundrechte u. Demokratie · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:33

Im folgenden dokumentieren wir einen Aufruf des Komitees für Grundrechte und Demokratie, der während des Evangelischen Kirchentages in Hamburg verteilt wurde. Mit diesem Aufruf wurde für eine Mahnwache vor dem Untersuchungsgefängnis mobilisiert, das gleichzeitig als größter Hamburger Abschiebeknast dient. An der Aktion beteiligten sich am 16. Juni etwa 200 bis 300 Menschen, um "gegen die faktische Abschaffung des Asylrechts, insbesondere aber gegen die Abschiebehaft, die Würde, Integrität und Leben von Menschen verletzt und gefährdet", zu protestieren.

Die faktische Abschaffung des Asylrechts verlangt unser Handeln. Seit dem 1.7.1993 gibt es nur noch ein zerstückeltes Grundrecht auf Asyl. In Artikel 14 der Menschenrechtserklärung von 1948 heißt, es: "Jedermann hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen."

Durch das neue Asylgesetz und die Asylverfahrenspraxis wird diese Forderung für die Bundesrepublik weitgehend zunichte gemacht. Hunderttausende von Flüchtlingen werden bereits an den Grenzen abgefangen und zurückgewiesen. Von denen, die dennoch ins Land kommen und einen Asylantrag stellen "dürfen", werden mehr als je zuvor wieder in eine unsichere Zukunft abgeschoben. Dieselbe bedeutet für viele Hunger, Elend und Tod. Das gegenwärtige Asylrecht schützt nicht Menschen vor Verfolgung und Bedrohung, es schottet vielmehr die Bundesrepublik Deutschland ab gegen die Folgen der Welt(wirtschafts)"ordnung". Die Bundesrepublik hält diese Wirtschaftsordnung aufrecht und profitiert von ihr, während Millionen Menschen durch dieselbe zu Flüchtlingen gemacht werden.

Besonders skandalös am gegenwärtigen Umgang mit Flüchtlingen ist die Abschiebehaft, die aufgrund von § 57 Ausländergesetz vorgenommen werden kann. Flüchtlinge, die keine Berechtigung haben, einen Asylantrag zu stellen oder deren Asylantrag abgelehnt wurde, werden oft ohne Benachrichtigung durch die Ämter aus den Heimen heraus, auf offener Straße oder wenn sie Behörden besuchen, verhaftet und in die Abschiebehaftanstalten gezwungen. Die "Sicherungshaft zum Zwecke der Abschiebung" kann bis zu 18 Monaten dauern. Die Haftbedingungen sind oft schlechter als im normalen Strafvollzug. Die Existenz der Abschiebeknäste in der Bundesrepublik des Jahres 1995 läßt die Unglaubwürdigkeit einer herrschenden Politik offenbar werden, die anläßlich des 8. Mai 1995 (50. Jahrestag des Kriegsendes) einen aufgeblasenen Erinnerungs-Befreiungs-Rummel inszeniert (mit dem man sich nicht zuletzt vom Lagersystem des Nationalsozialismus "mit Abscheu" distanziert). Gleichzeitig kennt man aber keinerlei Skrupel, heute unschuldige Menschen in die Abschiebeknäste zu pferchen und das Recht auf Asyl preiszugeben.

Die inhaftierten Flüchtlinge wissen oft gar nicht, warum sie im Gefängnis sitzen und wie Straftäter und Straftäterinnen behandelt werden. Die psychischen Belastungen aus dieser Situation und die Angst vor der kommenden Abschiebung sind groß. Suizide und Suizidversuche sind die Folgen.

Am 8. April dieses Jahres hat sich Kassimou-Djibril Ouro-Djobo Tchabangna, ein 27jähriger Flüchtling aus Togo, in einer Zelle des Hamburger Untersuchungsgefängnisses erhängt. Die Angst vor der Abschiebung in seine Heimat hat ihn zu dieser Verzweiflungstat getrieben. Mehr als 15 Menschen haben sich seit 1993 in Abschiebehaft das Leben genommen oder sind während der Abschiebung umgekommen. An einige wollen wir erinnern:

- Pfarrer Kwaku, Ghana, Selbsttötung am 4.1.93 in der Abschiebehaft München

- Massivi Daniel Lopez, Angola, Selbsttötung am 15.10.93 in der Abschiebehaft Trier

- Osazuwa Omah, Nigeria, Selbsttötung am 8.12.93 in der Abschiebehaft Regensburg

- Emanuel Ehi, Nigeria, Selbsttötung am 10.12.93 in der Abschiebehaft Regensburg

- Emanuel Thomas Tout, Sudan, Selbsttötung am 25.12.93 in der Abschiebehaft Herne

- Son-Ha Hoang, Vietnam, Selbstverbrennung am 27.1.94 aus Angst vor Abschiebung

- Owusu Mensa, Ghana, Selbsttötung am 5.5.94 in der Abschiebehaft Stadelheim

- Zhou Zhe Gun, China, Selbsttötung am 2.6.94 in der Abschiebehaft Volkstadt

- Kola Bangkole, Nigeria, starb am 30.8.94 während der Abschiebung am Frankfurter Flughafen an den Folgen einer "Beruhigungsspritze" und/oder durch Ersticken an der Knebelung

- Abdullah J., Marokko, Selbsttötung im Oktober 1994 im Polizeigewahrsam Ludwigsburg

- Amar Tair, Algerien, Selbsttötung am 20.1.95 in der Abschiebehaft Wittlich

- Abijou T., Äthiopien, Selbsttötung im Februar 1995 in der Abschiebehaft Würzburg

- Kassimou-Djibril Ouro-Djobo Tchabangna, Togo, Selbsttötung am 8.4.95 in der Abschiebehaft Hamburg

Im Hamburger Untersuchungsgefängnis sind durchschnittlich ständig 80 Menschen als Abschiebehäftlinge unschuldig eingesperrt, bundesweit ständig ca. 3.000 Menschen. Wir müssen befürchten, daß es nur eine Frage der Zeit ist, wann sich wieder ein Mann oder eine Frau aus Verzweiflung, weil sie bundesdeutsche Behörden abschieben wollen, selbst töten. Dies ist ein peinigender Gedanke. Die Abschiebehaft ist ein unerträglicher Zustand!

Die Abschiebehaft gegenüber Zuflucht-Suchenden ist nicht zu rechtfertigen. Abschiebeknäste für Tausende von Menschen schaffen eine menschenverachtende, grundrechteverletzende Lage. Wir klagen daher Innenminister Kanther, der diesen Zustand politisch verantwortet, an. Er trägt fahrlässig dazu bei, daß Menschen umkommen. Ebenso klagen wir den Hamburger Bürgermeister Voscherau an und gleicherweise die Regierungschefs und Innenminister und -senatoren aller Bundesländer, die die Politik der Abschiebung und Einsperrung mittragen. Wir sind uns bewußt, daß wir alle zu Mittätern und Mittäterinnen gemacht werden, werden doch die Anordnungen der Abschiebehaft "im Namen des Volkes" vollzogen. Wir wollen jedoch nicht stumme Mittäterinnen und Mittäter sein. Deshalb müssen unser Protest und Widerspruch gegen das herrschende Asylunrecht und die Abschiebeknäste unüberhörbar werden!

Auch und gerade die offizielle Kirche trägt die herrschende Asyl- und Flüchtlingspolitik weithin mit - und dies, obgleich sich an der Kirchenbasis zahlreiche Gruppen und viele Christinnen und Christen gegen diese Politik stellen und sich engagiert für verfolgte Flüchtlinge einsetzen. Die Gewährung von Kirchenasyl weist den richtigen Weg. Wir verstehen unsere Aktion daher auch als Aufruf an die Kirche, die herrschende Abschiebepraxis nicht länger zu dulden, der Abschiebehaft entgegenzutreten und die Praxis des Kirchenasyls offen und entschieden zu unterstützen.

8. Keine Kriegseinsätze der Bundeswehr. Ulrich Hentschel auf der Auftakt-Kundgebung der Kirchentagsdemo

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:05

"Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen." Das haben - unter dem Beifall vieler Hamburger BürgerInnen - vor sechs Jahrzehnten die Nazis hier auf diesem Kriegsklotz propagieren lassen. Dieser Klotz war beim letzten Hamburger Kirchentag 1981 der Treffpunkt einer unerwartet großen Demonstration, die der Ausgangspunkt der letzten Friedensbewegung werden sollte. Damals wurde auch von einigen Leuten an den Nazi-Reliefs herumgemeißelt.

Manche erinnern sich noch daran, wie damals führende Kirchenleute gegen diese Friedensdemo wetterten, mit Reden und Gebeten.

In den Jahren danach entstand das Gegen-Denkmal von Alfred Hrdlicka. Heute ist zu sehen: Ein ebenso eindrucksvolles wie halbes Gedenken an bestimmte Opfergruppen des 2. Weltkrieges - und ein fast leuchtend weißes, nach wie vor herausgehobenes Nazi-Monument: "Deutschland muß leben". Das prangt hier mitten in Hamburg immer noch.

Dies allein ist schon Grund genug zum Protest! Denn in diesem steinernen Monument zeigt sich das kalte Herz dieses Landes.

Was in den achtziger Jahren Hunderttausende erschrak, war die Möglichkeit, daß sich die beiden deutschen Staaten gegenseitig atomar vernichten könnten. "Deutsche schießen nicht auf Deutsche". Seitdem diese militärische Option beseitigt ist durch die friedliche Niederlage der NVA - glaubt ihr, die Bundeswehr hätte sich so freiwillig und friedlich aufgelöst? - seitdem also kann sich das vereinte deutsche Militär seinen langersehnten außenpolitischen Zielen zuwenden, endlich eigene deutsche (besonders) schnelle Eingreiftruppen zum Kampfe rüsten. Frühere Schwüre von Parteien und Regierungen: "Niemals deutsche Soldaten in fremde Länder" sind schon gebrochen, vergessen. Nicht nur von den Militär-Führern - für all ihre Waffen brauchen sie jetzt langsam auch heiße Einsätze.

Nun soll man nicht nur auf die Militärs schimpfen, sie tun das, wofür sie bezahlt und befördert werden. Was aber ist mit Leuten, die aus tiefer Überzeugung - und das ist heute oft aus tiefem Bauch - von Deutschland aus ihren Frieden in die Welt tragen wollen. Wenn leider nötig, dann auch mit Waffengewalt.

Und die dazu den deutschen Massenmord an den Juden benutzen (!), wie z.B. die "Gesellschaft für bedrohte Völker", die eben mit einem entsprechenden Transparent ins Fernsehen kam. Ich protestiere hier ausdrücklich dagegen, daß diese Gruppe in diesen Tagen zum wiederholten Male die Reichspogromnacht (auf dem Transparent hieß es: "Reichspogromnacht in Bosnien") und die KZs gleichsetzt mit den militärischen Aggressionen einer der Kriegsparteien im Jugoslawienkrieg!

Infamer kann man den deutschen Massenmord nicht zu verharmlosen versuchen, als daß man andere dafür bestrafen möchte. Wen wundert's, daß das geschehen soll mit Hilfe von Militärs, die eher Nazi-Generale ehren und sich weigern, Deserteure anzuerkennen.

Auch wenn für diese wie für andere Militäroptionen die schönsten Namen hergestellt werden, bleibt es doch dabei: Wir wollen deutsche Kriegs- und Kreuzzüge nicht! Wir erinnern an die alte junge Regel: Rüsten wir ab, fangen wir im eigenen Land an!

Daß sich Deutschland wieder für souverän und mächtig genug hielt, seine besondere Art von Frieden heute über Europa und morgen die ganze Welt zu bringen, hat zwei Weltkriege zur Folge gehabt. Das langt.

Wir brauchen keine starke Nation mit schwachen Menschen und Mitläufern! Wir brauchen eine möglichst schwache Nation mit selbstbewußten Menschen aller Coleur!

Und wir könnten gut brauchen eine Kirche, die sich nicht nationalen Interessen unterordnet, sondern dem Primat der biblischen Grundaussagen: Für Gerechtigkeit, für die Unterdrückten, für Befreiung!

Was aber tun die Kirchen? Wo sie noch - in Zeiten heftigen Kampfes um das Grundrecht auf Asyl - eben dies zum unaufgebbaren Bestandteil der Demokratie erklärten (wie übrigens die SPD ganz ähnlich), wechseln sie dann rasch die Moral und die Fahne nach der Abschaffung dieses Rechts. Durchaus ernstzunehmende Begründung: Der innere Friede sei in Gefahr.

Das war und ist typisch: Um des inneren nationalen deutschen Friedens willen - derzeit läuft das unter dem Ticket "deutsche Versöhnung" - wird so manche Kröte geschluckt. Z.B.: Vor 60 Jahren fand man Hitler keineswegs überall gut, aber immerhin hatte er für Ruhe und inneren Frieden gesorgt.

Wo die Kirche noch im letzten Jahrzehnt vehement dem Verdacht bevorstehender weltweiter Optionen der Bundeswehr widersprach, schicken sie heute ihre Seelsorger mit - damit die seelischen Nöte der Truppe im fremden Lande nicht zu groß werden.

Und der Präsident dieses Kirchentages läßt - ganz als Privatmeinung -, aber ausgerechnet wenige Tage zuvor verlauten, daß deutsche Tornados doch in Bosnien, also weit außerhalb deutscher Grenzen, eingesetzt werden sollten. Ernst Benda sollte man für diese Offenheit fast dankbar sein. So können wir etwas älteren uns daran erinnern lassen, daß er als Bonner Innenpolitiker und Minister mit für die Durchsetzung der Notstandsgesetze gesorgt hat. Ernst Benda ist ein noch nicht erreichtes Vorbild für Herrn Kanther.

Warum, warum müssen solche Politiker Wortführer des Protestantismus sein? Sie sollten gern zum Kirchentag kommen: als Zuhörende und Lernende. Z.B. bei den Opfern ihrer politischen Entscheidungen.

Es ist in diesem Zusammenhang kein Zufall, daß eine gewisse Aufregung um eine kleine rechte religiöse Sekte gemacht wird. Wir haben nichts dagegen, daß hier ein Platzverweis erteilt wird.

Aber um wie vieles einflußreicher sind Einrichtungen wie Bundeswehr und Bundesregierung, die deutsche Waffeneinsätze planen und die Flüchtlinge dem Elend, manchmal dem Tod ausliefern. Was ist mit all den deutschen Ministerpräsidenten, die sich in diesen Tagen auch auf dem Kirchentag tummeln? Sind diese akzeptabler, weil sie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben?! Nein, sie sind es nicht. Und der Kirchentag darf nicht zu einem Ort verkommen, wo deutsche Minister und Konzernherren ihre Seelenqualen offenbaren - und dann so weitermachen wie bisher.

Brot und Spiele werden hier geboten. Auf den Emporen sitzen die Cäsaren. Halten Reden zum Ruhme einer freundlichen Kirche und einer angeblich zivilisierten Nation. Und wir sollen dadurch eingepaßt werden in einen immer trostloseren Alltag.

Wir müssen mit dafür sorgen, daß es keine Kriegseinsätze der Bundeswehr gibt. Menschen, die Asyl suchen, müssen in der BRD Aufnahme finden.

In diesem Sinne, aber nur in diesem Sinne gilt: Es gibt nichts Gutes, außer wir tun es!

9. Geheimverhandlungen und Tumulte. Bundesregierung und Sudentendeutsche setzen Tschechien unter Druck

Bundesregierung und Sudetendeutsche setzen Tschechien unter Druck

Autor: Bürokollektiv Ulla Jelpke · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Tschechien · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:29

In Geheimverhandlungen sucht die Bundesregierung derzeit mit der tschechischen Regierung nach einer endgültige Entschädigungsregelung für die tschechischen Opfer aus der NS-Zeit. Verknüpft wird dies von Seiten der Bundesregierung mit Leistungen der tschechischen Seite für die Vertriebenen. Mit diesen Verhandlungen soll das Nachbarschaftsverhältnis der BRD zur Tschechischen Republik normalisiert werden. Die Folgen der NS-Zeit sollen beiseite geräumt und der Tschechischen Republik nach dem Ende des Kalten Krieges der Weg in die Europäische Union geebnet werden.

Geklärt werden sollen zudem all die Fragen, die man bei der Abfassung des Nachbarschaftsvertrages vor drei Jahren noch ausgeklammert hatte - vor allem die Eigentumsfragen und Fragen nach einem Heimatrecht der Sudetendeutschen. Dies ist der materielle Kern und gleichzeitig auch das Faustpfand für die Bundesregierung, um die tschechische Regierung zu "Kompromissen" und zum "Einlenken" zu bewegen. Angeblich sei Bewegung in die deutsch-tschechischen Beziehungen geraten, so wird es jedenfalls überall in den Medien festgestellt: Sowohl im Münchner Domizil der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), bei der Bayerischen Landesregierung als auch bei der Bundesregierung.

Vertriebenenlob für Antje Vollmer

An vorderster Front derjenigen, die diese Bewegung fast beschwörerisch herbeireden, steht Antje Vollmer, stellvertretende Bundestagspräsidentin und Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. Sowohl in ihrer Bundestagsrede als auch im Vorfeld des Deutschlandstreffen der SL wies sie vor allem den Vertriebenenpolitikern und -politikerinnen "eine Schlüsselrolle" in der gegenwärtigen Situation zu. Die jetzige Phase sei - so Antje Vollmer in der Bundestagsdebatte zur Erklärung der Bundesregierung zum Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau in Deutschland und zum Frieden in Europa - eine historische Stunde; "nur jetzt" wäre es möglich, "den Weg frei zu machen", und nur dann, wenn es gelänge, aus "den Fesseln von Vergangenheitsansprüchen, elenden Junktims und Wenn-aber-Erklärungen" herauszukommen. (FAZ, 2.6.95) Sie schmeichelte sogar den Vertriebenen: Ihnen würde angeblich "eine einmalige Schlüsselrolle" zukommen, sie "könnten sogar Geschichte machen".

Mit dieser Erklärung zeigte Antje Vollmer an, daß zumindest sie sich im Laufe der Jahre bewegt hatte und zwar auf die Vertriebenen zu. Denn sie führte gleichfalls aus, daß die Linken in den 70er Jahren und später den Fehler begangen hätten, die berechtigten Anliegen der Vertriebenen zu ignorieren und als revanchistisch abzustempeln. Dies hätte daran gelegen, daß die Vertreibung der Deutschen von 1945 "ein innenpolitisches Thema, ein Kampfthema" geworden sei. Antje Vollmer weiter in der Bundestagsdebatte: "Für die politische Linke war es weitgehend ein Tabuthema, besetzt von vermeintlich (!) Ewiggestrigen, die partout die gerechte Strafe der Geschichte über die politische Gewaltherrschaft nicht akzeptieren wollten. Auch dieses Wegsehen - das möchte ich heute sagen - war kein Ruhmesblatt in der Aufarbeitung historischer Wahrheiten, obwohl es auch seine Gründe hatte (...) Aber das Wegsehen war auch mitleidslos gegenüber den Menschen, die ohne Schuld wiederum Opfer von Gewalterfahrungen wurden. Das war noch nicht einmal politisch besonders klug; denn Heimatvertriebene sind nicht per se als Besitzstand irgendeines politischen Lagers geboren." (Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Plenarprotokoll der 41. Sitzung, S. 3193)

Für Antje Vollmer ist nun das Einzelschicksal der Vertriebenen der Mittelpunkt für die Beurteilung der Politik der Vertriebenenverbände und der sie jeweils stützenden Bund- und Länderregierungen bzw. der anderen politischen Kräfte. Es mag ja sein, daß Antje Vollmer in Phasen ihrer politischen Vergangenheit das Einzelschicksal der Menschen übersehen hatte, die auch als (deutsche) Flüchtlinge - durchaus schuldlos - Opfer der NS-Kriegspolitik wurden. Also jene Menschen, die vor der näher kommenden Front oder drohenden

Bombardierungen flüchteten und ihre Heimat verließen, oder die eben in Folge des Ergebnisses des Zweiten Weltkrieges zwangsweise umgesiedelt worden waren, wie es u.a. das Potsdamer Abkommen festschrieb.

Zwar waren sie nicht "per se Besitzstand" der Vertriebenenfunktionäre, wohl aber von ihrem materiellen Interesse her (Rückgewinnung ihrer Heimat und Entschädigung für den Verlust ihres Hab und Guts durch die osteuropäischen Länder) durchaus leicht für eine revanchistische Politik zu gewinnen. Und es ist ja nicht so, daß die Vertriebenenverbände nur in den schwarzen 50er Jahren eine revanchistische Politik im Rahmen des Kalten Krieges propagierten; diese Politik á la "Schlesien bleibt unser" oder "Verzicht ist Verrat" wird bis heute ungebrochen fortgeführt.

Und das ist das Hauptproblem an der Sichtweise von Antje Vollmer, daß sie heute nicht mehr sehen will, daß der "Bund der Vertriebenen" diese Politik immer betrieben hat und daß es keinerlei aktuelle Anzeichen für eine grundlegende Änderung dieser Programmatik und Praxis gibt. Antje Vollmer will ihrem aktuellen Versuch, versöhnend zwischen tschechischer Regierung und den Vertriebenenverbänden zu vermitteln, dadurch eine Rechtfertigung geben, daß sie die Politik der Vertriebenenverbände schönredet. In der Bundestagsdebatte attestierte sie - ähnlich wie der Kanzler - den Vertriebenenverbänden, daß sie "früh auf Rache verzichteten". (ebenda)

Diese Äußerungen Antje Vollmers fallen in eine Zeit, in der die Vertriebenenverbände sich nach rechts radikalisieren und sich äußerst unverschämt und drohend gegenüber den osteuropäischen Staaten verhalten. Die Verabschiedung der Nachbarschaftsverträge zwischen der Bundesregierung und Polen sowie der CSFR verlieh diesem Rechtsruck neue Schubkraft. Vergleichsweise moderate Vertriebenenpolitiker, wie etwa Hartmut Koschyk (CSU), zogen damals die Konsequenzen und räumten ihre Posten in diesen Verbänden. Hier nur einige Beispiele für diese Rechtsentwicklung im BdV und den einzelnen Landsmannschaften:

* Da droht z. B. der Bundesvorsitzende des "Witikobundes" (der nationalen Gesinnungsgemeinschaft innerhalb der SL), Walter Staffa, den Polen mit einer "Vertreibung";

* die Politik der tschechischen Regierung wird vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden des "Witikobundes" als "Raubsicherungspolitik" beschimpft;

* da äußern sich Vertriebenenzeitungen offen antisemitisch und/oder leugnen den Holocaust, wie etwa das "Ostpreußenblatt", der "Witiko-Brief", "Fritz" (die Zeitung der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen);

* da werden NS-Verbrechen abgeschwächt und verniedlicht;

* da werden Größen des bundesdeutschen Rechtsextremismus als offizielle Redner auf die Deutschland-Treffen der Vertriebenen eingeladen (wie etwa der ehemalige Stellvertreter von Le Pen im Europaparlament, Schodruch, beim Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen 1994 in Düsseldorf);

* da schreiben sich führende Vertriebenenfunktionäre in rechtsextremen Zeitungen die Finger wund, etwa in der "Jungen Freiheit", oder in "Nation und Europa" (vgl. zu dieser Radikalisierung u.a. den Artikel "Der ‚Witikobund`: Stramm neofaschistisch durchdrungen", ak 379).

Die Abkehr Antje Vollmers von einstigen Positionen wurde von den konservativen Kräften und der Vertriebenenpresse wohlwollend aufgegriffen. Die "Sudetendeutsche Zeitung" entschuldigte sich dafür, daß Antje Vollmer von Gästen des Deutschlandtreffens zunächst ausgepfiffen worden war, die noch nicht vergessen hatten, daß Antje Vollmer vor nicht allzu langer Zeit für die Grünen andere Positionen vertreten hatte. Der Chefredakteur des Blattes, Wildt, meinte, daß es scheinen könnte, "als hätte ein Teil der Protestierenden Antje Vollmer mit einer gewissen Ulla Jelpke verwechselt", die sich "als ‚Vertriebenenfresserin` betätigt". Wildt griff vor allem Vollmers Aussage auf, daß die Linke gegenüber den Vertriebenen "noch erhebliche Defizite" hätte und eine solche Haltung - so Wildt - hätte "durchaus mit höflichem Beifall honoriert werden können". (Sudetendeutsche Zeitung, 9.6.95) Ähnlich positiv wertete der "Deutsche Ostdienst" (Informationsdienst des BdV), daß "übereinstimmend alle Redner" in der Bundestagsdebatte die "Aufbauleistungen der Vertriebenen und ihrer Verbände" gewürdigt hätten, "mit Ausnahme der PDS"; die hätte "einen Mißklang in die Debatte" gebracht. (Deutscher Ostdienst, 9.6.95)

Das Gerede von der angeblich gewachsenen Dialogbereitschaft auch und besonders bei den Vertriebenenverbänden zeigte nur die Angst im Vorfeld des Deutschlandtreffens der SL, daß die Vertriebenenpolitiker mit allzu schroffen Tönen die Geheimverhandlungen der Bundesregierung mit der tschechischen Regierung stören könnten. Unübersehbar war die Absicht, die Vertriebenenfunktionäre dazu zu bewegen, diesmal ausnahmsweise nicht so wortgewaltig aufzutreten. Oder wie Vollmer es formulierte: "Schlagen Sie diese Chance für das richtige Wort zur richtigen Zeit nicht aus! Verzichten Sie endlich auch öffentlich auf verunsichernde Beiträge ...". (ebenda, S. 3194) Die schlaueren unter den Vertriebenenpolitiker hatten begriffen, daß heute die Chancen günstig sind, der tschechischen Regierung viele Zugeständnisse abzupressen. Im Gegenzug würde die Bundesregierung sich anbieten, der tschechischen Regierung den Weg in die Europäische Union zu ebnen.

Knallhart in der Sache

Dabei hat sich in der Sache so gut wie nichts bewegt. Kaum hatte Antje Vollmer ausgesprochen, daß man sich von den "ewigen Junktims" befreien solle, da zeigte Bayerns Ministerpräsident Stoiber in derselben Bundestagsdebatte, was er von einer derartigen Aufforderung hält. Nämlich: Nichts. Alle sattsam bekannten Forderungen der Vertriebenenverbände trug er vor, wie

* Anerkennung des Heimatrechts der Sudetendeutschen durch die tschechische Regierung

* Aufhebung der Benes-Dekrete

* Aufhebung der Amnestie-Gesetze

* die Verknüpfung der Entschädigung der tschechischen NS-Opfer mit Entschädigungsleistungen für die Vertriebenen

* die Anerkennung der Vertriebenenfunktionäre als offizielle Gesprächspartner.

Stoiber ließ auch keinen Zweifel daran, daß er diese Forderungen als Essentials ansieht. Nur mit deren Einlösung würde die tschechische Seite "die historische Wahrheit und ein Bekenntnis zum begangenen Unrecht" anerkennen. Ein weiteres Festhalten an den Benes-Dekreten wäre mit der "Hausordnung der Europäischen Union" nicht vereinbar. (Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Plenarprotokolle, 41. Sitzung, S. 3201) Ähnlich äußerte sich Stoiber auch auf dem Deutschlandtreffen der SL und brachte hier etwas vorsichtiger als der Bundesvorsitzende der "Sudetendeutschen Jugend" zum Ausdruck, daß die Vertreibung der Deutschen nach 1945 als Vorbild für die "ethnischen Säuberungen" im ehemaligen Jugoslawien dienten.

Makabere Züge nimmt mittlerweile die Weigerung der Bundesregierung an, sofort und ohne Vorbedingung die tschechischen NS-Opfer zu entschädigen. Die Bundesregierung setzt - 50 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus - offenbar in dieser Frage besonders auf Zeit. Geradezu zynisch klingt es, wenn Außenminister Kinkel in der Debatte vom 17. März 1995 erklärte, er und der Bundeskanzler bemühten sich "wahrhaftig und mit großem Ernst um eine Lösung". Tatsache ist vielmehr, daß diese Lösung ausgesessen wird. Tatsache ist außerdem, daß die Bundesregierung in dieser Frage weiterhin von einer Gleichartigkeit der Kriegspolitik des NS-Staates und der Befreiung ausgeht. Auch hier bewegt sich die Bundesregierung im Gleichklang mit den Vertriebenenfunktionären. Der Sprecher der SL, Neubauer, formulierte diese Maxime bundesdeutscher Politik so: Es müsse eine "gleichwertige Entschädigung für deutsche Opfer gleichartiger Gewalt- und Unrechtstaten, die von tschechischer Seite begangen wurden", geben.

Wie wenig die Bundesregierung bereit ist, der tschechischen Regierung entgegenzukommen, zeigt ihr Umgang mit der SL. Die Bundesregierung ist nicht bereit, die SL - etwa durch eine Drohung mit dem Entzug der finanziellen Förderung - öffentlich zu zwingen, sich von rechtsextremen Kräften in ihren Reihen - wie z.B. dem "Witikobund" - zu trennen. Tatsächlich nimmt die Bundesregierung den antisemitischen, rassistischen und geschichtsrevisionistischen "Witikobund" vor antifaschistischer Kritik in Schutz. Auf Anfragen im Bundestag äußert die Bundesregierung, daß sie beim "Witikobund" "keine eindeutigen" Anhaltspunkte für rechtsextreme Bestrebungen erkennen könne. (Antwort der Bundesregierung vom 23.5.95 auf eine Kleine Anfrage der PDS im Bundestag)

Diese Schutzfunktion der Bundesregierung ist auch dringend nötig, da der "Witikobund" alles andere als ein Schattendasein in der SL führt. Die Vertreter dieser "nationalen Gesinnungsgemeinschaft" sitzen in führenden

Funktionen in der SL und sind hier wohl gelitten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der stellvertretende Bundesvorsitzende Übelacker, früher Landtagskandidat der REP in Bayern, äußerte im "Witiko-Brief", daß es sich bei den Greuel der SS in Lidice "um eine völkerrechtlich übliche Sache" gehandelt habe. Trotz oder gerade wegen der völligen Verharmlosung dieses Massakers der SS an der tschechischen Zivilbevölkerung erhielt er wenige Wochen später im Auftrag des Bundesvorsitzenden der SL das Große Ehrenabzeichen der Landesmannschaft überreicht.

Während die rechtsextremen Kreise in der SL sich ungestört ausbreiten können und von den Größen der SL sowie von der bayerischen Landesregierung hofiert werden, haben die wenigen Anhänger, die für einen tatsächlichen Dialog mit der tschechischen Seite eintreten, innerhalb der SL einen schweren Stand. Mit einer gewissen Berechtigung können sich die rechten und rechtsextremen Kräfte darauf berufen, daß diese Anhänger eines Dialogs gegen die Satzung und die gesamten Grundlagen der Politik der SL verstoßen.

Anstatt mit repressiven Maßnahmen auf Duldung und Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten zu reagieren, gewährt die Bundesregierung der SL weiterhin großzügig finanzielle und politische Unterstützung:

1991 551.000 DM

1992 721.000 DM

1993 640.000 DM

1994 765.000 DM

Hinzu kommen noch Gelder, die die Bundesregierung der SL als Mittlerorganisation für die Betreuung der deutschen Minderheit in der tschechischen Republik überläßt:

1991 1.979.000 DM

1992 1.037.000 DM

1993 713.000 DM

1994 711.000 DM

Die Reaktion der tschechischen Öffentlichkeit

Die Forderungen der bundesdeutschen Politiker und Vertriebenenfunktionäre, sowohl in der Bundestagsdebatte als auch auf dem 46. Sudetendeutschen Tag, wonach die tschechische Regierung vor allem von den Benes-Dekreten abrücken solle, wurde von tschechischen Politikern durchgehend und mit Recht abgelehnt und zum Teil entschieden zurückgewiesen. Sehr zurückhaltend äußerte sich da noch der tschechische Ministerpräsident Klaus, der äußerte, daß er aus München "keine entgegenkommenden Töne" gehört habe.

Klaus lehnte auch entschieden die von Bundesfinanzminister Waigel auf dem Sudetendeutschen Treffen vorgeschlagene Expertenkommission für das deutsch-tschechische Verhältnis als Einmischung ab. Klaus kann und will nicht akzeptieren, "wenn Deutsche und Waigel ihn davon zu überzeugen versuchten, daß die Beziehungen besonderer Lösungen bedürften". Er wehrte sich gegen Behauptungen, wonach die Beziehungen zu Deutschland "nicht dem Standard" internationaler Beziehungen entsprächen. Für ihn sei "Deutschland ein normales Nachbarland". Er "würde es jedoch nicht wagen, dem Verfassungsgericht eines Nachbarlandes unglaubliche Fehler" vorzuwerfen. Der Ministerpräsident spielt damit auf Kommentare von Vertretern der Bundesregierung an, die die Rechtsprechung des tschechischen Verfassungsgerichts wegen ihres Festhaltens an den Benes-Dekreten verurteilt hatten.

Zu der Anmaßung und Drohung bundesdeutscher Politiker, die gesamte Nachkriegsordnung in Frage stellen zu wollen, äußerte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des tschechischen Parlaments, Payne, daß damit die gesamte tschechische Rechtsordnung gekippt werden würde. Payne wörtlich: "Solche Stellungnahmen implizieren Übereinstimmung mit dem, was Hitler in den böhmischen Ländern getan hat." (FAZ, 7.6.95)

Bürokollektiv Ulla Jelpke

10. Zur falschen Zeit am falschen Ort. Bundesweite Hausdurchsuchungen gegen Linke

Autor: ga. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Westdeutsche Linke allgemein; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:38

"Bundesweit nahm die Polizei Durchsuchungen von ungefähr 80 Wohnungen vor ...", war in den Nachrichten zu hören. Sollten die Nazi-Briefbomben gegen SPDler dieses Mal die Polizei tatsächlich zu unverzüglichem Handeln bewegt haben, war der erste und falsche Gedanke, der aufkam. Das Ende der Nachricht stellte dann die gesellschaftlichen Bedingungen in diesem Land wieder auf die Füße: Durchsucht worden waren etwa 80 Wohnungen, Projekte und Infoläden der linken und autonomen Bewegung in der ganzen Republik.

Die Durchsuchungs- und Haftbefehle nach § 129 und § 129a ermöglichten jede Willkür bei den Durchsuchungen. Beschlagnahmt wurde, was nicht niet- und nagelfest war: Bücher, Computer, Disketten, Zeitungsartikel, jede Art beschriebenes Papier, Fotos etc. Gesucht wurde im Rahmen dieser Razzia - so behauptete die gesamte Presse - angeblich nach Mitgliedern der "Antiimperialistischen Zellen" (AIZ), der Gruppe "Das K.O.M.I.T.E.E" und Herstellern der Zeitung radikal. Das Hamburger Abendblatt meldete am 15.6. sogar, daß sich die Aktion außerdem gegen die "RAF" richtete.

In keinem der Haftbefehle taucht dieser Vorwurf auf. Den vier Männern aus Berlin, Münster, Lübeck und Rendsburg, die festgenommen worden sind, wird vorgeworfen, "für die Herausgabe und Verbreitung der linksextremistischen/linksterroristischen Untergrunddruckschrift radikal verantwortlich" zu sein.

Die Durchsuchungsbefehle stammen teilweise aus dem April, das läßt darauf schließen, daß die Aktion schon seit längerem vorbereitet worden war. Offensichtlich erschien es gerade zu dem Zeitpunkt opportun, diese Durchsuchungsbefehle auszuführen, als die Titelseiten der Presse den Terror der Nazis als ernstzunehmende Gefahr darstellten.

Das lenkt nicht nur von dem Nazi-Briefbombenterror ab, es bringt auch die Gefahr des "linken Terrorismus in den Medien wieder an die richtige Stelle.

ga.

1976: wird die Berliner Stadtzeitung radikal - Untertitel "Sozialistische Zeitung für Westberlin" - gegründet

1978: Erste Verfahren gegen die radikal: Verurteilung des presserechtlich Verantwortlichen zu 875 DM Geldstrafe, wegen Abdruck des Mescalero-Nachrufs im Zusammenhang mit der Buback-Ermordung. Verfahren gegen andere Zeitungen in diesem Zusammenhang werden eingestellt oder es erfolgen Freisprüche

1982: Durchsuchungen von 14 Privatwohnungen, zwei besetzten Häusern, drei Druckereien, zwei Buchläden, einer Buchvertriebsstelle, einem Verlag und einer Fotosetzerei in Berlin.

Der Abdruck von Erklärungen der Revolutionären Zellen solle den Straftatbestand des Werbens für eine terroristische Vereinigung (§129a) erfüllen. Die radikal ist zu dieser Zeit "Zeitung für unkonventionelle Bewegungen" zum wichtigsten Sprachrohr der autonomen, militanten HausbesetzerInnenbewegung in Berlin geworden und hat als solche eine große überregionale Bedeutung erlangt. Vor allem in ihrer Koordinationsfunktion für die Bewegung sollte die Zeitung durch massive Einschüchterung zerschlagen werden.

1983: Im Juni werden die beiden in der Linken bekannten Journalisten, Schriftsteller, Hausbesetzer und Pressesprecher Benny Härlin und Michael Klöckner verhaftet. Sie werden stellvertretend für die MacherInnen der radikal mit dem § 129a belegt. Nach einem öffentlichen Proteststurm, der vor allem auch von einer liberalen Öffentlichkeit getragen wird, wird beiden gegen 30.000 DM Kaution nach zwei Monaten Isolationshaft Haftverschonung gewährt. (Soviel zum Thema Bedeutung öffentlichen Protests.)

1984: Am 1. März werden Benny Härlin und Michael Klöckner zu je zweieinhalb Jahren Knast verurteilt. Klöckner weil er redaktionell mitgearbeitet und das Konto geführt haben soll, Härlin, weil er in einer früheren Nummer als V.i.S.d.P. zeichnete. Beweise für ihre aktuelle Verantwortlichkeit liegen Richter Pahlhoff nicht vor.

Im Mai werden beide auf der Liste der GRÜNEN ins Europaparlament nach Straßburg gewählt und ihre Immunität als Abgeordnete wird bestätigt, wodurch sie zunächst um den Knast herumkommen.

Bereits im April wurde das Konto der radikal gesperrt und beschlagnahmt, das Postfach überwacht und eine Person festgenommen, als sie das Postfach leeren wollte. Hiernach stellt die TAZ ihre Adresse für die radikal zur Verfügung, damit diese weiter postalisch erreichbar bleibt.

Im Mai werden die Räume der TAZ vom Staatsschutz durchwühlt und alle eingegangenen Briefe für die radikal werden beschlagnahmt. Wenige Tage später stellt die radikal ihr Erscheinen mit der Nummer 126/127 ein, die Redaktion erklärt unter diesen Bedingungen nicht weiter arbeiten zu können.

Herbst 1984: Die radikal erscheint erstmals aus dem "Untergrund". In der Nummer 128 schreibt die Redaktion, daß die Zeitung ab jetzt nur noch versteckt geschrieben und produziert werden kann.

Der mit der Einstellungsverkündung der radikal schon verbuchte Zensurerfolg geht für die Staatsschützer in Sekundenschnelle wieder verloren. Die Repression gegen die nun "versteckten" Strukturen der radikal geht um so intensiver weiter. Da man nun nicht mehr der Redaktion habhaft werden kann, die mutmaßlich in Holland verweilt, konzentrieren sich die Ermittlungen auf die Verkaufsstellen und die HandverkäuferInnen in der BRD.

1986/87: In zwei groß angelegten Durchsuchungswellen werden insgesamt über 100 Buchhandlungen, Infoläden, Zentren, Privatwohnungen durchsucht.

Gegen 164 Buchhändler und 28 HandverkäuferInnen wird ermittelt. Gegen 38 wird Anklage erhoben, 12 davon werden eröffnet. In sieben Verfahren wird freigesprochen, in fünf Verfahren werden Bewährungsstrafen verhängt.

Die Ermittlungen gegen die weiter in unregelmäßigen Abständen erscheinende radikal laufen zwar weiter, führen allerdings zu keinen weiteren Aktionen seitens der Staatsanwaltschaft.

1989: In der Edition ID-Archiv wird ein Interview mit der aktuellen Redaktionsgruppe der radikal als Broschüre herausgegeben. Die Herausgeber betonen den Stellenwert des Interviews für die Diskussionen innerhalb der Linken, gerade weil die radikal nicht immer ungeteilte Akzeptanz fände.

Diese Broschüre - die selbst nicht inkriminiert wird - ist Anlaß zu abstrusen Mutmaßungen der Staatsanwaltschaften. Es wird eine Beziehung, ja sogar eine Identität der HerausgeberInnen des Interviews und der Redaktion der radikal konstruiert. Ziel ist die Durchsuchung der Verlagsräume und der Aurora-Verlagsauslieferung in Berlin, sowie der Siegener Druckerei, und damit die konkrete Behinderung der Arbeit dieser Projekte. Beschlagnahmt werden Geschäftsunterlagen, die im Zusammenhang mit der Herausgabe des Interviews als Broschüre stehen. Auch hier der Versuch einzuschüchtern und wahllos Informationen zu sammeln. Ein juristisches Nachspiel fand nicht statt.

1995: Die groß angelegte Durchsuchung von ca. 80 Wohnungen im gesamten Bundesgebiet vom Dienstag, den 13. Juni" die schon zwei Tage später als riesiger Fahndungserfolg gegen die linksterroristische Szene in der Presse verkündet wurde, führte zu vier Haftbefehlen gegen Menschen, denen die redaktionelle Vorbereitung der radikal Ausgabe 148 unterstellt wird. Angeblich hätten sich die vier im Dezember 1993 (!) zu diesem Zweck in der Eifel getroffen.

Öffentliche Stellungnahme

und einige Klarstellungen nach unserem derzeitigen Kenntnisstand

Am letzten Dienstag, den 13. Juni 1995, sind bundesweit mehr als 50 Wohnungen und links-alternative Informationsstellen von Beamten der Bundesanwaltschaft (BAW), des BKA und der Landeskriminalämter durchsucht worden. Dabei wurden vier bereits vor Monaten ausgestellte Haftbefehle vollstreckt.

In der Presse, die sich zunächst ausschließlich auf die Pressemitteilung der BAW stützte, wurde die Aktion bereits am selben Tag um 8 Uhr morgens als "erfolgreicher" Schlag gegen die terroristischen Gruppierungen "Antiimperialistische Zellen" und "Das KOMITEE" begründet. Hervorgehoben wurde die Bedeutung dieser Gruppierungen als angebliche "Nachfolgeorganisationen" der RAF.

Tatsache aber ist, daß alle 25 Ermittlungsverfahren, von denen wir wissen, nichts mit oben genannten Gruppierungen zu tun haben, sondern ausschließlich im Zusammenhang mit der Herstellung und Verbreitung der Zeitschrift radikal stehen, die allerdings von der BAW als "hochkonspirativ agierende Organisation" hochgespielt und in der Gefährlichkeit terroristischen Gruppen gleichgesetzt wurde.

1. Klarstellung: Die Zeitschrift radikal ist - wenn sie sich auch nicht ausschließlich auf dem Boden staatlich reglementierter Legalität bewegt - keine terroristische Vereinigung.

Die Verhaftungen von vier Personen steht im Zusammenhang mit einem angeblichen Treffen, das Ende 1993 (!) in der Eifel stattgefunden haben soll, an welchem die vier verhafteten Personen zwecks der Vorbereitung einer Ausgabe der Zeitschrift radikal teilgenommen haben sollen. Woher diese angeblichen Ermittlungsergebnisse stammen, und warum erst nahezu zwei Jahre später diese gegen die betreffenden Personen verwendet werden, ist uns völlig unklar.

2. Klarstellung: Offenbar stehen die ermittelnden Behörden von politischer Seite derart unter Druck, daß sie jetzt alte und aller Voraussicht nach haltlose Erkenntnisse aus der Schublade ziehen, um einen wie auch immer gearteten Ermittlungserfolg vorzutäuschen.

In Münster waren fünf Privatwohnungen Objekte der Hausdurchsuchungen. Dabei wurden drei Wohnungen derart verwüstet, daß noch heute die Spuren der Staatsgewalt sichtbar sind. Beschuldigt werden vier Männer, sich an Herstellung und/oder Verbreitung der Zeitschrift radikal beteiligt zu haben. In allen Wohnungen wurde weder vor den Räumen nichtbeschuldigter MitbewohnerInnen noch vor äußerst privaten Dingen wie Tagebüchern, Privatfotos und Briefen halt gemacht. Die BewohnerInnen durften nicht bei geschlossener Tür zur Toilette gehen - nicht einmal dort ebenfalls wohnende Kinder.

3. Klarstellung: Die Durchsuchungen dienten weniger einem polizeilichen "Fahndungserfolg", sondern der massiven Einschüchterung des politischen Umfeldes und FreundInnenkreises der Beschuldigten sowie der Verunsicherung ihrer NachbarInnen. Zu diesem Zweck werden die privaten Lebensräume zerstört, NachbarInnen, Arbeitgeber und Vermieter ausgefragt, wichtige Arbeitsmaterialien, die zum Erwerb des Lebensunterhaltes notwendig sind (Computer, Arbeitsunterlagen, Adreßverzeichnisse etc.) beschlagnahmt. (...)

Rainer P. wurde von bewaffneten Polizeikräften morgens um 6 Uhr aus dem Bett heraus verhaftet, da er angeblich an dem Treffen in der Eifel vor zwei Jahren dabeigewesen sein soll. Er wurde wenige Stunden später mit einem Einsatzwagen direkt nach Karlsruhe zur BAW verschleppt. Seitdem hatte Rainer keinen Außenkontakt - mit Ausnahme eines Telefongesprächs mit seinem Anwalt. Wir wissen, daß Rainer den Bedingungen totaler Isolation unterliegt - mit allen Schikanen, die das sogenannte 24-Punkte-Programm zuläßt. Am deutlichsten wird diese Isolationsbehandlung vielleicht an der 24-Stunden-Neonbeleuchtung, der er in seiner Zelle ausgesetzt ist. Wir beurteilen diese Isolationshaftbedingungen mit völligem Reizentzug als Folter, die ihn zermürben und zu Aussagen erpressen soll.

4. Klarstellung: Für uns spielt es keine Rolle, ob vor zwei Jahren ein Treffen in der Eifel stattgefunden hat oder nicht, ob es zur Verbreitung, Diskussion oder Herstellung der Zeitschrift radikal gedient hat oder auch nicht. Wir finden es in diesem Zusammenhang auch unwichtig, ob Rainer daran teilgenommen hat oder nicht. Wir wollen uns keinen Spekulationen hingeben - das machen schon Bundesanwaltschaft und die anderen Ermittlungsbehörden zur Genüge.

5. Klarstellung: Wir kennen Rainer als einen sehr verantwortungsbewußten, kritischen und politisch aktiv in seiner Umwelt handelnden Menschen, auf den wir uns immer verlassen können, der uns bis heute in vielen Diskussionen und Aktionen mit seiner Analyse und Kritik begleitet hat. Wir haben volles Vertrauen in Rainer.

Wir wissen, daß Rainer alles andere als terroristisches Handeln mit seinen politischen Aktivitäten verfolgt hat, ganz gleich was ihm jetzt vorgeworfen werden soll.

Rainer, wie die anderen drei derzeit Inhaftierten, sollen allem Anschein nach stellvertretend für die Redaktion der Zeitschrift radikal angeklagt werden, welche wiederum stellvertretend für die Gruppen "Antiimperialistische Zellen" und "KOMITEE" in ihren Strukturen zerschlagen werden soll.

Die Bundesanwaltschaft geht dabei konkret so vor, daß sie in der Öffentlichkeit nach obigen Gruppen fahndet, da sie ihrer aber nicht habhaft werden kann, jene Zeitung radikal zum wiederholten Mal kriminalisiert, da sie sich mit der Politik dieser Gruppen auseinandersetzt, hier auch keine aktuell Verantwortlichen kennt und sich deshalb auf Personen bezieht, von denen sie mutmaßt, daß sie an der Verbreitung der Zeitschrift beteiligt sind, bzw. daß sie konkret vor zwei Jahren eine einzelne Ausgabe der Zeitschrift vorbereitet hätten. Rainer und die anderen, denen dieser Vorwurf gilt, werden alsbald in der Presse als Verantwortliche für die Politik diverser Gruppen präsentiert. Was diese Vorverurteilung für einen möglichen Gerichtsprozeß bedeutet, ist schon jetzt allen klar. (...)

6. Klarstellung: Dieses Vorgehen hat nichts mit Recht - auch nicht im Sinne der juristischen Ordnung dieses Staates - zu tun. Es sind relativ willkürliche Stellvertreterkriege, die die Bundesanwaltschaft führt, um scheinbar "Fahndungserfolge" präsentieren zu können. Wie Kanther bereits formulierte, ist es ein "Warnschlag".

Nach 20jähriger Repression gegen mutmaßliche VerlegerInnen, HerausgeberInnen, SetzerInnen, DruckerInnen, BuchhändlerInnen und WiederverkäuferInnen der Zeitschrift radikal werden nun diejenigen angegangen, die die Zeitschrift diskutieren und bald auch diejenigen, die sie lesen. (...)

Für eine vielfältige und lebendig diskutierte und unzensierte Presse!

Kollektiv des UNRAST-Verlags: Willi Bischof, Jörn Essig, Inés Gutschmidt und Martin Schüring

Wir fordern:

- die sofortige Beendigung der unmenschlichen Isolationshaftbedingungen und der Kontaktsperre gegen Rainer und die drei anderen uns z.Zt. namentlich nicht bekannten Inhaftierten.

- die unverzügliche Haftprüfung und daraus folgende Freilassung der Inhaftierten, da, außer dem Konstrukt des Treffens in der Eifel vor zwei Jahren, keine beweiskräftigen Vorwürfe erhoben werden.

- die Einstellung aller Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Zeitschrift radikal, da wir dieses eklatante Denk- und Diskussionsverbot als Verstoß gegen die Pressefreiheit wahrnehmen müssen und nicht hinnehmen können.

Bisherige UnterstützerInnen der Forderungen: Unrast-Verlag (Münster), Verlag Westfälisches Dampfboot (Münster), Edition Nautilus (Hamburg), AGIPA-Press (Bremen), Harald Kater Verlag (Berlin), Neuer ISP-Verlag (Karlsruhe), Giuseppe Zambon (Verleger, FFM), Arnold Bruns Pahl Rugenstein Verlag (Bonn), Verlag Die Werkstatt (Göttingen), Vice Versa Verlag (Berlin), Rosta Buchhandlung (Münster), Akzente Buchhandlung Margret Holota (Hamm), Peter Pan Buchladen (Meldorf), Basis Buchhandlung & Antiquariat (München), Buch- und Weinladen (Morbach), Buchladen Le Sabot (Bonn), Der Buchladen GmbH (Saarbrücken), Cardebela Buchladen (Mainz), Anares-Nord Buchvertrieb (Sehnde), M99 Bücher & Poster (Berlin), Umweltzentrum (Münster), Infoladen Bankrott (Münster), Büchertischkollektiv Villa Kunterbunt (Münster), Friedensladen (Heidelberg), UWZ-Schnelldruck GmbH (Münster), DruckWerkstatt Hafen GmbH (Münster), Autonomes Frauenhaus Münster, Autonome Frauenforschungsstelle Schwarze Witwe (Münster), ak-redaktion (Hamburg), Redaktion des Antifaschistischen Taschenkalenders 1996, Redaktion AKAZ (Morbach), Necati Mert (verantwortl. Redakteur Die Brücke), Kampagne "Mumia Abu Jamal" (Bremen/Wiesbaden/Berlin), Ulrich Pampuch Verlagsvertretungen (Kassel), Ute Nickel Verlagsvertreterin (Berlin), Gabriela Wachter Verlagsvertreterin (Berlin), Rita Polm (Autorin, Radio Donna Wettert), Ulrike Behnen (Autorin), Gerald Grüneklee (Autor), Gerhard Kern (Autor), Politisches Magazin "Transparent" (Bürgerradio), Rosa Linse/Bunte Farben (Programmkino), Wolfgang Stickel-Medienwerkstatt Freiburg, Duo Contraviento (Münster), Lisa Glahn (Filmemacherin), Guido Blum (Grafiker), Schwarz-Rote-Hilfe Münster, Arbeitskreis Afrika AKAFRIK, Vamos e.V. (Münster), AG Antirassismus/Antifaschismus, Antifaschistische Aktion Münster, AK Kurdistan, Antifa-Freitagsgruppe (alle Münster), Fachschaft Soziologie (Uni Münster), Undogmatische Linke (Uni Münster), Johannes Langen, Inge Polm, Dina Hamza.

Wir unterstützen obige Forderungen, und möchten als UnterzeichnerInnen öffentlich genannt werden:

Bitte zurück an: UNRAST-Verlag, Postfach 8020, 48043 Münster, auch telefonisch: 0251/666293, oder Fax 0251-666120

Für die Veröffentlichung unserer Stellungnahme als Anzeige sind wir dringend auf Spenden von UnterstützerInnen angewiesen. Was dafür nicht gebraucht wird, verwenden wir als Prozeßhilfe. Also bitte spendet: unrast e.V., Stichwort Öffentlichkeit, Stadtsparkasse Münster: BLZ 400 501 50, Kontonummer 5 005 608.

11. BUKO: Angekommen in den 90er Jahren? Interview mit Karl Rössel zu Perspektiven der Internationalismusbewegung

Rubrik: Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:21

Karl Rössel war nach der Anti-IWF-Kampagne Mitbegründer der Anti-EG-Gruppe und arbeitet im Rheinischen JournalistInnenbüro in Köln. Er ist Ko-Autor des 1986 erschienenen und sehr informativen Buches: "Hoch die Internationale Solidarität - Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik". Vertrieb: Trotzdem-Verlag.

ak: Seit Jahren geht vom BUKO keine politische Initiative mehr aus. Warum fährst du trotzdem Jahr für Jahr zum Kongreß?

Karl Rössel: Wahrscheinlich hat das etwas mit der Hoffnung zu tun, daß sich die Situation wieder ändern könnte, daß sich die Internationalismusbewegung sozusagen in einem tiefen Tal befindet, aus dem es einmal wieder auf eine zumindest kleine Höhe gehen müßte. Abgesehen davon ist es ja nicht das erstemal, daß die Internationalismusbewegung in der Krise steckt. Mir hilft bei der Überwinterung solcher Durststrecken manchmal die Tatsache, daß wir uns mit der Geschichte der Solidaritätsbewegung beschäftigt haben. Einige alte Aktivisten aus der Zeit des Algerienkrieges haben uns damals erzählt, daß sie im miefig-reaktionären Adenauer-Deutschland der 50er Jahre fast zwei Jahrzehnte auf Veränderungen warten mußten. Sie wurden schon für das Tragen eines Plakates oder Transparentes für die algerische Befreiungsbewegung auf der Straße angespuckt, selbst auf Gewerkschaftsdemonstrationen am 1. Mai. Diese Leute brauchten eine viel größere Geduld als wir heute. Und sie haben doch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß auch in der Bundesrepublik eine Zeit des internationalistischen Aufbruchs kommen würde. Der kam ja tatsächlich erst Ende der 60er Jahre.

Wie könnten die Internationalismusbewegung und der BUKO aus dem von dir beschriebenen tiefen Tal wieder herauskommen? Was sind die Themen und Fragestellungen, an denen weitergearbeitet werden müßte?

Eine wichtige Entwicklung in den 80er Jahren innerhalb des BUKO wie der Solidaritätsbewegung insgesamt war, daß ein Bewußtsein entstanden ist oder wiederentdeckt wurde, daß Internationalismus - richtig verstanden - vor der eigenen Haustür anfängt. Das hieß, sich darüber klar zu werden, daß die BRD mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht Herrschaftsstrukturen weltweit diktiert. Und dieser Prozeß setzt sich aktuell mit der Formierung der Europäischen Union unter deutscher Führung fort. In den 80er Jahren haben viele Gruppen, die sich bis dahin weitgehend auf Projekt- oder länderbezogene Arbeit beschränkt hatten, begonnen, sich mit der Rolle der BRD im imperialistischen Weltsystem auseinanderzusetzen. Damals sind Kampagnen entstanden wie die gegen die IWF- und Weltbank-Tagung 1988 in Berlin. Dies war eine positive Politisierung, an die auch weiter angeknüpft werden sollte.

Selbst wenn die Anti-IWF-Kampagne nur eine "Ein-Punkt-Bewegung" war und sich nach der Demo in Berlin mit 80.000 Menschen nie mehr so viele Leute gegen die herrschende Weltwirtschaftsordnung und die Schuldenfalle für die "Dritte Welt" mobilisieren ließen, so ist doch damals ein Bewußtsein geschaffen worden, daß es notwendig ist, sich mit den weltweiten Strukturen von Ausbeutung zu beschäftigen. Vielen war danach klar, daß es nicht ausreicht, alternative "Entwicklungshilfe" zu betreiben und sich mit Projekten, mit kleinen Veränderungen zufriedenzugeben. Wenn sich die politischen und ökonomischen Spielräume für Länder der "Dritten" Welt erweitern sollen, so der Stand der Diskussionen Ende der 80er Jahre, muß es grundlegende Änderungen geben. Tatsächlich wird die Entschuldungskampagne ja auch von einigen Gruppen fortgesetzt. Und ich halte es für enorm wichtig, weiter zu diskutieren, wie sich die Machtverhältnisse auf dem Weltmarkt aktuell auswirken.

In vielen Teilen der "Dritten" Welt geschieht dies auch. Die aktuellen Beispiele dazu sind die Uruguay-Runde, also das GATT (General Agreement on Tarifs and Trade), und die Schaffung der Welthandelsorganisation WTO. Ich habe es Ende des letzten Jahres auf einer Recherchenreise auf den Philippinen erlebt. Dort füllten die Auseinandersetzungen um GATT jeden Tag alle Zeitungen und bestimmten alle politischen Debatten. Fast täglich gab es Demonstrationen gegen die Unterzeichnung des Abkommens, die gerade im philippinischen

Senat anstand. Mir ist dabei erneut klargeworden, wie sehr sich das GATT und die WTO, deren Diskussion hierzulande weitgehend verschlafen worden ist, in einem Land wie den Philippinen auswirken. Da war von Millionen von LandarbeiterInnen die Rede, deren Existenz durch die von der WTO gesteuerte Neuformierung des sog. "freien Welthandels" zerstört werden wird. Und es gab eine heftige Debatte um die Frage des intellektuellen Eigentums, der Patentrechte für bestimmte Güter, Waren und Entdeckungen. Zum Beispiel ging es auf den Philippinen um eine Pflanze, aus der dort auf den Dörfern seit Hunderten von Jahren traditionelle Medizin gewonnen wird. Für diese Pflanze erwarb jetzt ein japanischer Chemiekonzern das Patent. Das wird dazu führen, daß die traditionelle Kleinnutzung dieser Pflanze in philippinischen Dörfern demnächst unter japanischer Kontrolle stehen wird. Die Filipinos und Filipinas werden für ihre traditionelle Medizin, für ihren ureigensten Rohstoff, Abgaben an einen japanischen Konzern zahlen müssen. Auch in Indien gab es massive Mobilisierungen gegen das GATT. Nur ist dies hier kaum noch zur Kenntnis genommen worden.

Was waren denn die Gründe, warum diese Entwicklungen nicht mehr zur Kenntnis genommen wurden, bzw. daß Themen wie die Verschuldungskrise im BUKO-Spektrum kaum noch eine Rolle spielen oder in erster Linie von Lobbygruppen wie der WEED (1) thematisiert werden.

Ich denke, es gibt verschiedene Gründe, warum die Internationalismusbewegung zur Zeit in Schwierigkeiten steckt. Der erste ist, daß sich einiges verändert hat in der Szene. Ein guter Teil der AktivistInnen ist abgewandert in festbezahlte Stellen bei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder neugegründeten Lobbyorganisationen. Wieder einmal wurde der Versuch unternommen, den die 68er Bewegung "Den Marsch durch die Institutionen" nannte, also durch Einfluß auf Regierende, durch Einfluß auf Verantwortliche in IWF, Weltbank oder Staatsapparaten kleine Reformen und Veränderungen durchzusetzen. Meiner Meinung nach ist dabei die Erfahrung nicht berücksichtigt worden, daß dieser Ansatz schon einmal gescheitert ist. Der Marsch durch die Institutionen ist auch den 68ern nicht gelungen. Vielmehr sind die Institutionen durch die Köpfe derjenigen marschiert, die diesen politischen Weg verfolgten. Die meisten sind letztlich in den Institutionen steckengeblieben und zwar auf der falschen Seite.

Viele von damals haben Rollen übernommen, die absolut systemkompatibel sind. Das alles hat es in den letzten Jahren in der Solibewegung auch gegeben. Wie man hört, sind zumindest einige Leute, die Anfang der neunziger Jahre diesen Weg gegangen sind, inzwischen extrem frustriert darüber, daß ihr Lobby- und NGO-Ansatz sowenig Früchte trägt. Beispiele für die Funktionalisierung der LobbyistInnen und NGO-VertreterInnen im Sinne der Herrschenden waren die Umweltkonferenz in Rio wie die Weltsozialkonferenz in Kopenhagen. Und bei der Weltfrauenkonferenz in Peking wird es nicht anders sein.

Die Herrschenden setzen inzwischen ganz bewußt darauf, Nicht-Regierungs-VertreterInnen zumindest formal in die Vorbereitung solcher Spektakel miteinzubeziehen. Die dürfen dabei ruhig auch ein paar Reden halten und ein paar Papiere vorlegen, da ohnehin bei diesen Großkonferenzen keine politischen Ergebnisse herauskommen, die irgend etwas grundlegend verändern. So sind die zu LobbyistInnen gewendeten ehemaligen AktivistInnen reichlich beschäftigt und zudem ständig kontrolliert. Aber selbst wenn einige dieser Leute sich furchtbar frustriert zeigen, so haben doch die wenigsten daraus den notwendigen Schluß gezogen, daß sich Veränderungen nur außerhalb der herrschenden Institutionen, außerhalb der Parlamente durchsetzen lassen, durch alltäglichen Widerstand und Druck von der Straße.

Der zweite wichtige Grund für die Krise der Internationalismusarbeit ist, daß sich die gesellschaftlichen Bedingungen massiv verändert haben. Mit der stalinistischen Version des sogenannten Realsozialismus haben zwar die wenigsten aus dem BUKO-Spektrum jemals sympathisiert. Und doch hat sein Zusammenbruch zu massiven Machtverschiebungen geführt, realpolitisch, ökonomisch wie auch ideologisch. Seit 1989 erhebt die Ideologie einen neuen Hegemonieanspruch, die behauptet, das "Ende der Geschichte" sei erreicht und Alternativen zum bestehenden kapitalistischen System seien nicht mehr denkbar und machbar. Der Krieg der US-Allianz gegen den Irak 1991 war eine zusätzliche Demonstration dafür, was mit denen zur Zeit passiert, die die uneingeschränkte Vorherrschaft des Westens unter der Führung der USA stören könnten. Mit den "BellizistInnen" - also den BefürworterInnen des US-Krieges - haben sich während des Golfkrieges auch einige InternationalistInnen endgültig von der Linken verabschiedet, um in den stets fruchtbaren Schoß der deutschen Nation zu kriechen.

Diese Entwicklungen haben beim Rest der Bewegung zu großen Irritationen und Verunsicherungen geführt, zu Ohnmacht, Resignation und Lähmung, zu dem Gefühl, gegen die ökonomische und ideologische Übermacht

der Gegenseite letztlich nichts mehr ausrichten zu können. Das hat zu der aktuellen Diskussion, z.B. auf diesem BUKO, über eigene Fehler der Bewegung geführt, die sich weitgehend darauf beschränkt, zu kritisieren, was innerhalb der Bewegung falsch- oder schiefgelaufen ist, und damit allein zu erklären sucht, warum sich die Internationalismusbewegung nicht durchgesetzt hat. Bei manchen klingt das so, als müßten bloß die Strukturen in den Soligruppen oder auch auf einem BUKO-Kongreß umgekrempelt werden und alle ihr patriarchales Verhalten in der alltäglichen politischen Arbeit reflektieren und überwinden, um endlich meßbare Erfolge in der Internationalismusarbeit zu erzielen. Daß es von diesem Selbsterfahrungsansatz nur ein kleiner Schritt zu obskurer Esoterik ist, zeigte sich auf dem Abschlußplenum des Kongresses. Da gab es einen Redebeitrag, in dem gefordert wurde, endlich das "dem Femininen innewohnende Harmoniebedürfnis" zum Tragen kommen zu lassen, und in einem anderen wurde der Wunsch geäußert, "auf dem nächsten BUKO einen Arbeitskreis zum Thema Spiritualität einzurichten".

Sicher waren diese Vorschläge nicht repräsentativ oder mehrheitsfähig, sondern eher die extremsten Ausdrücke der derzeitigen Debatte. Aber bezeichnend und erschreckend war schon, daß keine(r) gegen diesen Humbug protestierte. Jedenfalls greift ein Verständnis von Kritik, wie es teilweise auf dem BUKO offenbart wurde, viel zu kurz, wonach sozusagen "in uns selbst", im Verhalten jedes einzelnen von uns der Schlüssel dafür liege, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Die äußeren Bedingungen werden kaum noch in relevanter Weise mitberücksichtigt und -diskutiert.

Der Vorwurf der Leute, die du gerade kritisiert hast, lautet aber gerade umgekehrt: Der BUKO ist so schwach, und viele Leute resignieren gerade wegen der Politik der sog. "TraditionalistInnen", denen du ja auch angehörst. Deren Politikinhalte und -formen bleiben den längst vergangenen Hochzeiten der Bewegung, also den 70er und 80er Jahren verhaftet. Die Themen der 90er Jahre wie Ökologie und Patriarchatskritik werden nicht wahrgenommen. Statt dessen will man weiterhin klassische Kampagnenpolitik zu Themen wie Verschuldungskrise, Kuba oder Welthandel betreiben. Diese Politik, deren Kritik unter dem Stichwort "Machsal" [Wortspiel aus "Machen" und "Mühsal"] zusammengefaßt wird, sei abstrakt, kurzfristig angelegt, übe keine Anziehungskraft aus, sondern stoße vielmehr Leute ab. Dies habe auch dazu beigetragen, daß Leute ausgepowert wegbleiben. Die Alternative dazu ist, die eigenen konkreten Lebensverhältnisse in die Politik miteinzubeziehen. Das Ziel ist also die "Politisierung der Subsistenz" oder auch "subsistente Dissidenz". Wie bewertest du diesen Ansatz, oder anders gefragt: Ist die Kritik an den "TraditionalistInnen" völlig unberechtigt?

Natürlich gibt es da Ansätze von berechtigter Kritik. Nur ist es nicht so, daß diese Themen jetzt zum erstenmal diskutiert würden. Einige der Themen, die auf diesem Kongreß anstanden, sind in den letzten zehn Jahren immer wieder aufgegriffen worden. Auch im BUKO wurde beispielsweise bereits 1986 darüber diskutiert, zu welchen Projektionen und romantischen Verklärungen der Wirklichkeit die Solidarität mit revolutionären Bewegungen in der "Dritten Welt" führen kann und oftmals geführt hat. Auch wurden damals schon Antworten auf die Frage gesucht, warum die Bewegung so konjunkturanfällig ist, also von Vietnam über Chile bis El Salvador und Nicaragua hüpfte, um sich immer wieder vom Objekt der revolutionären Metropolenbegierden abzuwenden, wenn die realpolitischen Wirklichkeiten vor Ort nicht mehr den utopischen Wunschträumen hierzulande entsprachen. Auch dies war - wenn auch nicht unter einem ausdrücklichen Kongreßtitel wie in diesem Jahr - eine ernsthafte Debatte über patriarchale Dominanzkultur.

Auch wurde schon in den 80er Jahren mit weitaus mehr praktischer Konsequenz als heute der Anspruch formuliert, daß sich das, was wir in der Internationalismusbewegung theoretisch diskutieren, auch konkret in Veränderungen unserer eigenen Lebensverhältnisse widerspiegeln sollte. Deshalb sind mir Kategorisierungen zu einfach, die manche, die die Diskussionen der letzten zwanzig Jahre mitgeführt haben, in die Schublade der "TraditionalistInnen" stecken, während die KritikerInnen für sich selbst beanspruchen, ein "neues gewendetes Denken" zu praktizieren.

Die Bewegung, die heute als "traditionalistische" bezeichnet und damit bewußt negativ ausgegrenzt wird, hat in den 80er Jahren zumindest mehr Veränderungen der eigenen Lebensverhältnisse hervorgebracht, als es die aktuellen Diskussionen um "subsistente Dissidenz" und "antipatriarchale Organisationsformen" bislang vermochten. In den 80er Jahren gab es weitaus mehr Projekte, Hausbesetzungen, Kollektivbetriebe und Wohngemeinschaften, in denen andere Lebensformen ausprobiert wurden. Daran waren auch Teile der Internationalismusbewegung, insbesondere AktivistInnen der Mittelamerika-Solidarität aktiv beteiligt. Zu den alternativen Lebensentwürfen gehörte auch damals schon der Versuch, die patriarchale Dominanz von Männern über Frauen, von Metropolen-Linken gegenüber Befreiungsbewegten in der "Dritten Welt" nicht nur

theoretisch zu analysieren, sondern auch praktisch zu überwinden. Auch wenn diese Versuche oft unzulänglich blieben und viele Projekte gescheitert sind, wurden in dieser Praxis doch Erfahrungen gesammelt und Veränderungsprozesse angestoßen, die auch heute noch weiterwirken. Ohne sie hätte es jedenfalls nie einen BUKO mit dem Thema "Patriarchale Dominanzkultur" gegeben.

Mich nervt manchmal, mit welcher Emphase manche, die in Single-Haushalten oder gar in geerbten Eigentumswohnungen hocken und in Computerfirmen oder sonstigen stinknormalen Arbeitsverhältnissen ihr Geld verdienen, darüber räsonieren, wie hierzulande "subsistente Dissidenz" auszusehen habe und wie alternatives Leben als Form des Widerstandes gegen das System praktiziert werden sollte. Den Vorwurf, "Traditionalist" zu sein, akzeptiere ich in diesem Zusammenhang schon deshalb nicht, weil ich seit zwanzig Jahren in kollektiven Wohnformen lebe und seit 13 Jahren in einem Kollektiv arbeite. Wenn dies "traditionalistisch" ist, wünsche ich mir mehr TraditionalistInnen.

Siehst du die Möglichkeit, daß die unterschiedlichen Strömungen innerhalb des BUKO wieder zueinanderfinden können?

Ich sehe die Möglichkeit dann, wenn die Kritik an der bisherigen Arbeit und den internen Strukturen nicht, wie auf diesem Kongreß, weitgehend auf der theoretischen Ebene bleibt, sondern in konkrete Handlungsperspektiven umgesetzt wird. Das, was hier als patriarchale Dominanzkultur zu Recht angeprangert wird, kann nur in gemeinsamer Praxis überwunden werden. Wenn der BUKO nicht zu einem größeren Seminar mit Selbsterfahrungs-Workshops verkommen will, muß er sich wieder als Zusammenschluß internationalistischer Basisgruppen verstehen, die gemeinsam die politische Initiative ergreifen wollen. Einige wichtige Themen, zu denen dies möglich und dringend notwendig wäre, sind ja auch in einzelnen Foren und Arbeitsgruppen angeklungen: ob es Antirassismusarbeit ist, ob es Projekte sind zum Verstecken illegalisierter Flüchtlinge, ob es die Auseinandersetzung um die neue Welthandelsorganisation WTO ist oder um das auch in der Bundesrepublik immer populärer werdende Schlagwort "Sustainable Development"; es ist höchste Zeit, daß die Internationalismusbewegung hierzu nicht nur Positionen bezieht, sondern diese auch in aktive Formen des Widerstandes umsetzt.

Wir müßten vor allem auch wieder in die Diskussionen mit denen kommen, die von der herrschenden Weltordnung am stärksten betroffen sind und die trotz aller Widrigkeiten immer wieder versuchen, dagegen vorzugehen, also mit MigrantInnen und VertreterInnen von Oppositionsgruppen wie Befreiungsbewegungen aus anderen Kontinenten. Bezeichnend für die Selbstbezogenheit dieses BUKO war ja auch, daß nahezu keine MigrantIn oder GesprächspartnerIn aus der "Dritten" Welt eingeladen war, um an den Debatten teilzunehmen.

Wir danken dir für das Gespräch.

Anmerkung:

1) Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. Es handelt sich um einen Zusammenschluß von ca. 200 Basisgruppen. Der BUKO beeinflußte maßgeblich die Anti-IWF und Weltbankkampagne der 80er Jahre. Streitpunkte der 90er Jahre waren das Verhältnis von Basisaktivitäten zu Lobbyarbeit und aktuell die Frage, wie die Internationalismusarbeit der 90er Jahre aussehen soll.

2) World Economy Ecology and Development: Lobbyorganisation, die sich vor allem mit den UN-Konferenzen und der Verschuldungskrise beschäftigt. Gibt den Informationsbrief "Weltwirtschaft und Entwicklung" heraus.

12. Denken und Differenz. Feminismus und Postmoderne

Feminismus und Postmoderne - von Christina Thürmer-Rohr

Autor: Christina Thürmer-Rohr · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:25

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus: "beiträge zur feministischen theorie und praxis"; Heft 39/1995: Utopie - Richtiges im Falschen. Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. Die "beiträge ..." sind zu beziehen über: Niederichstr. 6, 50668 Köln.

Wer über Frauenbewegung und Feminismus nachdenkt und sich dazurechnet, wird heute nicht mehr wissen, zu was und zu wem. Die Orientierungen weichen derart voneinander ab, daß deren jeweilige Vertreterinnen mittlerweile kaum noch miteinander sprechen können. Diese Lage spiegelt nicht einfach ärgerlichen Streit oder beängstigende Zersplitterung, sondern die politische Zeit, in der wir leben, spiegelt Handlungs- und Denkfiguren, die diese Zeit erzwingt oder ermöglicht.

Die Frauenbewegung also zeigt sich oder verschwindet heute in einem hochgradig heterogenen und spannungsreichen Spektrum von Kritik und Kritikabstinenz, von Pragmatismus und Intellektualismus, Konservatismus und Protest, Normgehorsam und Normabweichung, rechten und linken Orientierungen, Vorteilssuche und Verzichtsmoral, Selbstverschanzungen und Öffnungsversuchen, Besitzstandsicherung und Veränderungsrisiken, Einmischungen und Rückzügen. Nicht einmal der kleinste gemeinsame Nenner, das Bewußtsein von einer ungerechten Geschlechterordnung, einem gesellschaftlichen Unrecht an Frauen, ist noch ein tragender gemeinsamer Erfahrungshintergrund. Jedenfalls scheinen für viele der jungen Generation die Geschlechterverhältnisse nicht mehr "Kampfverhältnisse" und auch nicht in jedem Fall so zentral zu sein, wie sie es für viele der älteren sind (Landweer/Rumpf 1993, S. 4).

Der Feminismus bewegt sich zwischen einem Denken, das auf der einen Seite das Weibliche zelebriert und in "der Frau" eine originäre Wesens- und Eigenart vermutet, auf der anderen Seite das Geschlecht und den Körper - einst Kernelement feministischer Theorie und Praxis - als Konstrukt entlarvt und die Kategorie "Frau" vollends aufzulösen gedenkt - ein Denken, das von den einen entsetzt als zynische Entkörperung der Frau und wetteifernde Anpassung feministischer Koryphäen an die großen Brüder Foucault, Derrida, Lacan etc. (Duden 1993, S. 26) zurückgewiesen wird, für die anderen dagegen wie ein reinigender Blitzschlag wirkt.

Mir geht es im folgenden nicht um die Darstellung solcher Kontroversen, sondern um das, was die Realität selbst sichtbar werden läßt: das Problem der Differenz - Schlüsselbegriff der Postmoderne. Wir sind konfrontiert mit der Präsenz des Verschiedenen, Ungleichen, Nicht-Identischen, mit der Anwesenheit des Anderen, mit der Forderung, das Differente und Andere statt nur das Gleiche und Eigene zu sehen, uns dem Anderen zu stellen. Bereits innerhalb einer Bewegung der angeblich Gleichen, der Frauen - ein und derselben Kultur, oft ein und derselben Schicht - haben wir einen konkreten Fall des Problems vor uns, das spätestens seit den Achtziger Jahren Gegenstand philosophischer Denkarbeit geworden ist und jetzt zur alltäglichen Konfrontation und politischen Kontroverse gehört: Das Erfahren der Differenz, das Denken der Differenz. Dabei handelt es sich nicht einfach um einen Neuaufguß von Pluralismus und Multikultur, sondern um Versuche des Denkens, die von der Hybris der Moderne befreien und von deren Herrschaftsansprüchen entwöhnen könnten.

Wir, d.h. Frauen der westlichen und weißen Welt, sind spätestens seit diesem Jahrzehnt von den sog. Anderen mit Vehemenz darauf hingewiesen worden, daß wir kein Recht haben, die eigenen Vorstellungen von Unterdrückung, Emanzipation, Befreiung, Veränderung zu verallgemeinern: kein Recht, von "den Frauen" zu sprechen und das Subjekt des Feminismus aus unserer Perspektive zu bestimmen.

Die Einwände eingewanderter Frauen, schwarzer Frauen, jüdischer Frauen, Frauen aus ehemals sozialistischen Ländern, lesbischer Frauen, armer Frauen etc. gegen einen ethnozentrischen Feminismus der westlichen Länder, gegen die frauenbewegte Norm der Heterosexualität, gegen die Norm des Mittelschichtsfeminismus, gegen eine egozentrische Beschränkung auf die Eigenerfahrung etc. - all diese Konfrontationen machten es unmöglich, an Vorstellungen festzuhalten, die kurzerhand von "der Frau" oder von "allen Frauen" ausgehen und die einmal ein großes Gemeinsames postulierten. Dieser gewollte oder

ungewollte Universalismus setzte den westlichen Feminismus der Kritik aus, er sei ein typischer Ableger der westlichen Moderne, getragen von einem Denken, das die Anderen in aller Selbstverständlichkeit subsumiert oder ausschließt. Frauen der westlichen Welt sind mit dieser Kritik auf so etwas wie die Ethnologie der eigenen Kultur verwiesen, auf die eigenen und die Herrschaftsweisen der eigenen Gesellschaften, die die Anderen und das Andere exiliert, degradiert oder isoliert, verwiesen auf ein selbst-kritisches Anders-Denken.

***

Heute stehen im weitesten Sinne die folgenden feministischen Grundpositionen nebeneinander: Es ist erstens die alte Forderung nach Gleichheit der Geschlechter, mit der die Frauenbewegung einmal begann, nach gleichen Rechten, gleichen Chancen, gleicher Bildung, der Anerkennung gleicher Fähigkeiten. Ein aufgeklärtes modernes Menschenbild wird hier endlich auch für Frauen eingefordert. Konsequenz dieses liberalen Feminismus ist eine Politik der Partizipation, Gleichstellung, Quote etc., die mittlerweile über die Parteigrenzen hinweg unwidersprochen und nicht erfolglos ist.

Eine zweite Position, der gynozentrische Feminismus, behauptet demgegenüber die grundlegende Ungleichheit der Geschlechter: Der Geschlechtsunterschied sei ein essentieller, originär existierender Unterschied, die Zweigeschlechtlichkeit ein fragloser und zeitloser Bestandteil der Natur, Weiblichkeit ein essentieller Wert. Das Dasein wäre demnach von allem Anfang an und auf nicht zu beendigende Weise durch diese Verschiedenheit bestimmt Weiblichkeit wäre sozusagen ein ontologischer Status und das Menschsein wesentlich an Geschlecht und Geschlechtlichkeit, an Körperlichkeit und Körpererfahrung gebunden. Dem Weiblichen wird hier eine unverwechselbare Eigenart und naturhafte Wesenhaftigkeit zugesprochen, der alle Frauen jenseits von Kultur und Geschichte in irgendeiner Weise teilhaftig sind.

Dementsprechend geht es hier um die Entdeckung, Anerkennung und Aufwertung von Weiblichkeit, um die Positivierung des Weiblichen, den Stolz aufs Frausein, die Suche nach Wurzeln und Ursprüngen. Das Geschlechterverhältnis soll zwar enthierarchisiert, aber der Geschlechterunterschied wieder als ein ursprünglicher freigelegt werden. Ziel ist nicht mehr die Aufhebung der Geschlechterdichotomie, sondern ihre Rekonstruktion und Umwertung. Die Niederschläge dieser Position zeigen sich heute besonders in Angebot und Nachfrage des weiblichen Bildungsmarktes, auf dem ein gynozentrischer Spiritualismus floriert, der mit seinen Angeboten - workshops zu Menstruations- und Mondzyklus, Kräuterweihe, Tanz und Körper, Göttinnenkult, Matriarchats- und Urmütterforschung etc. - kontinuierliche Kundschaft findet.

Eine dritte Position - die dekonstruktivistische oder im weiteren Sinne postmoderne Position - bestreitet die eben genannten Voraussetzungen. Sie bestreitet, daß die Kategorie "Geschlecht" überhaupt eine Klassifikationseinheit sein und irgendeine tragende Gemeinsamkeit, eine Geschlechtsidentität stiften könne. Geschlecht ist ein Konstrukt. Dessen Herstellungsverfahren müssen als Herrschaftsakte vorgeführt und entlarvt und die Geschlechtseinheiten, die das Konstrukt tatsächlich produziert oder zu produzieren scheint, müssen demontiert, konterkariert, dekonstruiert werden. Geschlecht ist - perspektivisch - eine aufzulösende Kategorie.

Die Frage nach dem Geschlecht und der Geschlechterdifferenz verliert in diesem Ansatz ihren alten zentralen Stellenwert. Denn ins Zentrum der Kritik gerät die Gewohnheit eines klassifizierenden Denkens, das selbst Ausdruck des Herrschaftsaktes ist. Die Rede vom Geschlecht setzt den gelungenen Herrschaftsakt voraus, aber nichts, was substantiell existiert. Und so gäbe es auch keinen Grund mehr anzunehmen, daß das Konstrukt "Männer" und Männlichkeit ausschließlich dem männlichen Körper zukommt oder die Kategorie "Frauen" und Weiblichkeit nur dem weiblichen Körper (Butler 1991, S. 23).

In den Mittelpunkt gerät jetzt die Differenz unter Frauen, die Differenz also innerhalb dieser konstruierten Scheineinheit, die Demontage dieser eingebildeten Einheit. Es gibt, so lautet die These, keine exklusive Zweigeschlechtlichkeit, sondern Vielgeschlechtlichkeit, und es gibt so viele Identitäten, wie es Frauen gibt. Jeder Versuch, der Kategorie "Frauen" einen universellen oder spezifischen Gehalt zuzuweisen, schaffe gerade nicht das, was er garantieren will, nämlich Solidarität, sondern zwangsläufig Zersplitterung (Butler 1993, S. 49). Das bedeute nicht, daß wir den Terminus "Frauen" nicht verwenden dürften oder daß wir den Tod dieser Kategorie verkünden müßten.

Aber würde der Feminismus davon ausgehen, daß die Kategorie "Frauen" nichts Feststehendes, nichts Zusammenfaßbares, nichts Identisch-sein-sollendes bezeichnet, sondern ein unabsehbares Feld von

Differenzen, dann würde sich dieser Terminus in einen Schauplatz ständiger Offenheit und Umdeutbarkeit verwandeln. Die Risse zwischen den verschiedenen Frauen würden damit zur Möglichkeit, das Konstruierte der Kategorie "Frauen" zu erkennen, statt sie retten zu wollen. Damit wären neue und unbekannte Handlungsfähigkeiten zu gewinnen (ebd., S. 50). Die ständige Spaltung sollte also als Grund feministischer Theorie bejaht werden. "Das Subjekt des Feminismus dekonstruieren heißt also nicht, den Gebrauch des Begriffs ‚Frauen` zensieren, sondern ihn in eine Zukunft vielfältiger Bedeutungen entlassen, ihn von den maternalen oder rassischen Ontologien befreien und ihm freies Spiel geben" (ebd., S. 50).

Häufig wird eingewandt, es sei ja keine feministische Neuigkeit, daß die Geschlechterklassifizierung Ergebnis von Herrschaftsprozessen und durch nichts anderes als durch Herrschaft zu legitimieren sei. Dennoch hat die Einsicht, daß das Raster "männlich-weiblich" und die faktischen Geschlechtsunterschiede bzw. die Nötigung zu diesen Unterschieden einen kulturellen Herstellungsakt verraten und nicht "Natur", sondern einen historischen Gewaltakt abbilden, feministische Positionen hierzulande nicht davor geschätzt, immer wieder in ungewollten Konservatismus (Gildemeister/Wetterer 1992, S. 203) zu verfallen. Die Konsequenz aus der Einsicht in die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit wurde kaum radikalisiert. Diese Radikalisierung aber irritiert die gewohnte Geschlechterordnung. Sie stört die Übereinkunft, daß die Grenzen der politischen und persönlichen Gegnerschaften im weitesten Sinne durchs Geschlecht gesetzt seien. Sie löst darüber hinaus die heillose Fixierung an alle ordnungsschaffenden Typisierungen auf. Sie führt damit auch zu keinen übersichtlichen, leicht handhabbaren und leicht umsetzbaren Konsequenzen.

Vorerst bleiben die Gedanken im Rahmen eines akademischen Diskurses, der nur von wenigen Eingeweihten - allerdings mit großer Heftigkeit - geführt wird und schwer verständlich erscheint. Sie gelangen kaum und wenn dann verkürzt an eine unspezialisierte Frauenöffentlichkeit. Dennoch handelt es sich nicht nur um abgehobene Intellektualismen eines akademischen Diskurses, wie manche meinen. Die Kritik richtet sich gegen eine Übereinkunft, die sich verführen läßt, die hergestellte Differenz zwischen den Geschlechtern mit einer essentiellen Differenz zu verwechseln: eine Verwechslung von real vorfindbaren polaren Unterschieden einerseits mit dem erfolgreichen Ergebnis von Herrschaft andererseits. Damit wird an dem Konstrukt der "Andersartigkeit von Frauen" wunschgemäß festgehalten. Das gewaltsame Klassifikationsprodukt wird angenommen und zum Essential und als Essential kultiviert.

Die Kategorie "Frauen" oder "Weiblichkeit" kann aber allenfalls als provokativer Hinweis auf einen willkürlichen Geschlechterentwurf und eine diesem Entwurf entsprechende gemeinsame Unterdrückungsgeschichte gelten. Wenn sie aber zur Akzeptanz einer tatsächlichen Einheit "Frauen" wird, die sich von einer Einheit "Männer" wirklich und essentiell unterscheiden soll, dann wird das Konstrukt mit feministischer Hilfe immer wieder neu erzeugt, dramatisiert, belebt. Die heterosexuelle Matrix wird ununterbrochen reproduziert, das Gefängnis des Geschlechts ständig neu geschaffen. Geschlecht ist aber nicht etwas, was wir haben und sind, sondern etwas, was wir tun (Hagemann-White/Rerrich 1989).

Wenn Weiblichkeit/Frausein in - biologischer oder sozialer - Mütterlichkeit und Mutterschaft begründet wäre, was ist dann mit denen, die keine Mütter sind, keine sein wollen oder sein können? Wenn Weiblichkeit/Frausein an Menstruation und Gebärfähigkeit gebunden wäre, was ist dann mit denen, die über diese biologischen Gaben nicht oder nicht mehr verfügen bzw. die diese Erfahrungen nicht zum Sammelplatz der eigenen politischen Aktivitäten in Sachen Feminismus machen wollen? (ebd., S. 49) Wenn Frausein in einer essentiellen Mitgift, einem naturhaften Ursprung begründet wäre, was ist dann mit denen, die bei bestem Willen keinen Zugang zu diesem finden können? Wenn Frausein an die Erfahrung der Heterosexualität gebunden wäre, was ist dann mit denen, die keine heterosexuellen Erfahrungen kennen und keine suchen? Wenn Frausein an die allgemeine Unterdrückungserfahrung in der patriarchalen Kultur gebunden wäre, was ist dann mit denen, die die Definition ihrer Person nicht im Status der Unterdrückung aufgehen lassen wollen, jedenfalls niemals vollkommen? Wenn Frausein an das Ausgeschlossensein von Macht und Privilegien gebunden wäre, was ist dann mit denen, die längst solche Privilegien genießen? Wenn Frausein an den Komplex klassisch weiblicher Tätigkeiten gebunden wäre (wie Haus- und Beziehungsarbeit), was ist dann mit denen, die diese verweigern? Wenn Frausein an das bekannte Arsenal weiblicher Eigenschaften gebunden wäre, was ist dann mit denen, die diese einfach nicht besitzen? Sind das dann alles keine Frauen? Was also soll die Kategorie "Frau" bedeuten?

***

Das Denken der Differenz ist zunächst keine feministische Erfindung. Mit dem Denken der Differenz geht eine Praxis, eine Denkbewegung in die feministische Reflexion ein, die einer dekonstruktivistischen, poststrukturalistischen oder auch postmodern genannten Philosophie der Achtziger Jahre entspringt. Ich gehöre nicht zu denen, die den "postmodern" genannten Denkern und Denkerinnen in allen Punkten zustimmen, zumal diese mittlerweile wiederum eine derartige Vielzahl von Positionen zu Gehör bringen und oft derart verwaschene und verblasene Ausführungen machen, daß diese sich meinen Verständnisfähigkeiten entziehen.

Mir geht es hier auch nicht darum, die Masse von Gegenpositionen darzustellen, die Einwände zu diskutieren, die z.B. behaupten, emanzipatorisches und postmodernes Denken seien nicht zu vereinbaren, oder der Feminismus löse sich durch postmodernes Denken selber auf, es stelle das Emanzipationsideal der Frauenbewegung in Frage (Benhabib 1993, S. 13). Ich fühle mich dieser gesamten "Schule" und dem mit ihr verbundenen Jargon nicht verpflichtet. Aber ich möchte mich auf den Differenzgedanken einlassen, möchte an einigen Aspekten anknüpfen, Anregungen aufnehmen.

Im Denken der Differenz verbindet sich die neuere postmoderne Kritik an den Herrschafts- und Universalitätsansprüchen der westlichen Moderne mit der alten feministischen Kritik an den Herrschafts- und Universalitätsansprüchen des weißen männlichen Subjekts. In beiden Fällen wird die Anmaßung zurückgewiesen, mehr zu repräsentieren als sich selbst, nämlich alle, den Menschen, in beiden Fällen geht es um die Kritik an den Ausschließungen des Anderen/der Anderen, die mit jedem universalisierendem Denken verbunden sind, um die Auflösung aller Dominanzansprüche

Denken der Differenz heißt: nicht identifizieren, nicht in-eins-setzen, das Andere, das Ausgeblendete und Ausgegrenzte und das Verschiedene, die Vielheit als notwendigen Plural (s. Arendt 1981, S. 15ff. u. 1993, S. 9f.) (1) zu respektieren, heißt Auflösung des Ursprungsdenkens und heißt: nicht herrschen. Es heißt, Einheiten und Identitäten auflösen, die immer ausschließenden und keineswegs nur beschreibenden Charakter haben (Nation, Volk, "Rasse", Geschlecht etc.): das große Wir, das weiße Wir, das unverwüstliche Wir, das Wir, das sich durch Diskriminierung des Anderen, des Nicht-Wir konstituiert.

Denken der Differenz läßt sich somit nicht vereinbaren mit Androzentrismus und europäischem Ethnozentrismus, nicht mit einer Optik, die sich um Prioritäten und Wertsetzungen zentriert, mit denen die Dominanzkultur die Wirklichkeit in ihre Sichtweisen hineingezwängt hat, mit der Priorität also des männlichen Subjekts und der Priorität von Werten der westlichen Kultur. Das Denken der Differenz ist zerstreuend, anspruchs-los, nicht expansiv, es destabilisiert eine Ordnung, auf die jede Herrschaft über Andere angewiesen ist. Es läßt sich vom Anderen irritieren, ist nicht auf Überlegenheit, auf Erwerb und Besserwissen aus, es fixiert sich nicht auf das Eigene und das sog. Selbst, sondern läßt es vom konstruierten Fremden und Anderen in Frage stellen.

Diese Praxis ist für eine feministische Reflexion überhaupt nur dann zugänglich zu machen, wenn wir, Frauen der westlichen Welt, uns nicht nur als Beschädigte patriarchaler Gewalt und als Benachteiligte patriarchaler Dominanz begreifen, sondern als Mitglieder einer Kultur, an deren Herrschaftspraktiken auch wir mitagieren. Die grundlegende Herrschaftskritik trifft somit auch uns. Das ist keine Position von Opfern. Das ist eine Position aus der Perspektive derjenigen, die sich auch selbst als Herrschaftsträgerinnen und -mitträgerinnen erkennen, eingebunden in die Dominanzkultur, selbst an ihr mitwirken, selbst von ihr profitieren, selbst den Mythen anheimfallen. Das Denken der Differenz ist somit ein Versuch, die Dekonstruktion von Herrschaftsdenken selber in auflösenden und in sehr zurückgenommenen Denk- und Handlungsweisen praktizieren zu wollen - auch durch Rückzug von den großen modernen Emanzipationsansprüchen und -parolen.

Diese Position ist nicht im alten linken Sinne revolutionär, denn sie glaubt nicht mehr an den großen einschneidenden Bruch, an die Veränderung menschlichen Verhaltens durch eine gesellschaftliche/politische Umwälzung (Fraser 1994, S. 111). Sie glaubt nicht mehr der modernen Idee, eine Idealgesellschaft schaffen zu können, sie sieht im Gegenteil gerade in dieser Idee eine Ursache der Verwüstungen, die die Moderne in diesem Jahrhundert angerichtet hat und weiterhin praktiziert (Baumann 1992, S. 43ff.).

Eine "Politik des Widerstands" gegen die zerstörerischen Entwicklungen der eigenen Kultur ist eine geduldige, ausdauernde Arbeit der Enttarnung und Aufdeckung, sie ist experimentell, manchmal spielerisch, nicht

fortschreitend, nicht-identifiziert, sie bedarf äußerster Wachsamkeit, ist fremd gegenüber den Verführungen der Macht, sie ist auch Verweigerung, ist Einhalten, immer verbunden mit dem wachen Entsetzen und der wachen Ent-täuschung über die eigenen kulturellen Erfahrungen.

Es ist eine Position derjenigen, die zu den Errungenschaften der Moderne nicht oder nicht mehr stehen, sich aber gleichzeitig innerhalb ihres Bann- und Wirkkreises befinden. Denn es gibt kein Außerhalb. Den Navigationskriterien der eigenen Kultur zu mißtrauen und von der Distanz zu den vorherrschenden Kursnahmen vollkommen bestimmt zu sein, dennoch nicht jenseits derselben und jenseits ihrer Vorzüge zu existieren, das ist eine postmoderne Position. Sie glaubt der Autorität moderner Gesellschaftskonzeption und den Versprechungen des modernen Fortschritts längst nicht mehr. Sie kennt nicht mehr jenen Impuls, den die Moderne angetrieben hat, den Optimismus.

Das Schiff der Moderne - ein Bild, mit dem Zygmunt Bauman die Lage beschreibt (ebd., S. 332f.) - fährt als zwar noch mächtiges und prächtiges, aber ausgedientes Fahrzeug, beladen mit einer fatalen Fracht, mit gefährlichen, aber längst entwerteten Gütern. Es fährt und fährt. Es ist nicht aufzuhalten. Aber es ist nicht voll besetzt. Viele befinden sich in Kleinbooten neben oder hinter dem Großgefährt, in der Turbulenz des aufgewühlten Kielwassers. Und immer, wenn dieses sich etwas beruhigt, nehmen die Kleinsegler/innen und früheren Passagiere das riesige Schiff in den Blick, haben zumindest die Chance des Überblicks, der kühlen Bewertung. Sie beobachten, sie registrieren, sie haben nicht die Intention, aufs große Schiff aufzusteigen und dessen Steuer an sich zu reißen. "Im Kielwasser der Moderne werden die Passagiere ernsthafter Fehler im Plan des Schiffes gewahr, das sie dorthin brachte, wo sie jetzt sind" (ebd, S. 332f.).

Die Postmodernen sind die Nicht-Überzeugten, die modernen Melancholiker/innen, Untröstbaren und Zweifelnden. Sie sind postmodern, weil sie den modernen Kurs nicht mittragen, aber keinen anderen Kurs vorschlagen. Die postmoderne Position ist keine Kampf- und Kontraposition, sie ist nicht rebellisch im traditionellen Sinne, nicht kontradiktorisch. Ihr geht es nicht um die Organisation von Gegenkollektiven, nicht um Machtergreifung. Sie hat allenfalls die Macht der Distanz, des ambivalenten Wissens, der tiefen Skepsis gegenüber den Bewegungen des modernen Mainstreams, die Macht der Fremdheit, der Nichtvereinnahmbarkeit. Sie bleibt fragend, beobachtend, inspizierend und immer gefährdet, ohne Sicherheiten. Die Ent-täuschung der Postmodernen ist nicht die Enttäuschung von Besiegten und Unterlegenen, sondern die Illusionslosigkeit derjenigen, die von den Verführungen durch das Geschäft der modernen Macht unabhängig zu werden versuchen, einer Macht, die fraglose Norm, aber nicht mehr Glanz ist.

Das Bild vom Schiff der Moderne mit seinen vielen Nebenbooten stellt die postmoderne Position vorsichtig als eine Chance dar, sie wird zum Ausdruck des gewählten oder erzwungenen, jedenfalls des immer ungesichert bleibenden Prozesses der Reflexion, des Mündigwerdens.

In der Philosophie und den Sozialwissenschaften begann das postmoderne Denken als eine "Widerstandslinie gegen das Versagen der Moderne" (Lyotard 1987, S. 56). Es behauptet nicht, wie oft in plattester Weise kolportiert, die Moderne sei nun zeitlich vorbei und etwas "danach" habe real begonnen. Allerdings hält das postmoderne Denken die Moderne nicht für ein unvollendetes Projekt (Habermas 1990, S. 32ff.), sondern für ein moralisch erledigtes Projekt. Die Moderne mit ihren aufklärerischen Idealen,ihrem technisch-ökonomischen Fortschritt, ihrem Anspruch auf Menschheitsverbesserung ist moralisch liquidiert: Das moderne Verbrechen eröffnet die Postmoderne (ebd., S. 33, 34). Die Zerstörungsgreuel und Entmenschlichungen dieses Jahrhunderts - Auschwitz, Hiroshima, Nationalsozialismus, Stalinismus als Schockerfahrungen - sind nicht als atavistische Rückfälle in ein vorzivilisatorisches Entwicklungsstadium zu verstehen, sondern als vollwertige Projekte der Moderne, die mit allen Mitteln modernster Wissenschaft, Bürokratie, Propaganda und einer entwickelten menschlichen Disziplin praktiziert worden sind.

Dem postmodernen Projekt der Dekonstruktion liegt implizit eine radikale Erschütterung über diese Geschichte und über den gewalttätigen Bezug der westlichen Welt zum Anderen zugrunde, dem, was sie nicht ist und was sie ausschließt oder ausbeutet oder stigmatisiert - über die ökonomische, politische, militärische, ideologische Gewalt der eigenen Kultur. Eine Praxis des Sortierens und Aussortierens, des Einschließens und Ausschließens, wie es dem Ideal des sauberen und ordentlichen Klassifizierens entspricht.

Diesem Ordnungsideal der Moderne ist "die Abnormität das Andere der Norm, die Krankheit das Andere der Gesundheit, die Barbarei das Andere der Zivilisation, das Tier das Andere des Menschen, die Frau das Andere

des Mannes, das Fremde das Andere des Einheimischen, der Feind das Andere des Freundes, ‚die` das Andere von ‚wir`, Wahnsinn das Andere der Vernunft, Ausländer das Andere der Staatsbürger, das Laienpublikum das Andere des Experten" (Baumann 1992, S. 29). Den totalisierenden Geschichts- und Gesellschaftsbildern sind alle Positionen jenseits der Macht und jenseits des eigenen Ordnungsprinzips suspekt, das Eine ist immer selbstbehauptend, das Andere isoliert, degradiert, exiliert.

In den Mittelpunkt der postmodernen Kritik gerät die Tat des Klassifizierens, der Kategorien- und Klassenbildung, des Einheit- und Ordnungschaffens, das ohne Säubern und Durchkämmen, ohne Sortieren, Aussortieren und Einsortieren nicht auskommt. Das klassifizierende Ordnungschaffen selbst ist ein Gewaltakt. Sein Ziel ist die maßgefertigte und planmäßig entworfene moderne Welt, die alle zu Objekten und Opfern macht, die nicht integriert und assimiliert werden können.

***

Aus den bisher angerissenen Gedanken ergeben sich nun eine Reihe von Fragen an die gegenwärtige feministische Theorie und Politik. Die wesentliche Frage betrifft das Verständnis von Herrschaft. Ich gehe davon aus, daß feministische Kritik Herrschaftskritik sein soll. Was aber wird im traditionellen Feminismus unter Herrschaft verstanden? Die feministische Kritik war angetreten, die Männerherrschaft zurückzuweisen. Es ist eine Kritik an den Unterdrückungen und Erniedrigungen, mit der ein Geschlecht, das männliche, in einem langen historischen Prozeß und mit Erfolg das andere, das weibliche, an den Rand zu drängen, auszunutzten, zu funktionalisieren und kleinzuhalten versucht. Der Akzent dieser Kritik liegt auf dem sexistischen Anteil der Herrschaft, und diese Kritik ist weder überholt, noch steht sie in irgendeiner Weise in Frage.

Aber die Herrschaft, die das Organisationsprinzip der patriarchalen Moderne (List 1993, S. 20) ausmacht, ist nicht nur im Verhältnis Mann-Frau lokalisiert, erst recht nicht nur in dem Verhältnis weißer Mann-weiße Frau, Mittelschichtsmann - Mittelschichtsfrau. Patriarchale Herrschaft hat nicht nur die Unterdrückung von Frauen zum Ziel. Sie zeigt sich in allen materiellen, ideologischen, wissenschaftlichen, technologischen, ästhetischen, sprachlichen, psychischen Ausdrucksformen westlicher Kultur, die auf "männlicher Monokultur" basiert.

Die Ideologie vom unendlichen Wirtschaftswachstum, das Verhältnis zur Natur als zu einem Objekt der Ausbeutung, die Entwicklung von Waffen- und Großforschungssystemen, das Verhältnis zu sog. unterentwickelten Ländern als Kolonien der Bereicherung, schließlich das Verhältnis zu den Frauen als Objekten der Diskriminierung sind Ausdruck des historischen Alleingangs eines Geschlechts und Ausdruck einer Geschlechterkonstruktion, mit der sich ein Geschlecht zum Subjekt der Geschichte autorisiert hat. Diese moderne Herrschaft basiert im wesentlichen auf drei großen Fundamenten, auf sexistischer, rassistischer und kapitalistischer Ideologie und Praxis.

Deren Ausführende können wir nicht bequemerweise in irgendeiner Zentrale oder einfach "oben" bei "den Herrschenden" lokalisieren. Zur Lösung des Herrschaftsproblems können wir also nicht einfach die Herrschaft "der Herrschenden" anklagen, um von diesen die Demontage zu fordern. Die Praktiken, mit denen die Kultur innerhalb und außerhalb der eigenen Grenzen Andere unterwirft, ausnimmt, stigmatisiert vereinnahmt, einfängt oder nichtet, sind in das Selbstverständnis der Kulturangehörigen eingegangen, bestimmen Denk- und Handlungsweisen im Prinzip auf allen gesellschaftlichen Stufenleitern. Sie realisieren sich nicht nur in den politischen und ökonomischen Makrostrategien, sondern in den Mikrotechniken von Hinz und Kunz, von jedermann und jederfrau, jedenfalls im Prinzip.

Ob wir uns in den modernen Demokratien nun in einer herrenlosen Sklavengemeinde befinden oder einer sklavenlosen Herrengemeinde - die Ansprüche der westlichen Dominanzkultur, ihre Vorteile und Schäden sind nicht oder nicht mehr und nicht nur klassen- und geschlechtssauber zugeteilt. Die Herrschaftsformen der Industriemoderne bringen den meisten ihrer Angehörigen sowohl Vorteile als auch Schäden ein. Viele profitieren und leiden gleichzeitig, leiden an dem, wovon sie profitieren, profitieren von dem, woran sie leiden. Auch Frauen machen an fast jedem gesellschaftlichen Ort die Doppelerfahrung, von Schäden bedroht zu sein und an der Schadensverursachung mitzuwirken oder eigenen Nutzen am Schaden anderer zu erwirken. Frauen sind Unterworfene, Teilhabende, Ausführende zugleich: Sie werden beherrscht und herrschen, erleiden und richten an, lehnen ab und machen mit, sind betroffen und beteiligt. Sie sind Leidtragende und Ausführende, Benachteiligte und Komplizinnen in einer Person.

Wenn wir diesen Ausgangspunkt akzeptieren, dann bedeutet das, daß feministischer Protest sich nicht nur auf die Taten und Handlungen richten kann, die uns selbst treffen, sondern ebenso auf diejenigen, an denen wir selbst bzw. die eigene Kultur beteiligt sind und die Andere treffen. Damit stellt sich die Eindeutigkeit feministischer Unrechtsordnung in Frage, die Eindeutigkeit der Gegner, die Eindeutigkeit von Opfern und Tätern, von Unterdrückern und Unterdrückten. In Frage stellen sich jene Generalisierungen und Totalisierungen, mit denen die Schmerzen, die die Geschlechterpraxis verursachen, zum Maßstab für Schmerzen überhaupt werden.

In Frage stellt sich auch die Dominanz der Eigenerfahrung und des Eigeninteresses. Wer sich immer eindeutig bei den Unrechterleidenden verortet, meint auch das moralische Recht beanspruchen zu können, dem Eigeninteresse bedingungslos Vorrang und höchste politische Würde zu verleihen. Das selbsterfahrene Unrecht wird zum einzigen Maßstab des Unrechtsbewußtseins, das Unrecht an den Anderen und die eigenen Beteiligungen ausgelöscht (Thürmer-Rohr 1994, S. 131 ff.).

In Frage stellt sich vor allem jene feministische Norm, Frauen als die Anderen zu kennzeichnen: "die Frau" als das Andere des Mannes, das Weibliche als das Andere des Männlichen, als das diskriminierte, randständige, abgewertete andere Geschlecht, als das Andere der (männlichen) Vernunft, das Andere der (männlichen) Kultur, das Andere der (männlichen) Norm, als diejenigen, die das Andere sind und sich als die Anderen verhalten bzw. verhalten sollen. Die Anderen, das sind im Feminismus wir Frauen, gemeint als Anklage oder gesagt im Stolz.

Nun betrifft aber - wie gesagt - die Logik des Patriarchats der Moderne nicht nur das Geschlechterverhältnis. Diese Einsicht ernstzunehmen heißt: der Gegenstand feministischer Kritik ist dieses System, sind die Handlungen aller Mitagierenden an dieser Systematik, die die modernen westlichen Gesellschaften bestimmt. Feminismus heißt damit Gesellschaftskritik. Gegenstand feministischer Theorie und Politik ist nicht nur die Frau als Objekt der Diskriminierung, sondern ebenso die westliche Kultur als Subjekt der Diskriminierung Anderer, das heißt derjenigen, die von dieser Kultur als Andere konstruiert werden.

Aus diesem Verhältnis der westlichen Moderne zu den von ihr definierten Anderen können westliche Frauen sich nicht länger selbst als die Anderen herausdefinieren. Wenn sie das tun, folgen sie einer gesellschaftlichen Lüge, die sie ebenso entlastet und infantilisiert wie brutalisiert. Als Mitakteurinnen, Komplizinnen, Mittäterinnen und Täterinnen westlicher, christlicher, weißer Hegemonie waren die Frauen zumeist willkommen, egal, ob sie mit "weiblichen" oder "männlichen" Mitteln agiert haben. Die Männergesellschaft war/ist in diesem Fall durchaus daran interessiert ihren Frauen nicht nur marginale Rollen zuzugestehen. Im Verhältnis zu den Andern der eigenen Kultur, des eigenen Mainstreams gibt es wohl wenige Beispiele für einen durchschlagenden qualitativen Geschlechterunterschied. Rassistische und Klassenideologien sind nicht nur eine Herrschaftspraxis der Männer. Ein Feminismus, der die Herrschaftsnormen durchbrechen will, müßte für ein anderes Unrechtsbewußtsein eintreten, für eine Politik des Anderen dieser Norm.

Die Überwindung eines antisexistisch verengten Unrechtsverständnisses bedeutet das bewußte Zusammendenken von Problem-Haben und Problem-Sein - nämlich für Andere. Mit einem Denken, das die gewohnten Koordinatensysteme männlich-weiblich nicht nur gleich- oder umwerten will, sondern der Kategorie Geschlecht die klassifikatorische Relevanz überhaupt abspricht, wäre die (weiße, westliche, christlich sozialisierte) Frau nicht mehr die eindeutig Andere. Andere könnte sie allenfalls werden unter allen Andern, ohne festen Platz und vertrauten Ort. Das Anderssein verlöre seine stigmatisierende Bedeutung, wenn alle sich als Fremde erkennen und wenn das Andere auch zum Anderen in uns würde, zum Uneigenen, das jede Person außerhalb von sich selbst und in sich selbst respektieren müßte - eine Form von Freiheit.

***

Es wird immer wieder gesagt, ein postmodernes Denken sei moralisch indifferent. Es gebe die normative Seite des Feminismus preis. Es würde nicht nur die Kategorie Geschlecht dekonstruieren, sondern dekonstruiere auch jede Kritik, jede Wertsetzung, jede Positionierung und Position. Die Auflösung der Ordnungskategorien könnte auch die Auflösung von Unrechtsbewußtsein zur Folge haben. Das Ziel der feministischen Bewegung, die Aufhebung von Unterdrückung, werde mitdemontiert werde zu einer antiquierten Utopie der aufklärerischen Moderne, und dieser Abschied von der Utopie mache handlungsunfähig etc.

Ich finde solche Argumente ziemlich voreilig. In erster Linie verraten sie nur ihre eigene Bindung an das, was wir alle bisher mehr oder weniger auch gedacht und getan haben, weiter nichts. Die Frage bleibt was einem glaubwürdiger und politisch wirkungsvoller erscheint: Herrschaftskritik oder Herrschaftsabsage. Ich bin mir da keineswegs sicher. Postmoderner Feminismus führt nicht zu Partei und Programm, nicht zu Gemeinschaften, nicht zu stabilen Gruppen, nicht zu Kontinuitäten. Aber er könnte zu neuen und wechselnden Bündnissen führen, und das Auseinandergehen wäre nicht einfach Mißerfolg, Versagen, Zerrüttung, sondern würde zum immer wiederkehrenden Versuch und Anfang. Denn alle Zusammenschlüsse auf Zeit ergäben sich nicht aus dem Identitätskonstrukt von sozialen Gruppen, Schichten, Klassen, Hautfarben etc., sondern aus nichts anderem als der jeweiligen veränderungsbedürtigen Sache.

Das Denken der Differenz heißt denken, daß wir verschieden sind. Damit stellen sich an alle Begegnungen ungewohnte Anforderungen. Sie verlangen Offenheit Respekt, Neugierde, die Fähigkeit zum Zuhören, Aufmerksamkeit gegenüber dem Detail, Zweifel gegenüber jedem Urteil, das ein Vorurteil sein könnte, Skepsis gegenüber den üblichen Tagesordnungen und Hauptsachen.

Denken der Differenz löst Identitäten auf. Deswegen macht es fremd. Niemand kann sich mehr im und hinter dem angeblich Gleichen verstecken, niemand kann mehr voraussetzen, die Andern zu kennen und verstanden zu haben, niemand kann wissen, wer und was sie sind. Es ist die ständige Position des Nicht-Vertrautseins, des Unberechenbarseins, des Immer-wieder-neu-Anfangens, des Beginnens, die Position von Neuankömmlingen. Denn wer Selbstverständliches in Frage stellt, muß fremd sein und fremd sein wollen, außenstehend im Inneren, fragebedürftig und uneingebunden, störrisch gegenüber allen Vereinnahmungen - das ist kein Denken aus der Position von Herrschaft und Herrschaftssicherheit, sondern ein Versuch der praktizierten Herrschaftsabsage, der Nichtpraktizierung von Herrschaft.

Feministisches Denken der Differenz bedeutet nicht, die Zeit der Absetzung sei nun vorbei, gegen die Kooperation mit Männern sei nun endlich nichts mehr einzuwenden. Das ist ebenfalls voreilig. Denn diesem Kooperationsversuch wäre vorausgesetzt, daß auch Männer mit der Dekonstruktion von "Männlichkeit", einer androzentrischen und ethnozentrischen Identität ernst machen, mit ihrer Absage an Herrschaft. Und sie hätten viel mehr und vermutlich noch viel folgenreicher zu dekonstruieren als die Frauen. Sie müßten sich von kulturellen und persönlichen Privilegien aus Beton verabschieden - eine Infragestellung, die bei vielen auf die Totale zielt. Denn in der Doppelrealität von Diskriminierung und Herrschaftsunterstützung befinden sich Männer im Normalfall nicht: in dem Problem-Haben und Problem-Sein. "Der Mann" muß sehen, daß er und sein Konstrukt in erster Linie ein Problem ist - für Andere.

Und zu diesen Anderen gehören auch die Frauen. Auch wenn die Dekonstruktionsversuche einseitig blieben und ausgerechnet von denjenigen,vorangetrieben würden - den Frauen -, die die patriarchale Realität zumindest nicht erfunden haben - auch dann müßten wir sie tun. Auch der einseitige Versuch würde zumindest unserer Glaubwürdigkeit dienen.

Anmerkung:

1) Siehe Hannah Arendt: Vita Activa oder Vom tätigen Leben. München 1981, S. 15 ff Dies.: Was ist Politik? München 1993, S. 9 ff. Es steht an, die Gedanken von Hannah Arendt zu dem "im Plural erschaffenen Menschen" mit dem Denken der Differenz zu verbinden und für eine feministische Theorie und ein feministisches Politikverständnis fruchtbar werden zu lassen.

Literatur:

ARENDT, Hannah: Vita Activa oder Vom tätigen Leben, München 1981

DIES.: Was ist Politik?, München 1993

BAUMANN, Zygmunt: Moderne und Ambivalenz - Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg 1992

BENHABIB, Seyla: Feminismus und Postmoderne. Ein prekäres Bündnis, in: Seyla Benhabib, Judith Butler,

Drucilla Cornell, Nancy Fraser, Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart,Frankfurt/M. 1993

BUTLER, Judith: Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt/M. 1991

DIES.: Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der "Postmoderne", in: Seyla Benhabib, Judith

Butler u.a., a.a.0.

DUDEN, Barbara: Die Frau ohne Unterleib: Zu Judith Butlers Entkörperung, in: Feministische Studien, 11. Jg., Nr. 2,1993

FRASER, Nancy: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht, Frankfurt/M. 1994

GILDEMEISTER, Regine/WETTERER, Angelika: Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung, in: Gudrun-Axeli Knapp, Angelika Wetterer (Hrsg.), Traditionen, Entwicklungen feministischer Theorie, Freiburg (Breisgau) 1992

HABERMAS, Jürgen: Die Moderne - ein unvollendetes Projekt, Frankfurt/M. 1990

HAGEMANN-WHITE, Carol/RERRICH, Maria S.: FrauenMännerbilder. Forum Frauenforschung Bd. 2, Bielefeld 1989

LANDWEER, Hilde/RUMPF, Mechthild: Kritik der Kategorie "Geschlecht". Streit um Begriffe, Streit um Orientierungen, Streit der Generationen? in: Feministische Studien a.a.0.

LYOTARD, Jean-Francois: Postmoderne für Kinder, Briefe aus den Jahren 1982-1985, Wien 1987

LIST, Elisabeth: Die Präsenz des Anderen. Theorie und Geschlechterpolitik, Frankfurt/M. 1993

THÜRMER-ROHR, Christina: Verlorene Narrenfreiheit, Berlin 1994

13. Weltfrauenkonferenz: Mit eckigen Klammern unterwegs nach Peking

Autor: ASt · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:34

Mitte Juni trafen sich über 120 Frauen im Bonner Gustav-Stresemann-Institut zur entwicklungspolitischen Tagung "Vor Beijing" (Peking) des deutschen NRO-Frauenforums (NRO - Nichtregierungsorganisationen). Das deutsche NRO-Frauenforum ist ein Zusammenschluß von Frauen aus entwicklungspolitischen Organisationen, autonomen Verbänden und Migrantinnengruppen, aus der Frauenbewegung, sowie aus Wissenschaft und Forschung. Es wurde 1989 gegründet und besteht seit 1994 als Verein.

Die Tagung verstand sich als Vorbereitung zur 4. Weltfrauenkonferenz und zu dem NRO-Forum im September in China. Viele der in Bonn anwesenden Frauen wollen nach Peking fahren.

Die Tagungsteilnehmerinnen haben ein "Memorandum" mit Forderungen an die Bundesregierung verabschiedet. Einhellig kritisierten sie die Informationspolitik der Bundesregierung. Die Journalistinnen (und ein Journalist), die an der Veranstaltung "4. Weltfrauenkonferenz in den Medien" teilnahmen, verfaßten einen Brief an Bundesministerin Nolte, in dem sie das eklatante Informationsdefizit während des gesamten Vorbereitungsprozesses beklagten. Sie forderten unter anderem die Offenlegung verbindlicher Zusagen der Bundesregierung im Hinblick auf den Pekinger Aktionsplan.

Beim Vorbereitungsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland waren auch NRO beteiligt. Für den Regierungsbericht wurden beim nationalen Vorbereitungskomitee 12 Arbeitsgruppen mit ExpertInnen gebildet. Doch diese Arbeitsgruppenberichte wurden entgegen der Abmachung nicht in den Bericht der Regierung integriert, sondern in Form von Kurzfassungen als zweiter Band publiziert. Es wurde nicht einmal für notwendig erachtet, in Band eins, dem Bericht der Regierung, auf den zweiten Band oder gar die Langfassungen der Arbeitsgruppenberichte zu verweisen. Die NROs haben sich über diese Vorgehensweise heftig beschwert: Die Regierung sei nicht an einem wirklichen Dialog mit den NROs interessiert und hätte die Arbeitsgruppenergebnisse in ihrem Bericht überhaupt nicht berücksichtigt. Die NROs betrachten die Zusammenarbeit als gescheitert, Regierungs- und NRO-Berichte bilden eine "unfriedliche Koexistenz"(1). In ihrem Memorandum schreibt das NRO-Frauenforum, daß die Bundesregierung in ihrem Bericht nicht gewillt sei, eine realistische Bilanz der Situation von Frauen in diesem Land zu ziehen.

Das Memorandum

Das Memorandum des deutschen NRO-Frauenforums stellt nach einer Analyse folgender Themen in neun Kapiteln Forderungen an die Bundesregierung: "Weltwirtschaft", "Armut", "Arbeit", "Migration", "Gewalt", "Selbstbestimmung über Sexualität und Fortpflanzung", "Ökologie", "Entwicklungszusammenarbeit und Finanzierung" sowie "Mehr Macht für Frauen".

Das Memorandum stellt so konkrete Forderungen, wie geschlechtsdifferenzierenden Daten in den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aufzunehmen, ein Anti-Diskriminierungsgesetz zu erlassen, geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anzuerkennen oder das Aufenthaltsrecht von Migrantinnen unabhängig von den Ehemännern zu gewähren. Aber auch allgemeine Forderungen werden aufgestellt, "Forschung, Wissenschaft und Technologieentwicklung müssen einem ethischen Kodex unterstellt werden, der die Integrität der Natur und der Menschen schützt. Wir lehnen Eingriffe in menschliches Erbmaterial und die Patentierung von genmanipulierten Lebewesen durch Großkonzerne, wie GATT dies vorsieht, ab."

Die Kernforderung lautet: "Wenn wir Machtzugewinn für Frauen fordern, meinen wir nicht einfach Partizipation an den bestehenden Strukturen. Wir meinen nicht Macht über andere, sondern Macht zur Ge- und Umgestaltung von Gesellschaft und Entwicklungsprozessen. ... Nur wenn Frauen Verhandlungsmacht auf allen Ebenen der Gesellschaft haben, können sie ihr Recht auf Entwicklung wahrnehmen, aber auch ihre Vorstellungen von einer Entwicklung mit frauengerechten Prioritäten einbringen."

Es bleibt fraglich, ob die Bundesregierung die adäquate Adresse für diese Forderungen ist. Maria Mies stellt in bezug auf Aktionspläne allgemein fest: "... die Politik der Regierungen, die die Aktionspläne der Frauenkonferenzen umzusetzen hätten, wird weit mehr in den Chefetagen der Transnationalen Konzerne, der Weltbank, der OECD und auf den Konferenzen der sieben reichsten Länder der Welt ausgeheckt als in den

nationalen Parlamenten. Die Vertreterinnen einer Weltinnenpolitik übersehen m.E., daß es nicht einmal mehr eine autonome Politik innerhalb der Nationalstaaten gibt." (2)

Zudem verweist die Bundesregierung stets auf die Europäische Union, da die EU in Peking "mit einer Stimme sprechen" will.

Das Memorandum des NRO-Frauenforums ist ein Ergebnis eines dreijährigen Diskussionsprozesses. Die Themen wurden immer wieder auf Tagungen erörtert. Die Veranstalterinnen bemühten sich aufrichtig um Einbeziehung von Migrantinnengruppen. An der jüngsten Tagung in Bonn stellte eine Referentin von den Philippinen die Forderungen von Migrantinnen an die Weltfrauenkonferenz vor. In der Arbeitsgruppe, die sich unter anderem mit dem Thema Migration befaßte, fanden jedoch heftige und sehr emotionale Diskussionen statt. Migrantinnen beklagten bei der Abschlußsitzung, daß z.B. ihre Forderung nach umfassenden Präventionsprogrammen gegen rassistische Gewalt in der Bevölkerung nicht in das Memorandum aufgenommen wurde. Insgesamt war für die Diskussion des Memorandums in den Arbeitsgruppen sehr wenig Zeit eingeplant worden, die Teilnehmerinnen konnten ihre Verbesserungsvorschläge schriftlich der Redaktionsgruppe mitteilen, die einen Teil der Änderungen in einer Nachtschicht einarbeitete.

Das Memorandum ist widersprüchlich, es leistet einen Spagat zwischen der Basisforderung nach strukturellen Veränderungen in allen Bereichen und realpolitischen Forderungen; es bewegt sich zwischen realpolitischem Handeln und visionärem Denken, wie ein Redaktionsmitglied des Memorandums erläuterte.

Das NRO-Forum in Huairou

36.000 Frauen aus aller Welt werden in Peking und am Forum der NRO, das kurz vor der Regierungskonferenz stattfindet, erwartet. Zwei Sonderzüge fahren von Europa aus nach Peking.

Im April 1995 teilte die Pekinger Stadtregierung der UNO überraschend mit, daß das NRO-Forum nicht wie geplant in Peking selbst, sondern außerhalb stattfinden müßte. Die NROs scheinen sich inzwischen damit abgefunden zu haben, daß das NRO-Forum in Huairou, am Stadtrand von Peking stattfindet, 50 km vom Standort der Regierungskonferenz entfernt. Die internationalen Proteste haben lediglich bewirkt, daß ein sogenannter Satellitenpunkt eingerichtet wird, der nur 8 km von der UNO-Konferenz entfernt ist, wo sich NROs mit den Delegationen zum Lobbying treffen können.

Größte Sorge der NROs ist es zur Zeit, die Akkreditierung tibetischer und taiwanesischer Frauen sowie lesbischer und weiterer Frauenorganisationen zu erwirken, welche die chinesische Regierung bisher abgelehnt hat. Der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) hat sich mittlerweile eingeschaltet und es ist damit zu rechnen, daß die Akkreditierung klappt. Ein Boykott steht nicht (mehr) zur Debatte.

Die Regierung und die Konferenz

Die vielen JournalistInnen und TeilnehmerInnen, die nach Peking reisen, haben weniger mit Repressalien durch die Behörden zu rechnen als die Einheimischen.

Es ist anzunehmen, daß sich die chinesische Regierung mit der UNO-Konferenz im Ausland wieder profilieren möchte, ebenso wie schon mit der Ausrichtung der Asian Games, als in Peking die Straßen neu geteert wurden (wohl um die Spuren der Panzer zu verdecken), Häuserfassaden renoviert wurden (vielleicht um Einschußlöcher zu übertünchen) und hohe Mauern rund um die Armenviertel der Stadt gebaut wurden.

Die Regierung hat Angst vor einer erneuten Demokratiebewegung. 1994 wurde ein Gesetz erlassen, dem zufolge ausländische Personen unter Spionageverdacht fallen können, sodaß Einheimische nicht ohne weiteres mit ausländischen JournalistInnen sprechen können. Kameras überwachen den Straßenverkehr auf dem Tiananmenplatz und an großen Kreuzungen - sie wurden aber schon vor 1989 installiert und sind nicht immer in Betrieb.

Die UNO-Konferenzen

Das Jahrzehnt von 1975 bis 1985 wurde zur UNO-Frauendekade erklärt, und 1975, im Jahr der Frau, fand in Mexico City die erste Frauenkonferenz statt. In der Resolution wurde unter anderem eine Reform des Weltwirtschaftssystems zugunsten der ärmeren Länder gefordert. Die zweite Weltfrauenkonferenz fand im Juli 1980 in Kopenhagen statt, die dritte 1985 in Nairobi. In Nairobi wurden unter anderem die Auswirkungen des

Wirtschaftswachstums, der Umweltveränderung und der Bevölkerungszunahme auf Frauen diskutiert. Das Hauptdokument wurde ohne Gegenstimme verabschiedet. Über die letzte Vorbereitungskonferenz zur 4. Weltfrauenkonferenz im April in New York sagt Regula Frey Nakonz, Vertreterin der Schweizer Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke: "Das ist die Sache mit dem halb vollen oder halb leeren Glas. Eigentlich wollen wir Mut machen und sagen, daß wir auf einem guten Weg sind. Und doch müssen wir uns eingestehen: eigentlich wollten wir mehr."(3)

Die Lage der Frauen weltweit hat sich trotz der internationalen Konferenzen nicht verbessert. Die Zahlen sind bekannt: Nach wie vor leistet die Hälfte der Weltbevölkerung 2/3 der Arbeit und erhält nur 1/10 des Welteinkommens, den Frauen gehört nur 1% des Welteigentums (Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation ILO an der UNO-Konferenz in Kopenhagen 1980). "Weltweit erhalten berufstätige Frauen im Schnitt 30 bis 40 Prozent weniger Lohn, in Asien und Afrika müssen sie aber bis zu 13 Stunden pro Woche länger arbeiten als Männer." (UN-Report "Die Frauen der Welt 1970-1990"(4).

Gegen Ende des Frauen-Jahrzehnts wurden jedoch auch die Differenzen zwischen den Frauen in Nord und Süd offenbar. Das NRO-Frauenforum schreibt dazu: "Zum Abschluß der UN-Frauendekade im Jahr 1985, deren Anfänge von einem Gefühl weltweiter schwesterlicher Gemeinsamkeit gekennzeichnet waren, wurden jedoch die Unterschiede deutlich - besonders im Süd-Nord-Vergleich - nicht nur, wie Alternativvorstellungen aussehen, sondern auch, auf welchem Wege sie erreicht werden können. Während es vielen Nordfrauen primär um Chancengleichheit mit den Männern ging, sahen die meisten Vertreterinnen des Südens die Frauenbefreiung verbunden mit einer gerechten und umweltverträglichen Wirtschaftsordnung." (5)

Die Aktionsplattform

In Peking soll eine Aktionsplattform verabschiedet werden. Doch 40% des Entwurfes der Aktionsplattform stehen in eckigen Klammern, d.h. es handelt sich um umstrittene Passagen. Diese Vorbehalte müssen in Peking neu verhandelt werden. Insbesondere der Vatikan und einige islamisch-fundamentalistische Staaten, aber auch China wehren sich gegen Formulierungen wie "reproduktive und sexuelle Rechte für Frauen" und damit gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Sie stellen sich gegen einen Rechtsanspruch der Frauen und sprechen vom Schutz der "Würde" der Frauen, d.h. sie wehren sich gegen die Anerkennung von Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung. Das Kapitel "Gewalt gegen Frauen" wurde bezeichnenderweise von vorneherein vom Menschenrechts-Kapitel getrennt. Beim Thema Menschenrechte forderte der Iran erneut "equitable" (gleichwertige) statt "equal" (gleiche) Rechte, und dies obwohl "equality" sogar im Titel der Aktionsplattform steht ("Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden"). Wenn sich diese Regierungen mit ihren Forderungen durchsetzen, fällt die Aktionsplattform hinter bereits verabschiedete Dokumente der UNO-Konferenzen in Rio (Umwelt und Entwicklung, Agenda 21), Kairo (Weltbevölkerungs-Konferenz), Wien (Weltkonferenz über Menschenrechte), Kopenhagen (Weltsozialgipfel) und Nairobi (3. Weltfrauenkonferenz) zurück.

Im Abschlußdokument der Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte 1993 wurden geschlechtsspezifische Gewalt und alle Formen der sexuellen Belästigung und Ausbeutung als Menschenrechtsverletzung verurteilt.

Ein weiteres Beispiel ist der Begriff "gender", der das soziale/gesellschaftliche Geschlecht im Gegensatz zum biologischen Geschlecht "sex" bezeichnet. Auch der Begriff "gender" steht in Klammern. Während der Verhandlungen in New York ließ sich jemand, genervt darüber, daß alles nur so von Klammern wimmelte, zur ironischen Bemerkung hinreißen: "Vielleicht steht ja auch der Begriff ‚woman` in Frage: wir sollten ihn in Klammern setzen!"

Umstritten ist die Analyse des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems, vor allem NROs aus dem Süden kritisieren das gegenwärtige Entwicklungsmodell, während die Regierungen weiterhin wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik betreiben wollen. Selbst die Feststellung der Nichtnachhaltigkeit des Konsummodells der Industriestaaten wurde geklammert sowie der Zusammenhang zwischen Armut und Umweltzerstörung.

In bezug auf Friedenspolitik drängen die NRO auf ein vollständiges Verbot von Waffenexporten, während im Plattformentwurf lediglich eine Reduktion der Militärausgaben und die Kontrolle der Verfügbarkeit von Waffen angesprochen wird.

Im übrigen bestehen keinerlei finanzielle Zusagen, die die Umsetzung der Aktionsplattform betreffen. Die Aktionsplattform ist rechtlich nicht bindend. Australien plädierte dafür, die Weltfrauenkonferenz zur "conference of commitments" (Verpflichtungen) zu erklären, auch dies steht in Klammern.

Die Aktionsplattform spiegelt damit den globalen Trend vom "Backlash" gegen die Frauenbewegung, den "rollback" bei der Durchsetzung frauenpolitischer Anliegen wieder. In Peking muß mit zähen und langwierigen Verhandlungen gerechnet werden. Es besteht die Gefahr, daß vor lauter Verteidigung des bisher Erreichten die eigentlich zentralen Kritikpunkte aus dem Blickwinkel geraten: Die Diskussion um ökonomische Rahmenbedingungen, um die Infragestellung des Entwicklungsmodells und um die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderung könnte viel zu kurz kommen.

Für viele Frauen (in Bonn wurde dies nicht angesprochen) ist die Teilnahme an UNO-Konferenzen im allgemeinen umstritten, da Aufwand und Ertrag, ihrer Meinung nach, in keinem Verhältnis stehen. Aber die Frauen, die nach Peking fahren wollen, vermuten, daß vom NRO-Forum auch viel Kraft ausgehen wird: Dieses Treffen wird der internationalen Vernetzung der verschiedensten Organisationen dienen.

ASt

Anmerkungen:

1.) D. Oehm-Häneke in epd 9/95, S.31-33

2.) epd 9/95, S.26

3.) mosquito Nr. 4/5/95.

4.) zitiert in: Launer, E. (Hg.): "Datenhandbuch Süd-Nord", Göttingen: Lamuv-Verl., 1992.

5.) "Die Erde l(i)ebenswert gestalten. Frauen für eine neue Weltinnenpolitik." Ergebnisse aus dem Diskussionsprozeß des NRO-Frauenforums. Bonn, Juni 1994.

Auszüge aus dem Memorandum

Das Memorandum stellt fest, daß sich "die rechtliche Situation von Frauen erheblich verbessert (hat), die tatsächliche jedoch nicht."

"Wir betrachten mit Sorge den Versuch vieler Regierungen, in Peking hinter bereits Erreichtes zurückzugehen bzw. bei Lippenbekenntnissen stehenzubleiben. Wieder müssen wir dafür kämpfen, daß die Universalität der Menschenrechte von Frauen in Peking bekräftigt wird. Dabei ist die Gewalt gegen Frauen und ihre Diskriminierung in allen Ländern dieser Erde eine Menschenrechtsverletzung, die sich auch mit kulturellen Argumenten nicht wegdiskutieren läßt."

"Gemeinsam suchen Frauen im Süden und im Norden nach Alternativen zu einem zutiefst destruktiven Entwicklungsmodell, nach Alternativen für eine Weltgesellschaft ohne Diskriminierung, Rassismus und Armut, ohne Kriege und Gewalt gegen Menschen und Natur. Das Recht auf Entwicklung, das zuletzt auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen international anerkannt wurde, erfordert einen Wandel des herrschenden Wertesystems und eine andere globale Entwicklung."

Das Memorandum beschreibt einen globalen ökonomischen Strukturwandel, dessen Hauptlast von den Frauen getragen wird. Weltweit sind zwei Drittel der Armen Frauen.

"Nicht die Bedürfnisse der Menschen stehen im Zentrum wirtschaftlichen Handelns, sondern allein das Wirtschaftswachstum. Profit ist wichtiger als das Wohlergehen der BürgerInnen, soziale Gerechtigkeit und eine intakte Umwelt. Hier ist eine grundlegende Änderung der Prioritäten notwendig."

"Das ‚neoliberale` Wirtschaftsmodell basiert auf Ungleichheit, auf Ungleichheit zwischen den sozialen Klassen, zwischen Ländern und Kontinenten, aber auch zwischen den Geschlechtern. Es produziert auf der einen Seite Wohlstand und Warenfülle, auf der anderen Armut. In vielen Ländern hat es sich erwiesen, daß Wirtschaftswachstum keine hinreichende Bedingung ist, um Armut zu beseitigen. Im Gegenteil: sie wächst, und zwar weltweit. Längst haben wir Armut und Unterentwicklung - den Süden im Norden, so wie es auch den Norden im Süden gibt."

Das Memorandum geht auch auf die Situation der Frauen in der Bundesrepublik ein und nennt zum Beispiel folgende Zahlen: "1992 betrug die durchschnittliche Rente von Frauen 715 DM, die von Männern dagegen 1754 DM."

"Eine neue Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ist in der Bundesrepublik noch nicht in Sicht. Frauen verdienen über ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. In den neuen Bundesländern sank die Erwerbsquote von Frauen von fast 90 Prozent auf 45 Prozent. Doppelt so viele Frauen wie Männer sind erwerbslos, und sie sind länger erwerbslos."

"Die Situation der Ausländerinnen in der Bundesrepublik sieht noch schlechter aus: nur eine von vier Ausländerinnen arbeitet in einem sozialversicherten Arbeitsverhältnis."

Unbezahlte Arbeit soll im Bruttosozialprodukt ausgewiesen werden; Frauen sollen eine eigenständige Alterssicherung erhalten; Diskriminierungen von Migrantinnen im Arbeitsförderungsgesetz sollen verschwinden.

14. Ein vergessener Konflikt. Die befreiten Gebiete Irak.-Kurd. und der Widerstand gegen Saddam Hussein

Die befreiten Gebiete Irakisch-Kurdistans und der Widerstand gegen Saddam Hussein

Autor: T. Uwer/M. Roddewig, WADI · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:16

Tagsüber scheint Kifri, im südlichsten Teil der von Saddam Husseins Baath-Regime befreiten Gebiete im Nordirak gelegen, eine Stadt wie jede andere zu sein. Am letzten kurdischen Checkpoint herrscht ein reges Treiben. Es werden Schmuggelwaren aus Irakisch-Kurdistan verladen, die dann in den Irak weitergeschoben werden. Die Nähe der irakischen Armee ist verdrängt, die permanente Bedrohung kaum spürbar. Erst gegen Abend nimmt die Nervosität der Menschen merklich zu, wenn sich die Taxi- und LKW-Fahrer weigern, das Wagenlicht einzuschalten, aus Furcht, beschossen zu werden. Seit der Befreiung 1991 reißt die Kette der Bombardements nicht ab. Vor allem nachts werden zivile Ziele, die Wohngebiete in den Dörfern, beschossen. Kifri ist eins der Hauptangriffsziele. Eine achtköpfige turkmenische Familie hat den letzten Angriff nur mit Not überlebt. Ein Geschoß verfehlte die Schlafenden nur knapp und explodierte im Hinterhof des Gebäudes. "Wenn es dunkel wird, schießen die auf alles, was sich bewegt. Häufig aber auch blind in einen Stadtteil", erzählt ein Nachbar. Er und seine Freunde leben vom Schmuggel zwischen Irakisch-Kurdistan und den von der Regierung kontrollierten Gebieten. Der Job ist gefährlich, immer wieder bleiben Schmuggler tot zurück: gestorben für Leuchtstoffröhren, Whisky, oder was sonst noch auf dem irakischen Schwarzmarkt absetzbar ist. Eine andere Arbeit gibt es für sie nicht.

In den abgelegenen Dörfern ist das Leben mit der ständigen Gefahr für die Bauern zum Alltag geworden. Fast alle Familien dieser Gegend haben unterirdische Bunker in den Lehm gegraben. Eine Schäferfamilie präsentiert den unsicheren Unterstand: "Viel bringt der nicht, aber es beruhigt, und man kann aus der Entfernung nicht so schnell gesehen werden." Nachts ein Feuer zu entzünden ist lebensgefährlich - zu nahe sind die irakischen Truppen, und zu oft ist es vorgekommen, daß eine solche Leichtsinnigkeit mit Bombardement beantwortet wurde. Das Dorf, aus dem die Familie vor vier Jahren geflohen ist, liegt auf der anderen Seite der Demarkationslinie. Heute beherbergt dieses Dorf eine Armeeeinheit, keiner der Bauern lebt mehr dort. "Die Soldaten dort auf den Hügeln", bemerkt ein Schäfer lakonisch, "haben ihren Stützpunkt in dem Dorf, aus dem wir stammen, und immer noch lassen sie uns nicht in Ruhe." In derselben Nacht zeigt sich, daß die Vorsicht der Schäfer berechtigt ist. Gegen Mitternacht bricht das dumpfe Gedröhne der irakischen Artillerie aus, und über den nahen Hügelketten läßt sich deutlich der Widerschein der Explosionen erkennen. Angriffsziel in dieser Nacht ist Daouda. Die Opfer sind wieder einmal Bauern, deren Dörfer und Felder in Brand geschossen werden, damit die Ernte nicht eingebracht werden kann.

Militärische Erfolge konnte die irakische Armee bislang allerdings nicht verbuchen. Wie schon 1991 sind ihre Soldaten den ortskundigen und beweglichen Peshmergaeinheiten nicht gewachsen. Heute wie damals richten sich die Angriffe deshalb gegen die irakische Zivilbevölkerung; vielfach wird blind in die Gegend geschossen. Die irakische Armee scheint sich darüber hinaus in einem desolaten Zustand zu befinden. Die Soldaten in den Kasernen sind unmenschlichen Bedingungen ausgesetzt. Knappe Lebensmittelrationen, unbehandelte Krankheiten und nicht zuletzt der allgegenwärtige Haß auf die Diktatur Saddam Husseins veranlassen viele Soldaten zur Desertion in die befreiten Gebiete. Lediglich die loyalen Eliteeinheiten der Republikanischen Garden sind gut ausgerüstet und versorgt. Sie sind vor allem um Bagdad zusammengezogen, und nur kleinere Kontrolleinheiten überwachen an der Demarkationslinie vor allem die eigene Armee. Besonders die zwangseingezogenen Rekruten werden brutal unterdrückt. Ein 23jähriger Deserteur aus Bagdad, der nach seiner Flucht in einer ehemaligen Kaserne in der Nähe von Kifri lebt, berichtet: "Die meisten Soldaten wurden unter Zwang eingezogen. Wer sich wehrt, dem werden Essensrationen gestrichen, oder er wird eingesperrt und mißhandelt. In einigen Fällen gibt es Hinrichtungen, zur Abschreckung. Da selbst das nur die wenigsten schreckt, werden deren Familien bestraft: Ihnen wird der Strom abgestellt; sie bekommen keine Lebensmittel mehr; häufig werden sie jedoch abgeholt und in entlegene, schlecht versorgte Gegenden geschafft, wo sie niemanden kennen und keine Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen." Die permanente Erfahrung von Gewalt hat ihn altern lassen. Er wirkt müde und gebrochen, und selbst einige Wochen nach

seiner Desertion sind die alles beherrschende Angst und das Mißtrauen gegenüber der Umwelt nicht gewichen. Geflohen ist er zusammen mit einem Freund, der aus dem südirakischen Nejev stammt. Gefragt, ob er Informationen über die Aufstände in Basra habe, von denen im Nordirak Gerüchte kursieren, antwortet er nur mit einem Schulterzucken. Anders als im Nordirak wurden die Revolten gegen das Baath Regime 1991 im Süden brutal niedergeschlagen. Da die Regierungstruppen aber nie vollständige Kontrolle über die dortigen ausgedehnten Sumpfgebiete gewinnen konnten, ging man dazu über, mittels eines ausgeklügelten Drainagesystems die Sümpfe trockenzulegen und anschließend abzubrennen. Den in dieser Region lebenden Menschen werden nach und nach die Lebensgrundlagen entzogen. Dörfer werden zerstört, hunderttausende Menschen sollen, nach Schätzungen der Hilfsorganisation Amar Appeal, bereits vor den Gewaltakten der Armee in den nahegelegenen Südiran geflohen sein. Systematischer Widerstand wird dadurch unmöglich. Die vereinzelten Unruhen beschränken sich mehr und mehr auf die größeren Städte, die für die Regierungstruppen leicht zu kontrollieren sind.

So verwundert es nicht, daß ein bedeutender Teil des Widerstandes gegen das Baath Regime mittlerweile aus der Armee zu kommen scheint. Bereits im Dezember letzten Jahres scheiterte eine Verschwörung führender Militärs gegen Saddam Hussein. Am 13.5. diesen Jahres kam es zu einem Anschlag auf Watban Al-Tikrit, den irakischen Innenminister und Halbbruder Saddam Husseins. Ob er ebenfalls scheiterte, ist unklar. Wenn die irakische Nachrichtenagentur wenige Tage später meldete, Saddam Hussein habe einen neuen Innenminister ernannt und Watban Al Tikrit unter seinen persönlichen Schutz gestellt, so kann dies auch auf ein Gelingen hindeuten. Die Rache Saddam Husseins in solchen Fällen der Rebellion ist grausam. Unter dem Vorwand, den Putschversuch im Dezember durchgeführt zu haben, wurden dreißig Offiziere in Bagdad hingerichtet, unter ihnen der General der Luftwaffe, Mohmmad Al-Dulaimi. Als Sicherheitskräfte die Leichen den Familien übergaben, kam es Ende Juni im westirakischen Ramadi, dem Hauptsiedlungsgebiet des Al-Dulaimi-Stammes, zu schweren Unruhen, bei denen nach Augenzeugenberichten auch die Luftwaffe eingesetzt wurde und es hunderte von Toten gegeben haben soll. Mitte Juni griff ein Verwandter, der General des in Abu Ghraib bei Bagdad stationierten Panzerbataillons "14. Juli", Turki Al-Dulaimi, ein Gebäude des irakischen Rundfunks an. Die Aufständischen verschanzten sich längere Zeit in dem Sender und konnten zeitweise den Sendebetrieb unterbrechen. Sie forderten die Freilassung der bei den Unruhen in Ramadi inhaftierten Gefangenen. Auch wenn dieser Aufstand - vermutlich von Eliteeinheiten - niedergeschlagen werden konnte, so scheint sich ein Wandel in dem Machtgefüge der irakischen Diktatur anzukündigen: Zentrale Stützen des Regimes kündigen die Unterstützung gegenüber Saddam Husseins Baath Partei auf; der Al-Dulaimi-Stamm galt als extrem loyal und stellt viele hohe Offiziere der irakischen Armee.

Dem Aufflammen der Unruhen im Zentralirak steht eine paralysierte irakisch-kurdische Opposition gegenüber. Von der Euphorie nach den erfolgreichen Aufständen gegen die Baath-Diktatur ist auch in Kifri nicht mehr viel zu spüren. Die türkische Grenze ist weit, und die kurdischen Fernsehsender berichten ungewöhnlich wenig über den Einmarsch der türkischen Armee. Die Kämpfe zwischen den beiden großen kurdischen Parteien KDP und PUK erlebte man hier mehr aus der Perspektive des Beobachters. Die Preise für Lebensmittel sind mit jeder Runde der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den Parteien weiter explodiert. Als die Parteien für die Kämpfe Peshmergas rekrutieren wollte, waren auffällig wenige junge Männer anzutreffen. In keiner anderen Stadt ist die Erinnerung so präsent, daß die Befreiung Irakisch-Kurdistans auch, wenn nicht primär eine Befreiung von dem Regime Saddam Husseins war. Angesichts der Auswirkungen des Embargos, der breiten Verelendung der Bevölkerung, der internationalen Nichtanerkennung der Regionalautonomie und der selbstmörderischen Machtkämpfe der kurdischen Parteien untereinander ist diese Errungenschaft in den Hintergrund getreten. Die Beschwörung des gemeinsamen Hauptfeindes Saddam Hussein dient den Politikern und Parteistrategen meist nur noch zu Propagandazwecken. Zwar gibt es nach wie vor Attacken von Peshmergaeinheiten auf irakische Stellungen, aber deren Sinn ist häufig zweifelhaft. In den letzten Monaten konzentrierten sich die Angriffe der kurdischen Kämpfer auf Regionen südlich von Suleymania. Nach dem Waffenstillstand zwischen KDP und PUK versuchte besonders letztere, in der Bevölkerung Sympathien wiederzugewinnen, indem ihre Führer die Losung ausgaben, jetzt wolle man Kirkuk befreien. Die Attacken auf die noch unter Regierungskontrolle stehende Erdölstadt wurden nur halbherzig durchgeführt und hatten lediglich zur Folge, daß 700 Familien aus dieser Region von Saddam Husseins Truppen deportiert wurden. Ihre Flucht endete in den stetig anwachsenden Elendsrevieren der kurdischen Städte Suleymania und Arbil. Und nicht nur in diesen Flüchtlingsquartieren wird der Kampf um Wohnung und Nahrung immer rücksichtsloser geführt. Hier liegt weiterer Konfliktstoff für zukünftige Auseinandersetzungen verborgen.

Alle Versuche, eine tatsächlich wirkungsvolle, einheitliche Front aller irakischen und kurdischen Oppositionsparteien zu schaffen, sind bislang gescheitert. Der von den Vereinigten Staaten und England mitinitiierte Dachverband Iraqi National Congress (INC) konnte anfangs die Oppositionsparteien sammeln. Aber der moderate Kurs des INC, der darauf zielt, auch unzufriedene irakische Militärs, die konservative Verwaltungselite und eventuelle Baath-Dissidenten anzusprechen, um eine Ablösung Saddam Husseins ohne tiefgreifende Veränderungen im Irak zu erreichen, setzt dem Engagement der Oppositionsgruppen enge Grenzen. Der Verband ist mehr oder weniger implodiert, nachdem mehrere wichtige Parteien ausgeschieden sind. Dem Vorsitzenden der Irakischen Kommunistischen Partei (ICP), Abu Daoud, fällt es schwer, den Austritt seiner Partei zu erklären. Es war gerade die ICP, die auch während der Parteienkämpfe versuchte, die Einheit der Oppositionsgruppen aufrecht zu erhalten und in dem Konflikt zu vermitteln: "Die irakische Opposition ist nicht in der Lage, die Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen zu überwinden. Diese Unfähigkeit ist ein entscheidender Faktor für Saddams Machterhalt. Die objektiven Bedingungen sind sicherlich gegeben, aber die subjektive Schwäche der Opposition verhindert die Befreiung", erklärte er in einem Interview Anfang Mai. Ob er mit seiner Absicht, die Gründung eines alternativen Dachverbandes anzuregen, Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Die Probleme der Menschen in Irakisch-Kurdistans zu lösen, ohne die politische Situation im Gesamtirak zu verändern, hat sich jedenfalls als unmöglich herausgestellt. Und an einem grundlegenden Wechsel im Irak zeigt keine westliche Regierung derzeit ein Interesse. So bedeutet die Waffenruhe in Irakisch-Kurdistan noch lange keinen Frieden. Ein Schmuggler in Kifri reagierte eher ungehalten, auf die Zukunftsaussichten befragt: "Wer wirklich behauptet, der Krieg sei vorbei, ist ein Lügner oder macht sich was vor. Hat Saddam seine Meinung plötzlich geändert und läßt uns in Ruhe? Und wenn es so wäre - wir haben drei Diktaturen, zwei machtbesessene Parteien und eine müde Bevölkerung, die im Elend lebt. Das soll Frieden sein?"

Thomas Uwer/Martin Roddewig

(WADI e.V.)

15. Invasionsarmee wird zum "Beobachter". Irakisch-Kurdistan nach dem türkischen Einmarsch

Autor: Carl Bolko, WADI e.V. · Rubrik: Türkei; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:15

Nur eine knappe Autostunde von der türkischen Grenze und 60 km südöstlich von Duhok entfernt liegt das Flüchtlingslager Atrush in Irakisch-Kurdistan. Hierhin hatte das UN-Flüchtlingswerk nach der diesjährigen türkischen Großinvasion türkisch-kurdische Flüchtlinge aus den durch die türkische Armee besetzten Gebieten evakuiert. Schon im Frühjahr 1994 flohen mehrere zehntausend Kurdinnen und Kurden aus der Türkei in den Nordirak, nachdem ihre Dörfer vom Militär zerstört worden waren. In den Augen der Militärs gelten alle Kurdinnen und Kurden als potentielle Unterstützer der PKK und wurden zu einem der Ziele der Invasionstruppen, wie auch jede Zeugin dieser türkischen Zerstörungspolitik. Mit Hausdurchsuchungen und Verschleppungen wurden die Menschen nach dem Einmarsch etwa in der Grenzstadt Zakho heimgesucht. Aber auch in Atrush sind sie nicht sicher. Zwar behauptet die türkische Regierung, daß offiziell alle Einheiten den Irak verlassen hätten, aber dies entpuppt sich als Taschenspielertrick: Noch immer werden zentrale Verkehrsknotenpunkte im nordöstlichen Grenzgebiet von "Beobachtern" kontrolliert. Dieser Begriff führt in die Irre: Es handelt sich um mehrere tausend Soldaten, die eher die Rolle einer Besatzungsarmee ausüben. Es ist offensichtlich, daß die Türkei eine langfristige Strategie in dieser Region verfolgt. Unklar ist nur, ob türkische Soldaten dauerhaft das unwegsame Grenzgebiet kontrollieren sollen, oder ob die Regierung in Ankara anstrebt, irakisch-kurdische Peshmergas für diesen Zweck anzuheuern. Ein derartiges Angebot hat der bisherige Hausherr der Region, KDP-Chef Barzani, jedenfalls der Türkei unterbreitet. Für 2 Mio. Dollar bot er an, bis zu 20.000 seiner Peshmergas für die Grenzsicherung zur Verfügung zu stellen. Ob die türkische Regierung auf dieses Angebot eingegangen ist, ist bisher nicht bekannt geworden. Die Menschen im Lager Atrush, das außerhalb der Besatzungszone liegt, werden jedenfalls von der türkischen Armee weiterhin in Unruhe und Angst versetzt. Regelmäßig donnern Cobra-Kampfhubschrauber und Düsenjäger im Tiefflug über das ungeschützt gelegene Lager. "Es ist so laut, daß wir jedesmal denken, sie bombardieren uns jetzt. Die Kinder fangen an zu schreien und laufen verängstigt umher. Es dauert oft Stunden, bis wir sie beruhigt haben", erzählt einer der Flüchtlinge. Einen Angriff der türkischen Armee erwarten die Menschen hier mit jedem neuen Tag.

Die erneute Flucht so vieler Menschen hat die Situation der Flüchtlinge noch einmal dramatisch verschlechtert. Das Camp, das, in zwei Teile unterteilt, insgesamt etwa 11.000 Menschen beherbergt, liegt in einem sumpfigen Tal am Rande der Straße von Dohuk nach Arbil. Es gibt keinen Schatten, die Hitze ist unerträglich und es wimmelt von Fliegen. Die Zelte des UNHCR sind heiß und eng. Oft muß sich eine sechsköpfige Familie ein einziges Zelt teilen. Es gibt zu wenige Wasserfilter, viele Menschen, auch Alte und Kinder, trinken Brackwasser aus morastigen Löchern. Ein Mitarbeiter des UNHCR befürchtet für den Sommer den Ausbruch von Malaria- und Typhusepidemien. Es mangelt an Medikamenten in der kleinen Krankenstation. "Wir erhalten von den westlichen Regierungen viel zu wenig Unterstützung", meint resigniert einer der Ärzte, "für den Nordirak und die Flüchtlinge hier interessiert sich niemand mehr." Eine Tatsache, die auch von der UN in Genf bestätigt wird: Immer weniger Hilfsgelder fließen in die Region, während internationale Hilfsorganisationen entweder abziehen oder ihre Programme einschränken.

Die Menschen leiden unter dieser hoffnungslosen Lage, schon seit einem Jahr werden sie von Flüchtlingslager zu Flüchtlingslager getrieben. Eine Hoffnung, bald in ihre - meist völlig zerstörten - Dörfer zurückzukehren, gibt es nicht. Der Krieg gegen Kurdinnen und Kurden in der Türkei geht mit unvermindeter Härte weiter. Wie auf Dauer ein Weiterleben in Atrush aussehen soll, können sich auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen internationaler Hilfsorganisationen nicht vorstellen.

Dabei bündeln sich in Atrush lediglich die Probleme, die das Leben aller Menschen in dieser Region bestimmen. Das von der türkischen Armee als Rückzugsgebiet von PKK-Kämpfern angesehene Irakisch-Kurdistan hat sich in den nunmehr vier Jahren nach der Befreiung von dem Regime Saddam Husseins in ein perspektivloses, von Rechtlosigkeit gezeichnetes Flüchtlingslager verwandelt. Nicht Guerilleros der PKK, sondern Armut und Elend beherrschen das Alltagsleben der Menschen. Ohne internationalen Schutz und massiven Druck auf die Türkei sind weitere Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen absehbar. Genaue

Informationen aus der türkisch okkupierten Zone zu bekommen ist schwierig. Irakisch-kurdische Menschenrechtsvereine werfen der türkischen Armee vor, 20.000 Menschen aus ihren Dörfern vertrieben zu haben. Auch sollen Gefangenenlager existieren, und die Zeitung der kurdischen Toilers-Party veröffentlichte kürzlich Fotos verstümmelter Leichen, die zu Tode gefoltert wurden. Detaillierte Angaben über die Situation veröffentlichte die in Arbil ansässige Organisation "Human Right Callers". Sie berichtet von weitgehenden Repressionen gegen die Zivilbevölkerung. Dem Bericht zufolge sind in weiten Teilen der besetzen Gebiete auch tagsüber Ausgangssperren verhängt worden, die die Menschen daran hindern, jetzt, im Frühjahr, ihre Felder zu bestellen oder ihre Erzeugnisse auf den Märkten zu verkaufen. In Regionen, die aufgrund ihrer Gebirgslage auch ohne türkische Besetzung im Winter monatelang von der Außenwelt abgeschnitten sind, droht eine Hungerkatastrophe. Die Ermordung von sieben Hirten zu Anfang der Invasion, die der europäischen Presse kurzzeitig einige Schlagzeilen wert war, war sicherlich nur die Spitze des Eisbergs.

Die Situation im Nordirak wirft auch einen Schatten auf die Debatte in der BRD nach der Invasion der türkischen Armee. Die Frage, ob in der Türkei deutsche Waffen gegen PKK-KämpferInnen eingesetzt werden oder nicht, greift zu kurz, auch wenn damit der Zusammenhang zwischen der Politik der Türkei und den Interessen der deutschen Wirtschaft, besonders der Rüstungsindustrie, zum Thema wurde. Wer Gewehre und Panzer liefert, weiß, daß damit geschossen wird. Die Frage müßte vielmehr lauten, wie verhindert werden kann, daß ein Militärregime wie das der Türkei in eine - von der "internationalen Weltgemeinschaft" vorsätzlich politisch destabil und ungeschützt gehaltene - Region ungestraft eindringt und mit aller nur denkbaren Gewalt gegen die dort lebenden Menschen, also gegen die Zivilbevölkerung vorgeht.

Carl Bolko (WADI e.V.)

16. Chiapas: Widerstand und Krieg niedriger Intensität. Interview mit Lorenzo Vásquez Vásquez

Autor: Boris Alexander, Juan Chicoy · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:12

Lorenzo Vázquez Vázquez ist Leitungsmitglied der Organización Proletaria Emiliano Zapata (OPEZ), einer revolutionären Campesinoorganisation, und Mitglied der "Übergangsregierung in Rebellion" in Chiapas. Der Genosse hielt sich kürzlich in Berlin auf und sprach auf einer Informationsveranstaltung in der TU, die von der Sozialistischen Liga und "Gegenwind" (oppositionelle GewerkschafterInnen bei Siemens Berlin) organisiert war.

Wir nutzten die Gelegenheit zu einem Interview.

ak: Kannst du die Arbeit und die Geschichte eurer Organisation kurz beschreiben?

Lorenzo: Wir haben vor etwa 15 Jahren angefangen, uns zu organisieren. Hauptsächlich ging es uns darum, die Verteilung von Land und die Einrichtung öffentlicher Dienstleistungen wie Stromversorgung, Gesundheitswesen, Schulen und Straßen für unsere Gemeinden zu fordern. Zunächst gingen wir den offiziellen Weg, schrieben Anträge und Eingaben. Wir merkten bald, daß die Behörden kein Interesse hatten, unsere Probleme zu lösen. Darum begannen wir, unsere Forderungen durch Mobilisierungen zu unterstützen. Anfang der 80er begannen wir damit zunächst in unserer Region, und ab Mitte der 80er organisierten wir Protestmärsche nach Mexico City.

Wo sind eure stärksten Zentren, und wie seid ihr organisiert?

In unserer Organisation sind vor allem Indígena-Campesinos, aber auch Lehrer und Studenten. Wir sind hauptsächlich in der Region der Pazifikküste von Chiapas und der Grenzregion zu Guatemala organisiert. Die einzelnen Gemeinden, comunidades, wählen ihre Repräsentanten, die öfter Regionalversammlungen abhalten und alle zwei Monate ein Plenum auf bundesstaatlicher Ebene, also ein Plenum aller Regionaldelegierten der OPEZ, abhalten. Einmal im Jahr führen wir einen Kongreß durch, auf dem eine kollektive Führung gewählt wird, die sich aus verschiedenen Kommissionen zusammensetzt. Die Repräsentanten sind natürlich jederzeit rückrufbar.

Wieviele Leute repräsentiert die OPEZ?

Als Massenorganisation sind wir sehr breit. Regelmäßig aktiv sind etwa 15.000 Compañeros. Aber da die Probleme, um die wir uns kümmern, alle betreffen, beteiligen sich natürlich wesentlich mehr Leute an unseren Aktionen.

Wie organisiert ihr die Vermarktung eurer Produkte?

Wir haben eine Kommission, die sich damit beschäftigt. Wir produzieren bisher sehr wenig für den Verkauf, der größte Teil der Produktion ist für die Selbstversorgung. Die produktivsten Ländereien befinden sich in den Händen der Großgrundbesitzer und Unternehmer. Die Kommission versucht, Konzepte zu erarbeiten, wie wir unsere Produktion und Kommerzialisation verbessern können, aber das steht im Zusammenhang mit den sozialen Veränderungen, für die wir kämpfen.

Welche Produkte baut ihr vorwiegend an?

Die wichtigsten sind Mais und Bohnen als Grundnahrungsmittel, außerdem in einigen Gebieten Kaffee, Bananen, Zuckerrohr und Obst.

Arbeitet die Mehrzahl eurer Compañeros als ejidatarios oder auf tierras comunales (zwei Formen genossenschaftlichen Eigentums - J. Ch.) oder als Landarbeiter auf den Plantagen?

Es gibt ejidatarios, Compañeros, die Land haben und für Kredite, Dienstleistungen kämpfen, die sie in ihren Dörfern nicht haben. Es gibt auch viele , die kaum Land haben, so daß sie nur sehr wenig für den eigenen Verbrauch produzieren können und auf den Fincas als Landarbeiter arbeiten müssen. Für sie steht die

Forderung nach Land im Vordergrund. Wir kämpfen als Organisation für alle, nicht nur für die einen oder die anderen.

Wie sieht die Landverteilung in eurer Region aus?

Es gibt ejidos in Chiapas, aber ihr Anteil am gesamten kultivierbaren Land ist geringer, als der Anteil des Großgrundbesitzes. Der Anteil der ejidos und tierras comunales macht in Chiapas etwa 3 Mio. Hektar aus, während sich 4 Mio. in den Händen der Grundeigentümer befinden. Es gibt Tausende und Abertausende landloser Campesinos, die über kein Land verfügen, um ihre Familien zu ernähren. In den 70er Jahren begann der Kampf um die Aufteilung dieses Großgrundbesitzes, der von den staatlichen Autoritäten geschützt wird.

Seit Januar 1994 gibt es in Chiapas eine Welle von Landbesetzungen. Wie hat sich diese Bewegung entwickelt, und wie stark ist sie?

Es gab auch schon vor 1994 Landbesetzungen, aber mit dem Aufstand der Compañeros von der EZLN hat die Bewegung einen ungeheuren Impuls bekommen. Es gab einen quantitativen Aufschwung und eine Vereinigung der verschiedenen Kämpfe. Anfang 1994 bildeten wir den CEOIC, die Koordination der Campesino- und Indígena-Organisationen in Chiapas. Das führte zu einer Konsolidierung der Bewegung und einer Verstärkung der Aktionen, darunter auch der Landbesetzungen. Allein im Zeitraum von Januar bis April 1994 wurden 150.000 Hektar von den Compañeros zurückerobert. Der größte Teil des Landes konnte gehalten werden. Der Staat konnte einige Ländereien räumen, aber der größte Teil ist wieder besetzt worden. So geht es hin und her.

In dem Gebiet, wo die OPEZ aktiv ist, gibt es einige Fincas, die sich in den Händen deutschstämmiger Großgrundbesitzer befinden, wie etwa die Finca Liqidámbar oder Prusia (Preußen) von Max Folke von Knopp. Die deutschen Latifundistas in Chiapas gelten als besonders reaktionärer Teil der chiapanekischen Oligarchie. Auf welche Weise seid ihr mit diesen Leuten konfrontiert?

Die Fincas, die ihr erwähnt habt, gehören zu den größten und produktivsten in ganz Chiapas. Es sind riesige Kaffeeplantagen um die 5.000 Hektar. Sie befinden sich mehr Richtung Zentrum von Chiapas. Eine andere Organisation, die Union Campesina Popular Francisco Villa (UCPFV), hat sie besetzt. Kürzlich wurden sie jedoch geräumt. Bei uns in der Küstenregion gibt es einige deutsche Bananenfincas. Der Großgrundbesitz wird dadurch getarnt, daß er formal auf mehrere Eigentümer umgeschrieben wird, die ihre Namen leihen. Sogar einige Ex-Gouverneure von Chiapas sind Teilhaber, wie der General Castellanos oder Patrocinio González Garrido. Einige dieser Fincas haben wir besetzt, die Finca Santa Fé, Santa Lucía. Unsere Compañeros sind dort Landarbeiter, die ihr Leben lang für einen sehr geringen Lohn gearbeitet haben. Am 8. April haben wir als OPEZ einen Aktionstag zur Rückeroberung des Landes durchgeführt. Aus den Vorschlägen der einzelnen comunidades stellten wir einen Aktionsplan zusammen. Damals haben wir neben anderen diese Bananenfincas besetzt. Sofort waren 2.000 Polizisten dort, Weiße Garden und Kriminalpolizei.

Die Weißen Garden, die Privatarmeen der Großgrundbesitzer, agieren gemeinsam mit der Polizei in ein und derselben Aktion?

Das passiert ziemlich oft. Am 8. April gab es einen heftigen Kampf. Wir mobilisierten die Compañeros der umliegenden Dörfer, um den Arbeitern zu helfen, die Finca zu halten. Die Regierung schickte Hubschrauber. Es gab viele Verletzte und Verhaftete unter unseren Leuten, aber sie konnten die Finca nicht räumen.

Du bist auch Mitglied der Übergangsregierung in Rebellion. Kannst du die Geschichte und Funktion dieser Regierung in Chiapas erklären?

Die Regierung wird von vier Kräften getragen: dem CEOIC, dem Movimiento de la Sociedad Civil (MOSOC) - Bewegung der Zivilgesellschaft, der Convención Estatal de Mujeres (CEM) - der chiapanekischen Frauenkonvention, und der PRD (Partei der Demokratischen Revolution). 1994 hat die Zivilgesellschaft in Chiapas Amado Avendaño als Kandidaten für die Gouverneurswahlen aufgestellt. Er gewann, aber die Staatspartei setzte durch einen großangelegten Wahlbetrug ihren Kandidaten durch. Also beschlossen wir, diese illegitime Regierung nicht anzuerkennen. Wir verhandeln auch nicht mit diesen Leuten. Wir bildeten unsere eigene Regierung mit Avendaño an der Spitze. Diese Regierung wird von den Organisationen, comunidades, den freien municipios getragen. Dieser Prozeß ist noch in Bewegung.

Was ist ein freies municipio?

Wenn die Mehrheit des Volkes in einem Municipio in einem Diskussions- und Entscheidungsprozeß einen neuen Munizipalrat bildet, der außerhalb der institutionellen Kontrolle bleibt und mit der Dynamik des Aufbaus einer wirklichen Volksmacht verbunden ist. Diese Perspektive wird in diesem Moment durch die Übergangsregierung in Rebellion und Amado Avendaño repräsentiert.

Wie stark ist diese Bewegung und wieviele freie municipios gibt es?

Bisher haben sich über 40 freie municipios gebildet. (Chiapas setzt sich aus 110 municipios zusammen - J. Ch.) In weiteren municipios ist der Prozeß der Bildung neuer Räte noch im Gange. Es dauert eben manchmal eine Weile, bis die comunidades die Leute bestimmt haben, die tatsächlich das Vertrauen aller haben. Insgesamt betrifft das etwa die Hälfte der chiapanekischen municipios, aber das heißt nicht, daß es im Rest keine Unterstützung für uns gäbe.

Der größte Teil dieser municipios befindet sich auf dem Lande?

Hauptsächlich auf dem Lande, denn die Städte sind unter der Kontrolle der Händler und PRIisten.

Wie beteiligen sich die Leute in der EZLN-Zone an dieser Bewegung?

Sie sind sogar weiter fortgeschritten in diesem Prozeß. Sie haben nicht nur die schon bestehenden municipios neu konstituiert, sondern in der Selva Lacandona neue gebildet.

Werden bei der Bildung der freien municipios Verwaltungsgrenzen neu festgelegt, wenn vorher z.B. comunidades indígenas willkürlich gespalten waren?

Einige haben sich vor diesem Hintergrund neu konstituiert. Darüberhinaus gibt es den breiteren Prozeß der Bildung autonomer Zonen von comunidades indígenas. Diese Bewegung wirft auch Fragen auf wie die Verhinderung der Ausplünderung unserer natürlichen Ressourcen, unseren Umgang damit, ihren Schutz etc.

Am 9. Februar griff die Bundesarmee die zapatistische Zone an. Wie wirkte sich das auf den Kampf der CEOIC-Organisationen im Rest von Chiapas aus?

Während die Armee in das Gebiet der Compañeros der EZLN eindrang, verstärkten die Polizei und die Weißen Garden ihre Angriffe im Rest des Staates. In Bellavista waren die Compañeros der Organización Campesina Emiliano Zapata (OCEZ) und der PRD beispielsweise gerade dabei, einen freien Munizipalrat zu bilden. Sie wurden von der Polizei und Weißen Garden daran gehindert und verfolgt.

Was denkst du über den Dialog zwischen Regierung und EZLN? Wie siehst du die Perspektiven?

Die Regierung möchte einen sehr begrenzten Dialog, einen Dialog mit restriktiven Bedingungen. Sie wollen keinen Dialog, der die grundsätzlichen Probleme aufgreift, die gelöst werden müssen, um einen Friedensprozeß zu beginnen. Wir halten es für nötig, daß die allgemeine Problematik von Chiapas und einige wichtige Fragen, die ganz Mexiko betreffen, gelöst werden. Die Regierung hat zum Beispiel vorgeschlagen, über die Legalisierung der besetzten Ländereien zu verhandeln. Aber das ist keine Lösung des Agrarproblems. Das Problem ist die Konzentration des Grundbesitzes in den Händen der Latifundistas und Unternehmer. Dagegen wollen sie natürlich nichts unternehmen. Der Dialog seitens der Regierung ist voller Propagandatricks. Sie versuchen, das Problem als ein regionales, sektoriales darzustellen. Die Ursachen, die der Erhebung zugrundeliegen, wollen sie nicht sehen: die Ungerechtigkeit, das Fehlen von Demokratie, von Freiheiten. Wir glauben, daß die Regierung bereit ist, irgendwelche Übereinkünfte, die sich aus dem Dialog ergeben könnten, jederzeit zu verletzen. Und das bereiten sie jetzt schon auf verschiedenen Ebenen vor, z.B. gewinnen sie Terrain vor der internationalen Öffentlichkeit, indem sie so tun, als wollten sie eine friedliche Lösung. Auf der militärischen Ebene geht die Stationierung von Truppen und Artillerie jeden Tag weiter. Gleichzeitig führen sie einen Krieg niedriger Intensität gegen die unabhängige demokratische Bewegung. All diese Schläge, die die Regierung führt, machen eine militärische Perspektive des Konfliktes wahrscheinlicher. Darüberhinaus gehorcht Präsident Zedillo nicht nur mexikanischen Interessen, sondern einer neoliberalen Politik, deren Leitlinien durch den Yankee-Imperialismus diktiert sind. Deshalb üben die USA Druck auf die mexikanische Regierung aus, eine Lösung für den Konflikt zu schaffen, denn ihre neoliberale Politik wird durch diese Bewegung in Frage gestellt.

Das Interview führten Boris Alexander und Juan Chicoy am 12.6.95 in Berlin.

Nach der Beendigung der Militäroffensive der mexikanischen Bundesarmee gegen die Zapatistische Nationale Befreiungsarmee (EZLN) im Februar 1995 (vgl. ak 376) kam es zur Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Geheimen Revolutionären Indígena-Komitee (CCRI-CG). Während die mexikanische Regierung nicht müde wird, ständig aufs Neue zu verkünden, daß der Dialog "das Grundlegende" sei, hat sie gleichzeitig konkrete Maßnahmen eingeleitet, die offensichtlich Elemente eines Plans der "Kriegsführung niedriger Intensität" sind.

1. An die 60.000 Soldaten wurden in Chiapas stationiert (die Gesamtstärke der mexikanischen Armee beträgt 150.000). 30 gut ausgerüstete Militärbasen wurden geschaffen. Der für Chiapas bewilligte Militärhaushalt beläuft sich für 1995 auf 200 Mio. US-Dollar.

2. Durch die Besetzung der Zufahrtswege zu den Dörfern im Aufstandsgebiet konnte die Armee die Kommunikation zwischen den zapatistischen Gemeinden und der Führung und Insurgentes-Ebene der EZLN (permanent unter Waffen stehende mobile Kolonnen, im Gegensatz zur Miliz und den sozialen Unterstützungsbasen) weitgehend unterbinden oder zumindest erheblich erschweren.

3. Die einer Belagerung gleichkommende Militärpräsenz in unmittelbarer Umgebung der zapatistischen Gemeinden oder der mit der EZLN sympathisierenden Dörfer hindert viele Campesinos, ihre Felder zu bestellen. Wo sich Armee-Einheiten unbeobachtet glauben, kommt es außerdem immer wieder zu Sabotageakten (Zerstörung von Saatgut, Feldern, Werkzeugen, Kontaminierung von Trinkwasser etc.) und Einschüchterungsversuchen. Das wirtschaftliche und soziale Leben soll offenkundig massiv gestört werden.

4. Seitens des in der zapatistischen Zone stationierten Militärs werden soziale Dienstleistungen angeboten: kostenlose medizinische Versorgung, Haareschneiden, Lebensmittelverteilung. Alkohol und Prostitution wurden ebenfalls wieder eingeführt. Denunziationen werden belohnt, im Laufe des Jahres 1994 geflohene Teile der Bevölkerung werden wieder angesiedelt und materiell stark unterstützt. Es werden "Modelldörfer" geschaffen, die deutlich machen sollen, daß sich regierungstreues Verhalten auszahlt, während das Festhalten an der zapatistischen Renitenz nur Probleme mit sich bringt. Gleichzeitig schürt die Wiederansiedlung der PRI-treuen Flüchtlinge Konflikte (z.B. um Landbesitztitel) mit der EZLN-nahen Bevölkerung.

5. Die Militarisierung des Bundesstaates wird genutzt, um besetzte Latifundien zu räumen. Es gibt Berichte, daß Weiße Garden in Militärstützpunkten ausgebildet und ausgerüstet werden.

6. Nichtregierungsorganisationen, zivile Opposition und Teile der katholischen Kirche werden kriminalisiert, bedroht und an der Arbeit gehindert, um den zivilen politischen Spielraum der Aufständischen und ihrer Verbündeten einzuschränken.

Juan Chicoy, 20.6.1995

17. Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz. Chiles Sozialpolitik ...

Chiles Sozialpolitik orientiert sich auch in der Demokratie an der "Chicagoer Schule"

Autor: Norbert Glaser · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:04

Die 16jährige Militärdiktatur (1973-1989) unter General Pinochet hat Chile ein spektakuläres Wirtschaftswachstum und eine kraße soziale Polarisierung beschert. Der neue zivile Präsident Eduardo Frei hat zwar in seiner Antrittsrede versprochen, dem Kampf gegen die Armut "oberste Priorität" einzuräumen. Das neoliberale "Modell Chile" stellt er jedoch nicht in Frage.

Die Linie 1 der Metro in Santiago verbindet zwei Welten miteinander, die ansonsten wenig gemeinsam haben: das noble Las Condes und den Armenvorort Pudahuel. Während in Las Condes die Bürohäuser in den Himmel wachsen und Ober- und Mittelschicht gute Geschäfte machen, wird das Leben der etwa 170.000 Einwohner von Pudahuel von Arbeitslosigkeit, Armut, dem Zerfall der Familien, Alkohol- und Drogenkonsum, Prostitution und Kleinkriminalität geprägt.

Wer in Las Condes wohnt, hat solche Sorgen nicht. Hier und in den benachbarten guten Wohnvierteln frönt man dem "consumismo". Das neue, nach US-amerikanischem Vorbild errichtete Einkaufszentrum "Alto Las Condes" bietet in seinen luxurös dekorierten Schaufenstern, was das Herz begehrt: Delikatessen und Schmuck, teure Parfums und Edelklamotten, Autos und Motorräder. 90 Prozent der Kaufkraft im Großraum Santiago sollen in einem Umkreis von 15 Autominuten um den Konsumtempel konzentriert sein.

Begleitet von einem spektakulären Wirtschaftswachstum ist die chilenische Gesellschaft tief in Gewinner und Verlierer der neoliberalen Umstrukturierung gespalten. Je nach Berechnungsbasis gelten bis zu 50 Prozent der Chilenen als arm. Die Regierung spricht von etwa 30 Prozent Armen im Land, die auf dem Niveau von Mindestlöhnen oder in der informellen Wirtschaft überleben müssen.

Das von Unternehmensverbänden, internationalen Entwicklungsbanken und nördlichen Regierungen hochgelobte "Modell Chile" zeigt, daß spektakuläre Wachstumsraten (in den vergangenen zehn Jahren wuchs die Wirtschaft pro Jahr durchschnittlich um 6,4 Prozent) allein noch keine soziale Entwicklung mit sich bringen. Der "Erfolg" des Modells beruht vielmehr auf einer klaren Spaltung der Gesellschaft. Etwa 45 Prozent der Bevölkerung partizipieren am neuen Wohlstand. Der Rest muß sehen, wie er in sehr einfachen bis prekären Lebensverhältnissen über die Runden kommt.

Chile, vor dem Militärputsch ein sozial relativ ausbalanciertes Land, wird hinsichtlich der sozialen Ungleichheit inzwischen weltweit nur noch von Brasilien übertroffen. Die "Weltrangliste der Ungleichheit" des "Davoser World Economic Forum" zufolge entfallen in Chile auf die obersten 20 Prozent der Bevölkerung 62 Prozent des Gesamteinkommens, während die 20 Prozent Ärmsten auf gerade 3,1 Prozent kommen. Allein die obersten zehn Prozent verfügen über 45 Prozent der Kaufkraft.

Die soziale Polarisierung im Land gehört zu den Hinterlassenschaften der Militärdiktatur (1973 bis 1989). Der unter ihrer Herrschaft betriebene Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft verschlechterte die soziale Lage eines Großteils der Bevölkerung nachhaltig. Das Versprechen ihrer neoliberalen Wirtschaftsexperten, der "Chicago Boys", eine von staatlicher Bevormundung befreite Wirtschaft werde sozusagen nebenbei auch die Armut überwinden, blieb unerfüllt: Zwischen 1970 und 1987 stieg die Zahl der Haushalte unterhalb der Armutsgrenze von 17 auf 38,1 Prozent. Sie verringerte sich trotz des nachfolgenden Wirtschaftsaufschwungs bis 1990 nur auf 35 Prozent. Die Reallöhne in der Industrie sanken von 1970 bis 1987 um ein Drittel. Ihr Anteil am Sozialprodukt ging von 50 Prozent (1972) auf 30,7 Prozent (1987) zurück.

Aus dem ideologischen Bankrott, den die chilenische Rechte seit dem Wahlsieg der christlichen Reformisten unter Eduardo Frei 1994 erfahren hatte, so Juan Gabriel Valdes in "Lateinamerika. Analysen und Berichte 17", war eine Ideologie erwachsen, die härter, totalisierender und aufdringlicher war als alle Umsteuerungsversuche zu Zeiten der "Unitad Popular". Gestützt auf die Macht der Militärs setzten die Anhänger des Neoliberalismus ihre individualistische Philosophie eines wirtschaftlichen Darwinismus durch. Ihr Ziel: ein "neuer Mensch", der seinen persönlichen Nutzen maximiert und in einem von den Gesetzen des freien

Marktes und der Konkurrenz bestimmen gesellschaftlichen Raum handelt. Auch die Sozialpolitik unterwarfen die "Chicago Boys" diesen Prinzipien. Unter dem Motto "Revolution der Freiheit" wurde die staatliche Rentenversicherung ausgehöhlt und schließlich Anfang der 80er Jahre durch private Gesellschaften, den "Administradoras de Fondos de Pensiones" (AFP) ersetzt. Einem persönlichen Sparkonto unter staatlicher Aufsicht vergleichbar müssen die abhängig Beschäftigten an diese Fonds zehn Prozent ihres Verdienstes abführen. Staat und Unternehmen beteiligen sich daran nicht. Den 100.000 Rentnern, die inzwischen vom neuen System versorgt werden, geht es im Schnitt etwas besser als denen, die ihre Renten noch vom Staat bekommen, aber bei vier Millionen Beitragszahlern steht dem System der Härtetest noch bevor.

Kritische Ökonomen gehen davon aus, daß die reale Verzinsung der meisten Einlagen langfristig bei nicht mehr als drei Prozent liegen wird, viele also mit einem zinsbringenden Bankkonto besser dastünden. Jeder zweite Arbeiter, warnen sie, werde einmal Leistungen beziehen, die unterhalb der Armutsgrenze liegen. Der hohen Pensionen der Militärs und anderer privilegierter Gruppen werden weiterhin aus Steuern bezahlt, die überwiegend von weniger gut gestellten Bürgern erhoben werden.

Aus das Gesundheitswesen befand sich früher in öffentlicher Hand. Es erfaßte 90 Prozent der Bevölkerung. 75 Prozent der ökonomisch aktiven Bevölkerung waren durch eine gesetzliche öffentliche Krankenversicherung geschützt. Arbeitslose und Arme wurden kostenlos behandelt. Die Gesundheitsreform von 1979 dezentralisierte dieses System und übertrug den Gemeinden die Zuständigkeit des staatlichen Gesundheitsdienstes. Auf ihn bleibt bis heute der überwiegende Teil der chilenischen Bevölkerung angewiesen. Doch häufig verfügt er nicht einmal über die Mindestausstattung an Geräten und Medikamenten.

Parallel zur Dezentralisierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes initiierten die "Chicago Boys" die Ausweitung der privaten Gesundheitsversorgung: 1981 wurde ein privates Krankenversicherungssystem gegründet, dem derzeit 35 Versicherungsgesellschaften angehören, die "Institutos de Salud Previsional" (ISAPRES) - teilweise mit eigenen medizinischen Einrichtungen. Die abhängig Beschäftigten, für die gesetzliche Krankenversicherungspflicht besteht, können zwischen ihnen und dem staatlichen Versicherungssystem wählen.

Das Ergebnis ist eine "Zwei-Klassen-Medizin": Mehr als die Hälfte der einbezahlten Beträge fließen in das private System. Dabei gehören ihm nur 22 Prozent der Krankenversicherten an. Dem staatlichen System, das cirka 80 Prozent der Versicherten und darüber hinaus durch kostenlose Gesundheitsversorgung auch die Nichtversicherten zu versorgen hat, werden gleichzeitig diese hohen Betragszahlungen der Besserverdienenden entzogen. Die Krise des staatlichen Gesundheitsdienstes verschärft sich dadurch weiter.

Die Sozialpolitik der ersten demokratischen Regierung hat daran wenig geändert. Unter der Militärdiktatur war - nach offiziellen Angaben - das Realeinkommen für Mindestlohnempfänger zwischen 1980 und 1989 um über ein Drittel gesunken. Von der 1989er Basis aus schaffte die Zivilregierung dann wieder eine leichte Steigerung - auch für die unteren sozialen Gruppen.

Patricio Aylwin, der erste zivile Präsident (1990 - 94) nach der Militärdiktatur, geht davon aus, daß seine Regierung der "Concertacion" (Christdemokraten, Sozialdemokraten, Sozialisten) die "soziale Schuld" zurückgezahlt hat, die die Militärs und die mit ihnen verbündeten zivilen Sektoren der Gesellschaft mit der rigorosen Durchsetzung ihres neoliberalen Konzepts aufhäuften. Dagegen erwartet die Bevölkerung von der Mitte-Links-Regierung - das zeigen Meinungsumfragen - weitere sozialpolitische Reformen. Ganz vorne steht die Verbesserung der Gesundheitsdienste, gefolgt von einer Bekämpfung der Armut, der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie höheren Löhnen.

Die Politik der Mitte-Links-Regierungen von Aylwin und Frei zielt darauf, die sozialen Spannungen abzumildern, die das neoliberale Modell produziert: Seit der politischen Demokratisierung hat die Sozialpolitik einen wachsenden Stellenwert bekommen. Möglich machte dies eine Steuerreform, die neben der Mehrwertsteuer auch die Unternehmens- und Kapitalertragssteuer sowie den Steuersatz für mittlere und höhere Einkommen anhob. Zwischen 1989 und 1992 stiegen dadurch die Sozialausgaben um 29 Prozent. Auf einzelne Sektoren bezogen heißt das: 60 Prozent mehr für das Gesundheitswesen, 59 Prozent mehr für den Wohnungsbau, plus 28 Prozent soziale Unterstützung und 15 Prozent mehr für Erziehung. Summasummarum lagen die Sozialausgaben damit aber immer lediglich 16 Prozent über dem Wert von 1985.

Eine echte Wende in der Sozialpolitik war mit dem Übergang zur Demokratie nicht verbunden. Auch die beiden demokratisch legitimierten Regierungen bewegten sich bislang in den von der Pinochet-Diktatur vorgegebenen sozialpolitischen Bahnen. Und das heißt: Dezentralisierung und Privatisierung.

Die Erhöhung der staatlichen Sozialausgaben seit 1989 darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch für die demokratischen Regierungen die staatliche Sozial- und Umverteilungspolitik dort ihre Grenzen hat, wo sie das neoliberale Wachstumsmodell gefährdet. Zwar sind unter den beiden Zivilregierungen der "Concertacion" die Zielgruppen der staatlichen Politik um Frauen, Jugendliche und Kleinstproduzenten erweitert worden. Doch die von den Militärs erheblich zurückgenommene soziale Verantwortung des Staates ("estado minimo") wird von ihnen nicht in Frage gestellt. Zum Solidarsystem Bismarkscher Prägung, wie es die Chilenen vor dem Putsch hatten, schein kein Weg zurückzuführen.

So hat Aylwin einige der schlimmsten Auswüchse der Arbeitsgesetzgebung der Militärs beseitigt. Das zugrundeliegende Modell einer auf "flexiblen Arbeitskräften" beruhenden Wirtschaft (Leihfirmen, Subunternehmen, Arbeitsverträge mit kurzer Laufzeit etc.) blieb aber unangetastet. Nach wie vor können die Unternehmen nach Belieben ihre Beschäftigten heuern und feuern. Der chilenische Gewerkschafts-Dachverband CUT zielt deshalb vor allem darauf, Verhandlungen auf Betriebsebene durch Branchen-Tarifverträge zu ersetzen und individuelle Tarifregelungen durch kollektive abzulösen. Außerdem fordert er einen besseren Kündigungsschutz und die Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung.

Die Regierung scheint dafür durchaus offene Ohren zu haben. Der neue Präsident Eduardo Frei hat die Bekämpfung der extremen Armut im Land zu seiner Aufgabe gemacht. Bis zum Ende des Jahrzehnts möchte Frei sie vollständig beseitigt sehen. Bereits unter Aylwin hat sich offiziellen Zahlen zufolge der Anteil der in extremer Armut lebenden Bevölkerung von 13 auf 9 Prozent verringert. Mit einem "Nationalen Plan zur Überwindung der Armut" wird nun den verbliebenen "sozialen Brennpunkten" zu Leibe gerückt. Dazu wurden in einem ersten Schritt die 71 ärmsten Gemeinden des Landes ermittelt. Für sie sollen spezielle Programme ausgearbeitet und vor Ort mit Hilfe aller Beteiligten umgesetzt werden. Zusätzliche Gelder sind dafür allerdings nicht vorgesehen. Dabei hatten die Kommunen bereits im August auf einem Kongreß zur Dezentralisierung der Sozialpolitik harsche Kritik an der Regierung geübt: Sie übertrage den oft hochverschuldeten Kommunen immer mehr Aufgaben, ohne für die nötige finanzielle Ausstattung zu sorgen.

Die neoliberale Umstrukturierung hat der Mehrheit der Chilenen nichts gebracht. Nach 20jähriger Roßkur sind ihre Löhne jetzt wieder dort angekommen, wo sie 1973 schon einmal waren. Dafür haben die abhängig Beschäftigten nicht nur ihre Arbeitsplatzsicherheit, sondern auch einen soliden Wohlfahrtsstaat eingebüßt. Und 40 Prozent der Erwerbstätigen sind nun gezwungen, im "informellen Sektor" zu überleben - ohne Schutz im Fall von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Invalidität. Die "Demokraten" haben die Zerschlagung des Sozialstaats durch die Militärs nie ernsthaft in Frage gestellt.

Norbert Glaser

(Der Artikel wurde redaktionell bearbeitet.)

18. Der Anwalt der Süchtigen - Berlusconi eint das Fernsehvolk

Autor: Js. · Rubrik: Medien; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:02

Berlusconi eint das Fernsehvolk - über Parteigrenzen hinweg

"La rivincita di Berlusconi", schlagzeilte die Tageszeitung La Repubblica am 12. Juni, dem Tag nach den insgesamt zwölf italienischen Referenden. Berlusconis "Revanche" war geglückt: Die drei Abstimmungen über TV-Lizenzen und Fernsehwerbung hat er gewonnen. Die Finanzmärkte reagierten mit einem "schwarzen Montag für die Lira" - Berlusconis Erfolg bringt die Übergangsregierung Dini und ihr Konzept der Haushaltssanierung in Schwierigkeiten, Neuwahlen schon im Herbst werden immer wahrscheinlicher. Daß die Mehrheit der abstimmenden ItalienerInnen Berlusconis drei landesweit ausstrahlende Programme unangetastet lassen will, ist dabei vor allem von symbolischer Bedeutung. Nach einem Spruch des Verfassungsgerichts muß Berlusconi zwei seiner Sender ohnehin verkaufen.

Als Silvio Berlusconi am 21. Dezember letzten Jahres - nach einer Amtszeit von gerade mal 226 Tagen - seinen Rücktritt als italienischer Ministerpräsident erklärte, hielten viele Kommentatoren ein baldiges Comeback kaum für möglich. Die Tageszeitung La Repubblica grüßte hämisch mit der Schlagzeile "Addio, Cavaliere", ihr Direktor Eugenio Scalfari bewertete Berlusconis ständige TV-Präsenz als mitentscheidend für seinen Sturz: "Manchmal wirkt das Fernsehen als Bumerang, und genau das scheint seit einiger Zeit dem nationalen großen Kommunikator zu geschehen." (22.12.1994) Andere Kritiker der Berlusconi-Regierung klagten über das "verlorene Jahr", in dem die für notwendig befundene Modernisierung der Institutionen nicht voran gekommen war, hofften aber auf dauerhaft heilsame Erfahrungen beim allzu leicht verführbaren Wahlvolk.

Tatsächlich schienen die WählerInnen dazu gelernt zu haben. Drei von vier ItalienerInnen äußerten sich im Dezember letzten Jahres enttäuscht über die Taten der Rechtsregierung. Noch einmal, das schien sicher, würden sie nicht auf die Versprechungen, den Glamour und das Verführerlächeln Berlusconis hereinfallen. Die Ergebnisse der Regional- und Kommunalwahlen im April bestätigten die Minderheitsposition des rechten Lagers. Nicht nur Forza Italia, auch die modernisierte neofaschistische Partei, seit Januar endgültig umbenannt in Alleanza Nazionale, stagnierte. Als Gegengewicht zum Rechtsblock etablierte sich das Mitte-Links-Bündnis aus PDS, ehemaligen Christdemokraten, Grünen u.a., das auch ohne ernsthaftes Alternativprogramm über einen vermeintlich sicheren Vorsprung in der Wählergunst verfügte - vorausgesetzt es würde gelingen, mit der aus dem Rechtsblock abgesprungenen Lega Nord zumindest bindende Wahlabsprachen zu treffen.

Erstaunlicherweise hat sich hieran auch durch die Ergebnisse der Referenden nichts geändert. Berlusconi hat sich in den drei für ihn und seinen Konzern wichtigsten Referenden Nr. 10 (Abschaffung der Möglichkeit, mehr als eine landesweite TV-Lizenz zu besitzen), 11 (Abschaffung der Möglichkeit, Fernsehfilme, Opern- und Musikübertragungen beliebig durch Werbung zu unterbrechen) und 12 (Abschaffung der Möglichkeit, daß Werbefirmen für bis zu drei nationale Fernsehsender tätig sind) durchgesetzt. Dreimal siegte das Nein deutlich: Zwischen 55,7 und 57% der Abstimmenden votierten dafür, alles beim alten zu lassen. Als Promoter des Nein waren neben Forza Italia u.a. Alleanza Nazionale, das Centro Cristiano Democratico (CCD) und der Buttiglione-Flügel der Volkspartei (Popolari) in den Ring gestiegen. Für ein Ja hatten u.a. der PDS, Rifondazione Comunista (RC), die Lega Nord, die "linken" Popolari (Bianco-Flügel) und die Grünen agitiert.

Ein Sieg der

"italienischen Kultur"?

Daraus einen 57:43-Sieg der Rechten über das Centro-Sinistra hochzurechnen, wäre allerdings grob verfälschend. Nach Umfragen haben sich vor allem viele Mitte-Links-WählerInnen nicht an die Linie ihrer Partei gehalten. Beim Referendum 10 (Begrenzung der TV-Lizenzen) haben angeblich 39,9% der Grünen-Wähler und 36,8% der AnhängerInnen von RC mit nein gestimmt; bei der Abstimmung über die Abschaffung der Werbeunterbrechungen sollen sogar 43,2% der Grünen und 46,1% der RC-WählerInnen mit nein gestimmt haben. Die Führung von RC weist die Umfrageergebnisse als gefälscht zurück, während Eugenio Scalfari sie

für bare Münze nimmt. Die Wahrheit dürfte in der Mitte liegen: D.h. es hat beim Abstimmungsverhalten Abweichungen von der Linie der eigenen Partei gegeben, aber vermutlich nicht in dem unterstellten Ausmaß. Bei den PDS-AnhängerInnen liegt die Zahl der mutmaßlichen DissidentInnen bei etwa 10%; das scheint erheblich realistischer. Im übrigen sollen auch 19% der WählerInnen von Forza Italia (und 13,3% der AN-WählerInnen) gegen die unbeschränkte Zerstückelung des TV-Programms durch Werbeeinblendungen gestimmt haben; immerhin ein Zehntel von Berlusconis Gefolgschaft habe gegen die Beibehaltung seines privaten TV-Monopols votiert, behaupten die Demoskopen.

Bei aller Skepsis gegenüber den Umfrageergebnissen - offensichtlich trifft die naheliegende Vermutung nicht zu, Berlusconis Anhänger hätten sich zugunsten seiner Interessen, seine Gegner, die Anhänger der Mitte-Links-Parteien, dagegen ausgesprochen. Von welchen Motiven also haben sie sich bei der Stimmabgabe leiten lassen? Wie kommen AnhängerInnen der Linken dazu, für die Fortexistenz von Berlusconis Medienimperium zu demonstrieren, indem sie nicht nur seine Lizenzen, sondern auch seine astronomischen Werbeeinnahmen mit ihrer Stimme verteidigen?

Die Antwort ist deprimierender als die aktuellen Wahlprognosen. Nach Lage der Dinge kann Berlusconis Rechtsbündnis nicht gewinnen, wenn es im Herbst zu Neuwahlen kommen sollte. Aber: Das eindeutige Wählervotum, im TV-Sektor den Status quo beizubehalten, weist auf einen Massenkonsens hin, der sehr viel tiefere Wurzeln hat als parteipolitische Bindungen. Berlusconis Agitation rückte die Verteidigung der "italienischen Kultur" in den Mittelpunkt; die keineswegs sichere Übernahme seiner Lizenzen durch ausländische Mediengiganten (als Kaufinteressenten gehandelt wurden Kirch, Murdoch und der saudi-arabische Scheich Al Waleed Bin Talal) schien vielen ItalienerInnen ebenso ein Greuel wie eine weitere von Berlusconi lancierte Hiobsbotschaft: Bei einer Reduzierung seiner Werbeeinnahmen könnte der Fininvest-Konzern nicht mehr so viele neue Filme ankaufen und müßte sich von einigen seiner hochdotierten Publikumslieblinge trennen.

Letztere mischten in der Referendumskampagne massiv mit - ein kluger Schachzug, der möglicherweise den Ausschlag gab. Die Namen der Entertainer, Quiz-Master und Talkshow-Moderatoren in Diensten der Fininvest - Marco Columbro, Jerry Scotti, Mike Bongiorno, Maurizio Costanzo, Gigi Sabani, Rita Dalla Chiesa und viele andere - sind hierzulande fast unbekannt. Die Bedeutung ihres Eintretens für Berlusconi wird deutlich, wenn mensch sich vorstellt, Gottschalk, Schreinemakers, Jauch, Böhme, Meiser und etliche andere Heldinnen und Helden des privaten Fernsehens würden via TV für Helmut Kohl Partei ergreifen. Andere Länder, (einstweilen noch?) andere Sitten: In den Programmen der Fininvest wurde das Publikum "vom Nein bombardiert" (Schlagzeile von La Repubblica am Tag vor den Referenden); 313 Sendeminuten mit Spots für das Nein standen ganze 21 Minuten für das Ja gegenüber.

Die Kampagne fand ihren Höhepunkt zwei Tage vor der Abstimmung mit einer Fernsehgala von Berlusconis Quotenstars auf Canale Cinque. Angeblicher Anlaß der Show war der 15. Jahrestag des berlusconianischen Fernsehens. Das Datum stimmt zwar nicht; die Abweichung beträgt mindestens ein halbes Jahr. Egal - der "Megaspot der großen Familie" (La Repubblica) sollte allen noch Zweifelnden den Weg zum richtigen Abstimmungsverhalten weisen: Wir, die Crème des privaten Fernsehens, sind bei euch dank Berlusconi; also sorgt dafür, daß das so bleibt!

Quotenstars als

moderne Helden

Eine nach den Referenden veröffentlichte Umfrage über die populärsten Persönlichkeiten Italiens zeigt, daß der Einfluß der TV-Helden kaum überschätzt werden kann. Unter den zehn bekanntesten ItalienerInnen sind nur zwei Politiker: Silvio Berlusconi und Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro. Alle anderen sind SchauspielerInnen, Moderatoren oder Entertainer. Bei den zehn beliebtesten Personen ist das Bild noch eindeutiger: Neun sind "Unterhaltungskünstler", nur einer, der zurückgetretene Mailänder Staatsanwalt in Korruptionsverfahren Antonio Di Pietro, könnte im weiteren Sinne als Politiker bezeichnet werden. Offensichtlich suchen auch viele WählerInnen der Linken ihre Identifikationsfiguren außerhalb der Politik. Einen Angriff auf die TV-Präsenz ihrer Lieblinge machen sie nicht mit. Was die mehrheitliche Zustimmung zu nahezu unbegrenzter Fernsehwerbung angeht, kann ich nur das Urteil einer mit den Feinheiten des

italienischen Fernsehprogramms vertrauten Expertin wiedergeben: Viele Sendungen seien so schlecht, daß mensch die nächste Werbesequenz geradezu herbeisehnt.

So wie die Werbeunterbrechung viele Fernseh-Süchtige aufatmen läßt, ist Berlusconis allzu häufiges Erscheinen eher Anlaß zum Um- oder Abschalten. taz-Korrespondent Werner Raith beruft sich zur Untermauerung dieser These auf die italienischen Wasserämter: "In der Zeit, in der Berlusconi voriges Jahr gleichmäßig auf allen landesweit ausstrahlenden Kanälen zu sehen war, erhöhte sich der Wasserbedarf (durch Klospülung, Duschen, Händewaschen) massiv." (taz, 13.6.1995)

So steht Berlusconi vor einem kaum zu lösenden Dilemma: Die Mehrheit der Menschen will sein Fernsehen, den Medienmogul als Regierungschef will sie nicht. Die Probleme für die Linken (im engeren Sinne) sind erheblich größer. Zwar dürfte es der Linken (im weiteren Sinne) - um den Preis eines rein defensiven Programms und der Einbeziehung der rechten Lega Nord - gelingen, bei den vermutlich im Herbst anstehenden Neuwahlen ein Comeback Berlusconis als Regierungschef zu verhindern. Die Schaffung einer linken Gegenkultur aber ist heute schwieriger als in den 45 Jahren unter christdemokratischer Hegemonie. Gegen die scheindemokratische Welt der bunten Bilder - das belegt der Ausgang der italienischen Referenden einmal mehr - ist nur schwer anzukommen. Die Sucht nach der scheinbar heilen Welt des Konsums steht in eklatantem Widerspruch zu allen Bestrebungen, den Kapitalismus zu überwinden. Daß der Eigentümer und Gestalter der Programme von der massenhaften Zustimmung zu seinen Produkten politisch nur eingeschränkt profitiert, ist ein Trost - mehr nicht.

Js.

Quellen: Corriere della sera, L'Espresso, Panorama, La Repubblica

19. Front National erobert Rathäuser

Autor: Christoph Schnell · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:22

Toulon, Margnane, Orange: In diesen drei Städten stellt die Front National (FN) nach den französischen Kommunalwahlen vom 11./18.6.1995 den Bürgermeister.

"Drei Flecken auf der Landkarte Frankreichs" titelt Libération in ihrer Ausgabe vom 19.6.1995, was einer groben Verharmlosung gleichkommt. Zunächst ein paar Zahlen: Die FN wird zukünftig in den Kommunalparlamenten von 22 der 34 größten Städte des Landes vertreten sein. (1) Herausragend sind ihre Ergebnisse in Toulon mit 37%, in Perpignan mit 36% und in Mulhouse mit 34,5%. In Marseille erreichte die Partei 19%, in Lyon 16%. Bei den Kommunalwahlen 1989 hatte die FN nur in einer Stadt mehr als 30% erzielt. 1995 gelang ihr dies in 16 Städten. Ihr Rekordergebnis lag 1989 bei 34% (Saint-Gilles), jetzt sind es 48% (Noyon). Die Zahl ihrer Gemeindevertreter wird sich von 489 auf 992 verdoppeln.

Toulon ist die dreizehntgrößte Stadt Frankreichs. Der zukünftige Bürgermeister, Le Chevalier, war bereits in den 70ern in rechtsextremen Organisationen aktiv und trat 1983 in die FN ein. Er wurde Mitglied des höchsten Gremiums der Partei und ist seit 1984 für sie im Europaparlament. Sein erster Kommentar nach seiner Wahl: "Es ist logisch, daß der größte Militärhafen Frankreichs von der Partei regiert wird, die das Vaterland am besten verteidigt." (2)

Eine weitere große Stadt, Nizza, bekommt mit Jacques Peyrat, der sich mit 42% der Stimmen gegen seinen Konkurrenten der gemäßigten Rechten durchsetzte, einen rechtsextremen Bürgermeister. Seit Anfang der 80er Jahre FN-Mitglied, war er für die Partei im Stadtparlament Nizzas und von 1986-88 Abgeordneter im Nationalparlament. Wegen der jetzigen Wahlen war er im August 1994 aus der FN ausgetreten: "Es gibt keine andere Lösung, als das Etikett FN in die Tasche zu stecken, um Bürgermeister zu werden." (3) Sein Wahlkampf war mit der Kampagne der FN deckungsgleich: Der "Niedergang Nizzas mit den zunehmend schmutzigen Straßen", "exzessiver Immigration" und "wachsender Unsicherheit" müsse aufgehalten werden. (4)

Diese Assoziationskette - Schmutz, Immigranten, Verbrechen - wird von der FN gebetsmühlenartig wiederholt. Der Kommentar des Chefs der FN, Le Pen, fiel dementsprechend versöhnlich aus: "Mit meinem alten Kameraden Peyrat bestehen lediglich Meinungsverschiedenheiten taktischer Art." (5)

Brennpunkte

nach dem ersten Wahlgang

Trotz der Erfolge war der Triumph der FN nicht vollkommen. Drei Mitglieder des obersten Gremiums der Partei, die nach dem ersten Wahlgang am 11.6.95 vornegelegen hatten, konnten sich im zweiten Durchgang am 18.6. nicht durchsetzen. (6) Kommentar Le Pen: "Die Strategie der Verbrecherbande des Establishments, eine große Sammlungsbewegung gegen die FN ins Leben zu rufen, ist mit Unterstützung der Beurs (Franzosen nordafrikanischer Herkunft; Anm. ak) aus den Vorstädten teilweise aufgegangen." (7)

In Dreux scheiterte Frau Stirbois (erster Wahlgang: 35%) im zweiten Wahlgang mit 39% der Stimmen an dem Kandidaten der gemäßigten Rechten RPR, nachdem sich zwei linke Listen zurückgezogen hatten, um eine FN-Bürgermeisterin zu verhindern. Der Rückzug der linken Liste verhinderte auch in Noyon sehr knapp die Wahl des FN-Kandidaten, der über 48% (erster Wahlgang: 44%) der Stimmen auf sich vereinigte.

Eine besondere Situation gab es in Vitrolles, einer Stadt in der Nähe von Marseille. Bruno Megret, die Nummer 2 der FN, scheiterte mit 43% in beiden Wahlgängen nur knapp an dem Kandidaten des PS. (8) Die Stadt wurde zwischen den beiden Wahlgängen zum Symbol der vergeblichen Bemühung, die FN aus den Rathäusern fernzuhalten: tägliche Demonstrationen, Flugblattverteiler überall in der Stadt, selbst die Handballer des örtlichen Klubs drohten an, im Falle des Sieges der FN nicht mehr für die Stadt spielen zu wollen. (9) PS und PCF (10) fanden seit 1977 zum ersten Mal zu einer gemeinsamen Kundgebung zusammen. Vor 5.000 Teilnehmern riefen die Präsidentschaftskandidaten beider Parteien dazu auf, die Front National zu stoppen. (11)

Die Strategie

der anderen Parteien

Auch in Nimes, Marseille und Le Havre fanden gemeinsame Kundgebungen von PCF und PS statt. Doch die Veranstaltungen wirkten eigenartig kraftlos. Außer dem Gegner FN fehlte es an Gemeinsamkeiten. Es entstand eher der Eindruck, die Gefahr FN sollte für eigene Zwecke - die Gewinnung von Wählerstimmen - instrumentalisiert werden.

Die gemäßigten rechten Parteien, RPR und UDF, waren bisher hin- und hergerissen zwischen dem Paktieren mit der FN auf lokaler Ebene und der radikalen Abgrenzung bei gleichzeitigem Aufgreifen ihrer Parolen. Insbesondere der zukünftige Bürgermeister von Marseille, Gaudin (RPR), hatte im Juli 1990 eine Übereinkunft mit der FN getroffen, um im Regionalparlament regieren zu können. (12) Doch die Parteistrategie der RPR sieht mittlerweile anders aus. Insgesamt 23 RPR-Mitglieder, die am 11.6. gemeinsame Listen mit der FN gebildet hatten, wurden unmittelbar danach aus der Partei ausgeschlossen. (13)

Gleichzeitig wird von Repräsentanten der Partei der rassistische Diskurs der FN aufgenommen. In Corbeil verkündete der Bürgermeisterkandidat der RPR, daß er "eine freiwerdende Sozialwohnung in keinem Fall an eine ausländische Familie vergeben werde." (14) Der ehemalige Staatspräsident Giscard d'Estaing befürwortet die Einführung des jus sanguinis; d.h. die Staatsbürgerschaft soll nicht mehr automatisch jedem in Frankreich Geborenen zufallen. (15)

Das Besondere

an diesen Wahlen

Aus den jetzigen Kommunalwahlen lassen sich folgende Schlüsse ziehen: Erstens ist es der FN gelungen, einen lokalen Unterbau zu schaffen, der auch den Abgang des großen Führers Le Pen überdauern wird.

Die Verankerung der FN auf lokaler Ebene war bisher gering. Zwischen dem Stimmenanteil bei nationalen bzw. lokalen Wahlen klaffte bisher eine große Lücke. Ein Beispiel sind die 14,4% bei den Präsidentenwahlen 1988 gegenüber 9,8% bei den Kommunalwahlen 1989. Bei der Kommunalwahl 1995 übertrafen die lokalen Listen der FN häufig die bereits hohen Ergebnisse Le Pens bei der Präsidentschaftswahl am 25.4.1995.

Zweitens: Vielleicht war die FN einmal die Partei der von den Politologen erfundenen "Protestwähler", die die Ideen der Partei nicht teilen und ihren Erfolg eigentlich nicht wünschen. Heute erfreut sich die Partei einer wachsenden Anhängerschaft, die das rechtsradikale Programm auf allen Ebenen durchgesetzt sehen will. 81% derjenigen, die im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen Le Pen gewählt hatten, haben auch bei den Kommunalwahlen FN gewählt. (16) Zwischen den beiden Wahlgängen der Kommunalwahl konnte die FN ihren Stimmenanteil weitgehend halten, vereinzelt sogar ausbauen.

Drittens: Die FN erzielt ihre größten Stimmenzuwächse in wohlhabenden Regionen ohne größere Immigration, wie dem Elsaß, wo sie teilweise über 30% der Stimmen erhält. Das auch in Frankreich oft vorgebrachte Argument, der Aufstieg der FN habe als realen Hintergrund hohe Arbeitslosen- bzw. Immigrationsquoten, dürfte damit endgültig widerlegt sein.

Schlußbemerkung

Sind faschistische Tendenzen in Frankreich stärker vorhanden als in anderen europäischen Ländern?

Die Gegenthese sei gewagt: Rechtsradikaler Populismus hat in Frankreich deshalb großen Zulauf, weil Rassismus und Diskriminierung dort weniger in Gesetzesform gegossen sind als beispielsweise in Deutschland. Insbesondere gibt es keine gesetzlich verfügte Bevorzugung der Franzosen auf dem Arbeitsmarkt wie nach §19 des deutschen Arbeitsförderungsgesetzes; und nach dem liberalen Staatsangehörigkeitsrecht ist jeder im Lande Geborene Franzose, auch wenn dieser Automatismus seit zwei Jahren durch Gesetzesänderungen aufgeweicht wurde.

Die nächste Zukunft wird zeigen, ob es gelingt, diese liberalen Positionen zu verteidigen, oder ob die rechte Parlamentsmehrheit in verstärktem Maße Programmpunkte der FN aufgreift, um so wie in Deutschland die radikalisierten Rechtswähler wieder an sich zu binden.

Christoph Schnell

Anmerkungen:

1) Das gesamte Zahlenmaterial findet sich in der Ausgabe der Le Monde vom 20.6.1995

2) zit. nach Le Monde 20.6.1995

3) ebd.

4) ebd.

5) Wahlsendung auf France 2 vom 18.6.1995

6) Das Wahlsystem sieht überall dort den 2. Wahlgang vor, wo im ersten Durchgang keine der kandidierenden Listen eine absolute Mehrheit erreicht. Im zweiten Wahlgang, in dem sich jede Liste zur Wahl stellen kann, die im ersten 10% erzielt hat, genügt dann die relative Mehrheit der Stimmen, um in der Gemeinde die Mehrheit der Vertreter zu stellen.

7) Le Monde, 20.6.1995

8) Sozialistische Partei

9) Le Monde, 16.6.1995

10) Kommunistische Partei Frankreichs

11) Le Monde, 16.6.1995

12) Le Monde, 17.6.1995

13) ebd.

14) Le Monde, 11./12.6.1995

15) Figaro Magazine, 21.9.1991

16) Le Monde, 17.6.1995

20. Ausländer sind Opfer von Mißhandlung und Folter. amnesty international berichtet über -polizeiliche Übergriffe in der BRD

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Ausländerpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:31

"Zwischen Januar 1992 und März 1995 hat amnesty international Berichte über mehr als 70 Vorfälle erhalten, bei denen deutsche Polizeibeamte in Ausübung ihres Dienstes gegen Menschen in unverhältnismäßiger oder ungerechtfertigter Weise Gewalt angewandt oder in ihrem Gewahrsam befindliche Personen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen haben sollen. Medizinische Gutachten belegen, daß den Opfern Zähne ausgeschlagen worden sind, daß sie Distorsionen (Stauchungen) und Prellungen oder sogar Knochenbrüche davongetragen haben. Die diagnostizierten Verletzungen stimmten mit den Angaben der Opfer überein, die der Polizei exzessive Gewaltanwendung oder vorsätzliche Mißhandlungen in Form von Fausthieben, Fußtritten oder Schlägen mit Knüppeln vorwarfen. In mindestens zwei Fällen waren die erlittenen Verletzungen so schwerwiegend und die Beweise dafür, daß sie bewußt, wiederholt oder mit der Absicht, schwere Schmerzen zuzufügen, herbeigeführt worden sind, derart erdrückend, daß nach Auffassung von amnesty international in diesen Fällen von Mißhandlung, die der Folter gleich kommt, gesprochen werden kann." Weiter heißt es im ai-Bericht: "In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle, auf die amnesty international aufmerksam gemacht wurde, handelte es sich bei den Opfern mutmaßlicher Mißhandlungen durch die Polizei um ausländische Staatsbürger, darunter Asylbewerber und Flüchtlinge, oder um Angehörige ethnischer Minderheiten. (Ende 1992 lebten 6,5 Millionen Ausländer in Deutschland. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 81 Millionen lag somit bei acht Prozent. In Berlin betrug ihr Anteil elf Prozent.) Viele der Opfer haben den Vorwurf erhoben, sie seien von den Beamten, die sie mißhandelt haben, in rassistischer Weise beschimpft worden. Dies führt amnesty international zu dem Schluß, daß zumindest in diesen Fällen die betreffenden Mißhandlungen rassistisch motiviert gewesen sein könnten. Die Tatsache, daß zu den Opfern von Mißhandlungen durch die Polizei in erster Linie Ausländer oder Mitglieder ethnischer Minderheiten zählen, ist besonders alarmierend, wenn man sie vor dem Hintergrund der ausländerfeindlichen Stimmung und der rassistisch motivierten Gewalttaten sieht, die seit der Vereinigung in Deutschland festzustellen sind. Aus offiziellen Statistiken geht hervor, daß es zwischen 1992 und 1994 zu mehr als 14.000 ‚fremdenfeindlich motivierten Gesetzesverletzungen` in Deutschland gekommen ist, darunter acht vollendeten und 44 versuchten Tötungsdelikten, mehr als 1.000 Brandanschlägen und fast 1.700 Fällen von Körperverletzung. In einer Zeit, in der Ausländer und Mitglieder ethnischer Minderheiten mehr als andere Teile der deutschen Bevölkerung das Gefühl gebraucht hätten, daß die Polizei da ist, um sie zu schützen, haben viele von ihnen statt dessen die Faust, den Stiefel oder den Knüppel eines Polizeibeamten zu spüren bekommen."

Über die von der Polizei geführten Statistiken weiß ai folgendes zu berichten: "Statistische Angaben über die Anzahl der in einem bestimmten Zeitraum gegen die Polizei unter dem Vorwurf der Mißhandlung erstatteten Anzeigen sind nicht ohne weiteres erhältlich. amnesty international ersuchte im Dezember 1994 den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz der Länder um entsprechende Daten, erhielt jedoch die Auskunft, daß "weder bei den Innenministerien der Länder noch beim Bundesministerium des Innern berufsständische Statistiken über Straf- und Ermittlungsverfahren geführt werden.

Die jährlichen polizeilichen Kriminalstatistiken, die von den Polizeibehörden der Länder zur Verfügung gestellt werden, enthalten zwar teilweise statistische Angaben über Ermittlungen wegen ‚Straftaten im Amt`; diese Informationen sind jedoch nur begrenzt brauchbar, weil - selbst wenn das Delikt der Körperverletzung im Amt (nach §340 des Strafgesetzbuches) getrennt von den übrigen Amtsdelikten aufgeführt wird - die Kategorie der ‚Straftaten im Amt` zu weit gefaßt ist. (Ein Polizeibeamter, der eine in seinem Gewahrsam befindliche Person angegriffen hat, kann ebenso nach §340 angeklagt werden wie ein Lehrer, der einem Schüler eine Ohrfeige versetzt hat.) (...)

amnesty international ist lediglich eine Zusammenstellung von offiziellen Zahlen für ganz Deutschland bekannt. Sie ist in der Antwort der deutschen Regierung auf den Bericht des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter nach dessen Deutschlandbesuch im Dezember 1991 enthalten.

In seinem Bericht, der zusammen mit der Antwort der deutschen Regierung im Juli 1993 veröffentlicht wurde, hat das Komitee die deutschen Behörden gebeten, Informationen über ‚die Zahl der Beschwerden über Mißhandlungen durch Polizeibeamte, die in Deutschland 1991 und 1992 erstattet worden sind und über die Anzahl der eingeleiteten disziplinarischen Verfahren und Strafverfahren` zur Verfügung zu stellen, ‚jeweils unter Angabe der verhängten Strafen`.

Die wichtigsten Informationen, die die deutsche Regierung in ihrer Antwort auf die Anfrage des Komitees zur Verfügung stellte, waren die folgenden:

- Sieben Bundesländer verzeichneten in den Jahren 1991 und 1992 keine Beschwerden über Mißhandlungen durch Polizeibeamte;

- ein Land berichtete, daß es in dem zweijährigen Zeitraum zu 10 Anklageerhebungen wegen Körperverletzungen im Amt gekommen sei;

- ein Land berichtete über ‚ein Strafverfahren gegen Polizeibeamte im Jahre 1992`;

- ein Land berichtete über ‚zwei förmliche Disziplinarverfahren nebst Strafverfahren, die mit einer Verurteilung endeten`;

- ein Land verzeichnete ‚sieben förmliche Disziplinarverfahren wegen Mißhandlung. In sämtlichen Fällen wurden auch strafrechtliche Ermittlungen durchgeführt`;

- ein Land berichtete über Ermittlungsverfahren gegen vier Beamte;

- ein Land gab an, daß 48 Strafverfahren wegen Körperverletzung im Amt durchgeführt wurden;

- ein Land berichtete über 28 eingeleitete Verfahren;

- ein Land teilte mit: ‚Auf 18 Beschwerden hin wurde in 16 Fällen ein Strafverfahren gegen die beschuldigten Polizeibeamten eingeleitet`;

- ein Land berichtete für 1991 und 1992 über insgesamt 1.173 Strafanzeigen gegen Polizeibeamte und Wachpolizisten wegen Körperverletzung im Amt (nach Paragraph 340 des deutschen Strafgesetzbuches).

Obwohl in dem Bericht keine Namen genannt werden, ist aus anderen Quellen ersichtlich, daß es sich bei dem letzten Land um Berlin handelt.

Die obigen Informationen sind sowohl unvollständig als auch zum Teil irreführend. Keines der Länder wird einzeln benannt. Die Zahlen für zwei Länder beziehen sich nicht auf die Anzahl der Anzeigen, sondern die Anzahl der Fälle, in denen in Reaktion auf Anzeigen förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet worden sind. Die Aussichten, daß Polizeibeamte aufgrund einer Beschwerde wegen Mißhandlung tatsächlich ein formales Disziplinarverfahren zu gewärtigen haben, sind jedoch sehr gering. Ein weiteres Land macht nur Angaben über die Anzahl der Beamten, die wegen Mißhandlung angeklagt worden sind. Hier wiederum ist anzumerken, daß nur ein Bruchteil der Anzeigen wegen Mißhandlung auch tatsächlich zur Anklageerhebung gegen die beschuldigten Beamten führt. Im Falle dieser drei Länder kaschieren die sehr niedrigen Zahlen möglicherweise das wahre Ausmaß des Problems. Ein solcher Verdacht wird durch Zahlen bestätigt, die einige Länderregierungen in schriftlichen Antworten auf Anfragen in den Länderparlamenten gegeben haben. Beispielsweise bestätigte der Hamburger Senat im Mai 1993, daß in Hamburg 1991 und 1992 insgesamt 328 Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung im Amt eingeleitet worden sind. Nach Angaben des hessischen Innenministeriums haben die zuständigen Behörden 1992 und 1993 insgesamt 364 Ermittlungsverfahren eröffnet."

Wir dokumentieren im folgenden einen Teil der von ai beschriebenen Fälle:

Berlin: Der Fall Habib J.

Am 24. Dezember 1992 gegen 15.45 Uhr traf der Bus der Linie 227 an seinem Fahrtziel in Berlin-Moabit ein. Es befand sich nur noch ein Fahrgast im Bus - der während der Fahrt eingenickte 32jährige iranische Student Habib J. Plötzlich wurde er vom Busfahrer durch Schläge ins Gesicht und auf den Körper aus dem Schlaf gerissen und mit den Worten beschimpft: "Scheiß-Polacke, ich bringe dich um. Warum bist du nicht

ausgestiegen?" Der Angreifer schlug immer weiter auf sein Opfer ein und nannte den Studenten einen "Saujuden". (...)

Nach Aussage von Habib J. wurde er nach seiner Ankunft auf der Wache des Polizeiabschnitts 33 in der Perleberger Straße in Berlin-Moabit von mehreren Beamten in rassistischer Weise beschimpft. Einer der Polizisten fragte ihn, warum er nicht nach Israel zurückkehre. Als Habib J. darauf hinwies, daß er kein Jude sei, sondern aus dem Iran stamme, reagierten die Beamten mit "Allah"-Rufen und machten sich über den Islam lustig. Der Iraner erklärte, wegen des Vorfalls Anzeige erstatten zu wollen, woraufhin man ihm nichts weiter als ein numeriertes Formblatt in die Hand drückte, dessen Bedeutung er nicht verstand. In der Annahme, seine Beschwerde sei nicht registriert worden, weigerte sich Habib J., die Polizeiwache zu verlassen, woraufhin er von einem Beamten zweimal ins Gesicht geschlagen und anschließend gewaltsam auf die Straße gesetzt wurde. Medizinische Untersuchungen, durchgeführt am 24. und 25. Dezember 1992, ergaben, daß Habib J. an Sehstörungen litt und eine Gesichtsprellung davongetragen hatte.

Habib J., der seit 1988 als Asylberechtigter in der Bundesrepublik Deutschland lebt, erhob gegen den Busfahrer Strafanzeige wegen Körperverletzung und gegen die Polizei Anzeige wegen Mißhandlung. Die Polizei ihrerseits stellte gegen den Iraner Strafantrag wegen "Widerstands gegen die Staatsgewalt".

Im Januar 1994 wurde gegen vier Polizeibeamte wegen der Mißhandlung von Habib J. Anklage erhoben. Zwei von ihnen warf die Staatsanwaltschaft zusätzlich vor, den iranischen Studenten beleidigt zu haben. Im März wurde das Verfahren gegen Habib J. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt im Einklang mit Paragraph 153 der Strafprozeßordnung (Absehen von Verfolgung wegen Geringfügigkeit) eingestellt.

Sechs Monate später befand ein Gericht drei der Beamten der Körperverletzung im Amt für schuldig und verurteilte sie zu Geldstrafen zwischen 10.500 und 12.600 DM. Einer der drei Polizisten wurde darüber hinaus der Beleidigung von Habib J. schuldig gesprochen. (Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.) Dies ist einer von relativ wenigen amnesty international bekannten Fällen, in denen Polizeibeamte wegen der Mißhandlung eines in ihrem Gewahrsam befindlichen Häftlings vor Gericht gestellt und verurteilt wurden.

Köln, Nordrhein-Westfalen:

Der Fall Muhammed A.

Am 31. Oktober 1994 wurde Muhammed A., ein 20jähriger Roma aus der Provinz Kosovo in der Bundesrepublik Jugoslawien, der seit 1988 in Deutschland lebt, kurz vor Mitternacht in Köln von einem Polizisten angehalten, als er seinen Hund ausführte. Der Beamte forderte ihn auf, sich auszuweisen. Weil Muhammed A. keinen Ausweis bei sich hatte - er war nur kurz in Hausschuhen auf die Straße gegangen -, bot er an, seine Papiere aus der nahegelegenen Wohnung seiner Freundin zu holen. Nach Angaben von Muhammed A. ignorierte der Polizeibeamte seinen Vorschlag und rief Verstärkung herbei, woraufhin zwei weitere Polizeifahrzeuge eintrafen. Muhammed A. wurde mit Handschellen gefesselt. Als er sich beschwerte, daß die Handschellen zu eng angelegt seien, soll ein Polizist ihn an den Haaren gepackt und seinen Kopf mit aller Kraft gegen ein Polizeifahrzeug gestoßen haben, wodurch dem 20jährigen ein Vorderzahn ausgeschlagen wurde. Im Polizeiwagen auf dem Weg zur Polizeiwache von Köln-Weiden fragte Muhammed A., warum er verhaftet würde. Ein Beamter soll geantwortet haben, er werde ihm ins Gesicht schlagen, wenn er nicht den Mund halte.

Die Freundin von Muhammed A. hatte seine Mißhandlung auf der Straße beobachtet und versuchte einzuschreiten. Polizeibeamte hatten sie jedoch zur Seite gestoßen und ihr befohlen zu verschwinden. Sie rief daraufhin Martin R., einen Theologiestudenten und Mitarbeiter der Kirchengemeinde, an, der sich um Muhammed A. und seine Familie, allesamt Asylbewerber, kümmert. Beide fuhren anschließend zusammen zur Polizeiwache von Köln-Weiden. Während Martin R. hineinging, wartete sie draußen im Wagen. (...)

Muhammed A. und Martin R. erheben den Vorwurf, daß ihnen, als sie auf dem Weg zum Parkplatz waren, wo Muhammeds Freundin wartete, plötzlich mehrere Beamte nachgerannt seien und gerufen hätten: "Jetzt reicht es uns aber". Martin R. legte seinen Arm um Muhammeds Schulter, wurde aber von zwei Polizeibeamten von hinten gepackt, hochgehoben und auf den Boden geschleudert. Nach Angaben von Martin R. kniete ein Beamter auf ihm, während er auf dem Rücken lag, und schlug ihm die Brille herunter. Der Beamte schrie, er

würde ihm "in die Fresse schlagen". Als Muhammed A. den Polizisten bat, seinen Freund gehen zu lassen, wurde er mit Gewalt gegen den Kofferraum eines Polizeiautos gestoßen.

Muhammed A. wurde anschließend zur Polizeiwache zurückgebracht. Dort sollen ihn zwei Beamte in eine Zelle geworfen haben, wobei sie ihn mit dem Kopf, den Schultern und der Brust gegen Metalltüren stießen. Als er verlangte, freigelassen zu werden, versetzte ihm ein Polizeibeamter einen Schlag gegen das Kinn.

Martin R., den man ebenfalls auf die Wache zurückgebracht hatte, konnte die lauten Rufe der Beamten und das Zuschlagen der Zellentür vernehmen. Außerdem hörte er, wie Muhammed A. vor Schmerzen schrie. Martin R. wies die Polizisten darauf hin, daß er eine solche Behandlung nicht hinnehmen werde und daß ein vor dem Gebäude anwesender Busfahrer den Vorfall beobachtet haben dürfte. Die Polizisten gingen hinaus, um dies zu überprüfen, und erklärten sodann, der Fahrer habe nicht beobachtet, daß "Muhammed A. gegen ein Auto getreten habe". (...)

Muhammed A. wurde noch am selben Tag von einem Arzt untersucht. Medizinische Gutachten bestätigen, daß ihm ein Zahn ausgeschlagen worden war, daß er ein Kiefergelenkstrauma und eine Prellung und Distorsion der Halswirbelsäule sowie eine Schnittwunde an der rechten Hand erlitten hatte. Die Staatsanwaltschaft Köln ordnete eine sofortige Untersuchung der Vorwürfe über Mißhandlungen durch die Polizei an. Die Polizisten, die die Vorwürfe bestreiten, erstatteten Strafanzeige gegen Muhammed A. und Martin R. wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Im Februar 1995 teilten die Kölner Strafverfolgungsbehörden Muhammed A. mit, die Ermittlungen zur Aufklärung der Behauptung der Polizei, er habe gegen seine Verhaftung Widerstand geleistet, seien nach Paragraph 153 der Strafprozeßordnung (Absehen von Verfolgung wegen Geringfügigkeit) eingestellt worden. Nach Angaben der Kölner Staatsanwaltschaft hatte die Auswertung der Beweislage ergeben, daß Muhammed A. Widerstand gegen die Polizei geleistet habe. Wegen der "groben Behandlung" von seiten der Polizeibeamten, der er ausgesetzt gewesen war, sah die Anklagebehörde jedoch von einer Verfolgung der Straftat ab. Die Ermittlungen gegen Martin R. wegen "versuchter Gefangenenbefreiung" wurden aus denselben Gründen eingestellt. Im März 1995 dauerte die Untersuchung der von Muhammed A. und Martin R. erhobenen Mißhandlungsvorwürfe noch an.

Berlin: Der Fall Bora A.

Am frühen Nachmittag des 28. März 1993 unterhielt sich Bora A., ein mit einer Deutschen verheirateter Türke, außerhalb eines Cafés im Berliner Bezirk Wedding mit Freunden, als ein Polizeiwagen vorfuhr, aus dem zwei Beamte ausstiegen. Sie gingen auf Bora A. zu und fragten ihn nach seinem Ausweis, seinem Führerschein und den Autopapieren. Bora A. wollte wissen, warum er sich ausweisen müsse, und ging anschließend zu seinem Auto, um die Papiere zu holen. Ein Freund, mit dem er sich vorher unterhalten hatte, fragte die Beamten, was Bora A. getan habe, woraufhin einer der Beamten zum Polizeifahrzeug lief und Verstärkung herbeirief. Innerhalb weniger Minuten erschienen vier oder fünf andere Polizeiwagen.

Nach Angaben von Bora A. kam einer der neu eingetroffenen Beamten auf ihn zu und drehte ihm, ohne ein Wort zu sagen, den linken Arm auf den Rücken. Als Bora A. seinen Kopf nach vorne neigte, um den Schmerz im Arm abzumildern, stieß man ihn mehrere Male mit dem Knie in den Magen und versetzte ihm Karateschläge gegen den Nacken. Anschließend legte man Bora A. Handschellen an, stieß ihn in ein Polizeifahrzeug und brachte ihn in ein Haftgebäude, das zur Polizeiwache 16 gehört. Dort wurde er in eine Zelle gesperrt.

Bora A. erklärte, in der Haft starke Schmerzen verspürt und unter beginnender Atemnot gelitten zu haben. Als er nach einem Arzt fragte, kamen nach zehn Minuten zwei Beamte in seine Zelle und lachten ihn aus. Einer der Polizisten soll gegenüber Bora A. geäußert haben, er könne von einem Arzt untersucht werden, wenn er dafür 3.000 DM zahle. Der Häftling wurde anschließend in ein Büro gebracht, wo man die Handschellen von den sichtbar geschwollenen Gelenken entfernte. Man durchsuchte Bora A., nahm von ihm Fingerabdrücke und fotografierte ihn.

Bora A. erhob weiter den Vorwurf, daß man ihn in der Haft in rassistischer Weise beschimpft und ihm nicht erlaubt habe, mit seiner Frau zu telefonieren. Er erklärte, die Beamten hätten, nachdem festgestellt worden sei, daß er in keiner Weise vorbestraft war, untereinander diskutiert, was sie auf dem Anzeigenformular eintragen sollten. Später wurde gegen Bora A. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und tätlichen Angriffs gegen Beamte Strafanzeige erstattet.

Nachdem er sich geweigert hatte, ein ihm vorgelegtes Schriftstück zu unterzeichnen, ließ Bora A. die Beamten wissen, daß er Beschwerde einlegen werde. Nach seinen Angaben antwortete daraufhin einer der Polizisten: "Mach doch. Wir sind hier alle Kollegen." Anschließend durfte Bora A. das Haftgebäude verlassen. Vor dem Gebäude stellte er fest, daß man ihm nicht alle seine persönlichen Gegenstände zurückgegeben hatte. Er ging daraufhin zum Haupteingang der Polizeiwache, um sich zu beschweren, wurde aber nicht eingelassen.

Nach Hause zurückgekehrt, suchte Bora A. zusammen mit seiner Frau ein Krankenhaus auf, wo er untersucht und geröntgt wurde. Später ging er zur örtlichen Polizeiwache und erhob Anzeige. In einem am darauffolgenden Tag ausgestellten ärztlichen Attest ist festgehalten, daß Bora A. mehrfache Prellungen erlitten hatte. Infolge der Nackenverletzungen mußte er fünf Tage lang eine Halskrause tragen.

Im September 1993 stellten die Staatsanwaltschaft Berlin ihre Ermittlungen im Zusammenhang mit den von Bora A. erhobenen Mißhandlungsvorwürfen ein. Sie war zu dem Schluß gelangt, daß die Beamten zwar Gewalt gegen Bora A. angewandt hätten, daß dies aber aus Notwehr geschehen sei, nachdem der Beschwerdeführer die Polizisten angegriffen habe, als sie einen seiner Freunde verhafteten. Die Staatsanwaltschaft stützte ihren Beschluß im wesentlichen auf die Aussage von fünf Polizeibeamten, deren Zeugnis sie als "nicht zu widerlegen" bezeichnete. Das Verfahren gegen Bora A. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurde eingestellt.

Magdeburg, Sachsen-Anhalt:

Der Fall Yusef Barzan

Yusef Barzan, ein Kurde, flüchtete Ende 1992 aus seiner Heimat Irak. Er hatte im August 1991 Finger an beiden Händen verloren, als eine Bombe, die er zu entschärfen versuchte, explodierte. Zuvor hatte er zehn Monate in einem irakischen Gefängnis zugebracht, wo er schwer gefoltert worden war. Yusef Barzan hat in Deutschland einen Asylantrag gestellt und ist im Berliner Zentrum für Folteropfer behandelt worden.

Am 12. Mai 1994 wurde Yusef Barzan im Stadtzentrum von Magdeburg von einer Gruppe Baseballschläger schwingender Jugendlicher angegriffen. Sie jagten ihn durch die Straßen und sangen "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus". Yusef Barzan berichtete weiter: "Plötzlich sah ich zwei Polizeiautos ankommen, und drei Beamte stiegen aus. Ich dachte, Gott sei dank, ich bin jetzt in Sicherheit." Er irrte sich. Statt ihm zu Hilfe zu kommen, warf einer der Polizisten ihn zu Boden, traf ihn mit seinem Schlagstock an der Schulter und versetzte ihm einen Tritt in die Hoden. Als er protestierte, sagte man zu ihm: "Halt die Klappe, Hund". Yusef Barzan gab weiter an, man habe ihn in ein Polizeifahrzeug geworfen und dort erneut geschlagen. Nachdem die Polizisten ihn auf eine nahegelegene Wache gebracht hatten, mußte sich der Festgenommene nackt ausziehen, ohne daß man ihm sagte, warum. Außerdem wurde er nach eigenen Angaben zu keinem Zeitpunkt über den Grund für seine Festnahme oder Verhaftung unterrichtet. Nach einigen Stunden wurde er zu einer anderen Wache gebracht, wo er sich mit schätzungsweise 15 weiteren Ausländern eine Zelle teilen mußte. Berichten zufolge soll es in der Zelle keine Betten gegeben haben. Bevor man ihm am Morgen des folgenden Tages um 5.00 Uhr gestattete, die Wache zu verlassen, mußte er ein Schriftstück unterschreiben, dessen Inhalt er nicht verstand, weil er nicht gut genug Deutsch kann. Als er fragte, wofür das Schriftstück sei, sagte man zu ihm: "Für Euer Problem".

Yusef Barzan erklärte, er habe unmittelbar nach seiner Freilassung keinen Arzt aufgesucht, weil er ja "nur" Prellungen davongetragen habe. Er hat wegen der Mißhandlungen und seiner Festnahme auch keine Strafanzeige erstattet, weil er fürchtete, die Anwaltsgebühren nicht zahlen zu können. Nachdem ein Nachrichtenmagazin über sein Schicksal berichtet hatte, wurde der Iraker Ende Mai 1994 auch von der Polizei über die mutmaßlichen Mißhandlungen befragt. Im September 1994 wurde ein Polizeibeamter wegen Körperverletzung an Yusef Barzan unter Anklage gestellt. Bis Mitte März war noch kein Datum für den Prozeß gegen den Beamten festgelegt worden. (...)

Bremen: Der Fall Mehmet S.

Am 1. März 1992 wurde der aus der Türkei stammende Kurde Mehmet S. in Bremen von Polizeibeamten angehalten, die ihn des Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz verdächtigten. Als er zu fliehen versuchte, setzten die Beamten ihm nach und warfen ihn grob zu Boden. Der 14jährige gab an, sein Arm sei

ihm auf den Rücken gebogen worden, so daß er vor Schmerz laut aufgeschrien habe. Später hatte er sich wegen einer Fraktur des Arms einer Operation unterziehen müssen.

Im September 1993 stellte die Bremer Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen ein, weil sie zu dem Schluß gekommen war, daß man nicht mit Sicherheit habe feststellen können, welcher der Beamten für die Verletzung am Arm von Mehmet S. verantwortlich gewesen war beziehungsweise auf welche Weise genau er sich diese Verletzung zugezogen hatte. Bei ihren Ermittlungen hatte die Staatsanwaltschaft allerdings weder die behandelnden Ärzte des 14jährigen Kurden über die Art der Verletzung befragt noch überhaupt von unabhängiger Seite ein medizinisches Gutachten darüber eingeholt, wie es zu der Verletzung gekommen war. Der Rechtsanwalt von Mehmet S. nahm dieses Versäumnis zum Anlaß, gegen die Klageabweisung der Staatsanwaltschaft Widerspruch einzulegen. Im November 1993 ordnete der Bremer Generalstaatsanwalt weitere Ermittlungen an, um die Ursache für die Verletzung des jungen Kurden zu klären.

Berlin: Der Fall Bülent Demir

Am 4. April 1994 gegen 2.00 Uhr morgens war Bülent Demir gerade dabei, in der Nähe der Wohnung seiner Eltern in Berlin eine Wand mit Farbe zu besprühen, als sich ihm ein junger Mann näherte. In seiner später erstatteten Anzeige führte der 17jährige Deutsche türkischer Herkunft aus, der Mann habe wissen wollen, was er dort tue. Dann habe er sein Haar gepackt, seinen Kopf nach unten gedrückt und versucht, die Maske, die Bülent Demir trug, herunterzuziehen. Der 17jährige konnte sich aus dem Griff befreien und wollte davonlaufen, als er den Mann rufen hörte: "Stehenbleiben, ich bin Polizist!" Bülent Demir konnte das zunächst nicht glauben, da er davon ausging, Polizisten seien nachts nie allein im Dienst. Als der Mann jedoch drohte, er werde auf ihn schießen, falls er nicht stehenbleibe, und zur gleichen Zeit ein weiterer Mann hinter einem Busch hervortrat, wurde Bülent Demir klar, daß es sich tatsächlich um einen Polizisten handeln mußte. Er hielt im Laufen inne, legte sich auf den Boden und rief, er wolle sich ergeben. Daraufhin drückte einer der Beamten seinen Arm nach oben, wobei er das linke Handgelenk und den kleinen Finger des 17jährigen packte. Anschließend fesselte er Bülent Demir mit Handschellen und begann, den noch immer am Boden liegenden Mann tätlich anzugreifen, indem er ihm Fausthiebe in die Nierengegend und Schläge ins Gesicht versetzte. Der andere Beamte gab ihm noch zwei Fußtritte gegen den Kopf, einen ans linke Ohr und den anderen gegen den Hinterkopf. Dabei schlug Bülent Demirs Gesicht mit solcher Gewalt gegen den Asphalt, daß zwei seiner Vorderzähne abbrachen. Während des Vorfalls, so der 17jährige, hätten die Beamten ihn überdies lautstark beleidigt. Als Bülent Demir sich beklagte, seine Zähne seien ausgeschlagen, habe einer der Beamten ihm erneut Fausthiebe in den Rücken versetzt.

Als drei weitere Polizisten am Ort des Geschehens eintrafen, wurde Bülent Demir auf die Füße gezogen und zur Hauptstraße gebracht, wo die Beamten ihn trotz seiner Verletzung im Gesicht und der Tatsache, daß er mit Handschellen gefesselt war, zwangen, sich auf der Fahrradspur hinzulegen. Einer der Beamten holte die Briefbörse des jungen Mannes aus dessen Hosentasche, um seine Personalien aufzunehmen. Nachdem er einem Mitgliedsausweis entnommen hatte, daß Bülent Demir einem Sportzentrum und Bodybuilding-Club angehört, habe er, so der Festgenommene, wissen wollen, warum er ihm "keinen Fight geboten" habe.

Nach Feststellung der Personalien erklärten die Beamten Bülent Demir, er könne jetzt nach Hause gehen, händigten ihm aber zuvor ein Formular über Sachbeschädigung aus und teilten ihm mit, er müsse mit einer Anzeige wegen Widerstandes gegen die Polizei rechnen. Bevor er ging, bat Bülent Demir die Beamten um ihre Namen und Dienstnummern, erhielt jedoch lediglich die Nummer der Polizeiwache, von der sie kamen.

Nachdem er gegen 2.30 Uhr morgens nach Hause gekommen war, ging Bülent Demir zusammen mit seinem Vater zu einer Polizeiwache, um Anzeige wegen der erlittenen Mißhandlungen zu erstatten. Dort beschied man ihn, er benötige zunächst ein medizinisches Gutachten. Bülent Demir suchte also umgehend ein Krankenhaus auf, wo eine Röntgenaufnahme eine komplizierte Fraktur an einem seiner Finger zeigte. Anschließend kehrte der 17jährige auf die Polizeiwache zurück und erstattete Anzeige. Bei dieser Gelegenheit erklärten die Beamten ihm gegenüber, er brauche den Vorfall erst gar nicht zur Anzeige zu bringen, denn die Polizei werde ohnehin eine andere Darstellung des Tathergangs liefern.

In dem medizinischen Attest des Krankenhauses wurde bestätigt, daß Bülent Demir außer der Fraktur an seinem Finger Prellungen, Hautabschürfungen und zwei Zahnlücken aufwies. Zu einem späteren Zeitpunkt mußte er sich wegen des gebrochenen Fingers einer Operation unterziehen, die eine mehrtägige stationäre

Behandlung erforderlich machte. In einem weiteren medizinischen Gutachten vom 14. April stellte die Hausärztin des Opfers überdies fest, daß der 17jährige seit dem Vorfall an Ohrensausen, Hörverlust und Nasenbluten litt.

Im Juli 1994 wurde Bülent Demir der Sachbeschädigung und des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte angeklagt. Ende März 1995 waren die wegen seiner Mißhandlungsvorwürfe eingeleiteten Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.

Frankfurt am Main, Hessen:

Der Fall Mimoun T.

Am 7. Oktober 1992 gegen 18.30 Uhr wurden Mimoun T. und ein Freund unweit des Frankfurter Hauptbahnhofs von mehreren uniformierten Polizeibeamten angehalten. Der Aussage des Marokkaners Mimoun T. zufolge forderte einer der Beamten ihn auf, sich mit erhobenen Armen gegen eine Wand zu stellen. Mimoun T. fragte die Polizisten, ob sie seine Ausweispapiere sehen wollten, doch noch bevor er die Papiere vorzeigen konnte, erhielt er von einem der Beamten einen Fußtritt, während ein anderer ihm mit einem Polizeiknüppel einen Schlag auf den Hinterkopf versetzte. Mimoun T. fiel zu Boden und wurde dort mit Handschellen gefesselt. Anschließend versetzten die Beamten ihm weitere Fußtritte und schlugen ihn mit dem Kopf gegen den Boden. Sein Freund wurde Augenzeuge dieser Mißhandlungen. Schließlich stießen die Ordnungshüter Mimoun T. in einen Polizeitransporter, wo einer der Polizisten ihn nach Aussage des Marokkaners beleidigte ("Guck' mich nicht so an, glotz' aus dem Fenster, Du Scheißausländer."), ihm in die Hoden trat und ins Gesicht schlug.

Auf der Polizeiwache fragten die Beamten Mimoun T. nach seinen Asylunterlagen. Der Marokkaner erwiderte, er sei kein Asylsuchender, sondern habe eine rechtmäßige Aufenthaltserlaubnis für Deutschland. Als die Polizisten hörten, daß Mimoun T. auf einem Postamt arbeitete, soll einer der Beamten seinen Kollegen angeschaut und gesagt haben: "Ihr werdet Schwierigkeiten bekommen", woraufhin der Angesprochene erwiderte: "Er hat Widerstand geleistet."

In diesem Augenblick erlitt Mimoun T. einen Schwindelanfall und brach zusammen. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo die Ärzte folgende Verletzungen feststellten: multiple Prellmarken im Gesicht und an beiden unteren Extremitäten, zwei längs verlaufende Striemen am Rücken sowie Verdacht auf Gehirnerschütterung. Die Angabe der beiden Polizisten, die das Opfer ins Krankenhaus gebracht und behauptet hatten, er habe eine Art von epileptischem Anfall erlitten, wurde vom behandelnden Arzt als "fraglich" zurückgewiesen. Mimoun T. mußte sich wegen der erlittenen Verletzungen mehrere Tage stationär behandeln lassen.

Die Polizei nahm in Presseverlautbarungen zu dem Fall Stellung und erklärte, Mimoun T. und sein Freund seien unter dem Verdacht des Drogenhandels angehalten worden. Mimoun T. habe sich geweigert, den Beamten auf Anfrage seinen Ausweis auszuhändigen, und "um sich getreten". Daher habe er "mit zwei Schlägen mit dem Schlagstock ruhiggestellt werden müssen". Die Ehefrau des Marokkaners und sein Rechtsanwalt erstatteten bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft Anzeige wegen der Mißhandlungen durch die Polizei, die ihrerseits Mimoun T. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt anzeigte. Im Februar 1993 wurde der Rechtsanwalt des Marokkaners informiert, die Ermittlungen zur Aufklärung der von seinem Mandanten gegen die Polizei erhobenen Mißhandlungsvorwürfe würden solange ruhen, bis die Ermittlungen hinsichtlich der von der Polizei erstatteten Anzeige wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte abgeschlossen seien. Im August stellte die Staatsanwaltschaft unter Berufung auf Paragraph 153 der Strafprozeßordnung (Absehen von Verfolgung wegen Geringfügigkeit) das Verfahren gegen Mimoun T. ein. Anfang März 1995, also fast zweieinhalb Jahre nach dem Vorfall, waren die Ermittlungen zur Aufklärung der gegen die Polizisten erhobenen Mißhandlungsvorwürfe noch immer nicht abgeschlossen.

Erfurt, Thüringen:

Der Fall Nasreddine Belhadefs

Am Nachmittag des 29. September 1993 befand sich Nasreddine Belhadefs in der ostdeutschen Stadt Erfurt auf dem Heimweg, als ihm - so der algerische Asylbewerber - plötzlich drei Männer in Zivilkleidung nachsetzten, ihn zu Boden rissen und mit Schlägen und Fußtritten traktierten, während er auf dem Bauch lag.

Als sie ihm den Arm auf den Rücken drehten, kniete einer der Männer auf seiner Schulter. Nasreddine Belhadefs' Nase blutete, und er schrie laut um Hilfe, doch die Männer schlugen weiter auf ihn ein und sagten ihm, er solle still sein. Passanten eilten dem Algerier zu Hilfe und fragten die Männer, warum sie auf den Mann einprügelten. Nasreddine Belhadefs erklärte, erst als die Männer antworteten, sie seien Polizeibeamte, habe er realisiert, um wen es sich bei seinen Angreifern handelte.

Die Beamten legten dem Algerier Handschellen an und brachten ihn zur Polizeiwache Andreasstraße. Dort wurde er in einen Raum gebracht, in dem sich bereits mehrere Ausländer befanden, und angewiesen, sich nackt auszuziehen. Nach der Durchsuchung seiner Kleidungsstücke zog er sich wieder an. Die Beamten fesselten ihn mit Handschellen an einen Heizkörper und ließen ihn etwa eine Stunde lang mit den anderen Häftlingen allein. Anschließend wurden seine Fingerabdrücke genommen und Fotos von ihm gemacht. Als er sich bei einem Polizisten wegen der erlittenen Mißhandlungen beklagte, erhielt er die Antwort, dies sei eine ganz normale Festnahme gewesen.

Erst während seiner Vernehmung durch einen Polizeibeamten in Zivil fand Nasreddine Belhadefs heraus, daß alle Ausländer unter dem Verdacht festgenommen worden waren, Drogen verkauft zu haben. Der Beamte äußerte allerdings nicht, daß auch der algerische Asylbewerber im Verdacht des Drogenhandels stand. Wenig später sagte man ihm, er könne die Polizeistation verlassen, doch wollte er nicht gehen, bevor nicht ein Arzt seine Schulter, die ihm große Schmerzen bereitete, untersucht hatte. Die Polizisten riefen einen Krankenwagen, der ihn ins Erfurter Krankenhaus brachte, wo die Ärzte eine Fraktur am rechten Schultergelenk feststellten. Am 6. Oktober 1993 mußte sich Nasreddine Belhadefs einer Operation an seiner Schulter unterziehen.

Am 5. Oktober 1993 erstattete Nasreddine Belhadefs bei der Staatsanwaltschaft Erfurt Anzeige wegen der erlittenen Mißhandlungen. In seiner Aussage bekräftigte er noch einmal seine Schilderung vom Tathergang, daß die Beamten vor dem tätlichen Angriff auf der Straße weder mit ihm gesprochen noch ihm befohlen hatten stehenzubleiben.

Erst neun Tage später erstattete die Polizei eine Gegenanzeige, in der sie geltend machte, Nasreddine Belhadefs sei zunächst festgehalten worden und habe dann versucht, sich aus dem Griff der Beamten zu befreien. Ferner gaben die Polizisten an, sie hätten mehrmals "Stehenbleiben, Polizei" gerufen, doch sei der Algerier der Aufforderung nicht nachgekommen. Einer von ihnen habe Nasreddine Belhadefs überdies seine Polizeimarke gezeigt.

Am 18. Januar 1995 wurde die Anzeige gegen Nasreddine Belhadefs unter Berufung auf Paragraph 153 der Strafprozeßordnung (Absehen von Verfolgung wegen Geringfügigkeit) fallengelassen. Zwei Tage darauf stellte die Staatsanwaltschaft Erfurt auch die Ermittlungen zur Aufklärung der Mißhandlungsvorwürfe gegen die Polizei ein und begründete ihre Entscheidung damit, daß, obwohl die Beamten bei der Festnahme von Nasreddine Belhadefs unverhältnismäßige Gewalt angewendet hätten, ihnen ein schuldhafter Vorsatz nicht nachgewiesen werden könne. Die Frage, ob die betreffenden Beamten schuldhaft fahrlässig gehandelt haben, wurde offengelassen, weil - so die Staatsanwaltschaft Erfurt - es selbst dann, wenn dies bejaht werden könnte, immer noch nicht möglich wäre festzustellen, welcher der drei Beamten für die Fraktur an Nasreddine Belhadefs' Schulter verantwortlich ist. In ihrer siebenseitigen Begründung für die Entscheidung, das Verfahren gegen die Polizisten einzustellen, ging die Staatsanwaltschaft an keiner Stelle auf die Vorwürfe des Klägers ein, daß die betroffenen Beamten ihn geschlagen hätten und Berichten zufolge Passanten Augenzeuge der Übergriffe waren.

Die Fallbeispiele sind dem ai-Bericht vom Mai 1995 entnommen

21. "Wir wollen etwas ändern." Greenpeace, Shell und die Presse

Autor: ga. · Rubrik: Umweltpolitik; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/shell.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:shell

Um den eigenen Werbeslogan zu erfüllen, brauchte der Shell-Multi schon deutliche Unterstützung von UmweltschützerInnen. Mit einer groß angelegten Aktion, begleitet von einer breiten Öffentlichkeitskampagne, kämpfte Greenpeace gegen die Versenkung der Ölplattform "Brent Spar" im Meer und zwang den Multi dazu, die Plattform an Land - zumindest etwas umweltverträglicher als durch das Versenken im Meer - zu entsorgen.

Was anfing wie eine der üblichen Umweltaktionen von Greenpeace, führte nicht nur in der Linken zu den absonderlichsten aber auch interessanten Diskussionen. "Der Sieg über Shell war der größte Erfolg einer deutschen Boykottbewegung, seit SA-Männer im April 1933 sich vor jüdischen Geschäften und Warenhäuser postiert hatten", schreibt etwa Jürgen Elsässer in der jungen Welt vom 22.6. und behauptet:"Die 30 Prozent Kunden, die Shell verloren hat, wurden erst pampig, nachdem Kohl und Waigel Ende letzter Woche das Kommando gegeben hatten." LeserInnen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zerbrachen sich den Kopf, ob ein solcher Boykottaufruf überhaupt rechtlich zulässig sei. Micha Brumlik schreibt seinen Kommentar in der taz vom 21.6. unter der Überschrift: "Ein Volk, ein Meer, ein Bohrturm." Ganz Schlaue argumentierten gegen diese Boykottaktion, indem sie seitenlang Umweltverbrechen auflisteten, die von allen Bewegungen, zumindest aber dem Bürger oder der Bürgerin ignoriert wurden.

Sicherlich stimmt von allem etwas. Wie immer greift sich eben jede Person nur das aus der gesamten Sache heraus, was gerade zur eigenen Argumentation paßt. Aber leider ist die Welt nicht so einfach, wie sie in manchen Kommentaren erscheint. Die SchülerInnen, die mit Fischglas und Öldose vor den Tankstellen standen, um die Autofahrer zu fragen, ob sie das Öl zum Fisch ins Glas gießen würden und damit zum Boykott aufriefen, lassen sich wohl kaum mit den SA-Männer vor den jüdischen Geschäften vergleichen.

Den Shell-KundInnen einfach nur Gehorsam gegenüber Kohl und Waigel zu unterstellen, ist schon von der zeitlichen Abfolge ein Fehler. Bei den AutofahrerInnen nun völkisches Denken zu unterstellen, weil sie den englischen Ölmulti Shell boykottieren, überspannt den Bogen der Kritik doch entschieden. Wie wäre es, einfach mal anzunehmen, daß die AutofahrerInnen sich sehr bequem und ohne Verzicht auf ihr Auto als ökologisch bewußt denkende und handelnde Menschen fühlen konnten - zumindest für die Zeit des Boykotts.

Daß sich UmweltschützerInnen und Linke plötzlich durch Boykottaufrufe auch aus den Reihen der CSU unterstützt sahen, kann nicht ernsthaft ersteren angelastet werden. Es wird absurd, wollte mensch sich für richtige Dinge nicht mehr einsetzen, weil "die falschen Personen" diese Forderung unterstützen. So "links" können Forderungen gegen Umweltverschmutzung nur in den seltensten Fällen formuliert werden, daß allein die Parole schon die Spreu vom Weizen trennt. Es war nun mal kein deutscher Konzern, dessen Ölplattform durch das Meer schipperte, und genau das machte es PolitikerInnen jeder Couleur auch so einfach, den stark ökologisch Engagierten zu spielen.

Daß die Ölplattform nicht einfach im Meer gesprengt und dort versenkt werden durfte, war sicherlich ein Erfolg. Wie ernst es die Politiker, die zum Shellboykott aufgerufen haben, mit der Ökologie nun wirklich meinen, können sie gleich unter Beweis stellen, indem sie sich ein wirksames Mittel einfallen lassen, um Frankreichs Atomversuche zu verhindern.

ga.

22. Das Hauptziel ist einschüchtern. Prozeß gegen Nürnberger Antifaschistin

Autor: St., Nürnberg · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:14

Gegen Julia B., eine junge Antifaschistin, fand am 7. Juni ein Strafprozeß vor dem Nürnberger Amtsgericht statt. Der Vorwurf: Widerstand gegen die Staatsgewalt, versuchte Gefangenenbefreiung und Körperverletzung im Vorfeld einer Wahlkampfkundgebung der rechtsextremen Partei "Die Republikaner" am 30.4.1994 vor der Lorenzkirche, ein zentraler Platz in der Nürnberger Innenstadt (siehe dazu ak 366, S. 3). Nach etwa dreistündiger Verhandlung wurde der Prozeß ausgesetzt.

Die Vorgeschichte

Am 30. April vergangenen Jahres führte die rechtsextreme Partei "Die Republikaner" vor der Nürnberger Lorenzkirche eine Kundgebung durch. Über 2.000 Nürnbergerinnen und Nürnberger drückten dagegen ihren Protest aus und machten deutlich, daß diese Stadt ihnen und nicht den Faschisten gehört. Antifaschistische Parolen und ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert sorgten dafür, daß die Rechtsextremen nicht mehr zu verstehen waren. Schon im Vorfeld der Gegenkundgebung wurden ca. 90 DemonstrantInnen festgenommen. Ein Ziel dieser Festnahmen war offensichtlich die polizeiliche Erfassung junger AntifaschistInnen, die in den Computern der Polizei noch nicht gespeichert waren. Daneben sollten die zum Großteil jungen DemonstrantInnen durch das Verhalten der Polizei von weiteren politischen Aktivitäten abgeschreckt werden. Die Art und Weise dieser willkürlichen Festnahmen war nicht nur äußerst brutal (DemonstrantInnen wurden mit Knüppeln verletzt, Schleudertrauma, Fingerbruch, Prellungen...), sondern für Frauen bedeutete sie zusätzlich eine Konfrontation mit Männergewalt. So mußte sich z. B. eine Frau mit kurzem Rock auf der Wache sexistische Sprüche anhören und als "Schlampe" bezeichnen lassen. Eine andere Frau wurde zwangsweise vaginal untersucht. Nach Berichten von Betroffenen kam es zu weiteren Übergriffen: Keine/r der Festgenommenen durfte trotz nachdrücklicher Bitten einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin anrufen. Eine Gruppe der Festgenommenen wurde - bei sommerlichen Außentemperaturen - im vollbesetzten Polizeibus bei laufender Standheizung ca. eine Stunde festgehalten. Die Luft in dem Polizeibus war so heiß und stickig, daß die Fenster beschlugen. Ein anderer Teil der Festgenommenen wurde für ca. 1 1/2 Stunden in einer halb geöffneten Polizeigarage festgehalten. Einigen wurde für mehrere Stunden das Aufsuchen der Toilette sowie Getränke verweigert. Andere mußten sich bei der Durchsuchung nackt ausziehen. Gegen einzelne werden nun Prozesse geführt. Besondere Bedeutung kommt dabei der Anklage gegen Frau Julia B. zu.

Zur Anklage

Die größte lokale Zeitung, die Nürnberger Nachrichten (NN), die ausführlich über die Vorkommnisse vom 30.4. vergangenen Jahres berichtete, dokumentierte die Festnahme der Angeklagten am 2.5.94 mit einem Foto und folgendem Untertitel: "Wenig zimperlich gehen zwei Polizisten am Rande des Kessels in der Königstraße bei der Festnahme einer jungen Demonstrantin vor". In der gleichen Ausgabe steht u. a. zu dem Vorfall: "Ein vielleicht 15 Jahre altes Mädchen liegt mit dem Bauch auf dem Boden, drei Polizisten halten es fest, einer preßt sein Knie auf ihren Rücken und biegt ihre Arme zum Anlegen von Handschellen nach hinten." Genau dieser Demonstrantin wird jetzt vorgeworfen, einen Polizisten von hinten mit dem linken Fuß in dessen linke Kniekehle getreten zu haben. Aufgrund des angeblichen Fußtrittes soll der Polizist in der Folgezeit operiert worden sein, wobei ihm 2/3 des Innenmeniskus entfernt worden seien. Frau B. bestreitet mit Nachdruck, den Polizisten getreten oder geschlagen zu haben.

Entscheidend bei dem Prozeß ist, daß dieser Polizist gegenüber Frau Julia B. Schmerzensgeld in Höhe von 6000,- sowie Schadenersatz in unbezifferter Höhe geltend gemacht hat. Als weitere Kosten würden auf die Frau Verdienstausfallforderungen von Seiten des bayerischen Staates in beträchtlicher Höhe zukommen. Die auf sie zukommenden Gesamtkosten können bei einer Verurteilung immens hoch sein. Daß solche Kosten auf potentielle DemonstrantInnen abschreckend wirken und damit das Demonstrationsrecht entscheidend einschränken, bedarf keines weiteren Kommentars.

Dieser Beamte hat aber nicht nur Forderungen gegen Frau B. erhoben, sondern auch gegen eine weitere Demonstrantin, welche ihm bei der gleichen Gelegenheit einen Faustschlag ins Gesicht versetzt haben soll. "Auffällig ist", so die Anwältin in einer Sendung des Lokalsenders "Radio Z" vom 5.6.95, "daß ein Beamter zwei Frauen ganz konkret belastet und beide Frauen diese Belastungen aber bestreiten".

Zum Prozeßverlauf

Aufgrund der vorangegangenen Mobilisierung kamen am 7. Juni zum Prozeß ca. 70 BesucherInnen aus verschiedensten Zusammenhängen: Frauengruppen, Autonome, Menschenrechts-, "Dritte Welt"- und Friedensinitiativen. Ca. 20 paßten nicht mehr in den zu kleinen Verhandlungssaal. Den Antrag der Verteidigung, in einen größeren Saal umzuziehen, der nach Wissen der Anwältin frei sei, lehnte Richter Ackermann ab. Ein Teil der Öffentlichkeit war somit von vornherein vom Prozeß ausgeschlossen.

Die Verteidigerin von Frau B. stellte zu Beginn des Prozesses fest, daß sich ein Polizist im Raum befindet, den sie erwägt als Zeugen zu laden. Dieser Polizist nahm ihrer Kenntnis nach zu diesem Zeitpunkt zusammen mit dem Polizisten, an dem Frau B. Körperverletzung begangen haben soll, eine andere Frau fest, die Frau B. angeblich zu befreien versucht haben soll. D. h. er war unmittelbar am Geschehen beteiligt. Mögliche Zeugen dürfen jedoch nicht an der Hauptverhandlung teilnehmen. Dem Richter war seiner Aussage nach der Sachverhalt der direkten Anwesenheit des Zeugen bei den Vorkommnissen nicht bekannt. Er war nicht bereit, den anwesenden Polizisten als möglichen Zeugen aus der Verhandlung auszuschließen. Damit waren die Verteidigungsmöglichkeiten der Angeklagten so erheblich eingeschränkt, daß sie und ihre Anwältin davon ausgingen, daß Richter Ackermann in der Sache befangen sei und der Prozeß mit einem unbefangenen Richter fortgesetzt werden solle. Sie stellten einen Befangenheitsantrag, der von der zuständigen Richterin jedoch abgelehnt wurde.

Die Verteidigungsmöglichkeiten wurden auch in weiteren Punkten eingeschränkt. So wird der Rechtsanwältin die Einsicht in das gesamte bei den Vorfällen angefertigte Fotomaterial sowie mit Ausnahme von einen Film in das Videomaterial verweigert. Renate Schmidt, Gerda-Maria Haas und weitere bayerische Landtagsabgeordnete der SPD schreiben dazu in einer Erklärung vom 31.5.1995: "Die mindeste Forderung dabei ist, daß der Beklagten Frau B. bzw. ihrer Rechtsanwältin die gleiche Akteneinsicht bzw. gleiche Kenntnis aller filmischen und fotografischen Dokumente wie dem Prozeßgegner gewährt werden." Die Abgeordneten fahren fort: "Diese Fairneß ist um so bedeutender, als sonst zu befürchten ist, daß junge Menschen zukünftig nicht mehr bereit sein werden, für den demokratischen Rechtsstaat öffentlich einzustehen, was auf Dauer die Demokratie in Deutschland gefährdet."

Nach der Aufnahme der Personalien und der Verlesung der Anklageschrift wäre es eigentlich zur Stellungnahme der Angeklagten zu den Vorwürfen gekommen. Richter Ackermann räumte Frau B. jedoch nicht die Möglichkeit ein, ihre zweiseitige Stellungnahme zu den Tatvorwürfen zu verlesen. Vielmehr unterbrach er sie nach jedem Satz und warf ihr vor, dies gehöre nicht zur Verhandlung: "Mitte April wurde bekannt, daß die ‚Republikaner` eine Wahlkampfkundgebung vor der Lorenzkirche planen. Die Republikaner sind eine rechtsradikale Partei. Sie fördern nationalistisches Denken und sind offen antisemitisch. Ihr langjähriger Vorsitzender Franz Schönhuber..." Weiter kam sie nicht. Da der Richter nicht zuließ, daß sie ihre kurze Stellungnahme zu den Tatvorwürfen (ohne Unterbrechungen) darlegen konnte und sie somit erneut in der Möglichkeit ihrer Verteidigung beschnitt, erklärte die Verteidigerin, bei ihr häufe sich angesichts seines Handelns der Verdacht, daß er befangen sei. Daraufhin setzte Richter Ackermann die Verhandlung aus. Zu hoffen ist, daß bis zum nächsten Prozeßtag noch eine breitere Öffentlichkeit hergestellt werden kann, um den sich anbahnenden Justizskandal abzuwenden.

Die örtliche Berichterstattung

Neben einer ausführlichen Berichterstattung in dem Lokalsender "Radio Z" und einem mit kleineren Fehlern belasteten Artikel in der Nürnberger Zeitung vom 8.7.95 über den Prozeß erschien in der größten regionalen Tageszeitung, den Nürnberger Nachrichten, ebenfalls am 8. Juni ein Artikel von Sandra Novak, der eher einem voreingenommenen Kommentar glich, anstatt über den Verlauf des Prozesses zu berichten.
"Vorurteilsbeladen und von einem hohen Grad an Unkenntnis durchzogen, klingt es, als hätte die Autorin sich vorher mit dem Richter abgesprochen", beginnt ein Kommentar am 9.6.95 in "Radio Z" über den Zeitungsartikel. Für die Autorin der NN gehören anscheinend alle BesucherInnen zu autonomen Szene, die

"Nichts als höhnisches Gelächter" - so die reißerische Überschrift des Artikels - übrig hätten. Weiter geht es in ihrem Artikel fast zynisch: "Warum mit Feindbildern geizen, mögen sich die jungen Leute und Verteidigerin Ute Stöcklein gedacht haben. Nachdem gleich zu Prozeßbeginn ein Polizist, der unter den Zuhörern saß, die Ressentiments der Autonomen zu spüren bekommen hatte, sahen sich anschließend Amtsrichter Ackermann und der Protokollführer weiteren Anfeindungen ausgesetzt." "Feindbilder unterstellt sie also lediglich den jungen Leuten und der Verteidigung", resümiert die Kommentatorin von ‚Radio Z`". Über die Feindbilder der Polizei, die DemonstrantInnen oft unisono als Chaoten und gewalttätig sieht, verliere sie kein Wort. Daß der Polizeieinsatz vom 30. April letzten Jahres auch in der Öffentlichkeit als unverhältnismäßig hart kritisiert worden sei, falle, so bemängelt der Beitrag in dem Lokalradio, auch unter den Tisch. Zu dem Antrag der Verteidigung, den anwesenden Polizeibeamten als möglichen Zeugen auszuschließen schreibt sie nach dessen Ablehnung durch den Richter: "Dem Richter schwante aber schon, daß dies nicht das Ende der Angelegenheit war. ‚Ich bin 25 Jahre im Geschäft, ich weiß, was jetzt kommt`, sagte er und nahm damit quasi den Befangenheitsantrag der Verteidigerin gegen ihn vorweg". In der Sendung von "Radio Z" wird dazu festgestellt: "Der Autorin scheint nicht bekannt, daß es sich hierbei jedoch um ein völlig verfassungsgemäß legitimes Vorgehen von Seiten der Verteidigung handelt." Des weiteren wird in dem NN Artikel behauptet, die Angeklagte habe bei ihrer Stellungnahme aus dem Parteiprogramm der Republikaner zitiert. Mit einer solchen Berichterstattung wird eine Vorverurteilung der Angeklagten gefördert, die jeglichen rechtsstaatlichen Prozeß schon im Ansatz zunichte zu machen droht.

St., Nürnberg

Nächster Prozeßtermin: Montag, 7. August 1995, 13.00 Uhr, Amtsgericht Nürnberg, Fürther Str. 110, Zimmer 33

23. ak-Serie: Kapitulation und Befreiung, Teil 7

Autor: Editorial · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:41

Helmut Kohl ist mit den europäischen Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Kriegsendes "hochzufrieden". Die Kriegsgegner von einst hätten den "Beitrag des demokratischen Deutschlands zum Frieden in Europa" gewürdigt, während die Bundesregierung ihr Gedenkprogramm planmäßig absolvieren konnte. Ihre Kampagne enthielt - nach den Worten von Regierungssprecher Hausmann - drei Elemente: "der Opfer gedenken", "eine Bilanz von 50 Jahren deutscher Nachkriegsgeschichte ziehen", "den Blick in die Zukunft richten". In manchen Erklärungen und Ansprachen ging es im Eiltempo durch die Geschichte. Von den Verbrechen "im deutschen Namen" (Kohl) bis zur "besonderen deutschen Verantwortung" für den Weltfrieden waren nur wenige Sätze zu formulieren. Das Ergebnis der 50-Jahre-Bilanz stand schon vorher fest: Deutschlands "Führungsrolle in Europa" (Kohl), von der beim "Blick in die Zukunft" als einer unbezweifelbaren Tatsache ausgegangen werden müsse.

Während die SPD es "instinktlos" fand, das offen auszusprechen, brachte eine sehr viel kleinere Oppositionspartei die Dinge auf den Punkt: "Die Lehren der Geschichte sind nicht ausreichend gezogen, wenn Deutschland nach einer größeren macht- und militärpolitischen Rolle in der Welt strebt, wenn seine Beteiligung an Kriegen an alten und neuen Schauplätzen vorbereitet wird, solange ein politischer und geistiger Nährboden für ausländerfeindliche und antisemitische Exzesse und Übergriffe vorhanden ist, solange Gruppen von NS-Opfern einschließlich Wehrmachtsdeserteuren nicht rehabilitiert sind und solange sich an Tötungstechnik und Rüstungsexporten gut verdienen läßt." Diese Erklärung von Gregor Gysi und Lothar Bisky für die PDS-Bundestagsgruppe gefiel auch der taz so sehr, daß sie sie abdruckte - als bezahlte Anzeige.

Lohnt es überhaupt, gegen die herrschende Geschichtsinterpretation und ihre Instrumentalisierung für deutsche Großmachtpolitik zu argumentieren? In Teilbereichen konnte das durch den Medienrummel geweckte Interesse der Öffentlichkeit für die Verbreitung der historischen Wahrheit und nicht staatskonformer Schlußfolgerungen genutzt werden. Das gilt insbesondere für die Debatte um die Verbrechen der deutschen Wehrmacht. Hier sind, vor allem durch das Hamburger Institut für Sozialforschung, Fakten geschaffen worden, auf denen auch die kaum begonnene Diskussion um Kontinuitäten der militärischen Eliten - von der Wehrmacht zur Bundeswehr - aufbauen kann. Mehr Resonanz als in den vergangenen Jahren erzeugten auch die Initiativen absichtsvoll "vergessener" Opfer des Nazi-Terrors (Deserteure, Zwangsarbeiter, Homosexuelle, Zwangssterilisierte), die in den feierlichen Reden der Politiker nicht vorkamen.

In dieser siebten und letzten Folge unserer Serie "Kapitulation und Befreiung" versuchen wir eine erste vorläufige Bilanz des Gedenk(halb)jahrs. Die von manchen Linken vertretene These, in diesem Jahr werde mit enormem Aufwand ein endgültiger "Schlußstrich" unter die Geschichte des Nationalsozialismus gezogen, hat sich bereits als falsch herausgestellt: Die im Bundestag vertretenen Parteien einigten sich darauf, den 27. Januar (den Tag der Befreiung von Auschwitz), zum nationalen Gedenktag zu machen.

Fortgesetzt wird die Berichterstattung über das "Internationale Hearing zum 50. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus" (Berlin, 4. und 5. Mai 1995): "Diese Verbrechen kennen keine Vergebung, sie sollen nie vergessen werden" - Erinnerungen von Überlebenden des Nazi-Terrors, von Widerstandskämpfern und Befreiern.

Die Arbeiten des Fotografen Erich Hartmann stellen einen ungewöhnlichen Versuch dar, die Greuel des Nationalsozialismus darzustellen. Wir dokumentieren einige seiner "Bilder, die so leise sind, daß sie einen anschreien".

24. Gedenkjahr 1995 - eine erste Bilanz

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:19

Montag, 8. Mai 1995: Auf der Titelseite der Frankfurter Rundschau sind auch weltpolitisch bedeutende aktuelle Ereignisse - die französische Präsidentenwahl, ein erneuter Giftgasanschlag in Tokio, die Gefahr einer kriegerischen Eskalation in Kroatien und Bosnien - an den Rand gedrängt. Aufmacher ist das "Gedenken im Zeichen der Aussöhnung", illustriert mit dem Bild zweier strahlender Freunde: Kohl und Major. Daneben ein Bericht über die auf andere Weise "geschichtsbewußte" Tat rechter Terroristen: "Wieder Anschlag auf die Lübecker Synagoge". Zitate aus Reden von Kinkel, Dregger, Bubis und Jerzy Kanal sowie eine Reportage über offizielle Gedenkfeiern und linke Gegendemonstrationen in Berlin runden das Schwerpunktthema ab. Der 8. Mai 1995 ist kein Tag wie jeder andere. Was hat er gebracht, was sind die Ergebnisse des Anfang Januar begonnenen "Gedenkmarathons"? Die in dem folgenden Artikel gegebenen Antworten sind zwangsläufig unvollständig und müssen als vorläufig gelten. Zu weiterführender Debatte wird ausdrücklich eingeladen.

Innerhalb von nur elf Monaten hat die deutsche Politik einen wichtigen Schritt vorwärts getan. Der Nachfolgestaat des Deutschen Reiches ist - im Bewußtsein der meisten BewohnerInnen Europas - ein vollständig gleichberechtigtes Mitglied der "westlichen Wertegemeinschaft" geworden. Einschränkungen seiner Souveränität - wegen deutscher Verbrechen bis 1945 - werden nur noch von einer Minderheit für richtig gehalten. Der Zustand der "Normalität" in den Beziehungen Deutschlands mit seinen Nachbarn und politischen Partnern ist nicht durch einzelne Reden oder symbolische Gesten hergestellt worden. Generationen bundesdeutscher Politiker haben daran gearbeitet und mit der Einverleibung der DDR den entscheidenden Triumph gefeiert. Aber noch vor einem Jahr stand das größte Land Europas nicht ganz auf einer Stufe mit den ehemaligen Kriegsgegnern und Siegerstaaten.

Sichtbar wurde das im Juni letzten Jahres anläßlich der Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie, bei der deutsche Repräsentanten fehlten. In ak 367 vom 8. Juni 1994 war unter der Überschrift "50 Jahre nach D-Day: Deutschland feiert nicht mit" über die mißliche Lage der deutschen Regierung u.a. zu lesen:

Daß die Feierlichkeiten zum Jahrestag der alliierten Landung - wie schon vor zehn Jahren - ohne den deutschen Regierungschef stattfinden würden, war seit Mitte März Gegenstand einer breit geführten Debatte. Wo die politischen Repräsentanten Frankreichs, der USA, Großbritanniens und Polens, die gekrönten Häupter des United Kingdom, der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs und Norwegens zusammen feierten, mußte doch auch für den Kanzler aller Deutschen noch Platz sein! Auch die Wahlkampfmanager der CDU fanden es vorteilhaft, wenn Helmut Kohl "im Gegensatz zu 1984 an den Feierlichkeiten der ehemaligen Alliierten teilnehmen" würde. Nachdem informelle Bemühungen um eine Einladung gescheitert waren, hielt Kohl es wie der Fuchs mit den Trauben. "Zu keinem Zeitpunkt" habe er an eine Teilnahme gedacht, sich auch nicht um eine Einladung bemüht. Um diesem nicht so ganz glaubwürdigen Dementi Nachdruck zu verleihen, untersagte er sogleich den Diplomaten der BRD, in ihren Gastländern an Gedenkfeiern zu "militärischen Ereignissen der letzten Kriegsmonate" teilzunehmen. Auch zu Feiern, die auf "Frieden und Versöhnung" ausgerichtet seien, dürften die Diplomaten nur nach Einzelerlaubnis der Bundesregierung gehen. Sie sind eben doch allgemeingültig und immer anwendbar, die Worte des großen, dicken Vorsitzenden, der 1984 sprach: "Es ist für den deutschen Bundeskanzler kein Grund zum Feiern, wenn andere ihren Sieg in einer Schlacht begehen, in der zehntausende Deutsche elend umgekommen sind."

Letzteres muß ein Jahr später revidiert werden. In seiner Erklärung zum 8. Mai 1995 "Frieden und Freiheit für morgen sichern!" hat Helmut Kohl seine Position den Erfordernissen der Zeit angepaßt. Der Sieg der anderen ist zwar kein Anlaß zum Jubeln, wohl aber zu "Selbstbesinnung" und Dankbarkeit: "Das Kriegsende bedeutete für uns Deutsche die Chance zum Neubeginn. (...) Wir erinnern uns dankbar daran, daß ehemalige Kriegsgegner uns die Hand zur Versöhnung gereicht haben." Deutschland - bzw. zunächst nur dessen "freier" Westteil - habe die Chance genutzt: "Wir haben heute gleichzeitig ausgezeichnete Beziehungen zu Washington, Paris, London und Moskau. Darauf können wir stolz sein." Angesichts dieser Erfolge und nach der "längsten Friedensperiode in der jüngeren deutschen Geschichte" ist auch die Erinnerung an die Vorgeschichte, "die nationalsozialistische Gewaltherrschaft", nicht mehr bedrohlich. Insbesondere dann nicht, wenn man bei jeder Gelegenheit und im selben Atemzug den Opfern des nationalsozialistischen

Vernichtungskrieges die Leiden des eigenen Volkes an die Seite stellt. So nennt Kohl zwar die "Millionen ermordeter Juden und der ermordeten Sinti und Roma" an erster Stelle, setzt seine Opferliste aber sogleich fort mit den "unschuldigen Männern, Frauen und Kindern aus anderen Völkern wie aus unserem eigenen Volk", den "Millionen Soldaten aus vielen Nationen", den Kriegsgefangenen und Versehrten, den Vertriebenen, den Witwen und Waisen. (1)

In einer neu konzipierten Erklärung (2), die nur in Teilen mit der oben zitierten identisch ist, formulierte Kohl den bemerkenswerten Satz: "Für all diese Erinnerungen und Gefühle gibt es keinen gemeinsamen Nenner." Kohl ist schließlich Kanzler der Deutschen, bei deren "älterer Generation" - so steht es im Satz davor - 50 Jahre nach Kriegsende "Wunden wieder zu schmerzen (beginnen), die schon ganz verheilt schienen." Mündlich fügte Kohl den vielzitierten Tagesbefehl zum 8. Mai hinzu: "Keiner hat das Recht festzulegen, was Menschen an diesem Tag in ihren Erinnerungen zu denken haben." Der 8. Mai biete "Raum für vielerlei Empfindungen"; er sei - so liest sich der selbe Gedanke in den Worten Schäubles - ein Datum, "das sich jeder eindeutigen und unanfechtbaren Bewertung entzieht".

Wer der eigenen Klientel ein so vielseitiges Angebot macht, braucht sich auf den unschönen Streit um "Befreiung oder Niederlage" nicht einzulassen. Fast alles ist erlaubt. Die geplante und auf Druck der CDU-Führung abgesagte Gegenveranstaltung der Initiative "8. Mai 1945 - Gegen das Vergessen" um die Herren Zitelmann und Dregger allerdings störte: Die Thematisierung des "Vertreibungsterrors" war in ihrer Einseitigkeit nicht opportun, insbesondere am Vorabend der staatsoffiziellen Gedenkfeier. Die Ideologen der neuen Rechten, die den "Meinungsterror der political correctness" beklagen, werden ihre Versuche zur Hegemoniegewinnung weniger spektakulär fortsetzen. Zugang zu den Medien haben sie ohnehin.

Bei den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten wurde - auch ohne daß Zitelmann persönlich Regie führte - ganz im Sinne der Neuen (und alten) Rechten verfahren: Die Serien zum Gedenkjahr zeigten die Deutschen des Jahres 1945 als bedauernswerte Opfer, die einer Übermacht von mehr oder weniger brutalisierten Feinden schutzlos ausgeliefert waren. Die via TV betriebene moralische Wiedergutmachung wird auch nach dem 8. Mai fortgesetzt, streng chronologisch. So war nun mal der Gang der Dinge: Auf die Kapitulation folgten Vertreibung und Wiederaufbau. Den "Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten", für die sich "Leiden und Ungerechtigkeit teilweise bis in die heutige Zeit" fortsetzten (Erklärung der SPD zum 8. Mai), stehen als positive HeldInnen die Trümmerfrauen und zupackende Macher wie Adenauer gegenüber. Der Sieg des freien Westens über die "zweite deutsche Diktatur" wird noch einmal von Anfang an nachgespielt. So wird die in vier Jahren anstehende Feier zum 50. Geburtstag der BRD schon jetzt vorbereitet.

Herzog redet für Deutschland

Für den neugewählten Bundespräsidenten Roman Herzog (CDU) war das Gedenkhalbjahr eine erste Bewährungsprobe. Würde er, wie versprochen, den als seriös und würdevoll geschätzten Stil seines Vorgängers Richard von Weizsäcker fortsetzen? Oder würde er doch eher dem Rechtspopulisten Steffen Heitmann nacheifern, für den er als Ersatzmann nominiert worden war? Was die offiziellen Auftritte angeht, so stand zunächst Schadensbegrenzung an erster Stelle. Vor den kritischen Augen des Auslands und der "jüdischen Mitbürger" mußten Skandale vermieden werden: Ein Tolpatsch wie Jenninger hatte in einer halben Stunde vieles von dem zunichte gemacht, was in Jahren an vertrauensbildenden Maßnahmen aufgebaut worden war.

Herzog und das Bundespräsidialamt haben es einerseits verstanden, Reizworte zu umgehen. So wurde Herzog im Interview mit dem Spiegel (51/1994) direkt aufgefordert, bei seiner Rede in Dresden die alliierten Bombenangriffe im Februar 1945 - um der "geschichtlichen Wahrheit" willen - als "Kriegsverbrechen" zu bezeichnen. Der gut präparierte Präsident vermied es dennoch, in die Falle zu gehen. Er habe "überhaupt nicht vor, in dieser Frage noch mal Öl ins Feuer zu gießen" - mit Rücksicht auf die in Dresden anwesenden "hochrangigen Repräsentanten der englischen Regierung". Seine Rede in Dresden ist, so gesehen, ein kleines Meisterwerk: Ein Zerwürfnis mit den britischen Freunden konnte vermieden werden, ohne daß in der Sache Zugeständnisse gemacht wurden. So erschien der - moralisch, politisch und militärisch nach wie vor umstrittene - Angriff von Verbänden der Anti-Hitler-Koalition auf das immer noch nicht kapitulationsbereite Deutschland, in dessen KZs täglich Tausende starben, in Herzogs Rede als Beleg für die "Sinnlosigkeit moderner Kriege". So rief er zur "Versöhnung" auf, während die noch lebenden deutschen Mörder weiterhin hartnäckig ihre Schuld leugnen. Schließlich vereinte er ausnahmslos alle Toten des Zweiten Weltkriegs als

gleichermaßen zu betrauernde Opfer. Ralph Giordano war einer der wenigen, der außerhalb auflagenschwacher linker Gazetten auf diese skandalösen Bestandteile der allgemein als "angemessen und ausgewogen" rezipierten Rede hinwies.

Nach ähnlichem Rezept wurde auch Herzogs Rede auf dem Berliner Festakt am 8. Mai zusammengemixt. Anders als Kohl, der die verschiedensten Opfergruppen hintereinander aufzählt, macht Herzog einen Unterschied: Er beginnt zwar mit der Beschreibung des "Trümmerfelds Europa" und mit den Millionen "aus allen europäischen Völkern, auch aus dem deutschen", die "tot", "gefallen", "verhungert" "zerfetzt" und "erfroren" waren. Im selben Satz aber hebt er die "anderen Millionen" hervor, die Opfer bewußt geplanter Ausrottung geworden waren: Sie - "vor allem Juden, Roma und Sinti, Polen und Russen, Tschechen und Slowaken -, waren den größten Vernichtungsaktionen zum Opfer gefallen, die menschliche Hirne je ersonnen hatten". Faktisch wird hiermit auch die aktive Rolle der deutschen Wehrmacht bei den Völkermorden anerkannt.

Es läßt sich mit Recht einwenden, diese Pflichtübung in Selbstkritik und Nachdenklichkeit bilde nur die Einleitung für Herzogs eigentliches Thema: Das dankbare, friedliche, demokratische wiedervereinigte Deutschland, das aus der Geschichte gelernt habe, niemandem Böses wolle und - ganz ohne Zwang - zunächst Europa nach seinen eigenen Vorstellungen forme. Die "Insel des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands" vergrößern - das ist Herzogs "Vision" deutscher Großmachtpolitik, die in der Praxis ohne feierlichen Glanz auskommen muß, vielmehr schmutzig und abstoßend wirken kann. Weshalb das deutsche Staatsoberhaupt eilends hinzufügt: "Von einer solchen Politik braucht sich auch niemand bedroht zu fühlen. Frieden, Freiheit und Wohlstand haben in der Geschichte der Menschheit noch keinen bedroht oder gar gefährdet."

Daß Herzog, der "Visionär" einer "internationalen Friedensordnung", dasselbe meint wie Wehrminister Rühe, der mit Blick auf Bosnien "sowohl politische als auch militärische Entschlossenheit" fordert, wird deutlich, wenn man die Berliner Rede mit seinem weniger feierlichen Vortrag zum 40jährigen Bestehen der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik vergleicht. In seiner ersten außenpolitischen Rede, gehalten im März dieses Jahres, plädierte Herzog ganz offen für eine "selbstbewußte" deutsche Außenpolitik "ohne Zähnefletschen und Tschingdarassabum, aber auch ohne Verkrampfungen". Eine "Globalisierung" der Außenpolitik sei "unvermeidlich": "Das Ende des Trittbrettfahrens ist erreicht." Das Modewort "Trittbrettfahren" umschreibt in diesem Zusammenhang, wir ahnen es, die feige Zurückhaltung der Deutschen, wenn es gilt, "militärische Macht einzusetzen". Das sei aber nun mal unumgänglich, "wenn alle anderen Mittel versagt haben" - nicht nur wegen der "ethnischen Säuberer" und "fundamentalistischen Prediger des Hasses", sondern auch wegen der "deutschen Interessen", die von Herzog präzise definiert werden: "Deutsche Interessen, das sind zunächst unsere unmittelbaren nationalen Interessen wie Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand. Ganz besonders verlangt es die Wahrhaftigkeit zuzugeben, daß wir auch deshalb für weltweite Freiheit des Handels eintreten, weil das in unserem Interesse liegt." Und zur Sicherung dieser Interessen soll gelten: "Vorbeugung ist (...) besser als Schadensbegrenzung", "risikoscheues Nichthandeln" dagegen auf Dauer "risikoreicher als risikobereites Handeln."

Freunde in aller Welt

Herzogs Aufruf zu einer "risikobereiten" Außenpolitik schließt erklärtermaßen die Beteiligung deutscher Soldaten an militärischen Abenteuern mit ein - "weil dafür das Scheckbuch nicht reicht, sondern möglicherweise auch einmal der Einsatz von Leib und Leben gefordert ist". Während solche Sätze in den USA, der westlichen Führungsmacht, zustimmend zur Kenntnis genommen werden, muß dieser letzte Schritt zur "Normalität" in Deutschlands Nachbarstaaten an die einschlägigen Erfahrungen mit der schon einmal entfesselten Großmacht erinnern. Dennoch sind es auch hier Minderheiten, die den Angriffskrieg der Wehrmacht und die Zeit der deutschen Besetzung als Argument gegen aktuelle Einsätze der Bundeswehr ins Feld führen.

Die Regierungen dieser Staaten machen entweder gute Miene zum bösen Spiel oder stellen die Erfordernisse der Realpolitik über die kontroverse Bewertung der Vergangenheit. Polen, eben noch durch Nichteinladung zu den offiziellen deutschen Feierlichkeiten am 8. Mai gedemütigt, schickte seinen Außenminister Bartoszewski zur weit weniger prestigeträchtigen Feierstunde des Bundestages. Der Gast aus Polen übertraf dort alle Erwartungen seiner Gastgeber. Er bedauerte die Zwangsvertreibung von Deutschen und überraschte mit der

Erkenntnis, daß "zu den Tätern auch Polen" gehörten. Im Gegenzug forderte er deutsche Unterstützung bei der Einbindung Polens in die westlichen "Sicherheitsstrukturen" und die EU. "Vorbild Bartoszewski", kommentierte das Hamburger Abendblatt (29./30.4.) dessen Auftritt und lobte, daß der polnische Außenminister es - im Unterschied zu anderen "Prominenten - verstanden habe, anläßlich des 8. Mai "über die Verpflichtungen für die Zukunft zu reden, die den Deutschen aus diesem Tag erwachsen sind".

Gegenüber den Niederlanden, wo die Menschen die deutschen Zustände traditionell besonders kritisch betrachten, leistete Kohl selbst einen "Beitrag zur Verbesserung des gegenseitigen Verhältnisses" (Ministerpräsident Wim Kok). Sein Besuch im Nachbarland brachte "Übereinstimmung in fast allen Punkten" der EU-Politik und persönliche Sympathiepunkte für den Kanzler: Dafür reichte es, daß Kohl die Bombardierung Rotterdams und die deutsche Besetzung für ebenso verbrecherisch erklärte wie den "gesamten von Hitler entfesselten Krieg".

Während die Vertreter der kleineren Nachbarstaaten das heutige Deutschland loben, ging der Repräsentant der "Grande Nation", Frankreichs inzwischen aus dem Amt geschiedener Staatspräsident François Mitterrand sogar so weit, den "Mut" der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs hervorzuheben. Daß auf "Schiß" vor dem mächtigen Deutschland zurückzuführen, wie Gremliza es tut (und kuk es zustimmend in ak 379 zitiert), geht an der Realität vorbei. Erstens spricht mittlerweile selbst Kohl von "verbrecherischem Krieg" und "barbarischer Besetzungspolitik"; zum anderen setzt Mitterrand nur die Tradition militaristischer Kumpanei fort, die seinen Vorgänger De Gaulle schon 1961 von der "Ehre der Kämpfenden" beider Völker schwärmen ließ.

Selbst in Israel provoziert der deutsche Regierungschef keine Proteste mehr. "Die einzigen, die 1995 gegen Kohl demonstrieren, sind zwei 23jährige Studentinnen der evangelischen Theologie", spottete Henryk M. Broder über Randerscheinungen von Kohls Israel-Besuch Anfang Juni. Ministerpräsident Rabin lobte, die sechstägige Reise bedeute einen "neuen Meilenstein" in der Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen.

Es bedurfte eines der sprichwörtlichen Fehltritte Kohls (die nicht auf Versagen zurückzuführen sein müssen, sondern auch wohlkalkuliert sein können), um im befreundeten Ausland Warnungen vor den häßlichen, machtgierigen und unsympathischen Deutschen laut werden zu lassen. Kohls stolzes Bekenntnis zur deutschen Führungsrolle in Europa - "Wir sind Nummer eins in Europa; die Führungsrolle ist da, nicht weil wir sie suchen - sie ist einfach da" - schockierte vor allem die Italiener, die schon vor einem Jahr wegen mangelnder Leistungsfähigkeit aus "Kerneuropa" ausgesondert werden sollten. Der konservative Corriere della sera, ansonsten keinesfalls "antideutsch" eingestellt, protestierte gegen die Anmaßung: "Bei der Rückkehr aus Moskau, nachdem er die ‚Befreiung` von 1945 gefeiert hat, bricht der Kanzler die alten Tabus und enthüllt das wahre politische Projekt: ‚Wir sind die Besten, wir führen Europa.`"

Die SPD, die gegen die "Instinktlosigkeit sondergleichen" (Karsten Voigt) lautstark protestierte, hat in ihrer Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes ihrerseits besonderes Gewicht auf die außenpolitischen Lehren der Geschichte gelegt. Sie will "im Bewußtsein unserer Geschichte den Blick in die Zukunft richten" (Überschrift). Dem "vereinigten und größer gewordenen Deutschland" erwachse "aus seiner besonderen Verantwortung für die verhängnisvolle Geschichte Europas" die Verpflichtung, sich beim "Aufbau des vereinigten Europas" (unter "Einbeziehung der Nachbarn im Osten") besonders hervorzutun. Aber auch global wollen die deutschen Sozialdemokraten mitmischen: "Europa darf sich nicht gegenüber Krisenregionen abschotten." Die Aufnahme von Flüchtlingen aus diesen "Krisenregionen" kann damit nicht gemeint sein; schließlich hat die SPD an der Zurückweisung von Flüchtlingen - auf nationaler wie auf europäischer Ebene - eifrig mitgewirkt. Worin also soll die Politik der Nicht-"Abschottung" bestehen: In Waffenexporten? Skrupellosen Machtpolitikern wie Schröder ist es zu verdanken, daß die BRD sich bei den Waffenexporten auf Platz zwei der Weltrangliste vorgearbeitet hat. Oder in "humanitären" Militärinterventionen im Dienste der "Menschenrechte"? Statt solche naheliegenden Interpretationen auszuschließen bzw. zu bestätigen, geben die Verfasser der Erklärung ein neues Rätsel auf: "Eine Außenpolitik, die sich aus ihrer geschichtlichen Verantwortung als Friedenspolitik versteht, darf nicht an Europas Grenzen halt machen." Woran ist hier gedacht? Im Sprachgebrauch der Militärs teilt sich "Friedenspolitik" in peace-keeping und peace-enforcing, "friedenserhaltende" und "friedenschaffende" Interventionen.

Daß globale Außenpolitik immer auch Militärpolitik ist, sprechen Sozialdemokraten ungern aus. Auf der zentralen Gedenkveranstaltung der SPD, die am 4. Mai im Kölner Opernhaus stattfand, bündelten sich die

Andeutungen in diese Richtung zu einem deutlich vernehmbaren Signal. "Fast alle Redner", namentlich Koschnick und Scharping, "gingen auf den Krieg auf dem Balkan und in Tschetschenien ein", berichtet die Frankfurter Rundschau (5.5.95). Während Koschnick "die an der Realität vorbeigehenden Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates" beklagte, übte Scharping Selbstkritik. Mehrfach sei die SPD in der Vergangenheit außenpolitisch "zu ängstlich" gewesen.

In Ex-Jugoslawien möchte die SPD nun beweisen, daß sie ihre "Ängstlichkeit" überwunden und "Lehren aus der Geschichte" gezogen hat. Die innerparteilich umstrittene Entscheidung des Parteivorstandes, der sich mehrheitlich gegen den Einsatz deutscher Tornados in Bosnien aussprach, hat nichts mit etwaigen pazifistischen Skrupeln zu tun. Sie dient vor allem dem Zweck, für das absehbare Scheitern der Intervention nicht verantwortlich gemacht zu werden und gegenüber der Bundesregierung Punkte sammeln zu können.

Ein Schlußstrich

unter die Vergangenheit?

Von radikalen Linken war in den vergangenen Monaten als ein wesentlicher Einwand gegen den staatsoffiziellen Gedenkmarathon die These vertreten worden, 1995 solle ein letztes Mal und mit großem Aufwand die Geschichte in den Mittelpunkt gerückt werden, um damit gleichzeitig einen Schlußstrich zu ziehen: Finales Erinnern zu dem Zweck, sich nach dem Ende der Veranstaltung ganz den deutschen Zukunftsaufgaben zuzuwenden.

Nun haben in seltener Einmütigkeit die im Bundestag vertretenen Parteien beschlossen, einen zusätzlichen Gedenktag einzuführen, für den derzeit mindestens zwei Arbeitstitel existieren: Gedenktag für die "Opfer der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten" (Bundestagspräsidentin Süssmuth, CDU) oder für die "Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft" (Bündnis90/Die Grünen). Keinen Streit gibt es um das Datum: Die Parteien verständigten sich auf den 27. Januar, den Tag der Befreiung von Auschwitz. Die historische Eindeutigkeit dieses Datums wird Aufrechnungs- und Relativierungsversuche nicht verhindern, aber doch erschweren. Es stellt sich die Frage: Sind die "Vergangenheitsbewältiger" auf den Regierungsbänken Opfer eines Betriebsunfalls geworden, einer sich "spontan" verbreitenden Idee, gegen die im nachhinein nur noch unter erheblichem Ansehensverlust Einwände zu erheben wären? Oder bestand von vornherein das "Kalkül", das Gedenken zu institutionalisieren?

Die positive Bilanz, die Kohl aus seinen eigenen und den Gedenkauftritten anderer deutscher Spitzenpolitiker gezogen hat, spricht dafür, daß man in Bonn mit dem neuen Gedenktag zumindest "leben" kann. Kohl habe "der Opfer gedenken, stehenbleiben, eine Bilanz von 50 Jahren deutscher Nachkriegsgeschichte ziehen und den Blick nach vorn richten wollen", faßte Regierungssprecher Hausmann zusammen. Mit dem Ergebnis sei "der Kanzler hochzufrieden". Die befreundeten Staats- und Regierungschefs hätten in ihren Reden gezeigt, daß "der Beitrag des demokratischen Deutschlands zum Frieden in Europa deutlich geworden" sei. Auch von den Bürgern sei der deutsche Regierungschef "überall freudig begrüßt" worden.

Außenpolitisch spricht also nichts dagegen, daß die Repräsentanten des deutschen Staates alljährlich im Januar ihre Stirn in nachdenkliche Falten legen und an die einzigartigen Verbrechen "im deutschen Namen" erinnern. In einem Vorbereitungspapier für einen Kongreß "Gegen den Schlußstrich in der Aufarbeitung des Nazi-Faschismus" fragt die Geschichtswerkstatt Marbach: "Dient die Erinnerung an Auschwitz vielleicht gar dazu, gegenwärtige Ausgrenzung und Aussonderung zu verharmlosen, weil vor Auschwitz jedes Verbrechen als harmlos erscheint?" Es wäre überzogen, diese Frage uneingeschränkt mit ja zu beantworten. Daß das staatsoffizielle Gedenken, auch das Eingeständnis vergangener deutscher Schuld, so wirken kann, steht außer Frage.

Js.

Anmerkungen:

1) "Frieden und Freiheit für morgen sichern!" in: Journal für Deutschland April/ Mai 1995, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

2) "Das Ende des Krieges brachte neue Hoffnung"; dokumentiert in Frankfurter Rundschau, 6.5.1995

25. "Diese Verbrechen kennen keine Vergebung ..." Internationales Hearing zum 50. Jahrestag der Befreiung - 2. Teil

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:09

Gena Turgel, geb. 1923, wurde als jüngste von neun Geschwistern in Krakau geboren. Nach der Vernichtung des Krakauer Ghettos 1942, deportierten sie die Nazis in das 10 km von Krakau entfernte Arbeitslager Plaszov. Im Dezember 1944 wurde das Lager geräumt, und in einem drei Wochen langen Fußmarsch unter SS-Bewachung kam sie mit ihrer Schwester Hela und ihrer Mutter nach Auschwitz. Auf einem Todesmarsch und teilweise mit dem Zug wurde sie über Buchenwald nach Bergen-Belsen deportiert. Dort traf sie ihren späteren Mann, Norman Turgel. Einige Monate nach der Befreiung heirateten sie in der Synagoge in Lübeck. [1]

[...] Das Leben im Ghetto ging weiter, die Arbeit und die Selektionen gingen weiter. Dann gab es Gerüchte, daß ein neues Konzentrationslager gebaut werden sollte - Plaszov. Dieses Konzentrationslager befand sich auf dem Gelände des jüdischen Friedhofs. Die Männer mußten auf diesem Friedhof die Grabsteine zerstören und Holz hacken, damit dort das Lager errichtet werden konnte. Es war so, daß morgens ungefähr 300 Männer zu diesem Arbeitseinsatz gegangen sind und jeweils nur 150 abends zurückgekommen sind, weil sie die harte Arbeit nicht gewohnt waren. Wenn sie nicht genügend gearbeitet haben, wurden sie so lange geschlagen bis sie tot waren. [...] Am 3. März 1941 war Plaszov fertiggestellt. Dort gab es riesige Baracken. Darin befanden sich winzige übereinandergestapelte Betten mit Strohmatratzen. In Plaszov wurden Frauen und Männer getrennt. Der Lageralltag sah so aus, daß jeden Morgen um 5 Uhr der Zählappell begann. Wir mußten uns dann auf dem Lagerplatz versammeln und dort so lange warten, bis Amon Goeth, der Lagerkommandant, erschien. Er nahm den Zählappell persönlich vor, durchsuchte und inspizierte uns. Oft mußten wir stundenlang stehen, denn manchmal kam Goeth um 7 Uhr morgens, manchmal auch erst um 9 Uhr oder um 10 Uhr. Es war egal, ob es Winter war und kalt, oder ob es Sommer war und glühend heiß. Goeth kam immer in der Begleitung von zwei Hunden. In der einen Hand hielt er einen Revolver, in der anderen eine Peitsche. Er ging wie ein Elefant. Goeth ging dann auf die Seite der Männer und hat sie einzeln inspiziert. Hat zu einzelnen der Männer gesagt: Du bist nicht rasiert, du siehst zu dumm aus, du siehst zu klug aus. Im Lauf eines solchen Morgens konnte Goeth zwischen 50 und 100 Männer erschießen. Alleine aus Gründen, die nie genannt wurden, allein weil ihm jemand nicht gefallen hat. Wir Frauen standen auf der anderen Seite und mußten das mit anschauen, haben gezittert, konnten nichts tun. Es gab keinen einzigen Grund für diese Strafen, für diese Greueltaten, aber - wir waren Juden. [...]

Norman Turgel, geb. 1919, trat mit 20 Jahren in die britische Armee ein. 1942 wurde er zur Offiziersausbildung vorgeschlagen. Nach der Landung der Alliierten 1944 in der Normandie war er zuerst in Frankreich eingesetzt, danach im 8. Corps der 53. Field Security Section des britischen Intelligent Corps, die mit der Aufklärung und Verfolgung von Naziverbrechen beauftragt war. Er nahm aktiv an der Befreiung von Eindhoven in den Niederlanden teil. Auf dem Vormarsch nach Deutschland gehörte er zu den britischen Einheiten, die am 15. April 1945 das Konzentrationslager Bergen-Belsen befreiten.

[...] Am 13. April 1945 näherte sich ein Wehrmachtsoffizier mit einer weißen Fahne unserer Infanteriestellung und sagte, daß ein Konzentrationslager hier in der Nähe sei. Er wollte, daß die britische Armee das Lager übernimmt, weil die Menschen dort an Typhus, Diphtherie und anderen schlimmen Krankheiten litten. Aber er war nicht um die Lagerinsassen besorgt. Er war besorgt darüber, was passieren würde, wenn Lagerinsassen flüchten könnten und diese Krankheiten in ganz Deutschland verbreiten würden. Ich nahm Kontakt mit dem Corpshauptquartier auf. Und sie entschieden, daß ich das Lager übernehmen sollte. Am 15. April um 15 Uhr, einem Sonntag, fuhr ich mit meinem Jeep in das Lager. Die Szenen, die ich sah, waren unglaublich. Der Lagerkommandant Josef Kramer kam auf mich zu, salutierte und wollte mir die Hand geben. Nachdem ich die abgemagerten und sterbenden Menschen gesehen hatte, weigerte ich mich. "Was haben Sie mit diesen Menschen getan? Sie haben sie getötet, sie umgebracht, sie verhungern lassen!" Er entgegnete, er hätte selbst nicht genug zu essen gehabt. Dabei war er ein großer, gut genährter Mann. Ich sagte, daß er wohl genug Essen für drei Menschen gehabt hätte. Er zuckte bloß mit der Schulter und antwortete nicht. Ich sagte

ihm, daß er gefangengenommen sei und befahl zwei Soldaten, ihn in einen Lebensmittelkühlraum zu sperren. Dann ging ich im Lager herum, um die Menschen zu befragen. Ich sah einige Leichen, die augenscheinlich erst vor kurzem gestorben waren. Körperteile fehlten, die Lungen, Herzen waren herausgeschnitten und von den Lagerinsassen gegessen worden, um am Leben zu bleiben. Ich konnte es nicht glauben. Am nächsten Tag, den 16. April, bekamen wir die Information, daß sich zwei SS-Offiziere in der Krankenbaracke des Lagers versteckt hielten. Mit Herry Bedford ging ich dort hin. Wir sahen eine junge dunkelhaarige Frau in einem weißen Kittel aus der Baracke heraustreten. Ich fragte sie, was Sie hier machen würde. "Sind Sie von der SS?" Sie bekam Angst und rannte in die Baracke zurück. Wir stutzten einen Moment, wußten nicht, was wir tun sollten. Aber bevor wir lange überlegen konnten, öffnete sich dieselbe Tür und heraus kam eine junge blonde Frau. Unmittelbar als ich sie sah - denn ich bin ein Fatalist -, wußte ich, daß wir uns wieder treffen und heiraten würden. Dies ist mein Teil der Geschichte.

Ilja Mashevitski wurde 1921 in Bialystock geboren. Anfang Juli 1941 arbeitete er zusammen mit Mitstudenten am Bau von Verteidigungs- und Befestigungsanlagen am Dnjepr, 60 km westlich von Wjasma. Anfang Dezember 1941 wurde er in die Rote Armee einberufen und begann einen Lehrgang auf einer Offiziersschule, nahm als Artillerieoffizier am Krieg teil und erlebte das Ende des Krieges in Waldenburg, Westschlesien, im Stab der 21. Armee der 1. Ukrainischen Front. Nach dem Krieg war er zunächst in Österreich und wurde dann zur Verfügung des dortigen Stabes der Sowjetischen Militäradministration nach Berlin versetzt.

Am 22. Juni 1941, als der Krieg begann, war ich in Moskau Student an einer Hochschule für Elektroingenieure. Schon am 1. Juli 1941 wurde ich zusammen mit Studenten des ersten und zweiten Semesters zum Bau von Befestigungsanlagen, Bunkern und Panzergräben ungefähr 300 km westlich von Moskau, nicht weit vom Dnjepr entfernt, einberufen. Wir wußten fast nichts, was an der Front passierte. Aber Anfang Oktober 1941 hatten wir das Gefühl, daß etwas geschah, daß sich die Lage zum Schlechteren veränderte. [...] Wir bekamen den Befehl, in kleinen Gruppen über Umwege und Waldpfade nach Wjasma zu gehen. Wjasma hat schon gebrannt und es gab Gerüchte, daß irgendwo deutsche Fallschirmspringer seien. Unsere Kommandeure sagten, daß wir zu einem wartenden Zug im Bahnhof gehen sollten. Wir saßen sehr lange in dem Zug und wußten gar nichts. Dabei bestand die Gefahr, in die Hände der Deutschen zu fallen. Es gelang mir, zwei Kameraden zu überzeugen, daß wir gemeinsam zu Fuß nach Osten gehen sollten. Wir gingen etwa 12 Kilometer an den Gleisen entlang, als uns ein Bahnarbeiter sagte, daß der Zug komme. Und wirklich kam da der Zug, aus welchem wir ausgestiegen waren. In diesem Zug sind wir dann - langsam, langsam - in vier Tagen nach Moskau gefahren. Viele meiner Kommilitonen sind aber dort geblieben, sind ums Leben gekommen. [...] Es ist interessant, sich an die letzten Tage des Krieges und des Anfangs der Befreiung zu erinnern. Im Mai 1945 war ich im Stab der 21. Armee der 1. Ukrainischen Front. Der Stab der Armee befand sich in Waldenburg, die Stadt war voll weißer Fahnen zum Zeichen der Kapitulation. Manche Einwohner hatten auch rote Fahnen herausgehängt. Als ich mit einigen Einwohnern gesprochen habe, waren sie alle selbstverständlich Gegner des Naziregimes. Das war leicht zu sagen, aber nicht zu glauben. [...] Außer meinen Eltern, denen es gelungen war, aus Bialystok nach Osten zu flüchten, ist unsere ganze große Familie, auch mein Bruder, ermordet worden. Die Verbrechen der Nazis, die ich zum Teil selbst gesehen habe, hatte die Geschichte nicht gekannt. Die Nazis haben eine Industrie des Mordes gegründet. Alles war berechnet, was mit den Brillen und was mit den Haaren, was mit den persönlichen Sachen der Ermordeten noch zu machen sei. Diese Verbrechen kennen keine Vergebung, sie sollen nie vergessen werden.

Daniil Granin wurde 1919 in Wolyn (Gebiet Kursk) geboren. Er arbeitete vor dem Überfall auf die Sowjetunion als Elektroingenieur. Als Panzerkommandeur der Roten Armee nahm er am 2. Weltkrieg teil. In dem dokumentarischen, gemeinsam mit Ales Adamowitsch herausgegebenen "Blockadebuch" [2] wird die 900tägige Belagerung Leningrads durch die Hitler-Wehrmacht dokumentiert. In den Schilderungen der Überlebenden entsteht ein erschütterndes Bild vom Leben und Sterben, der Atmosphäre und Vorgänge in der Stadt sowie von der geistigen Haltung der Bewohner Leningrads.

Eine der tragischsten Seiten der Kriegsereignisse war die Blockade Leningrads. In dieser Zeit sind 1,1 Mio. Menschen an Hunger, Kälte und Bomben gestorben. Wie bekannt, ist Leningrad im September 1941 eingekesselt worden. Es war unmöglich, nach Leningrad irgendetwas hinein zu bekommen, weder Nahrung noch Munition. Das deutsche Oberkommando glaubte, daß die Stadt innerhalb weniger Monate aussterben würde. Ich war zu dieser Zeit an der Leningrader Front. Gleich zu Beginn des Krieges bin ich freiwillig in die Bürgerwehr eingetreten. [...] Aber heute will ich ihnen speziell über die Leningrader Blockade berichten. [...] Wir

haben 200 Lebensberichte von Leuten zusammengestellt. Jeder Bericht etwa 30 Seiten Text, eine Kassette. Wir haben 6000 Seiten auf diese Weise gesammelt. Jede Geschichte war unwiederholbar. Jeder hatte seine eigene Geschichte, sein eigenes Schicksal. Was die Blockadeteilnehmer erzählt haben, hat uns so aufgewühlt, so daß wir doch etwas zögerten einige dieser Erzählungen, einige Details der Erzählungen in den Bericht aufzunehmen. - Es gab schon viel Bücher über das, was sich in den Konzentrationslagern abgespielt hatte, welche Schrecken auch in unseren Lagern [in der SU; mb.] geherrscht haben. Aber hier war alles anders. Hier war auch deshalb alles anders, weil das alles unter sogenannten normalen Bedingungen einer Stadt stattfand, die in sich frei war. Ein Berichterstatter beispielsweise erzählte uns: Hier stand der Flügel, an dieser Stelle, den wir damals zerhackt haben, um unseren kleinen Ofen zu heizen. Und hier war damals ein Geschoß eingeschlagen, hier war ein Loch zu dieser Zeit. Hier lag zwischen den Fensterscheiben, dem Doppelfenster, den ganzen Winter lang mein Junge, der während des Winters verstorben war. Ich hatte keine Möglichkeit, ihn zu begraben, ich hatte keine Kraft dazu. Also es spielte sich alles unter sogenannten normalen Bedingungen ab. Eine Mutter berichtete, wie alle ihre Nahrungsmittelvorräte am Ende waren, sie hatte nichts mehr, und unter ihren Augen verhungerte ihr Kind. Die einzige Möglichkeit, die sie sah, ihn am Leben zu behalten, war ihn mit dem Blut aus ihrer Vene zu ernähren. Eine andere Mutter stand vor der Frage, welches der beiden Kinder sie retten sollte. Denn es bestand nur die Möglichkeit, ein Kind zu retten. Sie mußte diese Entscheidung treffen. Eine andere schreckliche Geschichte, wie eine Mutter mit dem Fleisch des toten Bruders ihre Tochter ernährt hat usw. Ich will keine Einzelheiten berichten. Wir haben uns entschlossen, nicht alles aufzuschreiben, in dieses Buch aufzunehmen, was wir gehört haben. [...]

Liza Czapnik, geb. 1922 in Grodno, war zusammen mit anderen jüdischen jungen Frauen im Antifaschistischen Komitee in Bialystok aktiv, bereitete dort den bewaffneten Ghettoaufstand mit vor [3] und lebte nach der Vernichtung des Ghettos in der Illegalität als Polin mit falschen Papieren. Das Antifaschistische Komitee, zu deren Vorsitzende Liza Czapnik ernannt wurde, organisierte Waffen für die in den Wäldern um Bialystok agierenden jüdischen Partisaninnen und Partisanen und nahm später den Kontakt zu den anrückenden sowjetischen Partisanen der K.-Kalinovskij-Brigade unter Generalmajor Kapusta auf.

[...] In dieser Atmosphäre [der Vernichtung; mb.] haben Untergrundgruppen von jungen Zionisten, Kommunisten, Mitglieder des Komsomol und anderer antifaschistischer Organisationen begonnen zu arbeiten. Sie haben Flugblätter verteilt. Sie hörten Radio. Dazu muß man wissen, daß es einer der ersten Befehle der deutschen Armee war, die Radios abzugeben. Wir haben sie aber nicht abgegeben. Wir haben sie behalten und versteckt. Abends hörten wir dann immer Radio. Handgeschrieben verteilten wir das Gehörte. Wir hatten keine Druckmaschinen, aber wir verteilten trotzdem die Informationen unter den Leuten. Wißt ihr, es gab zwei Meinungen im Ghetto. Die einen sagten, wir sollten uns für einen Aufstand vorbereiten. Andere sagten, daß wir in die Wälder gehen sollten, um dort mit den Partisanen gegen die Nazis zu kämpfen. Wenn ihr meine Meinung wissen wollt, ich war sicher, daß in Grodno ein Aufstand nicht möglich wäre. [...] Im Dezember/Januar 1943 gab es einige Gruppen von jungen Menschen, die in die Wälder gingen. Es ist leicht zu sagen, sie gingen in die Wälder. Sie flohen nachts aus dem Ghetto, und auf dem Weg in die Wälder wurden viele von ihnen erschossen. Die Wege waren mit Leichen bedeckt. Aber einige schafften es doch. Ihr könnt mich fragen, wo sie Waffen hergenommen haben - Gewehre, Pistolen. Nun zuerst, sie hatten nur ganz wenige Waffen zu dieser Zeit. Die kauften sie in den Dörfern. Denn als die sowjetischen Soldaten sich zurückzogen, ließen sie auch viele Waffen zurück und die Bauern haben sie damals quasi versteckt. Die haben sie dann an die Partisanen verkauft. Das war eine Gruppe, vielleicht dreißig Leute, von denen die meisten von Haschomer Hatzair, einer linkszionistischen Jugendorganisation, waren. Ihr müßt euch bewußt werden, daß wir alle so 18, 19, 20 Jahre alt waren. In unserem Komitee waren wir etwa 25, wenn nicht sogar weniger. Wir hatten ein Labor, um falsche Dokumente herzustellen. Damit konnten dann junge Frauen auf die andere Seite, die "arische Seite" des Ghettos geschickt werden, damit sie dort im Untergrund arbeiten. Glaubt mir, das waren so junge, so heroische junge Menschen. [...] Ich sage euch - bitte glaubt es mir - wir hatten keine Angst vor gar nichts. Wir hatten keine Angst mehr. Denn - ich glaube, es ist etwas natürliches - wir hatten gesehen, was die Nazis in diesem Land gemacht haben. Wir haben unsere Eltern, alle unsere Verwandten verloren. Deshalb hatte keiner mehr Angst.

Henri Krischer wurde 1920 in Dortmund geboren. Seine Mutter und sein früh verstorbener Vater kamen aus Galizien (dem vom K.u.k.-Österreich annektierten Teil Polens). Nach dem Tod des Vaters zogen die Krischers nach Nancy, Frankreich. Dort wurde Krischer Mitglied in einem jüdischen Sportclub, aus dem viele bewaffnete Kämpfer hervorgingen. Nach der Besetzung Frankreichs arbeitet er in der Résistance. 1942 schloß er sich der

Gruppe Carmagnole in Lyon an, die in der F.T.P.-M.O.I. (Francs Tireurs et Partisans/Main d'Oeuvre Immigrées) organisiert war.

Meine Genossinnen und Genossen und ich haben 1942, als die Deutschen nach Lyon einmarschiert sind, den Kampf aufgenommen. Das erste, was wir gemacht haben, war, in einem Straßengraben eine Granate zu deponieren, wo die Deutschen vorbeikommen mußten. Das war eine Granate wahrscheinlich noch aus dem Hundertjährigen Krieg, denn als sie explodierte, ist der Deutsche, unter dessen Auto sie explodiert ist, ausgestiegen und hat geguckt, ob er jetzt vielleicht einen Platten hat oder was das gerade war. [...] Ich möchte Euch noch sagen, wer überhaupt meine Genossinnen und Genossen waren. 1924 hat die Kommunistische Partei Frankreich zusammen mit ihrer Gewerkschaft CGTU eine neue Organisation geschaffen. [...] Diese Organisation hieß M.O.I., Main d'Oeuvre Immigrée, d.h. soviel wie "eingewanderte Arbeitskräfte". 1930 mit der Wirtschaftskrise gab es einen gewissen Niedergang mit M.O.I., die aber mit dem Beginn des Spanischen Bürgerkriegs 1936 wieder aufgelebt ist. Ein weiteres Aufleben dieser Organisation gab es dann aber vor allen Dingen 1940, wo sie die erste Organisation war, die sich um die Résistance gekümmert hat, die die Résistance in ihre Hände genommen hat. Es waren Spanier, Italiener, Deutsche. Sie sprachen zum Großteil kein französisch. Das war auch genau der Grund, warum sie den Kampf in ihre Hände genommen haben. Sie hatten ganz andere Probleme als die Franzosen, mit denen sie zusammengelebt haben. Wir haben insgesamt 450 militärische Aktionen durchgeführt, die heute auch in Geschichtsbüchern festgehalten werden. Jede dieser Aktionen war eine eigene Schlacht, die wir geführt haben ohne Waffen, mit leerem Bauch und ohne besonders große Erfahrung. Wir haben uns ja auch in große Gefahr begeben, wir haben auch neunzig Genossinnen und Genossen dabei verloren, d.h. die gesamte Gruppe Carmagnole in Lyon ist eigentlich dreimal komplett ausgewechselt worden, weil wir ja in Lyon insgesamt ungefähr dreißig waren. Dennoch haben wir die Stadt bis zum Ende gehalten. Diese Stadt Lyon, die gegen Ende des Krieges eigentlich von aller Résistance gesäubert worden war. Wir haben - das möchte ich auch noch zum Schluß erzählen - die SS-Leute, die wir gefangennahmen, gut behandelt. Ich habe es mir dann nicht nehmen lassen sie aufzusuchen und habe sie in meinem nicht sehr guten Deutsch gefragt: Na, wißt ihr, wer Euch gefangengenommen hat? Und sie sagten: Na ja, die Partisanen. Da meinte ich: Das reicht nicht. Na ja, die Franzosen, war dann die Antwort. Nein, das reicht mir immer noch nicht. Und dann habe ich ihnen gesagt: Wißt ihr, wer das war, das waren ausländische Juden, die euch gefangengenommen haben. Ich muß sagen, das war ein sehr guter Moment, denn die SS-Leute hatten mir ja sehr viel Angst eingejagt in meinem Leben. Aber in diesem Augenblick hatten sie mal Angst vor mir.

Anmerkungen und Literaturhinweise:

Die obigen Auszüge sind geringfügig redaktionell bearbeitet worden.

(1) Gena Turgel: I light a chandle. London (Mitchell) 1995. 2. Aufl. ISBN: 0-85-303-315-3.

(2) Ales Adamowitsch, Daniil Granin: Das Blockadebuch, Berlin/DDR (Verlag Volk und Welt) 1984; Ales Adamowitsch, Daniil Granin: Das Blockadebuch, Erster Teil, Berlin/DDR (Verlag Volk und Welt) 1987. (Beide Bücher sind nur noch antiquarisch erhältlich.)

(3) Über den Aufstand im Bialystoker Ghetto vgl. Chaika Grosmann: Die Untergrundarmee. Der jüdische Widerstand in Bialystok. Ein autobiographischer Bericht. Aus dem Englischen und mit einem Vorwort von Ingrid Strobl. Frankfurt (Fischer) 1993. (Hebräische Originalausgabe: Tel-Aviv 1965)

26. Vergessene Opfer

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:27

Unter der Überschrift "Die vergessenen Opfer" schrieb Ferdos Forudastan in der Frankfurter Rundschau (10.5.1995) über den heuchlerischen Umgang der Bundesregierung mit der Vergangenheit und den aus ihr zu ziehenden Lehren: "Man kann vom Erinnern reden und vergessen. Man kann von Würdigung sprechen und demütigen. Man kann Lehren aus der Geschichte beschwören und Fehler wiederholen. Wie die Bundesregierung mit den lebenden Opfern der NS-Diktatur umgeht, nimmt den feierlichen Politikerreden zum 8. Mai ein großes Stück Glaubwürdigkeit. Bis heute weigert sich die Koalition, ganze Gruppen von Verfolgten des Naziregimes zu entschädigen. Selbst im 50. Jahr nach der Befreiung vom Faschismus betteln Tausende alter, kranker Leidtragender vergeblich um ein wenig sogenannte Wiedergutmachung."

Selbst eine geringfügige, eher symbolische finanzielle Entschädigung wird vielen vorenthalten:

- den von den Nazis zwangssterilisierten "Asozialen", "Kriminellen" und Behinderten, von denen 400.000 Frauen und Männer Opfer des nationalsozialistischen Wahns der "Rassenhygiene" wurden;

- den nach §175 StGB verurteilten Schwulen, deren Verfolgung nach Ansicht der Bundesregierung kein "typisches NS-Unrecht" darstellt; sie vertritt die Ansicht: "Die Bestrafung homosexueller Betätigung in einem nach den strafrechtlichen Vorschriften durchgeführten Verfahren ist weder NS-Unrecht noch rechtsstaatswidrig";

- den ausländischen Zwangsarbeitern, die mit einer einmaligen Zahlung von 3000 DM "abgefunden" wurden; nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts werden die Jahre der Zwangsarbeit nicht einmal als "Verfolgungs-Ersatzzeit" auf die Rente angerechnet: die unmenschliche Behandlung der slawischen "Ostarbeiter", argumentieren die Richter, hätte mit der Rassenideologie der Nazis nichts zu tun gehabt.

Während in den genannten Fällen auch Formaljuristerei, Bürokratismus und finanzielle Beweggründe mitspielen, sind im Fall der Wehrmachtsdeserteure vorrangig politische Motive dafür verantwortlich, daß eine Rehabilitierung bisher ausblieb. Die Militärgerichte der Wehrmacht fällten 100.000 Urteile, darunter 30.000 Todesurteile, von denen zwischen 15.000 und 20.000 vollstreckt wurden. Diejenigen, die ihre Verurteilung wegen "Wehrkraftzersetzung" überlebten, gelten bis heute als vorbestraft. Nicht nur die unbelehrbaren alten Kämpfer, die sich bis zum letzten Atemzug an die Legende vom "unbefleckten Schild" der Wehrmacht klammern, widersprechen vehement einer generellen Aufhebung der Militärgerichtsurteile. Auch Bundeswehrgeneräle, christliche und sozialdemokratische Politiker plädieren für "Einzelfallprüfung". Ein Freispruch jener, die "ihre Kameraden im Stich ließen", träfe auch die auf die "Wertordnung des Grundgesetzes" verpflichtete Bundeswehr: Disziplin, Gehorsam und Opferbereitschaft gehören zu den überlieferten Tugenden, die in der heutigen deutschen Armee ähnlich hoch im Kurs stehen wie in der Wehrmacht.

Initiativen, die auf die anhaltende Kriminalisierung der Deserteure hinweisen und ihre Rehabilitierung und Entschädigung fordern, können im Gedenkjahr 1995 einerseits auf ein gesteigertes Interesse der Öffentlichkeit auch für Fragen der deutschen Militärgeschichte aufbauen. Andererseits stoßen sie immer wieder auf den hartnäckigen Widerstand derer, die aus Staatsräson einer Aufhebung der Urteile widersprechen. Auch die SPD rückt von der anfänglich von ihr unterstützten Forderung, die Urteile für "von Anfang an als Unrecht" zu erklären, immer mehr ab.

In Flensburg, dem Amtssitz des Hitler-Nachfolgers Admiral Dönitz, bewiesen die Sozialdemokraten ihren Mangel an Standfestigkeit auf besonders peinliche Weise. Nach massivem Druck durch das konservative Flensburger Tageblatt und die ortsansässige Bundeswehr distanzierte sich die SPD-Ratsfraktion von ihrem eigenen Antrag, auf öffentlichem Gelände der Stadt ein Denkmal für Deserteure aufzustellen. Der Standortälteste, Oberst Lützow, bezeichnete ein Denkmal, "das eine in unserem Rechtsstaat eindeutig als Fahnenflucht definierte Wehrstraftat in den Mittelpunkt stellt", als "Zumutung für die Soldaten dieser Stadt". Dem "Mißverständnis", man wolle auch Fahnenflüchtigen der Bundeswehr ein Denkmal setzen, mochten die Sozialdemokraten nicht Vorschub leisten. Nachdem die SPD ihren Antrag verwässert hat, während die Grünen den ursprünglichen Text aufrechterhalten, ist die Entscheidung im Rat der Stadt erst einmal vom Tisch.

Js.

27. "Bilder, die so leise sind, das sie einen anschreien". Fotografien aus Konzentrationslagern von Erich Hartmann

Autor: Matthias Reichelt · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:17

Dies war, mit seinen eigenen Worten ausgedrückt, das erklärte Ziel von Erich Hartmann, und sie beschreiben die Wirkungsweise recht treffend.

Immer wieder aufs neue muß der Versuch unternommen werden, die Konzentrations- und Vernichtungslager, die Folter, die Vernichtung durch Arbeit und die industrielle Massentötung im Nationalsozialismus darzustellen.

Es bleibt das Erinnern und Gedenken, es ist leider ohne Garantieerklärung die einzige Chance, etwas zu lernen, das in Gegenwart und Zukunft helfen kann. Das Erinnern wird jedoch immer schwieriger. Die Überlebenden werden immer rarer, und die Spuren in der Landschaft sind der Erosion ausgesetzt: die Lager verfallen. Diesen Prozeß des Verschwindens versucht Erich Hartmann mit seinen Bildern zu verlangsamen.

"Stumme Zeugen" heißt das Buch und die gleichnamige Ausstellung von Erich Hartmann, die nach Berlin auf der zweiten deutschen Station bis zum 30. Juli 1995 im Hamburger Kunsthaus zu sehen ist. Ungefähr 70 Fotografien in Schwarz-Weiß (im Buch befinden sich 74 Abbildungen) hat Erich Hartmann aus seinen 126 (!) Filmen ausgewählt, um die Ergebnisse seiner im Winter 1993/94 unternommenen achtwöchigen Reise an die Orte der deutschen Tötungsmaschinerie öffentlich zu machen.

Es sind Fotografien, die nicht mit dem Anspruch der technischen Perfektion gemacht wurden, die aber gleichwohl sehr intensiv wirken, weil sie die nur schwer verbalisierbare Stimmung in den Lagern der Vernichtung und heutigen Gedenkstätten aufspüren und zu vermitteln versuchen. Erich Hartmann benutzte immer sehr lichtempfindliche Filme (400 ASA) und verzichtete völlig auf Blitzlicht, und nur in einem Fall bediente er sich eines Stativs.

Erich Hartmann, der noch an die poetische Kraft eines Bildes glaubt, erzeugt alleine durch Motiv, Komposition und Belichtung, bleibt bei diesen Fotografien nicht nur aufgrund seiner sehr sympathischen und liebenswerten Uneitelkeit im Hintergrund. Erklärtermaßen hatte er Angst, zu sehr der Ästhetik zu verfallen. Bei keinem einzigen dieser Bilder macht er den Versuch, durch irgendwelche technischen Tricks den Betrachter von der Palette seiner Fähigkeiten zu überzeugen. Die Fotografien heben sich positiv von Bildern anderer Fotografen ab, die durch ausgefallene Perspektiven oder bewußte Unschärfen einen Kunstanspruch behaupten und damit mehr über die Produzenten der Bilder aussagen als über die gewählten Motive: die Lager.

An dieser Stelle ist es wichtig, auf Erich Hartmanns Biographie einzugehen. Er wurde 1922 als deutscher Jude in München geboren. Sein Vater war bis 1933 Mitinhaber des kleinen Passauer Warenhauses "Hartl und Hartmann". Der nichtjüdische Kompagnon sah 1933 seine Chance gekommen und "erwarb" weit unter dem eigentlichen Wert den Anteil von Erich Hartmanns Vater. Natürlich wurde diese Transaktion in deutscher Manier peinlich "sauber" durch schriftliche Dokumente legitimiert. 1938 konnten die Hartmanns mit Hilfe von Verwandten in die USA ausreisen. 1943 meldete sich Erich Hartmann freiwillig zur U.S. Army und kehrte 1945 als Angehöriger der U.S.-amerikanischen Streitkräfte und damit als Befreier nach Deutschland zurück. Ein kurzer Versuch der Recherche über den ehemaligen Kompagnon des Vaters wurde durch die U.S.-Besatzungsbehörden unterbunden, denn Mr. Hartl wurde als "unbelastet" für die neu aufzubauende Administration Passaus benötigt.

Nach seiner Rückkehr in die USA lernte er seine Frau, die heutige Schriftstellerin Ruth Bains-Hartmann, kennen, sie heirateten 1946. In jenem Jahr begann Erich Hartmann eine Ausbildung als Fotograf und wurde 1952 Mitglied der weltberühmten Agentur Magnum, deren Direktorium er 1967-1986 angehörte und der er 1985-1986 als Präsident vorstand. Nach vielen Arbeiten für Newsweek, Fortune, Life, Stern, Geo und viele andere mehr verspürte er eine nicht in Worte zu fassende Verpflichtung gegenüber den Opfern der nationalsozialistischen Tötungsmaschinerie.

"Lange Zeit glaubte ich, daß ich durch meinen Militäreinsatz ein bißchen mitgeholfen hatte, diese schreckliche Zeit zu beenden. Aber anscheinend sind nicht alle Schulden so leicht abzutragen. Je älter ich wurde, desto stärker beschäftigte ich mich mit der Frage: Warum war ich einer der wenigen, die nicht umgekommen sind? Warum hat man diese eine Familie, fünf Menschen, so glücklich, fast biblisch ausgewählt? Aus diesem Feuerofen rausgeholt? (E. H. in einem Interview mit dem Zeit Magazin Nr. 47 vom 18.11.1994)

Dieses Phänomen einer Verpflichtung, manchmal sogar eines schlechten Gewissens, aufgrund des Umstandes, davongekommen zu sein, ist durch Jean Améry, Primo Levi, Peter Weiss und viele andere mehr bekannt.

Die Fotos

Auffällig auf den ersten Blick ist die Menschenleere der Fotografien. Die Betrachter wissen sich mit dem Fotografen allein an diesen Orten. Die völlige Reduktion auf eben die "stummen Zeugen" ist damit gleichzeitig die Dokumentation der Abwesenheit der Verschwundenen und Ausgelöschten. An diesen Orten sind Millionen von Menschen aller Nationen und jeglichen Alters ermordet worden. Die deprimierende Menschenleere läßt den Verlust erahnen. Die einzige Ausnahme: Auf einem Schlüsselfoto ist schemenhaft und unscharf ein Kind zu sehen, es rennt aus der Gaskammer des Konzentrations- und Vernichtungslagers Dachau dem Licht und Ausgang entgegen. Sofort denken wir an die vielen Tausende von Kindern, denen aufgrund eines perversen deutschen Rassenwahns das Leben in diesen Gaskammern genommen wurde. Gleichzeitig ist es eines der wenigen Bilder, die das Vergangene mit der Gegenwart konfrontieren und ein wenig Hoffnung aufkommen lassen.

Erich Hartmann sagt dazu: "Ich bin aus der Gaskammer anders herausgekommen, als ich hineingegangen bin, ich war ganze zwei Minuten drin. Es ist nicht mehr möglich, nur an sich selbst zu denken und nur für sich alleine zu handeln. Wir sind alle miteinander verflochten. Was anderen geschieht, geschieht mir." (E.H. in einem Interview mit dem Zeit Magazin Nr. 47 vom 18.11.1994)

Diese Fotografien erzeugen manches Mal eine poetische Stimmung (es widerstrebt mir dies zu schreiben, denn darf man dies empfinden?), hervorgerufen vor allem durch das natürliche Licht, das z.B. matt reflektiert wird von dem einfachen Holztisch im Aufenthaltsraum des Konzentrationslagers Groß-Rosen.

Solche Ausstellungen können keinesfalls didaktisch aufbereitete Faktenvermittlung ersetzen. Die Kunst muß ihre eigenen Wege gehen dürfen, um mit dem Problem der Darstellbarkeit bzw. Nichtdarstellbarkeit umzugehen. Viele Aspekte der Vernichtung können eher mittels Kunst deutlich gemacht werden, weil sie eben nicht die Verpflichtung hat, abrufbare, beweisbare Zusammenhänge zu vermitteln. Atmosphäre, Stimmungen, zaghafte Andeutungen und der Raum für die subjektive Wirkung in den Köpfen der Rezipienten sind wesentliche Bestandteile für die Wirkungsweise von Kunst. Erich Hartmanns Bilder können nur im Kontext einer Vorbildung funktionieren. Beweisbare Dinge können sie nicht vermitteln. Aber im Kontext des Faschismus-Diskurses setzen sie die unzähligen Bilder frei, die wir gespeichert haben. Im Besucherbuch der Berliner Ausstellung in der "Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst" (NGBK) haben sich zwei Frauen darüber beklagt, daß die Bilder den Faschismus ästhetisieren und das Leben in den Lagern verharmlosen würden. Nach welchen Bildern wird hier verlangt? Beide Besucherinnen, so wage ich zu behaupten, haben sich intensiv mit dem Faschismus auseinandergesetzt und kennen wahrscheinlich die ganze Bandbreite der Dokumentationen. Was klagen sie ein? Erich Hartmanns Anspruch war ja kein geringerer, als zu zeigen, was an authentischen Zeugnissen übriggeblieben ist und welchen Eindruck sie bei ihm hinterlassen haben.

"Mir ging es um eine ganz persönliche Aussage mit strengen photographischen Mitteln, damit sie auch anderen Leuten zugänglich ist. Ich behaupte nicht, dies ist jetzt das Gerüst der Gefühle, die du haben mußt, wenn du dich mit diesem Thema beschäftigst. Ich behaupte mit diesen Bildern nur: Das habe ich gefühlt." (E.H. in einem Interview mit dem Zeit Magazin Nr. 47 vom 18.11.1994)

Die Bilder der Gequälten und die aufgetürmten Leichen der KZ-Opfer setzt Erich Hartmann als bekannt voraus. Mit seinen Fotografien kann niemand, der mit den Geschichtsrelativierern à la Nolte, Zitelmann, Mohler, Weismann etc. sympathisiert, von der Singularität des Grauens, das seit Adorno mit dem Namen Auschwitz metaphorisiert wird, überzeugt werden.

Die multimediale Bilderflut und die dreiste Manie, alle historischen Situationen, die mit Massenmord in Verbindung gebracht werden, sofort mit Auschwitz zu vergleichen (Bosnien sowie ganz pervertiert bei den Kampagnen der militanten Tierschützer gegen Tierexperimente und Massentierhaltung), bis hin zum inflationären Gebrauch des Begriffs Faschismus als Substantiv und Adjektiv tragen ebenfalls dazu bei, die Einzigartigkeit von Auschwitz aus den Augen zu verlieren. Besondere Verdienste hat sich bei der Verwirrung der Begriffe Rudolf Augstein erworben: "Hier gilt es korrekt zu sein. Hitler hatte bis weit in den Krieg hinein die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich, wohingegen der SED-Staat von einem Puppenregime verwaltet wurde. Wie hätte es ganz Europa mit Krieg und organisiertem Massenmord überziehen können? Wo das Regime allerdings selbständig handeln konnte, geschah das mindestens so menschenverachtend und menschenfeindlich wie im Hitler-Staat." ("Politik der Erinnerung", Spiegel Nr. 19, 8.5.1995).

Zusammenfassend meine ich, daß im Zeitalter der Bildfälschung keineswegs mehr die Beweiskraft von Fotografien behauptet werden kann. Die Wirkung von Erich Hartmanns Bildern ist nur mit dem gesamten Wissen möglich, das wir über Jahre hinweg gespeichert haben und das durch den entsprechenden Stimulus der Bilder abgerufen wird. Genau diese Fähigkeiten besitzen diese Bilder. In dieser Verknüpfung jedoch liegt das Problem für die Zukunft, wenn es nichts mehr geben wird, was die Aura der Authentizität besitzt.

Von Erich Hartmann gibt es kein Rezept, keinen Ratschlag zu erfahren, er läßt uns Nachgeborene der deutschen Täter mit diesen Erwägungen allein. Als radikaler Humanist, der nicht den Glauben an eine einzig mögliche Gesellschaftsform besitzt, der schon als professioneller Journalist gelernt hat, keiner Politik und deren Repräsentanten zu vertrauen, bleibt stets mißtrauisch und entwickelt nur dem Individuum gegenüber Nähe und Vertrauen. Als Zeichen seiner kritischen Aufmerksamkeit gegenüber der Entwicklung in Deutschland läßt er das Buch und die Ausstellung mit einem Bild enden, das die Ruinen der beiden "Jüdischen Baracken" im Konzentrationslager Sachsenhausen zeigt, die im September 1992 nach einem Anschlag von Neofaschisten ausbrannten. Die Angeklagten wurden mangels Beweisen freigesprochen.

Matthias Reichelt

Das sorgfältig edierte Buch in großartiger Abbildungsqualität ist beim Lambert Schneider Verlag in Gerlingen (ISBN 3-7953-0932-8/ DM 68,-) erschienen, und es bleibt zu hoffen, daß der Verlag, der viele Judaica veröffentlicht, auch weiterhin den Mut findet, Werke dieser Art zu publizieren.

Die Ausstellung im Kunsthaus, Klosterwall 15, 20095 Hamburg, ist noch bis zum 30. Juli 1995, Dienstag - Sonntag 11 - 18 und Do 11 - 21 Uhr zu sehen.

"... immer noch sucht mich, bald häufiger, dann wieder selten,

ein entsetzlicher Traum heim.

Es ist ein Traum im Traum, unterschiedlich in den Details, gleichbleibend in der Substanz. Ich sitze am Familientisch, bin unter Freunden, bei der Arbeit oder in einer grünen Landschaft - die Umgebung jedenfalls ist friedlich, scheinbar gelöst und ohne Schmerz; dennoch erfüllt mich eine leise und tiefe Beklemmung, die deutliche Empfindung einer drohenden Gefahr. Und wirklich, nach und nach oder auch mit brutaler Plötzlichkeit löst sich im Verlauf des Traumes alles um mich herum auf; die Umgebung, die Wände, die Personen weichen zurück; die Beklemmung nimmt zu, wird drängender, deutlicher. Dann ist alles ringsum Chaos, ich bin allein im Zentrum eines grauen wirbelnden Nichts; und plötzlich weiß ich, was es zu bedeuten hat -, und weiß auch, daß ich es immer gewußt habe: Ich bin wieder im Lager, nichts ist wirklich außer dem Lager; alles andere waren kurze Ferien, oder Sinnestäuschung, Traum: die Familie, die blühende Natur, das Zuhause.

Der innere Traum, der Traum vom Frieden, ist nun zu Ende, der äußere dagegen geht eisig weiter: Ich höre eine Stimme, wohlbekannt, ein einziges Wort, nicht befehlend, sondern kurz und gedämpft.

Es ist das Morgenkommando von Auschwitz, ein fremdes Wort,

gefürchtet und erwartet: Aufstehen, ‚Wstawac`."

Primo Levi, Die Atempause

28. Massaker an Wehrlosen. Wehrmachtsverbrechen in Italien - Buchvorstellung

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:01

Am 1. März 1995 griff der Bundesgerichtshof (BGH) mit einem Urteilsspruch in die laufende Debatte über Verbrechen der deutschen Wehrmacht ein. Zur Entscheidung stand ein im Oktober 1943 von deutschen Soldaten verübtes Massaker. Nahe der süditalienischen Kleinstadt Caiazzo waren 22 Menschen, darunter zehn Kinder im Alter zwischen zehn und 14 Jahren, ermordet worden - "grausam und aus niedrigen Beweggründen", wie der BGH feststellte. Die Tat allerdings sei verjährt; der Haupttäter, Leutnant Wolfgang Lehnigk-Emden, in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt, wird von keinem deutschen Gericht bestraft werden. Der springende Punkt in der Argumentation des BGH ist der Beginn der Verjährungsfrist: Das höchste deutsche Gericht für Zivil- und Strafsachen datiert ihn auf den Tag nach der Tat und nicht auf den Tag der Kapitulation. Denn der Mörder habe mit Strafverfolgung durch die Wehrmacht rechnen müssen, die solche Taten zur Aufrechterhaltung von Disziplin und "Manneszucht" verfolgt habe. Der sog. Gerichtsbarkeitserlaß vom 13.5.1941, der den Wehrmachtssoldaten Straffreiheit auch im Falle von Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung zusicherte, habe nur für den Krieg im Osten gegolten.

Der Historiker Friedrich Andrae beweist in seinem jüngst erschienenen Buch "Auch gegen Frauen und Kinder. Der Krieg der deutschen Wehrmacht gegen die Zivilbevölkerung in Italien 1943-1945", daß der BGH sich mit seinem Urteil der Geschichtsfälschung schuldig gemacht hat. (Er tut das, ohne das BGH-Urteil in seine Argumentation einzubeziehen: Der Richterspruch erfolgte erst nach Drucklegung von Andraes Buch.) Der Erlaß über die Kriegsgerichtsbarkeit, so Andrae, "wurde allgemein, direkt oder indirekt, auf spätere Kriegsschauplätze übertragen". Auch Erlasse zur Bekämpfung von "Partisanen" und "kommunistischen Aufstandsbewegungen", im Osten seit 1941 angewandt, "finden Eingang in Befehle und Verordnungen der Befehlshaber in Italien, gelegentlich in fast gleicher Wortwahl, und kommen zur Anwendung bei Repressalien, in ‚Sühne-` und Vergeltungsmaßnahmen." In allen besetzten Gebieten in Europa wurden etwaige Widerstandsaktionen a priori einer "von Moskau einheitlich geleiteten Massenbewegung" angelastet. So steht es in einer von Feldmarschall Keitel unterzeichneten "Führer"-Weisung von September 1941. Das Gegenmittel hieß, keineswegs nur in der Sowjetunion und auf dem Balkan, "rücksichtslose Härte". Dem deutschen "Waffenträger muß man eine absolute Rückendeckung geben", verfügte Hitler ein Jahr später, damit "sich der arme Teufel nicht sagen muß: hinterher werde ich noch zur Verantwortung gezogen."

Dieser Freibrief galt ab September 1943 auch für die deutsche Besatzungsmacht in Italien. Nach den Niederlagen der Achsenmächte in El Alamein und Stalingrad landen am 10. Juli 1943 die ersten britischen und amerikanischen Truppen auf Sizilien; am 19. Juli wird Rom von mehr als 500 Bombern der US-Air Force angegriffen. Am 25. Juli wird Mussolini entmachtet und verhaftet, Marschall Badoglio wird von König Vittorio Emanuele III. zu seinem Nachfolger ernannt. Am 3. September kapituliert das kriegsmüde Italien, fünf Tage später verkündet General Eisenhower den Waffenstillstand. Hitler und Goebbels, aber auch viele Generäle, Offiziere und Soldaten der Wehrmacht sind außer sich über den "Verrat", ein Wort, das Goebbels zum Leitmotiv der Propaganda macht und das, so Andrae, "bis heute aus dem deutschen Bewußtsein nicht verschwunden ist."

Schon bei der Besetzung des Landes, insbesondere bei der Entwaffnung kampfunwilliger italienischer Soldaten, gehen die deutschen Truppen mit äußerster Brutalität vor. Insgesamt 45.000 italienische Kriegsgefangene werden von den Deutschen ermordet; in dieser Zahl enthalten sind die zur Zwangsarbeit an die Ostfront gebrachten oder in Lagern gehaltenen Militärinternierten. Vergewaltigungen gehören zum Besatzungsalltag; wenn Menschen versuchen, den Frauen und Mädchen zu Hilfe zu kommen, wird das als "feindliche Handlung" bewertet und in mehreren Fällen mit "Sühnemaßnahmen" beantwortet. Bei Plünderungen auf offener Straße werden Damenpelzmäntel, Uhren und Schmuck, aber auch Säcke voll Getreide und italienische Militärstiefel als Beute requiriert.

Während des Rückzugs vor den Alliierten hinterlassen die Wehrmachtsverbände verbrannte Erde. Gesprengt werden Einrichtungen der Energieversorgung, Industriebetriebe, Straßen, Bahnlinien, Brücken, Transportmittel aller Art, sogar Betriebe der Ernährungswirtschaft. Nahrungsmittel und andere Vorräte, die nicht abtransportiert

werden können, werden vernichtet. Gebäude und ganze Ortschaften, die im Schußfeld liegen, werden geräumt, die Bevölkerung "evakuiert". Zurück bleiben nur arbeitsfähige Männer, getreu dem in einem Armeebefehl formulierten "Grundsatz: Der deutsche Soldat kämpft, der Italiener arbeitet für ihn." Mussolini, der von deutschen Fallschirmjägern befreit worden ist, wird von Hitler in Salò am Gardasee als Chef des Marionettenregimes Repubblica Sociale Italiana (RSI) eingesetzt. Seine Beschwerden über die brutale deutsche Besatzungspolitik werden mit Achselzucken quittiert.

Als Reaktion auf den Besatzungsterror bilden sich Widerstandsgruppen. Zehntausenden jungen Männern bleibt nur die Wahl, als Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich deportiert zu werden oder als Partisan in die Berge zu gehen. Die meisten entscheiden sich für die zweite Alternative. Der anfangs spontane, später genau koordinierte militärische Widerstand, an dem sich auch entflohene alliierte Kriegsgefangene beteiligen, wird in den Erinnerungen deutscher Militärs für die Eskalation des Besatzungsterrors verantwortlich gemacht. So schreibt Feldmarschall Kesselring, im Kriege Generalfeldmarschall und Oberbefehlshaber Süd/Südwest, in seinen 1953 veröffentlichen Memoiren "Soldat bis zum letzten Tag": "Das Verhalten der Banden war eine Kette von Rechtsbrüchen und Völkerrechtsverletzungen." Das Feindbild ist geblieben, nur die Wortwahl in den Heeresbefehlen der Jahre 1943ff. wurde etwas gemildert. Dort war regelmäßig von "Ungeziefer", "Partisanenpest" und "Schädlingen" die Rede gewesen.

Von den unzähligen Mordtaten der Wehrmacht gegen italienische PartisanInnen und Zivilpersonen sind hierzulande, wenn überhaupt, nur die opferreichsten einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Zwei Ortsnamen stehen für eine Vielzahl blutiger "Vergeltungsmaßnahmen": Marzabotto und Fosse Ardeatine. In den Berggemeinden um Marzabotto, 25 Kilometer südlich von Bologna, wurden allein zwischen dem 29. September und dem 5. Oktober 1944 776 Menschen von deutschen Truppen unter dem Befehl von Major Reder ermordet; davon waren 315 Frauen, 189 Kinder unter 12 Jahren, 30 Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, 161 Männer zwischen 18 und 60 Jahren und 76 alte Menschen über 60 Jahre. In den Fosse Ardeatine, einem Höhlengebiet nahe Rom, wurden im März 1944 335 Geiseln ermordet - "Vergeltung" für einen Partisanenangriff auf das deutsche Polizeiregiment Bozen in der Via Rasella in Rom, bei dem 33 deutsche Polizeisoldaten getötet worden waren. Der an der Ermordung der Geiseln beteiligte SS-Offizier Erich Priebke wurde 50 Jahre nach dem Massaker in Argentinien ausfindig gemacht und soll demnächst an Italien ausgeliefert werden. (vgl. ak 367, S. 36) Ob es noch zu einer Verurteilung kommt, ist fraglich; nicht nur weil Priebke mittlerweile 82 Jahre alt ist. Schließlich sind auch andere deutsche Kriegsverbrecher nur in Ausnahmefällen wegen ihrer Taten in Italien belangt worden. Nur einige wenige Todesurteile wurden vollstreckt, lange Haftstrafen in der Regel nach einigen Jahren auf dem Gnadenwege aufgehoben - die neugegründete Bundesrepublik war wie Italien Partner der "westlichen Wertegemeinschaft" geworden.

Friedrich Andrae listet in seinem Buch eine Vielzahl weniger bekannter Greueltaten der deutschen Besatzer auf; Taten, die sich laut Befehl "auch gegen Frauen und Kinder" richten durften und sollten. Er beschränkt sich dabei auf die Verbrechen der Wehrmacht und der ihr eingegliederten Waffen-SS. Aus den Schilderungen wird u.a. deutlich, daß die angeordneten "Vergeltungsmaßnahmen" von der Truppe bereitwillig, teilweise mit unvorstellbarem Sadismus, befolgt wurden. Die von den Weißwäschern der Wehrmacht vorgebrachte Standardentschuldigung, es handele sich um bedauerliche Taten einer verrohten Minderheit, hat mit der Realität nichts zu tun. Zum einen zählt diese Minderheit allein in Italien Hunderte, wenn nicht Tausende unmittelbar Tatbeteiligte. Zum anderen handelten die Mörder eben nicht auf eigene Faust, sondern im Einklang mit den Befehlen ihrer Vorgesetzten. Die in der FAZ (9.5.95) vorgebrachte Kritik, Andraes "Behauptung einer kollektiven Verantwortung der Wehrmacht" stelle eine "Vergröberung" dar, ist nur die neueste Rückzugslinie der Apologeten. Die Behauptung vom "unbefleckten Schild" der deutschen Wehrmacht allerdings wird auch in der "Zeitung für Deutschland" nicht länger aufrecht erhalten.

Js.

Friedrich Andrae: Auch gegen Frauen und Kinder. Der Krieg der deutschen Wehrmacht gegen die Zivilbevölkerung in Italien 1943-1945; Piper-Verlag München und Zürich 1995, 312 Seiten, DM 45,-

29. Deutsche Militärtraditionen. Nazi-Generaloberst Dietl als Leitfigur der Bundeswehr

Ein Nazi als Leitfigur der Bundeswehr

Autor: Js. · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:03

Klaus Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr, hat in einem Aufsatz zum 8. Mai den "Traditionserlaß" des sozialdemokratischen Verteidigungsministers Hans Apel aus dem Jahre 1982 aktualisiert. "Erinnern, lernen - nichts kopieren" soll die von der "Werteordnung des Grundgesetzes" geleitete Bundeswehr und dabei "neue Traditionen stiften". Ebenso soll sie - schließlich ist sie nicht "geschichtslos" - "vorbildliche soldatische Haltung und militärische Leistung aus allen (Hervorhebung ak) Epochen der deutschen Militärgeschichte" in ihre Tradition "übernehmen". Mit dieser - im direkten Anschluß noch einmal leicht abgewandelt wiederholten - Formulierung umschreibt Naumann nicht etwa seine Privatmeinung oder eine Zukunftsaufgabe, sondern das seit Gründung der Bundeswehr bestehende Traditionsverständnis.

Grundsätzliche Kritik an der angeblichen Vorbildfunktion "militärischer Leistungen" der deutschen Wehrmacht gibt es kaum. Ins Gerede gekommen sind lediglich einige besonders provozierende Beispiele für das Traditionsverständnis der Bundeswehr. Vor allem der seit 20 Jahren schwelende Streit um den Generaloberst der Wehrmacht Eduard Dietl findet seit einiger Zeit erneut Widerhall in der Presse. Nach Dietl, einem Nazi der ersten Stunde, war im Oktober 1965 die Kaserne der Füssener Gebirgsjäger benannt worden. Während die Kommunalpolitiker der Stadt Kempten ihre Dietl-Straße inzwischen umbenannt haben, besteht die "Generaloberst-Dietl-Kaserne" weiter - trotz aller Proteste. Die Biographie der 1944 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Leitfigur zeigt unzweideutig, mit wem wir es hier zu tun haben:

1890 geboren, wird Eduard Dietl 1909 Fahnenjunker der Infanterie, 1914 Leutnant und kämpft im Ersten Weltkrieg bis zur deutschen Kapitulation im November 1918. 1919 dient er als Freiwilliger im Freikorps Epp und ist beteiligt an der Niederwerfung der Münchner Räterepublik. Im selben Jahr wird er Mitglied der DAP/NSDAP. "Aufschlußreich ist Dietls Mitgliedsnummer 524 in der Partei. Die Hunderterreihe diente nur der Tarnung, also ist er Mitglied Nummer 24. Sie ist niedriger als die Adolf Hitlers, der im September 1919 mit der Nummer 555 registriert wird." (1) 1920 muß Dietl die NSDAP verlassen; das Reichswehrgesetz verbietet aktive Parteimitgliedschaft. 1930 wird er Kommandeur des einzigen Gebirgsjägerbataillons der Reichswehr. Sein Aufstieg in der militärischen Hierarchie beschleunigt sich ab 1933; innerhalb von zehn Jahren wird er, von Hitler persönlich protegiert und von Goebbels zum Volkshelden gemacht, sechsmal befördert.

Hitlers Wertschätzung gilt nicht nur dem Soldaten, sondern auch dem überzeugten Nazi. In seinem Tagesbefehl vom 9.11.1943 befiehlt Dietl seinen Soldaten, "am 9. November des Tages zu gedenken, an dem der Führer das große Wagnis unternahm, mit einer Handvoll entschlossener Männer die Führung des Reiches an sich zu reißen und damit das deutsche Schicksal entscheidend zum Guten zu wenden." Feindbild und Kriegsziel sind klar: "Gegen den tierischen Vernichtungswillen der asiatischen Horden kämpft der deutsche Soldat und das deutsche Volk für den Aufbau und die Ordnung Europas."

Bei öffentlichen Auftritten in süddeutschen Städten begeistert Dietl 1943/44 die Massen mit Durchhalteparolen: "Der Frontsoldat weiß, daß es sich um den Schicksalskampf des deutschen Volkes handelt, daß sich die Juden in der ganzen Welt zusammengeschlossen haben zur Vernichtung Europas." Der "Geist" der für die große Sache gestorbenen "Opfer" aber "lebt weiter und gibt uns die Kraft zum Durchringen bis zum Endsieg."

Beim Staatsakt für den abgestürzten Helden ergreift Hitler höchstpersönlich die Gelegenheit, seinem "Freund" für erwiesene Dienste zu danken. Dietl hatte ihn 1919 als Referenten für die "politische Bildung" der Reichswehr vermittelt. Hitler erinnert sich in seiner Grabrede: "Als ich zum ersten Male diesem Mann gegenüberstand, da ermöglichte er mir mit seiner Kompanie die erste Einflußnahme auf ein deutsches Regiment." Die nazistische Ideologisierung der später auf Hitler vereidigten Soldaten, die von den Apologeten allenfalls für den Ostkrieg zugestanden wird, begann also schon kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Eduard Dietl, den Bundeswehrgeneräle heute noch als Idol einer ganz unpolitischen deutsch-österreichisch-italienischen "Internationale der Gebirgsjäger" verharmlosen, hatte daran entscheidenden, bahnbrechenden Anteil.

Js.

Anmerkung:

1) Winfrid Vogel: Der falsche Held; in ZEIT-Punkte Nr. 3/1995

30. Gedenkhaus Neuengamme

Les Comités Internationaux des Camps de Concentration Nazis

Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:35

Anläßlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes und der Befreiung der Konzentrationslager hat der Düsseldorfer Künstler Thomas Schütte auf Einladung der Kulturbehörde Hamburg das bisherige Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in ein Gedenkhaus umgewandelt. Die Umsetzung des künstlerischen Konzeptes erfolgte in enger Kooperation mit dem Hamburger Architekten Gerhard Scharf und dem Grafiker Arne Petersen im Rahmen des Programms Kunst im öffentlichen Raum. Gerhard Scharf ist einer der beiden Erbauer des 1981 eingeweihten Dokumentenhauses.

Insgesamt kamen zwischen 1938 und 1945 ca. 55.000 der 106.000 Häftlinge des KZ Neuengamme ums Leben. Kurz vor der Befreiung durch die Alliierten wurde das KZ evakuiert. Die Briten nutzten Neuengamme als Internierungslager, übergaben es 1948 an die Freie und Hansestadt Hamburg, die dort erst eine, später eine zweite Justizvollzugsanstalt einrichtete. Nach der Aufstellung einer Gedenksäule 1953 wurde 1965 eine KZ-Gedenkstätte als Mahnmal auf dem Gelände der ehemaligen KZ-Gärtnerei errichtet, auf dem die SS die Asche der im Krematorium Verbrannten als Dünger verstreuen ließ. Auf dem Gelände der Gedenkstätte wurde 1981 ein Dokumentenhaus gebaut, in dem bis zum Frühjahr 1995 eine ständige Ausstellung über das Lager informierte.

Nach seinem ersten Besuch des ehemaligen KZ-Geländes in Neuengamme war Thomas Schütte tief beeindruckt von den noch erhaltenen Gebäuden und Zeugnissen der Geschichte, aber zugleich schockiert von den Zeugnissen des unsensiblen Umgangs mit diesem Gelände. Konsequent verweigerte er sich der hier scheinbar willkürlichen Ansammlung von provisorischen Nutzungen, museumspädagogischen Verstellungen unmittelbarer Erfahrung sowie der Hinzufügung eines weiteren Mahnmalobjektes. Er schlug vor, das gesamte Dokumentenhaus von sämtlichen Ausstellungsstücken, Installationen und Zwischenwänden zu befreien, um die Architektur zu ihrer ursprünglichen skulpturalen Qualität mit ihrem sakralen Charakter zurückzuführen. Erst so konnte in dem Haus überhaupt ein dem stillen Gedenken würdigen Ort geschaffen werden, der seine Geschichte aber nicht verschweigt. Ein Raum wurde bis auf den Rohbeton freigelegt und die großen Wandflächen im Zentralraum mit aufwendiger Wisch- und Lasurtechnik rot gefärbt. Rot ist jetzt neben den Sichtbetonwänden die dominierende Raumfarbe.

Würdigung der Opfer:

Auf den rotgefärbten Wänden der um den quadratischen Zentralraum umlaufenden Galerie sind auf 4 Meter langen Tüchern alle ca. 20.000 namentlich bekannten Opfer, soweit ermittelbar nach Todestagen geordnet, mit ihren aufgedruckten Namen präsent. Den schätzungsweise ca. 25.000 Opfern, deren Namen nicht bekannt sind, ist ein kleiner Raum gewidmet, in dem unbedruckte Tücher gelagert sind.

Dokumentation der der Vernichtung zugrunde liegenden Bürokratie:

In einem sehr rohen Seitenlichtraum mit Blick auf das Aschefeld und Mahnmal sind in sieben hölzernen Pultvitrinen die einzigen noch existierenden originalen Dokumente des KZs, sehr säuberlich und handschriftlich geführte Totenbücher in Schulkladden, präsentiert. In Verlängerung des Blickes durch die sechs gleichmäßig angeordneten Glastüren auf das große Feld, auf dem die Asche der im Krematorium des KZ verbrannten Toten verstreut worden ist, ließ der Künstler eine kleine Anzahl Koniferen pflanzen.

Denkmal der Täter:

In der KZ-Gedenkstätte ist ein großes, über 5 Meter langes Lagermodell von 1947/48 vorhanden, das mit großer Wahrscheinlichkeit nach Kriegsende auf Befehl der Briten von den in Neuengamme Internierten, also den ehemaligen Tätern, gefertigt wurde. Zehn Jahre zuvor mußten die Häftlinge das Lager, in dem sie umkommen sollten, selber errichten. Das Lagermodell wird im zentralen Raum des Gedenkhauses in einer Stahlvitrine präsentiert.

Denkmal für den Umgang mit Geschichte:

Mit selbem Maßstab und in gleicher Vitrine wie das Modell von 1947/48 ist 1995 durch die Stadtentwicklungsbehörde ein Modell des heutigen Zustands des Gesamtgeländes angefertigt worden. Beide Modelle werden jetzt nebeneinander in der zentralen Halle des Gedenkhauses präsentiert.

Die private "Initiative für einen Gedenkraum in Neuengamme" hat sich bereits seit Jahren für die Einrichtung des Gedenkraumes engagiert. Von ihr gesammelte zweckgebundene Spenden bildeten den finanziellen Grundstock für dieses Projekt.

Weitere Informationen über die KZ-Gedenkstätte erhalten Sie im Verwaltungspavillon, Tel. 040-7231031

Les Comités Internationaux des Camps de Concentration Nazis

Erklärung

Anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung der nationalsozialistischen Konzentrationslager erinnern die Präsidenten der Internationalen Lagerkomitees von Auschwitz-Birkenau, Buchenwald-Dora und Dora-Mittelbau, Dachau, Mauthausen, Natzweiler-Struthof, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen daran, daß der Sieg der Anti-Hitler-Koalition, zu dem die Widerstandskämpfer in Europa mit ihrem Willen, ihrer Ausdauer und ihrem Mut beigetragen haben, der Welt vor 50 Jahren das Unvorstellbare vor Augen führte: die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis. Bisher zumeist unbekannte Namen hielten ihren Einzug in die Geschichtsschreibung und wurden zum Synonym des Schreckens, des "industrialisierten" Verbrechens, der Völkermorde, der Ausbeutung des Menschen bis zum Tod.

In diesem "univers concentrationnaire", dieser Welt der Konzentrationslager, kämpften Millionen von Männern und Frauen gegen die Willkür der SS und ihrer Komplizen. In diesem Widerstand entwickelten sich Mut und Ehre, Verständnis, gegenseitige Hilfe und brüderliche Solidarität.

Die Präsidenten der Internationalen Lagerkomitees entgegnen denjenigen, die heute versuchen, diese schreckliche Realität zu leugnen und somit die Geschichte zu verfälschen, sowie denjenigen, die versuchen, die Opfer des Hitlerregimes zu spalten, daß das Verbrechen der Nazis unteilbar ist. Der Völkermord an den Juden, den Roma und Sinti, ganzen Gruppen von Kämpfern in den besetzten Ländern, die alle in den Gaskammern ermordet wurden; der Tod von Millionen von Menschen, die in den Lagern vernichtet wurden durch Arbeit, Krankheiten, Schläge, Hunger, pseudomedizinische Versuche - beides ist das Ergebnis ein und desselben diskriminierenden, rassistischen und nach krimineller Vorherrschaft strebenden Gedankengutes. Wir verbeugen uns in Erinnerung an unsere Kameraden, die Opfer wurden des von Hitlers Drittem Reich ausgeübten Staatsterrors. Unseren Idealen treu, appellieren wird an alle Völker, die Jugend Europas und der Welt, in der heutigen Zeit, in der die tödlichen Gefahren wiederaufkeimen, die Erinnerung an die mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegenden Ereignisse zu bewahren. Damals sagten wir: "Nie wieder!" Wir sagen es jetzt erneut. Auf daß sich alle willigen Kräfte vereinen und endlich Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in einem Europa und einer Welt des Friedens, der Brüderlichkeit und des Glückes triumphieren.

April 1995

(Übersetzung aus dem Französischen)

31. Die Deutsche Burschenschaft in Eisenach: Bundesregierung ehrt Rechtsextremisten

Autor: Bürokollektiv Ulla Jelpke/BuTa-Gruppe PDS · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:20

Vom 9. bis zum 11. Juni 1995 traf sich in Eisenach die Deutsche Burschenschaft zu ihrem "Wartburgfest". Die Presse titelte über diesen Burschenschaftertag: "Die schlimmsten Scharfmacher kommen aus Wien. Rechtsextreme verschrecken beim Burschenschaftstreffen die Liberalen - und drängen sie aus dem Dachverband". (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 12.6.95) Die Bundesregierung schreckte dies keineswegs ab: Sie schickte für den Aufmarsch dieses großdeutsch, völkisch und rassistisch ausgerichteten studentischen Dachverbandes ihren Mann fürs Grobe, den Staatssekretär Bernd Neumann (CDU), aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Der überbrachte "die Grüße vom Bundeskanzler" (Göttinger Tageblatt, 12.6.95) und hört sich ansonsten die rechtsextremen Tiraden unbekümmert an.

Daß Staatssekretär Neumann sich dieses Schauspiel bis zum Ende angeschaut hat, läßt darauf schließen, daß das, was ihm in Eisenach geboten wurde, auch das ist, was er und die Bundesregierung von einem derartigen Treffen erwartet hatten. Offenbar nimmt man an derartigen Tiraden schon lange keinen Anstoß mehr, weil man entweder die inhaltliche Trennschärfe zum Rechtsextremismus verloren hat. Oder man will gegen diese Gruppierung aus der Braunzone nicht vorgehen, weil sie zu einflußreich ist. Immerhin haben die Deutschen Burschenschaften 108 Bünde, in denen 20.000 Mitglieder organisiert sind. Und die sitzen mit an entscheidenden Stellen in diesem Staat.

Bombenstimmung

bei rechtsextremen Tiraden

Die Verhandlungen des Burschenschaftertages in Eisenach fanden in dem üblichen Rahmen statt: Studentische Korporierte, angetreten in vollem Wichs, ausstaffiert mit Fahnen und Degen, mit Mützen und Bändern. Ihre Uniformen und die Schmisse auf den Backen symbolisieren Tradition, "Wehrhaftigkeit" und "Ehrgefühl". Sie symbolisieren aber auch den Ungeist, dem sie huldigen. Der "Rückruf in die Geschichte", so der Titel eines Buches des Theoretikers der Neuen Rechten, Karl-Heinz Weißmann, das mittlerweile zu einem Standardwerk in rechtsextremen Kreisen geworden ist - hier ist er leibhaftig nachzuvollziehen.

Und wirklich, hier war der "Rückruf": Als wäre man in die Zeiten der Weimarer Republik zurückversetzt. Da beruft man sich auf alles, was schon die Demokratie vor 70 Jahren zu Fall brachte: Die Burschenschafter sind wieder Anhänger der Vordenker einer "Konservativen Revolution", jener Theoretiker, die schon in Weimar mit ihrer antidemokratischen und völkischen Programmatik die geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus waren. Da zeigt man sich großdeutsch: Den Anschluß der "Ostmark" hat man fest im Blick und im eigenen Verband schon vollzogen, die österreichischen Burschenschaften sind selbstredend Mitglied im Dachverband. Da tritt man vor allem "wehrhaft" und militaristisch auf. Geändert hat sich in den letzten 70 Jahren wahrlich nicht viel: Als wär's aus einem Stück von Kurt Tucholsky oder Heinrich Mann.

Vor und während des Wartburgfestes bestimmte zunächst die Frage, ob Wehrdienstverweigerer Mitglied in den Burschenschaften sein können, eine große Rolle. Schon vor dem Burschenschaftstag waren die Hannoveraner Burschenschaften "Alt-Germania" und "Teutonia" aus dem Dachverband gedrängt worden, weil sie Zivildienstleistende in ihren Bünden geduldet hatten. Dies widerspricht der angestrebten "Wehrhaftigkeit" eklatant. In der Generaldebatte wurde ein klares Bekenntnis gegen "Drückeberger" und für die "Verteidigung des Vaterlandes" abgelegt. Die ganze Argumentation der Burschenschafter läuft darauf hinaus, daß man das Recht des Stärkeren einfordert und daß man den Militarismus gegen die Völkerverständigung setzt.

Nicht umsonst - so die Logik der überwiegenden Mehrheit der anwesenden Korporierten - waren die Vorväter in den beiden Weltkriegen für Deutschlands imperiale Kriegspläne "mit Hurra in den Tod" gestürmt. Das Gedenken für diese Kriegstoten bildete auch wieder den feierlichen Rahmen für den diesjährigen Burschenschaftstag. Mit Fackeln und Fahnen zog man zum Burschenschaftsdenkmal auf die Wartburg. Ein Trompeter spielt "Ich hatt` einen Kameraden", und die versammelten Burschenschafter intonieren

anschließend alle drei Strophen des Deutschlandliedes: "Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt". Und das ist für sie Programm.

Die rechtsextreme Burschenschaft "Olympia Wien" forderte zur Ehrung der Soldaten aus Hitlers Armeen anläßlich der "vor 50 Jahren erfolgten Kapitulation der Deutschen Wehrmacht eine einmalige Anerkennungszahlung von 1000 Mark für jeden noch lebenden deutschen Frontkämpfer". (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 12.6.95). Überhaupt erwiesen sich die Burschen der "Olympia Wien" als rechtsextreme Scharfmacher. Sie gaben an, in der "Freiheitlichen Partei" die wichtigen Positionen besetzt zu haben. Ihre Angriffe gegen den "Liberalismus" fanden auch bei anderen Burschenschaftern lebhaft Anklang. Gegenüber der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" äußerte ein Mitglied der "Cimbria München": "Die Liberalisierungen schwächen uns nur."

Diese rechtsextreme Ausrichtung führte dazu, daß die Göttinger Burschenschaft "Brunsviga" aus dem Dachverband austreten wollte, da ihre Mitglieder die Diskussion darüber leid waren, "ob Österreich zum deutschen Volk gehört". Der Dachverband kam dem Austritt zuvor und schloß die "Brunsviga" aus. Mitglieder dieser örtlichen Burschenschaft wurden am nächsten Tag unter dem tosenden Applaus und begleitet von Pöbelei der Burschen vom Sprecher der Deutschen Burschenschaft, Hans-Uwe Korell, aus dem Saal gewiesen.

Als Gastredner trat auf dem Burschentag der einschlägig bekannte Braunzonen-Vertreter, der Politikprofessor Klaus Hornung auf. Hornung ist Mitglied im "Studienzentrum Weikersheim" und Verfasser von Schriften des rassistischen "Schutzbundes des deutschen Volkes". Er spornte die neurechte Staatsverdrossenheit an, agitierte gegen die parlamentarische Demokratie und wetterte gegen den "totalitären Anspruch" von Parteien und Presse. Damit knüpfte Hornung an die in diesen neurechten Kreisen beliebte Demokratie-Kritik an, nach der ein Ausweg aus dem "Parteien-Staat" nur in autoritären Staatsmodellen bestehen kann.

Ein weiterer Schwerpunkt von Hornungs Rede war die ideologische Flankierung der "Anti-Antifa"-Kampagne. Hornung warnte vor der "Machtergreifung eines neuen antifaschistischen Tugendterrors". Eine treffliche Formulierung für das, wofür Hornung steht: Auch in Anbetracht der Verbrechen des NS-Staates sieht Hornung es nicht als Tugend an, ein Gegner des Faschismus zu sein. Schlimmer: Der Antifaschismus soll diffamiert werden, um so die politischen Spielräume für neofaschistische Gruppierungen, Zeitungen und Denkfabriken zu erweitern.

In ihren Verhandlungen auf dem Burschenschaftertag legten die Versammelten ein klares Bekenntnis zum Rassismus ab. Die Burschenschaft "Olympia Wien" forderte die "sanfte Rückführung der Ausländer". (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 12.6.95) Auf einer Pressekonferenz am 10.6. in Eisenach wurden die Vertreter der Deutschen Burschenschaft noch deutlicher. Hier führte Ralf Schröder (Burschenschaft "Thuringia-Braunschweig"), neben dem Pressesprecher der Deutschen Burschenschaft, Rüdiger Klein ("Hohenheimia-Stuttgart"), aus, daß die Burschenschafter gegen ein "multikulturelles Deutschland" seien. Am Beispiel der USA könne man nach Ansicht Schröders sehen, wohin dies führe: "Das Zusammenleben von Schwarzen und Weißen klappt doch da überhaupt nicht." Das "beispiellose Vermischen von Kulten" führe zu "Kulturlosigkeit". "Wir sind gegen kulturelle Überfremdung", so Schröder weiter, der damit offen zum Ausdruck brachte, daß er der Theorie der "Rassereinheit" anhängt. Von JournalistInnen darauf angesprochen, daß er sich der Terminologie des ehemaligen REP-Chefs Schönhuber bediene, antwortete er, er könne doch nichts dafür, "wenn Schönhuber Begriffe aufgreife, die auch andernorts verwendet" würden. (Mitteldeutsche Allgemeine, 12.6.95).

Natürlich sind die Burschen auch in anderen Fragen inhaltlich und in der Wortwahl mit den neofaschistischen REPs im Gleichklang. Der Sprecher der Deutschen Burschenschaft, Hans-Uwe Korell, erläuterte vor der Presse die Beschlußlage des Verbandes: Trotz der 1990 mit den "alliierten Siegermächten" geschlossenen Verträge würden die "ehemaligen deutschen Ostgebiete eben deutsch sein und bleiben". Korell im Originalton: "Für mich persönlich hört deutsches Gebiet nicht an Oder und Neiße auf." (Mitteldeutsche Allgemeine, 12.6.95). In klassisch neofaschistischer Weise wird hier der völkerrechtswidrige Anspruch auf polnisches Staatsgebiet wachgehalten.

Auch in der Frage der Rolle der Frau in der Gesellschaft sind die Burschenschafter ihrer Tradition treu geblieben. Frauen dürfen nach wie vor nicht Mitglied im Verband werden. Auf der Pressekonferenz löste die

Frage nach der Mitgliedschaft von Frauen "allgemeines Schmunzeln" aus. Ein weiterer Sprecher der Deutschen Burschenschaft, Wolf-Uwe Görres ("Liberta Brünn zu Aachen"), erklärte: "Für die nächsten Jahrzehnte bestünden da sicher keine Möglichkeiten". Man wüßte auch gar nicht, "wie man sie bezeichnen sollte: Burschinnen etwa?" (Mitteldeutsche Allgemeine, 12.6.95)

Angesichts solcher Einstellungen ist es dann auch kein Wunder, daß die Mitgliedschaft in neofaschistischen Parteien wie etwa der REP, der DVU oder NPD durchaus mit der Mitgliedschaft in der Deutschen Burschenschaft vereinbar ist. Der Sprecher der Deutschen Burschenschaft erklärte, "wer sich zu diesen Parteien bekenne, könne schon Mitglied bei den Burschenschaften sein, ein Grund zum Ausschluß sei es nicht." Und Korell weiter, nach dem er diese für die Burschenschaften selbstverständliche Toleranz für Neofaschisten dargelegt hatte: "Ich zum Beispiel bin konservativ, und wir lassen uns nicht gern in eine rechte Ecke stellen - können Sie mir überhaupt erklären, was eigentlich ‚rechts` ist, ich weiß es nicht."

Vom Verfassungsschutz

als rechtsextrem eingestuft

Obwohl sich Korell und seinesgleichen nicht gerne in die rechte Ecke stellen lassen wollen, das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) hat es getan. Erstmalig werden hier Teile der Burschenschaften als rechtsextrem eingestuft. Das Hamburger LfV hat das u.a. damit begründet, daß rechtsextremes und von der Neuen Rechten "inspiriertes Gedankengut" innerhalb einzelner "traditioneller Studentenkorporationen zunehmend auf fruchtbaren Boden" fällt, und zwar "insbesondere bei einzelnen Burschenschaften". Das LfV führt weiter aus: "Dabei vermischen sich in Einzelfällen rechtsextremistische Bestrebungen mit studentischer Brauchtumspflege und burschenschaftlichen Idealen zu einer insgesamt nationalistisch orientierten Gemeinschaft. Missionarisches Eintreten für die ‚nationale Sache`, Sympathien für den Nationalsozialismus und wechselweise gegenseitige personelle Durchlässigkeit gegenüber einschlägigen rechtsextremistischen Gruppen und Organisationen wurden punktuell - auch in Hamburg - erkennbar." (Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, Verfassungsschutzbericht 1994, S. 120).

Das Hamburger LfV geht in seinem Bericht auch sehr ausführlich auf die Ideologie der Neuen Rechten ein, der sich beachtliche Teile der Deutschen Burschenschaften verbunden fühlen. Hierzu zählt das LfV vor allem das Sich-Berufen auf die Tradition der "Konservativen Revolution" und deren antidemokratisches Denken, ihren "Ethnopluralismus" und ihr "sozio-biologistisches Weltbild". Besonders neurechte Zeitungen wie die "Junge Freiheit" (die mittlerweile vom nordrhein-westfälischen LfV als rechtsextrem eingestuft und vom Hamburger LfV zu den neurechten Zeitungen gezählt wird) und die österreichische "Aula" transportieren diese Ideologie. In Burschenschafter-Kreisen gelten sie als Theorieorgane.

Polizeiaktion gegen die "Aula"

Nach dem Bombenanschlag im österreichischen Oberwart, bei dem vier Roma ums Leben kamen, ermittelten die österreichischen Sicherheitsbehörden auch gegen akademische Kreise. Besonders gegen die LeserInnen der Zeitung des "Freiheitlichen Akademiker Verbandes Österreichs", die "Aula", richteten sich die Ermittlungen der Polizei. Vor allem geriet die "Aula" in Verdacht, daß der/die Täter in ihrem LeserInnenkreis zu suchen sind, weil in der "Aula" Hetzartikel gegen "Zigeuner" abgedruckt waren (u.a. verfaßt von dem einschlägig bekannten Rechtsextremisten Nikolaus von Preradovich) und weil die Terminologie der Bekennerschreiben teilweise auf burschenschaftliche Kreise hindeutet. Überdies haben gerade die österreichischen Burschenschaften auf dem Gebiet des Rechtsterrorismus eine lange Tradition. So waren einzelne Burschenschaften, vor allem die "Olympia Wien", an Bombenanschlägen in Italien beteiligt, um den Südtiroler Separatismus zu fördern.

Die Polizei beschlagnahmte die LeserInnenkartei der "Aula" und begann damit, Leser der Zeitung zu verhören. In einer Protesterklärung des Burschenschaftlichen Rates gegen die Polizeiaktion heißt es u.a.: "Wer die burschenschaftliche Bewegung trotzdem der geistigen Mittäterschaft zu den feigen Mordanschlägen bezichtigt, hat ein beachtliches Defizit an politischer Bildung zu vertreten, oder stellt diese Behauptung auf, um den politischen Andersdenkenden zu diffamieren." (Aula 3/95)

Die folgende Ausgabe enthielt eine vierseitige Beilage als "Aula-Dokumentation". Dokumentiert wurde hier u.a. eine Resolution von studentischen Korporationen, u.a. auch unterzeichnet von der "Olympia Wien", gegen die

"zur Zeit stattfindende beispiellose Diffamierungskampagne gegen die nationalliberalen studentischen Korporationen Österreichs". Flankenschutz bekommen die Korporierten auch von der FPÖ.

Die "Aula" steht nach der Beurteilung des "Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands" (DÖW) im engen organisatorischen Zusammenhang mit den "deutschnationalen Burschenschaften Österreichs", die "ein wichtiges intellektuelles Nachwuchsreservoir nicht nur der FPÖ, sondern einer ganzen Reihe rechtsextremer und selbst neonazistischer Gruppierungen sind". (DÖW, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1993, S. 122).

Trotz alledem:

Der Kanzler läßt schön grüßen

Auch wenn die Burschenschaften so nach und nach bei einzelnen in- und ausländischen Sicherheitsbehörden in Verruf verraten, bei der Bundesregierung genießen sie weiter einen guten Leumund. Schon in der Vergangenheit hat die Bundesregierung die Deutschen Burschenschaften vor antifaschistischer Kritik in Schutz genommen und selbst bei den Rechtsaußen dieses Verbandes wie der Münchner Burschenschaft "Danubia" keine rechtsextremen Bestrebungen ausmachen können. Folgerichtig taucht dieser Verband auch nicht im Verfassungsschutzbericht des Bundes auf.

Trotz der veränderten Beurteilung der Korporationen durch die Sicherheitsbehörden hat die Bundesregierung beschlossen, Staatssekretär Bernd Neumann aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft mit einer Grußbotschaft des Bundeskanzlers auf das Wartburgfest in Eisenach zu schicken. Man hat sich in Bonn also entschieden, ein hohes Maß an Solidarität mit dieser rechtsextrem durchsetzten Organisation zu zeigen. Im Gegensatz zu dem Sprecher der Deutschen Burschenschaft weiß die Bundesregierung sehr wohl, was heute "rechts" ist. Mit dem nötigen Fingerspitzengefühl hat man den Mann fürs Grobe geschickt. Neumann hatte sich in der Vergangenheit für derartige Auftritte empfohlen. 1977 drohte er öffentlich an, die Gedichte des antifaschistischen jüdischen Schriftstellers Erich Fried verbrennen zu wollen. Eine antifaschistische Ausstellung in Bremen zum 50. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung torpedierte er, weil hier auch die Rolle des kommunistischen Widerstandes dokumentiert war.

So kommt zusammen, was zusammen gehört!

Bürokollektiv Ulla Jelpke

(Bundestagsgruppe PDS)

32. Gutschriften für die Klimasünder

Autor: Anke Herold, Robin Wood · Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:10

Ganz oben auf der Tagesordnung des Klimagipfels in Berlin stand der Streit um CO2-Kompensationsgeschäfte zwischen den Industriestaaten und dem Rest der Welt - im Konferenzjargon Joint Implementation genannt. Der Verhandlungsmarathon endete mit dem Beschluß, die "gemeinsame Umsetzung" während einer Pilotphase erst einmal zu testen.

Joint Implementation bedeutet, daß Regierungen oder private Unternehmen aus den Industriestaaten in Klimaschutzmaßnahmen in China, Brasilien oder Malaysia investieren. Das gesparte Kohlendioxid (CO2) wird dann als Gutschrift auf dem Klimakonto der Sponsoren verbucht. Die Emissionen zu Hause müssen entsprechend weniger gesenkt werden.

Begründet wird diese Vorgehensweise damit, daß Klimaschutz im Osten und Süden billiger sei als zu Hause und zuerst dort investiert werden solle, wo die Gelder die größte CO2-Minderung bewirken. So sei es z.B. drei- bis fünfmal günstiger, eine Tonne CO2 in einem chinesischen Kohlekondensationskraftwerk einzusparen als in den Industrieländern, wo der technische Wirkungsgrad der Kohlekraftwerke um ein Drittel höher liegt. Gleichzeitig wird der steigende Energiebedarf der Entwicklungsländer im nächsten Jahrtausend ins Feld geführt. Mehr als 45% der weltweiten CO2-Emissionen sollen in 15 Jahren aus dem Süden stammen. Schon heute müßten daher internationale Maßnahmen ersonnen werden, um den Energieverbrauch und den Treibhausgas-Ausstoß vom Bevölkerungswachstum zu entkoppeln, meinen die BefürworterInnen der Kompensationsregelungen.

Fragwürdiger "Ablaßhandel"

Akteure der in Rio unterzeichneten Klimakonvention sind Staaten, nicht einzelne Unternehmen. Bisher bleibt relativ unklar, was die Konzerne, die in CO2-mindernde Maßnahmen im Ausland investieren, von ihren nationalen Regierungen bekommen und wie diese Maßnahmen auf das nationale "Klimakonto" angerechnet werden. Im EU-Richtlinienentwurf über eine kombinierte Energie-/CO2-Steuer sollen die Unternehmen durch Steuerersparnisse und -rückerstattung von den Klimainvestitionen entschädigt werden.

Als "Ablaßhandel" verurteilen einige Entwicklungsländer und die hiesigen Umweltverbände das Konzept. Auf das Konto der reichen Länder gehen 80% des bisher in die Atmosphäre geblasenen Kohlendioxids. In Rio haben sich die OECD-Staaten verpflichtet, ihren Treibhausgas-Ausstoß auf das Niveau von 1990 zurückzufahren. Kaum eine Regierung ist jedoch bereit, dieses Versprechen einzuhalten. Deshalb muß im Ausland eingespart werden, wenn im Inland die Emissionen steigen. Zu den größten Verfechtern zählen die USA und Australien. Diese Staaten zeichnen sich dadurch aus, daß sie am meisten CO2 pro Einwohner produzieren und daß sie sich vehement weigern, einer verbindlichen Senkung ihrer enormen Emissionen zuzustimmen. Sie haben die Debatte um die "gemeinsame Umsetzung" eröffnet, um von ihren eigenen Reduktionspflichten abzulenken.

In der Diskussion spiegelt sich der globale Konflikt um ökologischen Lebensraum und die Ressource Umwelt wider. Wer darf angesichts einer begrenzten Aufnahmekapazität wieviel Treibhausgase in die Atmosphäre blasen? Für Sunita Narein vom Institute for Science and Environment in Neu-Delhi haben die Industrieländer große Teile des ökologischen Kapitals vom Süden geliehen. Mit seinem immensen Ausstoß von Treibhausgasen oder ozonzerstörenden Substanzen übernutzt der Norden die ökologischen Lebensgrundlagen und wird zum Schuldner gegenüber den weniger entwickelten Ländern. Dafür müssen die reichen Länder ihrer Meinung nach auch zahlen.

Auch die hiesige Wirtschaft hat sich Joint Implementation auf die Fahnen geschrieben. Für die großen Energieversorgungsunternehmen (EVU) und Anlagenbauer ist das Kompensationskonzept ein geradezu geniales Instrument: Sie können einerseits indirekt ihre Exporte in den Süden und Osten subventionieren und dort einen Fuß in die Tür zu neuen Märkten setzen. Gleichzeitig verhindern die EVUs, daß zu Hause in großem Umfang in Energiesparmaßnahmen investiert wird, da die CO2-Reduktionspflichten über Kompensationsprojekte erfüllt werden können. Auch Energiesteuern sind nach Ansicht der deutschen Industrie

unnötig, wenn so schöne Instrumente wie Joint Implementation zur Treibhausgasminderung zur Verfügung stehen.

Fragwürdige Strategie

Der Grundgedanke hinter der Strategie - beim ersten Hinhören so einleuchtend - hält einer genaueren Analyse nicht stand. Joint Implementation ist nicht die kosteneffiziente Alternative als die es gepriesen wird. An preiswerten CO2-Reduktionsmöglichkeiten in den Industrieländern mangelt es keineswegs. Zahlreiche Studien haben enorme Potentiale für Energieeinsparungen aufgezeigt. Dabei werden nicht nur CO2-Emissionen vermieden, sondern auch Energiekosten gespart: Am Ende bleibt sogar mehr Geld im privaten Portemonnaie oder der Staatskasse. "No regret"-Optionen lautet der neudeutsche Begriff für diese Maßnahmen, die keinem weh tun. Eine Studie des Stockholmer Environmental Institute zeigt, daß diese Politik weitaus billiger ist als Kompensationsregelungen mit Entwicklungsländern. Allerdings muß für eine konsequente Energiesparpolitik endlich der massive Widerstand der Energieversorger und der Wirtschaft überwunden werden, der seit Jahrzehnten die Energie- und Verkehrswende blockiert.

Der angebliche Kostenvorteil der CO2-Senkung im Ausland kann auch rasch von den hohen Kosten für Information, Verhandlungen und Kontrolle aufgezehrt werden, die bei den Kooperationen entstehen würden. Aus diesem Grund lohnen sich Investitionen auf internationaler Ebene nur für Großkonzerne, wenn sie in große Projekte investieren. Atomfirmen hoffen beispielsweise auf neue Aufträge aus Entwicklungsländern für ihre "CO2-freien" Kraftwerke, die mit Hilfe von Joint Implementation leichter zu finanzieren sind. Vor allem die Umrüstung von AKWs im ehemaligen Ostblock lockt die westlichen Atomfirmen schon lange; die "gemeinsame Umsetzung" könnte dazu beitragen, diesen Wunsch schneller zu verwirklichen. Solarenergie, Windkraft, Biomasse und dezentrale Versorgungsstrukturen bleiben wieder einmal auf der Strecke. Die Industrieländer kaufen sich mit dem Export ihrer "Status-quo-Technologie" von den notwendigen technologischen Neuerungen im Energie- und Verkehrssektor frei.

Die praktische Umsetzung von Joint Implementation birgt mehr neue Probleme als Lösungen: Wie soll die Treibhausgaseinsparung der Projekte berechnet und überwacht werden? Wie verhindert man Trittbrettfahrer, die sich Emissionsminderungen für Projekte anrechnen lassen, die sie ohnehin getätigt hätten? Entweder ist dazu eine teure Bürokratie notwendig oder man verzichtet auf Kontrolle. Wer haftet, wenn ein Projekt mißlingt und die versprochene Kohlendioxid-Minderung ausbleibt? Um den Klimanutzen eines Projektes zu berechnen, muß der CO2-mindernde Effekt des Projektes mit einem "Weiter-wie-bisher"-Szenario verglichen werden und ein Ausgangspunkt, die sogenannte "baseline", als Vergleichsgrundlage herangezogen werden. Doch Daten über Emissionen und Treibhausgas-Senken sind in vielen Staaten des Ostens und Südens Mangelware. Zum Teil wissen die Kraftwerksdirektoren nicht einmal genau, wieviel Strom und Wärme ihre Anlagen genau produzieren und wer davon wieviel bekommt.

Pilotphase hat begonnen

Die Projekt-Praxis hat trotz aller politischen und wissenschaftlichen Einwände längst begonnen. Doch die Kraftwerke in China oder Rußland bleiben so ineffizient wie bisher, in diesem Bereich gibt es kaum Pilotprojekte. Die meisten der laufenden Pilotprojekte sind Maßnahmen im Forstsektor, die CO2-Senken schaffen sollen. Der US-Energieversorger AES (Applied Energy Services) investierte beispielsweise zwei Mio. US-Dollar in ein Agroforst - und Aufforstungs-Projekt in Guatemala, um die CO2-Emissionen seines neuen 180 Megawatt-Kohlekraftwerks in Connecticut auszugleichen. 40.000 Bauern in Guatemala sollen dazu gebracht werden, in zehn Jahren 52 Mio. Bäume zu pflanzen. Die Bäume fixieren Kohlendioxid in ihrer pflanzlichen Biomasse, dadurch werden 15 Mio. Tonnen Kohlenstoff aus den Kraftwerksschloten in den USA wieder der Atmosphäre entzogen - so die Kalkulation des Energiekonzerns. Der niederländische Energieversorger Dutch Electricity Generating Board hat sich für den gleichen Zweck einen anderen Dritte-Welt-Partner gesucht und 1991 eigens dafür die Stiftung FACE (Forest Absorbing Carbon Dioxide Emissions) gegründet. Aufforstungen in Malaysia sollen die Emissionen eines großen holländischen Kohlekraftwerks, das eine Lebensdauer von 25 Jahren haben soll, schlucken. In der ersten Pilotphase werden dazu auf 2.000 Hektar in Sabah Bäume gepflanzt, in den nächsten 25 Jahren sollen insgesamt 26.000 Hektar folgen. Plantagen in einer ähnlichen Größe sind in Rußland geplant: 700 Kilometer südöstlich von Moskau, in der Saratow- und Wolgograd-Region, will Tenaska 20.000 Hektar mit Baumplantagen bestücken. Das erste Projekt soll eine "hochproduktive,

ökologisch wertvolle" Kiefern-Plantage von 900 Hektar hervorbringen. Mit dem hohen ökologischen Wert von Kiefern-Monokulturen hatten ÖkologInnen bisher aber ihre Probleme.

Für die Pilotphase, in der demonstriert werden soll, daß die Aufforstungsprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern tatsächlich die billige Klimaschutz-Maßnahme sind, als die sie verkauft werden, picken sich die investierenden Unternehmen die Rosinen aus dem Projektkuchen. So zahlt der US-Energieversorger AES in Guatemala mit zwei Mio. US-Dollar nur ein Siebtel der Projektkosten, 1,2 Mio. Dollar kommen von der guatemaltekischen Regierung, die Hilfsorganisation CARE spendet 1,8 Mio. Dollar und weitere Hilfsorganisationen füllen den 14 Millionen-Projekttopf auf. Dabei wird in diesem Projekt weder Land gekauft, noch werden die Pflanz- und Pflegearbeiten für die Bäume bezahlt. Gepflanzt wird auf Gemeinschaftsland oder privatem Land von Kleinbauern, diese sollen die Arbeiten ohne Entgelt ausführen. Am Ende wird sich die Kosten-Nutzen-Bilanz sehen lassen können, kein Wunder bei diesen einmalig günstigen Projektbedingungen.

Gefördert werden zumeist riesige Baum-Monokulturen und es kann kaum überprüft werden, wieviel Kohlendioxid die neuen Plantagen tatsächlich schlucken. Was passiert, wenn der aufgeforstete Wald abbrennt? Wem gehören die Bäume in Guatemala oder Malaysia in 30 Jahren und wer darf sie wie nutzen? Diese Frage ist auch die Ursache dafür, daß die potentiellen "Gastländer" für Joint Implementation skeptisch auf den neuen Projektboom blicken. Sie fürchten um ihre nationale Souveränität. "Öko-Kolonialismus" lautet ihr Urteil über die Kompensationspläne. Daß diese Befürchtungen nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigt ein Pilotprojekt aus Ecuador. Dort schließt FACE mit Kleinbauern Verträge mit 99jähriger Laufzeit. Diese verpflichten sich, Bäume auf ihrem Land zu pflanzen und bekommen dafür 130 Dollar pro Hektar, zunächst erst einmal auf Kredit. Wenn die Bäume während der hundertjährigen Vertragszeit genutzt werden, müssen die Bauern die Wiederaufforstung aus eigener Tasche bezahlen. Wenn die Kinder und Enkel der Landbesitzer dies nicht tun, kann das Land konfisziert werden.

Die afrikanischen Staaten fürchten, daß sie nicht in der Lage sein werden, die Projekte zu beobachten, geschweige denn zu überwachen. In vielen afrikanischen Ländern weiß der Staat nicht, was die "Privatwirtschaft" treibt. Bestes Beispiel: Bei der letzten Vorverhandlungsrunde in New York präsentierten Projektbetreiber die ersten Joint-Implementation-Initiativen und die überraschten Delegierten aus Uganda erfuhren, daß auch in ihrem Land bereits ein Pilotprojekt läuft.

Natürlich gibt es auch positive Beispiele unter den bisher gestarteten Joint Implementation-Projekten. Das Ziel der Pilotphase besteht darin, den Widerstand zu brechen und die Kritiker zu überzeugen. Da erstaunt es fast, daß eine ganze Reihe von Projekten dennoch auf den ersten Blick im Widerspruch zu Kriterien nachhaltiger Entwicklung stehen und ohne lokale Beteiligung ablaufen. Außerdem müßte stärker ins Bewußtsein gerückt werden, daß die Industriestaaten an der Vernichtung von CO2-Senken beteiligt sind. Konzerne aus den reichen Ländern holzen immer noch in vielen Ländern große Landstriche ab. Gleichzeitig können die Firmen künftig in Joint Implementation-Projekte investieren und bekommen dafür CO2-Gutschriften, ungeachtet ihrer zerstörerischen Aktivitäten. Wenn schon international kompensiert werden soll, dann müßten auch die klimaschädigenden Aktivitäten der Industrieländer in Entwicklungs- und Schwellenländern mit "Schlechtschriften" vergütet werden, die dann auf die nationalen Reduktionsziele aufgeschlagen werden.

Widersprüchliche Einschätzungen

Bis zur Berliner Konferenz wollten die meisten Entwicklungsländer zumindest offiziell nichts von der "Gemeinsamen Umsetzung" wissen. Gleichzeitig verhandelten sie aber bereits emsig über konkrete Projekte. Schon die erste Debatte während der Klimakonferenz zeigte, daß viele Entwicklungsländer inzwischen möglichst rasch die angekündigten Projektgelder fließen lassen wollen. Der Meinungsumschwung der PolitikerInnen aus dem Süden hängt nicht zuletzt mit der intensiven Lobbyarbeit der multinationalen Konzerne zusammen.

Die Natur- und Umweltschutzverbände sind auf internationaler Ebene uneinig, wie das Konzept beurteilt werden soll. Die europäischen Verbände lehnen Joint Implementation weitgehend ab und betonen die Verantwortung der Industrieländer für die Treibhausgasemissionen, von der die Kompensationsstrategien ablenken sollen. Dagegen hat der Environmental Defense Fund, einer der größten Umweltverbände in den USA, bereits fünf eigene Kompensationsprojekte in Costa Rica, Indien und Rußland in Angriff genommen und

stellte diese bei einem gemeinsamen Workshop mit dem International Chamber of Commerce während der Berliner Klimakonferenz vor.

Mit dem Berliner Beschluß über den Start einer Pilotphase können die Projekte nun anlaufen. Für die Pilotphase werden jedoch noch keine CO2-Gutschriften gewährt, was nicht ausschließt, daß einzelne Staaten Unternehmen, die in Joint Implementation-Projekte investieren, belohnen. Die Klimarahmenkonvention verpflichtet die Industriestaaten zu Technologie- und Finanztransfers an die armen Länder. Die Pflicht zu Technologie-Transfer kann laut Berliner Beschluß auch über Joint Implementation erfüllt werden. Diese Verknüpfung von Technologie-Transfer mit Joint Implementation in einem offiziellen Beschluß ist ein Novum. Dadurch erhalten Befürchtungen der Entwicklungsländer neue Nahrung, daß die Mittel im Rahmen der Kompensationsgeschäfte an die Stelle bisheriger Hilfsverpflichtungen treten und daß Finanzhilfe und Technologie-Transfer künftig nur noch mit Gegenleistung in Form von "CO2-Gutschriften" erhältlich sind. Sowohl Projekte, die Treibhausgase an der Quelle beseitigen, als auch die Schaffung von CO2-Senken sind in der Pilotphase erlaubt: Beschränkungen oder auch nur Kriterien oder Leitlinien für die Projektauswahl gibt es nicht, die Pilotphase soll möglichst offen und frei für alle Möglichkeiten sein. Nicht ganz einsichtig ist jedoch, daß auch auf Kontrollmaßnahmen verzichtet wird und kaum Berichtspflichten bestehen. Die Parteien werden lediglich "ermuntert", auf der nächsten Vertragsstaatenkonferenz über die Projekte zu berichten. Ob sich die Betreiber dadurch gezwungen sehen, auch über Fehlschläge und mißlungene Projekte Auskunft zu geben? Das Ende der Pilotphase ist ebenfalls offen. Ziel ist jedoch, so schnell wie möglich Joint Implementation in der Klimakonvention zu verankern.

Was steht demnächst zu erwarten? Nachdem schon während der Berliner Konferenz die vielen Waldprojekte zum Teil massiv kritisiert worden sind, werden künftig wahrscheinlich mehr Projekte im Energiesektor anlaufen. Die Welt ist auch bezüglich Joint Implementation bereits aufgeteilt: Während sich die USA vor allem in Lateinamerika engagieren, blicken die europäischen Konzerne und Regierungschefs vor allem gen Osten. Die politischen Einwände gegen Joint Implementation können durch Pilotprojekte kaum ausgeräumt werden. Und daß eine Pilotphase von zwei bis drei Jahren die beschriebenen praktischen Schwierigkeiten klären kann, ist ebenfalls unwahrscheinlich. Der diplomatische Trick ist jedoch geschickt: Ohne grundsätzliche Diskussion kann schon mit Joint Implementation begonnen werden, und hinterher sind dann die Sachzwänge und Lobbies geschaffen, die zum Weitermachen zwingen.

Anke Herold, Robin Wood

33. Global & lokal handeln! Das Klima-Bündnis europäischer Städte mit den idigenen Völkern des Regenwaldes

Das Klima-Bündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern des Regenwaldes

Autor: hhH, Berlin · Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:11

Anläßlich der Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimakonvention zog es auch das "Klima-Bündnis" nach Berlin. An drei Tagen reflektierte dieser zweisprachig - in deutsch und spanisch - eingetragene Verein mit Sitz in Frankfurt a.M. Erfahrungen mit kommunalem Klimaschutz. Neben Vertreterinnen und Vertretern einer Reihe europäischer Kommunen waren auch zwei Repräsentanten der "Koordination der Indigenen Völker des Amazonasbeckens" COICA mit von der Partie, die um Unterstützung für ihren Beitrag zum gemeinsamen Ziel "Klimaschutz" warben. Wie geht das zusammen? Was ist das für ein merkwürdiges "Klima-Bündnis"? Und was bitteschön ist daran aus linker Sicht erwähnenswert?

Was ist das Klima-Bündnis?

Im August 1990 beschlossen Vertreterinnen & Vertreter europäischer Städte und Gemeinden und der indigenen Völker Amazoniens, "nicht länger auf internationale Vereinbarungen der Regierungen zu warten, sondern vor Ort gezielte und konkrete Maßnahmen einzuleiten, um die klimagefährdenden Emissionen zu verringern und zum Erhalt der Regenwälder beizutragen." (1) Dem "Klimabündnis europäischer Städte und Kommunen mit den indigenen Völkern des Regenwaldes e.V." sind bis heute über 400 Kommunen aus zehn europäischen Ländern beigetreten. Neben der COICA, die Mitinitiatorin und -gründerin des Klima-Bündnisses war, steht der Verein inzwischen auch anderen Verbänden indigener Regenwaldvölker Asiens und Afrikas offen. Der Beitritt der jüngst in Malaysia gebildeten "Internationalen Allianz der indigenen und in Stämmen lebenden Völker der Regenwälder" wird angestrebt. Europäische oder örtliche nichtstaatliche Organisationen können als assoziierte Mitglieder mitarbeiten.

Kernpunkte des Klima-Bündnisses sind die Ankündigung der Kommunen, die eigenen CO2-Emissionen bis zum Jahr 2010 zu halbieren, in öffentlichen Gebäuden und bei öffentlicher Bauförderung den Gebrauch von FCKW und Tropenholz zu untersagen und die indigenen Völker des Regenwaldes bei deren Bemühungen zu unterstützen, ihre Lebensgrundlage zu erhalten. Als zentrale Aufgabe gibt der Verein "die Erstellung kommunaler Klimaschutzprogramme und die gegenseitige Unterstützung der Kommunen bei deren Verwirklichung" an. Weiter möchte er "den indigenen Völkern der Regenwälder ein gemeinsames Forum bieten" sowie "lokale Strategien weiterentwickeln und gemeinsam auf eine Verbesserung der energie- und verkehrspolitischen Rahmenbedingungen hinwirken."

In seiner Deklaration zur Berliner Vertragsstaatenkonferenz beklagt das Klima-Bündnis das Fehlen konsequenter Maßnahmenprogramme auf nationaler Ebene und fordert eine angemessene Anerkennung und Unterstützung der Städte und Gemeinden. Deren Anstrengungen würden entscheidend behindert "durch eine Energiepolitik, die riskanten und wenig effektiven Großtechnologien immer noch Vorrang einräumt und Einsparungen bestenfalls halbherzig fördert, durch eine Verkehrspolitik, die die Klimakiller Flug- und Autoverkehr immer weiter anwachsen läßt, durch eine Finanz- und Steuerpolitik, die die Folgekosten des Energieverbrauchs unberücksichtigt läßt und zudem den Handlungsspielraum der Städte und Kommunen immer weiter einschränkt".

Defizite und Chancen

des Klima-Bündnisses

Natürlich müßte hinzugefügt werden, daß beispielsweise eine Verkehrspolitik, die die "Klimakiller" Flug- und Autoverkehr weiter anwachsen läßt, von nicht wenigen Klima-Bündnis-Städten selbst betrieben wird. Fragwürdig ist weiterhin der Satz in der Deklaration zum Berliner Gipfel, wonach "in den Kommunen die Verbesserung der städtischen ökologischen Lebensbedingungen im Zentrum steht", während "die Völker der Regenwälder durch ihren Kampf für die Erhaltung ihrer unmittelbaren Umgebung zum Klimaschutz beitragen." Diese Passage zeichnet ein verklärtes Bild der eigenen Rolle, denn für die europäischen Städte und

Gemeinden steht alles Mögliche im Zentrum, aber bestimmt nicht eine den traditionellen indigenen Gemeinschaften analoge Beziehung zur Umwelt und zum Klimaschutz. Das wirkt nicht gerade vertrauenserweckend.

Trotzdem sollte das Klima-Bündnis als ernstzunehmender Versuch der europäischen Seite gesehen werden, sich der immer noch andauernden Kolonialgeschichte zu stellen und aus wohlverstandenem Eigeninteresse heraus mehr als nur symbolische Zeichen der Umkehr zu setzen. Gerade weil die europäischen Städte und Gemeinden nach wie vor zu den Haupt-"Klimagangstern" gehören, und hier auch immer noch die meisten Waren verbraucht werden, bei deren Produktion den Regenwäldern der Garaus gemacht wird, sind der Beitritt zum Klima-Bündnis und die darin eingeschlossenen Verpflichtungen ein guter Ansatz für eine antiimperialistische "Eine-Welt" Politik, die sich nicht in der Rolle des "hilflosen Helfers" erschöpft. Aus der Sicht der indigenen RegenwaldbewohnerInnen ist das Klima-Bündnis eine Möglichkeit, den Ethnozid, Genozid und Ökozid an ihren Völkern und deren Lebenszusammenhängen auf internationaler Ebene bekannt zu machen und über die städtischen Parlamente und Bürokratien hinaus Verbündete in ihrem Kampf um Landrechte und selbstbestimmte Lebensweisen (nicht zuletzt auch um selbstbestimmte Entwicklung) zu finden.

Die Kommunen fördern u.a. Projekte, die von den indigenen Organisationen selbst vorgeschlagen und durchgeführt werden. Ein großer Prozentsatz betrifft die Demarkierung (Abgrenzung) indigener Territorien, die ein notwendiger Schritt zur Landsicherung ist. Auch Organisationsaufgaben der COICA, wie der Aufbau von Kommunikationsstrukturen oder der Aufbau eines eigenen Erziehungswesens werden durch Städte des Klima-Bündnisses gefördert. Wie notwendig es wäre, die im Klima-Bündnis angelegten Chancen zu nutzen, mag das folgende Zitat des Mitbegründers des Klima Bündnisses und ersten COICA Präsidenten Evaristo Nugkuag Ikanan verdeutlichen: "Wir befinden uns an einer historischen Weggabelung: Entweder werden wir verschwinden oder wir werden zusammen mit dem Wald überleben. Denn der Wald ist für uns nicht eine von vielen Ressourcen, sondern er ist das Leben selbst. Für uns ist er der einzig mögliche Ort zu leben. Abwanderung bedeutet, als Volk zu sterben. Denn Amazonien ist die einzige Erbschaft, die wir unseren Kindern hinterlassen können." Sich angesichts dieser dramatischen Situation solidarisch zu verhalten, hat m.E. auch etwas mit (der Wiedererlangung) menschlicher Würde und einer entsprechenden sozial(istisch)en Utopie zu tun. Daß das Klima-Bündnis auch aus europäischer Sicht eine "eigennützige" Angelegenheit ist, spricht nicht gegen, sondern für dessen engagierte Unterstützung. Notwendig wären allerdings ein realistisches (ein geradezu anti-idealistisches) und kritisches Herangehen. Der kommunale Tropenholzverzicht ist eine gute Sache, reicht aber keinesfalls aus, um der jährlichen Vernichtung von etwa 20 Mio. Hektar Regenwald (dies entspricht der halben Fläche der Niederlande) wirkungsvoll entgegenzutreten. Bleibt es bei der gegenwärtigen Abholzungsrate, werden spätestens 2040 die letzten Regenwälder vernichtet sein und somit auch als Klimastabilisatoren komplett ausfallen. Die EU ist mit 20% weltweit der zweitgrößte Importeur von tropischen Hölzern. Über 95% des Einschlages stammen selbst nach Angaben der Internationalen Holzhandelsorganisation ITTO aus Raubbau. Ob schonende Holzbewirtschaftungsmethoden in tropischen Wäldern überhaupt in nennenswertem Umfang möglich sind, bleibt umstritten. Daher gilt es nach wie vor, ein generelles Einfuhrverbot durchzusetzen. Solange dies nicht gelingt, bietet die kommunale Ebene immerhin einen gewissen Handlungsspielraum. Ähnliches gilt in Bezug auf die notwendige Energie- und Verkehrswende.

Fallbeispiel Berlin

Der Beschluß, dem Klima-Bündnis beizutreten, fiel 1990 auf der letzten Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses zu Zeiten der rot-grünen Koalition. Der nachfolgende CDU/SPD Senat respektierte den Beschluß und vollzog den Beitritt "in aller Stille". Inzwischen bezahlt Berlin - nach anfänglichem Maulen - seinen Beitrag an den Bündnis-Verein in Frankfurt/M:

Die beim Wirtschaftssenat angesiedelte (vom rot-grünen Senat einst neu geschaffene) Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit förderte einige "nichtstaatliche" Aktivitäten zur Unterstützung des Klima-Bündnisses und bezuschußte die Organisationsarbeit der COICA mit 80.000 Mark. Von Beginn an engagierte sich auch die (ebenfalls von Rot-Grün geschaffene) Energieleitstelle für das Klima-Bündnis. Hier wurde das inzwischen auch verabschiedete "Berliner Energiekonzept" erarbeitet, über dessen Qualität es aber geteilte Meinungen gibt.

Der Staatssekretär für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Prof. Dr. Lutz Wicke, CDU, spricht von einem "gut konzipierten Energiekonzept". Immerhin seien für die Haushaltsjahre 1995 und 1996 432 Mio. Mark für Maßnahmen zur Energieeinsparung bewilligt, und das dabei eingesparte Geld könne für weitere Energieeffizienzsteigerungen ausgegeben werden. Für den Verkehrssektor sieht der Staatssekretär aber "eher bescheidene" Möglichkeiten. Daß Berlin insgesamt nur mit einem "gut konzipierten" und nicht mit einem "sehr gut konzipierten Energiekonzept" aufwarten kann, liegt seiner Meinung nach an den fehlenden "nationalen, besser internationalen Rahmenbedingungen (z.B. Einführung einer CO2- bzw. Energiesteuer)", wodurch leider nur die Hälfte der im Klima-Bündnis anvisierten CO2-Minderung zu erreichen sei. Bleibt anzumerken, daß von der nunmehr angestrebten 25%igen CO2-Minderung durch den weitgehenden Zusammenbruch der Ostberliner Industrie bereits 10% erreicht sind.

Der umweltpolitische Sprecher der bündnisgrünen Rathausfraktion, Hartwig Berger, bemängelt, daß das Konzept "zunächst nur Maßnahmen auflistet, die seit Jahren Bestandteil des Berliner Verwaltungshandelns sind." Ansonsten bestehe es nur aus Ankündigungen, "deren Umsetzung der Senat seit vier Jahren versäumt." Dazu gehören u.a. Richtlinien für Brennstoffkennwerte, Anschaffung von treibstoffarmen Fahrzeugen, bzw. Solarmobilen und verbindliche Wärmeschutzstandards bei Neubau und Altbausanierung. Die vom Umweltsenator herausgestellten 432 Mio. Mark Klimaschutz-Gelder für 1995 und 1996 würden lediglich bestehende Finanztöpfe fortschreiben. Zusätzlich gäbe es keine Mark für den Klima-Schutz. So seien beispielsweise durch den Vertrag der BEWAG mit der VEAG, der eine dauerhafte Lieferung von Braunkohle in Berliner Kraftwerken vorschreibt, dem geplanten Bau eines Großflughafens (mit dem der Senat eine Verdopplung der Flugreisen von und nach Berlin anstrebt) oder durch die vom Senat vorausgesetzten Zunahme des PKW-Bestandes um 50% und einem Wachstum des LKW-Verkehrs um 100% sogar "schwere Rückfälle" angelegt. (3)

Harsche Kritik an der laschen Klima-Schutzpolitik des Senats übt Karsten Körnig von der Berliner Greenpeace Gruppe: "Tropenhölzer erfreuen sich fünf Jahre nach ihrem Verbot auf Berliner Baustellen ebenso großer Beliebtheit, wie FCKW-haltige Dämmstoffe. Abgeordnetenhaus und Senat sahen tatenlos zu, wie sie selbst im neuen Parlamentsgebäude verbaut wurden." Durch Greenpeace durchgeführte Infrarotaufnahmen von Gebäuden in Berlin hätten außerdem gezeigt, daß derzeit nur jedes 1000ste Haus als klimaschonend bezeichnet werden kann, und es an "politischen Rahmenbedingungen" fehle, um Niedriegenergiehaus-Standards durchzusetzen. Freifinanzierte Bauvorhaben seien sogar von sämtlichen Klimaschutzauflagen befreit, und bei öffentlichen und öffentlich geförderten Bauten fehlten Stichprobenkontrollen und Sanktionen bei Verstößen gegen die Auflagen der Förderrichtlinien.

Fazit

Meines Erachtens wäre schon einiges gewonnen, wenn statt dem üblichen "Heulen und Zähneklappern", das heute anläßlich eines angeblich akut bevorstehenden Endes der Menschheit aus dem linken Blätterwald schallt, die heute ums Überleben kämpfenden Gesellschaften (und deren Umwelt) in den Blick gerieten. Allein in Brasilien wurden in diesem Jahrhundert 80 indigene Völker ausgelöscht und trotz einiger Gegentendenzen spricht leider sehr viel dafür, daß sich dieser Prozeß bis über die Jahrtausendwende hinaus fortsetzten könnte. Das Klima-Bündnis bietet eine Reihe guter Ansätze, Aktivitäten (Auseinandersetzungen) zur Verbesserung der lokalen Umwelt und zur Abwendung einer globalen Klima-Katastrophe in einen begründeten Zusammenhang mit den Überlebenskämpfen indigener Völker zu stellen. Ob und inwieweit die im Klima-Bündnis angelegten Chancen genutzt werden, wird vor allem davon abhängen, inwieweit sich die "zivilen Sektoren" der Städte und Gemeinden für die Ziele des Klima-Bündnisses engagieren. Menschen, die eine solidarische Welt jenseits mörderischer (marktwirtschaftlicher) "Sachzwänge" erkämpfen möchten, sollten dabei nicht abseits stehen.

hhH, Berlin.

Anmerkungen:

1) Alle Zitate und Infos aus: Klima-Bündnis/Alianza del Clima - Das Klima-Bündnis zum Klima-Gipfel. Hrg. v. European Coordination Office Philipp Reis Straße 84 - 60486 Frankfurt am Main Tel +49-69-70790083, Mailbox +49-69-778229, email: klimabuendnis@climail.comlink.apc.org

Weitere Infos: Klimabündnis/Alianca del Clima e.V. (Hg.) Klima - lokal geschützt! 1993 Raben Verlag.

Norddeutscher Klimabündnis Rundbrief Hg. Norddeutsche Klimabündnis Koordination, Katzenstr. 2, 21335 Lüneburg, Tel. 04131/63715

2) Die Aussagen der Kontrahenten Wicke (CDU) und Berger (Bündnis 90/Grüne) sowie des Greenpeace Vertreters Körnig sind dem Berliner "Grünstift" (5/95) entnommen.

3) Der Bau einiger umweltschonender Blockheizkraftwerke und der Parlamentsbeschluß über eine kostendeckende Einspeisungsvergütung für Sonnenenergie sollen um der Gerechtigkeit willen auch erwähnt werden. Sie können die bisher eher bescheidene Bilanz des Klima-Bündnisses aber kaum wesentlich aufbessern.

Manifest europäischer Städte zum Bündnis mit den Indianervölkern Amazoniens

Globale Klimaveränderungen drohen. Die Weltkonferenz von Toronto hat drastische Senkungen der CO2-Emissionen - insbesondere für die Industrieländer des Nordens - für notwendig erachtet.

75% der Emissionen aus Verbrennung fossiler Brennstoffe werden in den Ländern der nördlichen Hemisphäre produziert. Daraus ziehen wir die Folgerung, daß wir gefordert sind.

1. Das Bündnis Europäischer Städte

Wir europäischen Städte bemühen uns, durch Senkung des Energieverbrauchs und die Verringerung des motorisierten Verkehrs dazu beizutragen, daß die Belastung der Atmosphäre abnimmt und dadurch die Lebensbedingungen für künftige Generationen erhalten bleiben.

2. Keine unnötigen CO2-Emissionen

Unser Ziel ist es, die Emissionen von CO2 bis zum Jahre 2010 zu halbieren und später schrittweise weiter zu senken. Wir werden auch alles unternehmen, um jede Produktion und jeden Gebrauch von FCKW-Treibgasen sofort zu stoppen. All jene, die in ähnlicher Weise zum Schutz des Weltklimas beitragen, sehen wir als unsere Verbündeten.

3. Wir unterstützen das Bündnis der Indianervölker Amazoniens

Wir Europäischen Städte unterstützen die Interessen der Amazonensischen Indianervölker an der Erhaltung des tropischen Regenwaldes, ihrer Lebensgrundlage durch die Titulierung und die nachhaltige Nutzung der Indianischen Territorien. Durch die Verteidigung der Wälder und Flüsse tragen sie dazu bei, daß unsere Erdatmosphäre für die zukünftigen Generationen als grundlegende Bedingung für ein menschliches Leben erhalten bleibt. Holz aus tropischen Regenwäldern darf deshalb weder importiert noch verwendet werden; zudem müssen andere Formen der Waldzerstörung, wie die unbegrenzte Förderung der Viehwirtschaft, Kolonisierungsvorhaben, der Einsatz von Pestiziden, Monokulturen, Wasserkraftwerke, umweltschädliche Mineralausbeute und Erdölförderung in Frage gestellt werden. Die Wälder binden das Kohlendioxid, dessen Emission in die Atmosphäre auch wir - auf unsere Weise - zu beschränken suchen. Im Bemühen um die Erhaltung der Lebensbedingungen auf dieser Erde sehen wir uns als ihre Partner im Bündnis für den Erhalt der Regenwälder und des Klimas, dem - wie wir hoffen - sich immer mehr europäische Städte anschließen werden!

Das Manifest der Klima-Bündnis Städte in der bei der offiziellen Gründung des Klima-Bündnisses (1991 in Gratz) gültigen Fassung.

34. Böser Geist oder marxistisches Gewissen der Partei? Gruppe der 38 bildet Marxistisches Forum in der PDS

Autor: kuk · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:23

Trotz guten Starts in das Jahr 1995 (auf der 1. Tagung des 4. Parteitags Ende Januar wurde der Kurs der Parteiführung im großen und ganzen bestätigt) wird die Halbjahresbilanz der PDS nun doch von einigen Rückschlägen überschattet: Der bei der Bremen-Wahl erhoffte Impuls für die Westausdehnung blieb aus, in Teilen der Partei regt sich Widerspruch zum Kurs der Parteispitze, und die Neuauflage des Prozesses um die Verschiebung von Parteigeldern im Jahr 1990 sowie der neuerliche Angriff der Gauck-Behörde auf Gregor Gysi verschaffen der Partei Schlagzeilen, die sie angesichts der im Oktober in Berlin stattfindenden Abgeordnetenhauswahlen überhaupt nicht gebrauchen kann.

Aus linker Sicht ist vor allem der Streit interessant, der durch die Veröffentlichung der Erklärung "In großer Sorge" (Neues Deutschland, ND, 18.5.) eine, zumindest zeitweilig, dramatische Zuspitzung erfahren hat. 38 Mitglieder und Sympathisanten der PDS, darunter zwei Bundestagsabgeordnete (Uwe-Jens Heuer, Winfried Wolf), 22 überwiegend ostdeutsche ProfessorInnen sowie eine Reihe von SchriftstellerInnen, werfen der Parteiführung vor, den Grundkonsens der Partei in einer Reihe wichtiger Fragen aufgekündigt zu haben (siehe nebenstehenden Kasten). Die Kritikpunkte sind nicht neu. Die Veröffentlichung der 10 Thesen, die eilig nachgeschobenen 5 Standpunkte und ein nach dem Parteitag von Lothar Bisky und André Brie verfaßtes Strategiepapier ("Deutschland braucht eine neosozialistische Perspektive"; ND, 21.2.) haben eine innerparteiliche Debatte ausgelöst, die den Januar-Parteitag zum Teil prägte, die vor allem aber auf den Diskussionsseiten des Neuen Deutschlands ausgetragen wird. Die zahlreichen Wortmeldungen zeigen, daß große Teile der PDS zumindest Fragen zum gegenwärtigen und zukünftigen Kurs der Partei stellen, zum Teil aber auch Bedenken und Widerspruch anmelden.

Kein Abschied von Marx

Wie kam es zu dem Aufruf der 38? Uwe-Jens Heuer dazu: "Der Ausgangspunkt war, daß unmittelbar nach der ersten Sitzung des 4. Parteitages Ende Januar beunruhigte Wissenschaftler an mich herangetreten sind. Sie sagten, sie verstünden diesen Parteitag nicht. Es gab Unterhaltungen darüber, ob man nicht etwas tun könne, diese Sorgen mitzuteilen, um eine Änderung dieses Zustandes zu erreichen. ... Worum es denen, die dieses Papier unterstützen, geht, ist, daß marxistisches Denken in der Partei wieder deutlicher wird. Daß deutlicher wird, daß wir keinen Grund haben, uns von Marx zu verabschieden, was nicht heißt, daß man auch ihn nicht kritisch sehen muß." (junge Welt, jw, 18.5.)

Die grundsätzlichste Kritik an der Parteiführung übt der Berliner Philosoph und Schriftsteller Gerhard Branstner. Seine "Nachträglichen Randglossen zur 1. Tagung des 4. Parteitages" (ND, 25./26.3., im folgenden als Branstner I bezeichnet) lösen eine wahre Flut von Leserbriefen aus und veranlassen Gregor Gysi, André und Michael Brie zu einer ausführlichen Erwiderung ("Lagerdenken führt nicht voran, sondern zurück"; ND, 8./9.4.). Schon vor Erscheinen des "Sorge-Aufrufs" bezeichnet Gregor Gysi die von Branstner geübte Kritik als eine "Form politischer Denunziation". (ND, 13./14.5.) Die restaurativen Kräfte in der PDS seien zwar nicht stärker, aber lauter geworden.

In die Diskussion um die Zukunft der Partei schaltet sich auch Hans Modrow ein (ND, 29./30.4.). Er artikuliert die Besorgnis vieler Parteimitglieder, daß es der PDS nicht gelingt, ihr Profil als linke sozialistische Partei klar zu benennen. Der Januarparteitag habe in dieser Hinsicht Fragen offengelassen und Zweifel gesät. Modrow sieht die Gefahr, "daß ständig neue Papiere mit Begriffen und Konzepten in Umlauf gesetzt werden, die nicht im [Partei-] Programm enthalten sind." Viele Mitglieder hätten Probleme mit dem von Lothar Bisky und André Brie vorgelegten Strategiepapier, in dem Modrow eine gewisse Abkehr von den beschlossenen "5 Standpunkten" sieht. Er schlägt vor, sich im Hinblick auf die Vorbereitung der 2. Tagung auf die Diskussion bestimmter inhaltlicher Aussagen zu beschränken.

Der Aufruf "In großer Sorge" faßt in stark verkürzter Form längst bekannte Kritikpunkte zusammen, verleiht ihnen durch prominente UnterzeichnerInnen Gewicht, fordert zur Diskussion auf, kann aber gleichzeitig als ein

Mißtrauensvotum gegen die Parteiführung ("Der Grundkonsens der Partei wurde in drei Fragen aufgekündigt.") verstanden werden. So sieht es offenbar der Chefredakteur des ND, Rainer Oschmann, der eine Veröffentlichung des Aufrufes als redaktionellen Text ablehnt, da in ihm die Adressaten der Vorwürfe nicht namentlich benannt werden. Oschmann hält die jetzige Form der Debatte für überflüssig, fordert aber Entscheidungen: "Aussitzen kann sich der Kanzler leisten - Bisky nicht. ... Der Mai ist gekommen - die PDS hat die Eisheiligen abgekriegt. Sie wird sie nur mit einem Gewitter los. Wird es reinigend oder zerstörerisch?" (ND, 18.5.)

Das ND veröffentlicht den Aufruf "In großer Sorge" als bezahlte Anzeige. Direkt darunter erscheint - ebenfalls als Anzeige - eine Entgegnung von Lothar Bisky (siehe nebenstehenden Kasten). Mit der Forderung, Roß und Reiter zu nennen, lenkt er die Debatte in die völlig falsche Richtung. Die aufmerksamen LeserInnen des ND wissen, gegen wen die Kritik gerichtet ist und viel wichtiger - gegen was. Hätte Bisky seine drei Fragen mit dem Pronomen "Wie" eingeleitet, dann wäre die inhaltliche Schwäche des "Sorge-Aufrufes" zutagegetreten. Doch statt dessen bringt der Parteichef eine Schärfe in die Debatte, die trotz des letzten, Dialogbereitschaft signalisierenden Satzes nichts Gutes erwarten läßt.

Die Nerven liegen blank

Noch am 18.5. tagt die PDS-Bundestagsgruppe auf einer Sondersitzung bis tief in die Nacht. 22 PDS-Abgeordnete unterschreiben eine im wesentlichen von Gregor Gysi verfaßte Erklärung, in der es heißt: "Der Aufruf ist für uns der Versuch, den Erneuerungsprozeß in der PDS rückgängig zu machen. ... Die Autoren des Aufrufs kritisieren eine angebliche Richtungsänderung der PDS und mahnen gleichzeitig eine solche an. Wollen sie der PDS eine Wende zurück zur PDS aufzwingen? Der Aufbruch in der PDS war aber mit der Absage an die Strukturen der SED und an den Stalinismus verbunden. Der Versuch, diese Absage zu revidieren, hat restaurativen Charakter. ... Jetzt - nach der Stabilisierung der PDS - glauben einige, es sei Zeit für die Wende zurück." (ND, 20./21.5.) Neben Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf unterschreiben Heidemarie Lüth, Ulla Jelpke, Eva Bulling-Schröter und Rolf Köhne die Erklärung nicht. 47 Personen (darunter acht Landtagsabgeordnete) unterschreiben eine weitere Anzeige (ND, 19.5.), in der von einem Rufmord an den Genossen Bisky und Gysi gesprochen und der erste Schritt zu einer Spaltung der Partei befürchtet wird. Tags darauf folgt eine Anzeige (37 Unterschriften aus Thüringen und Sachsen, darunter elf Landtagsabgeordnete), in der "die zeitgemäße Initiative von 38 Persönlichkeiten ..., eine öffentliche Debatte über den von der Parteiführung eingeschlagenen Kurs kritisch, solidarisch und zugleich auch wieder stärker von der Basis her zu führen", begrüßt wird. (ND, 20./21.5.)

PDS-Pressesprecher Hanno Harnisch bezichtigt die Initiatoren des Aufrufes gegenüber der jungen Welt der Spaltertätigkeit: "Diese Erklärung kann für die Partei den Todesstoß bedeuten." (18.5.) Weiter heißt es dort: "Harnisch äußerte den Verdacht, daß viele Unterzeichner die Brisanz der Erklärung nicht recht überschaut hätten und sie von anderen überredet worden seien. Zu letzteren rechnete Harnisch insbesondere ... Uwe-Jens Heuer, der nur ‚seinen Bedeutungsverlust in der PDS` kompensieren wolle. ... Eine ... ‚Schweinslüge` sei die Behauptung in dem Papier, die PDS habe ‚mit dem letzten Parteitag eine Richtungsänderung` vorgenommen. ... ‚In großer Sorge` ist das Papier überschrieben - das ist genau die Formulierung, die der Warschauer Pakt 1968 zur Rechtfertigung des Einmarsches in Prag benutzte, und das wußten die Autoren auch."

Auf einer Klausurtagung des Bundesvorstands am 22.5. stellt Bisky fest, der "Sorge"-Aufruf hebe vor allem auf Stimmungen ab und mache Stimmung. "Er zitierte das geflügelte Wort: Der schlimmste Mensch im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant. Daran knüpfte ... Gregor Gysi an und konstatierte einen ‚Machtkampf`und einen ‚Kampf um ideologische Vorherrschaft` in der Partei. Entschieden werden müsse, ob die PDS ‚politikdominierte Partei` bleibe oder ideologiebestimmt werde." (ND, 24.5.) André Brie sieht moderne, sozialistische Positionen in der Partei in der Minderheit, Michael Schumann befürchtet einen Restaurationsversuch. Für einen gelassenen Umgang mit den 38 sprechen sich Hans Modrow, Claudia Gohde und Wolfgang Gehrcke aus.

Für einen negativen Höhepunkt in der Debatte sorgt Stefan Heym, der seinem offenen Brief (ND, 26.5.) zynischerweise die Überschrift "Vorschlag zur Güte" voranstellt. Über den Aufruf "In großer Sorge" schreibt er: "Der Text selbst, verfaßt in der bekannten pseudo-marxistischen Sprache, fordert eine Rückwendung zu SED-Doktrinen und DDR-Unsitten und damit zu dem alten Umgang mit Menschen und Geschichte. Der Text

ist daher, politisch wie gedanklich, indiskutabel." Drei der UnterzeichnerInnen beschuldigt Heym, auf einer Tagung des Berliner Schriftstellerverbandes maßgeblich an dem Ausschluß von zehn Kollegen mitgewirkt zu haben, die durch abweichende Meinungen aufgefallen seien. Sein "Vorschlag zur Güte" lautet: "Die PDS wird von bösen Zungen öfters als Nachfolgepartei der SED bezeichnet. Vielleicht sollte man einigen der Unterzeichner ... nahelegen, eine solche, wirkliche Nachfolgepartei zu gründen, statt zu versuchen, die Partei des Demokratischen Sozialismus mit längst bankrotten Dogmen zu überziehen und danach organisatorisch zu übernehmen." In ähnlicher Weise äußert sich Lothar Bisky am 29.5. im Deutschlandradio Berlin. Er schließt eine Spaltung der Partei infolge des neu entflammten Richtungsstreites nicht aus. Notfalls müsse der stalinistische Flügel die Partei verlassen. (jw, 30.5.)

Nachdenklichere Reaktionen sind zunächst die Ausnahme. Angela Marquardt und Halina Wawzyniak (beide im Vorstand und bei den Jungen GenossInnen) beklagen das Niveau der politischen Auseinandersetzung in der PDS, das sich im freien Fall befinde. Sie vermissen auf beiden Seiten Sachlichkeit und den Versuch, Differenzen sachlich auszutragen. (jw, 9.6.) Sylvia-Yvonne Kaufmann, stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende, verteidigt in einem Leserbrief an das ND (26.5.) die Erklärung des Vorstandes, sieht aber auch Fehler in dessen Handeln, die zu der komplizierten Lage in der Partei beigetragen haben: "M.E. gehören dazu sowohl der Umgang mit Kerstin Kaiser und Sahra Wagenknecht als auch die Tatsache, daß es dem Bundesvorstand bis heute nicht gelingt, seine Entscheidungen gegenüber der Mitgliedschaft nachvollziehbar zu machen."

Zu dem ersten Versuch einer inhaltlichen Diskussion laden die Unterzeichner- Innen des "Sorge"-Aufrufes am 29.5. in die Volkshochschule Berlin-Hohenschönhausen ein. An der dreistündigen Debatte nehmen etwa 800 Menschen, u.a. aus Schwerin, Dresden, Erfurt, Hamburg, Potsdam, Kassel, Magdeburg und Hannover teil. Viele finden in dem total überfüllten Hörsaal keinen Einlaß. Der Historiker Ernst Engelberg stellt klar, daß keine/r der UnterzeichnerInnen eine Wiederkehr von DDR und SED für wünschenswert oder realistisch halte. Für den Parteivorstand ergreift Wolfgang Gehrcke das Wort. Er bestreitet, daß die PDS linke Positionen aufgegeben habe. Ihr gegenwärtiges Problem bestehe darin, daß es nicht gelinge, neue Fragen zu stellen und Strategien zu entwickeln, um das Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik zu verändern. Der Gegenpartei wirft er eine panische Angst vor der Politik und vor Aussagen in der Politik vor. Er warnt: "Wenn wir nicht Bestandteil des rot-grünen Veränderungsprozesses werden, wird die PDS auf lange Sicht an den Rand geraten." (ND, 31.5.)

In die Diskussion über das richtige Oppositionsverständnis schalten sich auch LandespolitikerInnen ein. Dabei wird die schon seit längerem in der PDS zu beobachtende Kluft zwischen "Realos", die in Kommunen und Landesparlamenten längst "richtige Politik" machen, und "Fundis", die vor der Korrumpierung durch Parlamentsarbeit warnen, deutlich. Uwe-Jens Heuer und Kurt Pätzold fordern von der PDS, sie solle die theoretische Arbeit von Intellektuellen und Wissenschaftlern nicht ignorieren, sondern zur Bestimmung von praktischer Politik mit heranziehen. Um dieser Zuarbeit eine feste Form zu verleihen, kündigt Heuer die Bildung eines Marxistischen Forums in der PDS an: "Keine Abspaltung, keine neue Plattform, sondern ein Gremium, das hilft, die theoretische Basis der Partei etwas zu verbreitern und der vor allem im Osten dominierenden bürgerlichen Wissenschaft entgegenzutreten." (ND, 31.5.)

Zum Oppositionsverständnis der PDS

Kritik am Oppositionsverständnis der PDS aus dem Kreis der 38 speist sich aus Debatten um mögliche Regierungsbeteiligungen (siehe ak 375) und aus dem 2. der 5 Standpunkte, wo es heißt: "Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS." Diese Passage gibt den betroffenen Fraktionen weitestgehenden Handlungsspielraum, da selbst solche Begründungen im Rahmen des prinzipiellen Oppositionsverständnisses liegen, wonach beispielsweise durch Tolerierungen von Rotgrün eine bessere Politik für die Menschen herauskomme als durch eine große Koalition.

Gerhard Branstner stellt hierzu fest, daß im Vorfeld des Januar-Parteitages "ständig von einer Regierungsbeteiligung der PDS die Rede" gewesen sei. Dies bezeichnet er als einen Bruch des Wahlversprechens ("Veränderung beginnt mit Opposition"). Dennoch ist Branstner nicht grundsätzlich gegen eine Regierungsbeteiligung: "Damit kein Mißverständnis aufkommt: Das Problem ist weniger eine

Regierungsbeteiligung, als vielmehr die voreilige, selbsterniedrigende, unseriöse Art, in der man sich um sie bewirbt." (Branstner I) Konkret wendet sich Branstner gegen die Äußerungen von Helmuth Markov und Lothar Nicht (PDS-Brandenburg, siehe ak 375), die "nach Belieben und ohne Konzeption der Gesamtpartei drauflos" geplappert seien. Branstner bleibt in seinem Papier allerdings neue Ansätze für ein sozialistisches Oppositionsverständnis schuldig. Auch Uwe-Jens Heuer kann in einem junge Welt-Interview (18.5.) auf die Frage nach dem von ihm erhofften Oppositionsverständnis der Partei nichts Neues bieten: Prinzipielle Opposition und gleichzeitige Regierungsbeteiligung könne er sich nicht vorstellen. Erst eine wirkliche gesellschaftliche Gegenmacht eröffne Möglichkeiten auf den unterschiedlichen parlamentarischen Ebenen. Dies ist ebenso richtig wie altbekannt.

So müßte also die Diskussion darauf ausgerichtet werden, wie sich gesellschaftliche Gegenmacht herstellen läßt und wie die PDS dazu beitragen könnte. In den Entgegnungen der Parteispitze ist davon aber ebenfalls nicht die Rede. Wolfgang Gehrcke stellt sich die Frage: "Oder ist konsequente Opposition nicht vielmehr die Verbindung von Widerstand, eigenen politischen Angeboten zur Veränderung und die Suche von Verbündeten, um die konservative Hegemonie zu brechen?" (ND, 20./21.5.) Für Angela Marquardt und Halina Wawzyniak besteht das Hauptproblem bei der Diskussion um das Oppositionsverständnis darin, "daß die strategische Frage nach der politischen Perspektive der PDS nicht gestellt wird." Will sie ein ostspezifisches, soziales Korrektiv zur SPD werden oder will sie sich zu einer bundesweiten politischen Kraft deutlich links von SPD und Grünen entwickeln? "Welchen Weg sie nimmt, hängt wesentlich davon ab, ob wir versuchen, den alten Widerspruch zwischen ‚Reform und Revolution` - die Notwendigkeit radikaler Veränderung und ihrer konkreten Unmöglichkeit - nicht realpolitisch oder fundamentalistisch zu entscheiden, sondern ihn bewußt auszuhalten. Dies heißt für uns, daß wir bereit sein sollten, begrenzten Reformen zu gesellschaftlichen Mehrheiten zu verhelfen, ohne unsere radikale Kritik der bestehenden Verhältnisse deshalb aufzugeben." (jw, 9.6.)

Zwischen Klassenkampf und Gesellschaftsvertrag

Bei der Diskussion der 10 Thesen entzündete sich vor allem an der 4. heftiger Widerspruch. Die Aussagen über einen notwendigen Reformaufbruch und den zwischen den verschiedenen Klassen, Schichten und Gruppen der Gesellschaft anzustrebenden Gesellschaftsvertrag trafen vielfach auf Unverständnis und krasse Ablehnung. Insbesondere der Satz: "Da es um das Überleben der Menschheit geht, lassen sich die Probleme der Gegenwart und Zukunft nicht mit einem vereinfachten und reduzierten Denken in den Kategorien von Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft erfassen" erntete starke Kritik. Obwohl es der Parteiführung wohl in erster Linie darauf ankommt, diejenigen Begriffe aus dem Verkehr zu ziehen, mit denen die anvisierten WählerInnen einer modernen, sozialistischen Partei nichts anfangen können, argwöhnen viele, daß hier die marxistische Analyse sozialer und ökonomischer Konflikte innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden soll.

Uwe-Jens Heuer formuliert seine Sorge um den Verlust marxistischen Profils der PDS folgendermaßen: "Zum Beispiel verstehe ich persönlich nicht, was die Konzeption vom Gesellschaftsvertrag bedeuten soll, den alle Klassen und Schichten miteinander abschließen. Ich sehe so etwas in der Realität überhaupt nicht. Und ich sehe auch die PDS nicht als möglichen Partner eines solchen Gesellschaftsvertrages. Mit der PDS wird der ohnehin nicht vereinbart werden." (jw, 18.5.) Und im Gespräch mit André Brie (1) fügt er hinzu: "Ich bin kein Anhänger einer Zwei-Lager-Theorie. Ich bestreite auch nicht, daß es neben den Klassenwidersprüchen noch andere gibt. Aber die Frage ist doch, welche Kräfte in der Gesellschaft wirklich imstande sind, dieser Entwicklung [Aufkündigung einzelner Bestandteile des Sozialstaates, strikter Rechtskurs, Großmachtrolle Deutschlands; kuk] Widerstand zu leisten. Das Verkünden eines künftigen Gesellschaftsvertrages verbreitet nur Illusionen." (taz, 15.6.)

Brie/Brie/Gysi wollen weder die Existenz von Klassen noch die Tatsache des gegenwärtig praktizierten "Klassenkampfes von oben" leugnen, doch sie nennen "gewichtige Gründe", den Klassenkampfbegriff nicht mehr zu benutzen: "Unserer Meinung nach wäre es verhängnisvoll, der Borniertheit von Regierung und Unternehmerverbänden, ihrer Unfähigkeit und fehlenden Bereitschaft, über Klassengrenzen und Kapitalinteressen hinaus zu denken, eine linke Beschränkung auf die Interessen einer Klasse (oder deren angebliche Identität mit den globalen Erfordernissen) entgegenzusetzen. Die Nöte der ‚3. Welt`, die sich zuspitzenden globalen Gefährdungen der Natur, die schleichende Kulturzerstörung und die ganz und gar nicht

gebannte militärische Vernichtungsgefahr diktieren den Linken ein breiteres, ein globales, ein menschheitliches Herangehen."

Ebensowenig wie "Menschheit" oder "internationale Gemeinschaft" Subjekt im Klassenkampf sein können, dürfe man dies heute von der Arbeiterklasse erwarten: "Alle Klassen sind heutzutage in sich sehr differenziert, heterogen, auch hinsichtlich ihrer Interessenlagen. Schon den Unternehmern (und ihren politischen Gewährsleuten) fällt es sehr schwer, gemeinsame Positionen zu vertreten; ‚Klasse für sich` zu sein." Die Arbeiterklasse sei in den letzten Jahrzehnten als Klasse für sich nirgendwo auf der Welt in Erscheinung getreten, die Subjekte des Kampfes für Emanzipation seien viel konkreter gewesen: die Kali-Kumpel in Bischofferode, Metallarbeiter im Kampf für den Erhalt der 35-Stunden-Woche, Frauenorganisationen gegen den § 218 usw. Die Hinwendung zu diesen Subjekten sei eine schwierigere, aber auch die lohnendere Aufgabe als die "Beschwörung der Arbeiterklasse und ihrer historischen Mission".

Auch aus terminologischen Gründen lehnen Brie/Brie/Gysi die Verwendung des Klassenkampfbegriffes ab, da er sich durch stalinistische und poststalinistische Praxis unumkehrbar vom Marxschen (und Brechtschen) Klassenkampfbegriff entfernt habe: Wir wollen unsere Gegner ... so klar wie möglich bestimmen, aber wir lehnen es ab und wir halten es für verhängnisvoll, noch immer in bipolaren Kategorien zu denken: wir oder sie, schwarz oder weiß." Darauf entgegnet Gerhard Branstner ("Ohne ernsthaften Streit verfault die PDS von innen her"; ND, 27./28.5.; im folgenden Branstner II), daß sich der Begriff des Sozialismus durch stalinistische und poststalinistische Praxis viel weiter vom Marxschen Sozialismusbegriff entfernt habe und seine Diskreditierung zehnmal schlimmer als die des Klassenkampfes sei. Dennoch werde er sogar im Parteinamen geführt.

Ist die Tatsache, daß es in der BRD zweifellos einen "Klassenkampf von oben" leider aber sehr wenig "Klassenkampf von unten" gibt, ein Argument gegen die Verwendung des Begriffes? Für Dietmar Wittich übersehen beide Seiten, daß "die Begriffe Klassenlage und Klassenverhältnisse die grundlegenden Kategorien in Klassenanalyse und Klassentheorie sind, Klassenkampf ist eine von mehreren Formen, wie sich Klassen zueinander verhalten können." (ND, 26.5.)

Es ist zweifellos ein Verdienst der 38, daß sie auf einer Klärung von Begriffen beharren. Dies ist alles andere als eine sinnlose theoretische Diskussion. Wer in seiner gesellschaftspolitischen Zielsetzung Begriffe wie Reformalternative und Gesellschaftsvertrag etabliert, muß klar und deutlich benennen können, in welchem Verhältnis sie zu Sozialismus oder klassenloser Gesellschaft stehen. Es mag manchen genügen, daß die PDS Hoffnungsträgerin für eine sozialere Realpolitik ist. Viele verbinden mit ihr aber immer noch die Aussicht auf eine tatsächliche Gesellschaftsalternative. Diese Hoffnung trägt aber nur solange, wie Weg und Ziel deutlich benannt werden. Klare Standpunkte muß die PDS auch zur Eigentumsfrage formulieren. Daß nach den Erfahrungen von Kapitalismus und Realem Sozialismus neue Antworten gesucht werden, ist gleichermaßen richtig und schwierig.

Die Eigentumsfrage

Gerhard Branstner kritisiert die Passage aus Lothar Biskys Parteitagsreferat, in der es heißt, daß wir "aus dem Fiasko des Staatssozialismus gelernt [haben], daß die Enteignung der Produktionsmittel und ihre Verstaatlichung nicht zur Lösung der Probleme führt." Dem hält Branstner unter Verweis auf die in der DDR enteigneten Kriegsverbrecher zunächst entgegen, daß es bei der Enteignung der Produktionsmittel doch nicht nur um die Frage gehe, "was der neue Eigentümer nun macht, sondern immer auch und zuallererst, was der alte nun nicht mehr machen kann. ... Kapitalistisches Eigentum an den Produktionsmitteln und mörderischer Profit sind sich gegenseitig Bedingung, eines setzt das andere voraus und hat das andere zur Folge. Das ist die Logik der Wirklichkeit." (Branstner I)

Branstner vertritt einen anderen Ansatz als Bisky. Während der Parteivorsitzende Enteignung und Verstaatlichung zumindest solange ablehnt, wie nicht klar ist, ob vergesellschaftetes Eigentum die Probleme besser löst, beharrt der Philosoph wegen der destruktiven Wirkung kapitalistischen Eigentums auf Enteignung als conditio sine qua non. Doch Branstners Ausführungen, was mit dem vergesellschafteten Eigentum anzufangen sei, sind wenig konkret: "Wenn nach dem Versagen des ‚realen Sozialismus` ein besser funktionierender Sozialismus laut Parteiprogramm für möglich gehalten wird, wieso soll dann eine Seite von ihm, nämlich das gesellschaftliche Eigentum, nicht auch besser funktionieren? ... Zweitens: Das Eigentum kann im Sozialismus nicht an sich bewertet werden, sondern nur als Element der gesamten

Produktionsverhältnisse. ... Drittens: Wenn man das kapitalistische Eigentum nicht antasten, seine Folgen, das profitorientierte, umweltzerstörende, weil ‚ungebändigte` Wachstum aber bändigen will, dann soll dem Bären das Fell gewaschen, aber nicht naß gemacht werden." (Branstner I) Diese Einwände reichen mit Sicherheit nicht aus, um Zweifel an der Funktionsweise gesellschaftlichen Eigentums auszuräumen.

In ihrer Entgegnung auf Branstner suchen Brie/Brie/Gysi zunächst nach Gründen für das Nichtfunktionieren des "Volkseigentums" in der DDR. Dann erneuern sie die Absage an dieses gescheiterte Modell und skizzieren ihre Lösung der Eigentumsfrage im Sinne vergesellschafteten Eigentums. Staatliche, private, genossenschaftliche, kommunale und öffentlich-rechtliche Eigentumsformen sollen nebeneinander bestehen. Statt Verstaatlichung oder Privatisierung sollen Schritte in Richtung auf eine wahrhafte Vergesellschaftung unternommen werden: " ... durch strategische Rahmenplanung von Staat und Gesellschaft; durch über die paritätische Mitbestimmung hinausgehende Mitbestimmungsmodelle, ... durch die Ausweitung öffentlich-rechtlicher Verfügungs- und Einflußmöglichkeiten auch in anderen Bereichen. Wir wollen den gesellschaftlichen, aber auch den staatlichen Eingriff in die private Verfügung (2) über Eigentum (national und international), überall dort sofort, wo die Lebensfragen von Mensch, Gesellschaft und Natur bedroht sind." Als Voraussetzung für die Umsetzung nennen die Autoren gesellschaftliche Kämpfe, emanzipatorische Bewegung, die Veränderung politischer und sozialer Kräfteverhältnisse, die Institutionalisierung von Gegenmächten und das Engagement Betroffener. Eine derart eingeleitete Vergesellschaftung "könnte die Dominanz gesellschaftlicher Ziele wie soziale Gerechtigkeit, Ökologie, Solidarität und Kulturentwicklung gegenüber privater Profitorientierung ermöglichen, ohne unternehmerisches und privates Interesse sowie Markt einfach beseitigen zu wollen." Ob ein solcher Dualismus sozialistischer und kapitalistischer Strukturen eine realistische Perspektive ist, möge jede/r selbst für sich beurteilen.

An dieser Stelle setzt auch Gerhard Branstner in seiner Entgegnung auf Brie/Brie/Gysi an. Der Übergang von privater Verfügung über Eigentum zu gesellschaftlicher Verfügung (Brie/Brie/ Gysi), bzw. der Übergang von der "Vorgeschichte" zur "eigentlichen Geschichte" (Marx) werde in allem wesentlich vom Charakter der Vorgeschichte bestimmt: "Unsere humanistischen, friedlichen, demokratischen etc. Vorstellungen, Absichten und Mittel haben mithin nur unwesentlichen Einfluß." (Branstner II) Diese Prägung des Übergangs werde trotz schmerzlicher Erfahrungen (militärische Intervention von 14 kapitalistischen Staaten in Sowjetrußland 1918/20, Kalter Krieg, Pinochet-Putsch in Chile) immer wieder verkannt oder überhaupt nicht in Anschlag gebracht. Auch in der Frage des Eigentums dürfe die Prägung des Übergangs nicht ignoriert werden: "Die von unseren Genossen aufgeführten Eigentumsformen, so wünschenswert sie sind, bleiben reine Illusion, solange ... die entscheidenden ökonomischen Machtpositionen nicht in gesellschaftliche Hand gebracht wurden. Das ist die Voraussetzung aller ‚unterschiedlichen Eigentumsformen`. Diese Voraussetzung darf nicht vergessen, verschwiegen oder vernebelt werden durch Zauberworte wie ‚Verfügung` oder ‚hinausgehende Mitbestimmungsmodelle`. ... Verfügung ohne Enteignung ist eine böse Irreführung." (Branstner II) "Und wenn wir den Rechtsstaat voraussetzen wollen, würde der Weg der Verfügung in einer unübersehbaren und unendlichen Lawine von Rechtsstreitigkeiten, Widerrufen, Berufungen, Revisionen, gesetzgeberischen Hindernissen und Fallstricken und ewigen Prozessen erbärmlich ersticken.

Theoriedefizite abbauen

Am 6.6. gründet sich in Berlin-Weißensee das "Marxistische Forum". Es versteht sich selbst als loser Theoriezusammenhang (keine "Sprengstoffirma"), dessen Arbeitsschwerpunkt neben einer marxistischen Aufarbeitung der DDR- und Sozialismus-Geschichte auf einer Herauskristallisierung der Dialektik von systemimmanenten und systemüberwindenden Reformen liegen soll. Hier gebe es innerhalb der PDS Theoriedefizite, die in regelmäßig stattfindenden öffentlichen Veranstaltungen ab September benannt und nach Möglichkeit abgebaut werden sollen. (jw, 8.6.)

Der innerparteiliche Streit wird nach der Eskalation im Mai nun in ruhigeren Bahnen ausgetragen. Die Parteiführung der PDS wird damit leben müssen (und auch können), daß sich eine Art "marxistisches Gewissen" regelmäßig zu Wort melden wird. Man darf gespannt sein, ob die linke Debatte in der BRD davon profitieren wird. Ein Kriterium wird sein, ob aus dem Kreis der 38 (und darüberhinaus) neben der Kritik am Kurs der Parteiführung auch neue Gedanken entwickelt werden. Nimmt man die bisherigen Wortmeldungen zum Maßstab, dann ist ein solches Vermögen am ehesten Gerhard Branstner zuzutrauen.

Da das Marxistische Forum keine machtpolitischen Ambitionen hegt, wird die Tagespolitik der Parteiführung wenig betroffen sein. Schwieriger könnte es mit der Durchsetzung neuer, theoretischer Positionen werden. Wenn das Forum eine gute Arbeit leistet, kann es meinungsbildend unter dem Teil der PDS-AnhängerInnen wirken, der Vorbehalte gegenüber modernen Sozialismusvorstellungen hegt, wie sie vor allem von Gregor Gysi, André Brie und Lothar Bisky erarbeitet werden. Für den Augenblick ist es jedoch ruhig geworden und Gerd Prokot, stellvertretender Chefredakteur des ND, erteilt den 38 sogar die Absolution: "Bei Licht besehen, liegen die Positionen der ‚Streithammel` keinesfalls so weit auseinander, daß sich nicht ein Konsens finden ließe. Es ist unstrittig, daß die PDS praktische, reale Politik machen, Kompromisse schließen muß, die mit den Regeln der reinen Lehre kollidieren. Aber ebenso klar ist, daß der Praktizismus sich ohne geistige Visionen erschöpft." (ND, 31.5.)

kuk

Anmerkungen:

1) Brie präzisiert im Gespräch mit Heuer das Modell eines Gesellschaftsvertrags nur in einem Punkt: "Wenn Gysi oder auch ich den Begriff ‚Gesellschaftsvertrag` verwenden, dann heißt das nicht Klassenharmonie und auch nicht, daß wir prinzipienlos Kompromisse eingehen."

2) In diesem Zusammenhang sind zwei weitere Äußerungen erwähnenswert. André Brie: "Für mich bedeutet Vergesellschaftung, daß die Interessen der großen Mehrheit gegenüber dem Eigentümer durchsetzbar sind. Der entscheidende Punkt dabei: Verfügt die Gesellschaft oder ein Privatkapitalist über den Profit? Wenn die Gesellschaft darüber verfügt, ist für mich Vergesellschaftung hergestellt. Und zwar auch ohne Enteignung. ... Meiner Meinung nach bedarf es unterschiedlicher Eigentumsformen, aber bei jeder ist bezüglich Gewinn eine gesellschaftliche Verfügbarkeit unabdingbar." (jw, 29.5.).

Wolfgang Gehrcke: "Gilt es nicht, nach Marx das Eigentum als gesellschaftliches Verhältnis zu begreifen und so Eigentum und Verfügung nicht künstlich voneinander zu trennen? In einer Zeit, in der die dominierende Richtung ‚Deregulierung` ... heißt, ist jeder Eingriff zugunsten sozialer und ökologischer Orientierung sowie des Südens und Ostens ein Eingriff in die Verfügungsgewalt und deshalb in die Eigentumsverhältnisse." (ND, 20./21.5.)

In großer Sorge

Wir sind nach der ersten Tagung des 4. Parteitages sehr besorgt über die Zukunft der PDS.

...

Es mußte damit gerechnet werden, daß die Herrschenden nach neuen Wegen suchen würden, diese Kraft auszuschalten. An die Seite der alten Ausgrenzungspolitik tritt, vor allem durch kluge SPD-Politiker, der Versuch, die PDS durch Anpassungsforderungen letztlich überflüssig zu machen.

Anstatt eine Diskussion darüber zu führen, wie unter den neuen Bedingungen der Wählerauftrag zu verwirklichen ist, wurde eine gespenstische Schlacht in den eigenen Reihen unter der absurden Losung "Reformer gegen Stalinisten" eingeleitet. Der Grundkonsens der Partei wurde in drei Fragen aufgekündigt: Aufweichung des Oppositionsverständnisses; Verabschiedung vom Klassenkampf und Ausklammerung der Eigentumsfrage zugunsten eines Gesellschaftsvertrages; Absage an SED und DDR in Gestalt des Stalinismusverdikts und Einschränkung des Pluralismus in der Partei. Die sozialistische Zielstellung verwandelt sich in eine unverbindliche Vision.

Diese ohne jede Not eingeschlagene Richtungsänderung ist unbegründet, leichtfertig und gefährlich. Wenn die PDS dem Anpassungsdruck nachgibt, untergräbt sie ihre Existenzgrundlagen. Je mehr sich die Bundesrepublik nach rechts entwickelt, desto wichtiger wird die Aktivität einer konsequenten linken Oppositionspartei. Wir wissen nicht, wie groß die Chance dieser Partei ist. Der Weg der Anpassung führt auf jeden Fall in die Überflüssigkeit, ins Nichts.

Die Verbindung von DDR-Herkunft, Verteidigung von Ost-Interessen und entschiedener linker gesamtdeutscher Opposition ist nicht Schwäche, sondern, bei entsprechender Politik, die eigentliche Stärke der PDS.

Um die Tradition einer großen historischen Bewegung für eine neue, ganz andere Zukunft zu nutzen, ist dreierlei notwendig:

1. Den Charakter der PDS als konsequente Oppositionspartei zu bewahren, den entschiedenen Widerstand gegen die Rechtsentwicklung in Deutschland fortzuführen, ostdeutsche Interessen und die Interessen aller Diskriminierten und durch den Rechtskurs Benachteiligten zu verteidigen.

2. Gemeinsam den Versuch zu unternehmen, vernünftig, also radikal Vergangenheit und Gegenwart zu analysieren und dabei für unsere Strategie das, was wir bei Marx Wichtiges und Richtiges gelernt haben, nicht leichtfertig zugunsten neuer Moden über Bord zu werfen.

3. Den in der PDS historisch gewachsenen Pluralismus zu verteidigen. Gerade hier liegt eine wesentliche Veränderung gegenüber der SED. Es ist absurd, den libertären Charakter einer künftigen sozialistischen Gesellschaft zu beschwören und gleichzeitig in der heutigen PDS die Solidarität aufzukündigen.

Wir laden Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten, die unsere Sorgen teilen, und andere, die diese Sorgen zerstreuen wollen, zu einer Diskussion am 29. Mai 1995 um 18.30 Uhr in das Bildungszentrum Hohenschönhausen ... ein.

Es folgen 38 Unterschriften

In der Erklärung "In großer Sorge" wird die Behauptung aufgestellt, irgend jemand in der PDS hätte leichtfertig und unbegründet eine gefährliche Richtungsänderung der Partei vorgenommen. Irgend jemand hätte den Grundkonsens der Partei in drei Fragen aufgekündigt. Damit hätte dieser Jemand die Entwicklungsgrundlagen der Partei untergraben.

Ich stelle dazu folgende Fragen:

1. Wer hat "eine gespenstische Schlacht in den eigenen Reihen unter der absurden Losung 'Reformer gegen Stalinisten' eingeleitet"?

2. Wer hat den Grundkonsens der PDS aufgekündigt?

3. Wer geht den "Weg der Anpassung"?

Als Vorsitzender der PDS fühle ich mich, solange niemand sonst mit Namen genannt wird, persönlich angesprochen. Ich weise diese Vorwürfe mit aller Entschiedenheit zurück. Wenn irgend etwas dieser Partei den Todesstoß versetzen kann, dann ist es die historische Wiederbelebung dieser Art von Denunziation und politischem Rufmord, bei dem weder Roß noch Reiter genannt werden. Mein Respekt vor den Unterzeichnenden läßt mich trotz aller Sorge hoffen, daß wir den Weg zum politischen Dialog finden werden.

Lothar Bisky, Parteivorsitzender

35. Marxisten und "jüdische Frage". Jüdische Studien bei Decaton - Sammelrezension

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:37

Publikationen zur Position des Marxismus oder der MarxistInnen zum Judentum sind aufgrund ihrer Einseitigkeit oft wenig nutzbringend. Autoren wie z.B. Edmund Silberner (Sozialisten zur Judenfrage, dt. 1962 und Kommunisten zur Judenfrage, dt. 1983) behaupten, daß es "eine alte antisemitische Tradition im modernen Sozialismus" gebe, was die Einstellung vieler bedeutender sozialistischer Denker zum Judentum erkläre. Hans-Helmuth Knütter übernahm in seiner Arbeit Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918-1933 (1971) die Auffassung von Silberner, wie auch viele weitere Autoren eine gleichsam ursprüngliche Verbindung des Marxismus (oder Sozialismus) mit antisemitischen Auffassungen behaupten. Dem gegenüber stehen Publikationen, in denen rundweg bestritten wird, daß es im Marxismus antisemitische Auffassungen gebe oder SozialistInnen solche Auffassungen vertreten würden. Diese Autoren scheinen einer Sichtweise verhaftet zu sein, als ob SozialistInnen gegenüber den Einflüssen der (mehr oder weniger antisemitischen) Gesellschaft, in der sie tätig sind, immun seien.

Trotz der angreifbaren Stoßrichtung unterscheiden sich die Arbeiten insbesondere von Silberner in ihrer Sorgfalt und Materialfülle bemerkenswert von den Schriften, in denen umstandslos die Existenz eines "linken Antisemitismus" - nun als "Antizionismus" verhüllt - behauptet wird. Woran aber liegt es, daß seriöse Arbeiten zum Thema wenig gelesen werden, auch oder gerade nicht von denen, die allzeit eine Meinung über Israel, über Juden, über das Verhältnis der Linken zu Israel und Judentum parat haben? Woran liegt es, daß hingegen eine Schrift wie Broders Der ewige Antisemit, in der er der Linken zuschlägt, was ihm zupaß kommt, in der er Äußerungen und Anekdoten zuschreibt, wie es seiner Hypothese von der Linken als den Antisemiten der Jetztzeit entspricht, daß gerade eine solche Schrift ein Publikumserfolg wird? Es muß beim Publikum wohl ein Bedarf vorliegen.

Zieht man in Betracht, daß politische Sachbücher (Scholl-Latours Kost für gesund Halbgebildete beiseitegelassen) kaum noch nennenswert zum Erhalt von Buchhandlungen beitragen; zieht man weiter in Betracht, daß Publikationen zu jüdischen Themen oberhalb von Kishon keine Verkaufserfolge sind, dann ist es schon ein Wagnis, das der kleine Decaton-Verlag mit der Herausgabe einer anspruchsvollen Reihe Jüdische Studien eingegangen ist.

Assimilation

Enzo Traverso, Absolvent des Studiums der Zeitgeschichte in Genua und Paris, zeichnet in seiner ursprünglich als Dissertation vorgelegten Studie Die Marxisten und die jüdische Frage die Geschichte dieser Debatte, wie sie im Zeitraum 1843 bis 1943 geführt wurde, nach. Traversos Leitfrage ist, ob und inwieweit Marxisten (nicht "der" Marxismus!) den Erfordernissen einer Lösung der jüdischen Frage entsprochen haben.

Zwei Werke bilden gleichsam Prolog und Epilog der marxistischen Debatte über die jüdische Frage: Karl Marx Zur Judenfrage aus dem Jahr 1843 und Abraham Léons La conception matérialiste de question juive, während des Zweiten Weltkriegs verfaßt, 1946 im Original und 1971 in deutscher Übersetzung unter dem harschen Titel Judenfrage & Kapitalismus erschienen.

Geführt wurde die Debatte vor allem in Mittel- und Osteuropa, am intensivsten zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und der Russischen Revolution 1917. In Mittel- und Osteuropa konzentrierte sich um die Jahrhundertwende der größte Teil der jüdischen Weltbevölkerung. Hier entstanden, schreibt Traverso, ein jüdisches Proletariat und eine jüdische Arbeiterbewegung, und "hier kreuzten sich Tradition und Moderne, Feudalismus und Kapitalismus, Antisemitismus und Emanzipation, hier deuten sich Züge einer neuen Judenfrage an, die auf einer Dialektik von Nationalität und Assimilation beruht."

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts sahen sich die Juden in Deutschland, Österreich und Frankreich mit dem Aufkommen der modernen Judenfeindschaft, dem Antisemitismus, erneuter Anfeindung ausgesetzt. Zur gleichen Zeit verschärfte sich die Unterdrückung der Juden durch den Zarismus in dem ihnen zugewiesenen Wohngebiet (Ansiedlungsrayon) und sie waren von Pogromen bedroht. Hier zeichneten sich "Züge einer

nationalen Judenfrage ab, die vorab an die Entwicklung einer jiddischen Kultur gebunden war. Die Entwicklung einer jüdischen Arbeiterbewegung zwang die Marxisten, sich diesen neuen Erscheinungen zu stellen."

Fast die gesamte marxistische Debatte dieser Zeit bezog sich auf die Assimilation als Weg zur Lösung der jüdischen Frage. Die marxistische Kultur blieb, was die Interpretation der jüdischen Geschichte anging, der Aufklärung verbunden, die Emanzipation und Assimilation gleichsetzte. Einen anderen Weg zur Aufhebung der "jüdischen Sonderexistenz" als den des Aufgehens in der allgemeinen Gesellschaft konnten sich die Marxisten (wie auch die übrige Gesellschaft) nicht vorstellen.

Die Assimilation war zwar in Ländern wie Frankreich oder Deutschland zumindest denkbar - und dieser Weg wurde auch in diesen und anderen westeuropäischen Ländern von den meisten Juden bis 1933 beschritten -, war jedoch in Rußland aufgrund der vollkommen anders gearteten Existenzbedingungen der dortigen Juden ausgeschlossen. Gleichviel betrachteten MarxistInnen wie Lenin oder Rosa Luxemburg die Assimilation als die Tendenz, die sich historisch durchsetzen würde. (Lenin stützte sich in seiner Polemik gegen den jüdischen "Bund" u.a. auf die Argumentation eines französischen Theoretikers, ohne die grundlegend unterschiedliche Lage der Juden in Frankreich und im russischen Ansiedlungsrayon zu begreifen.) Marxisten des "Jiddischland", Wladimir Medem und Ber Borochov, erfaßten demgegenüber die nationale Dimension der jüdischen Frage in Osteuropa. Die Lösungsvorstellungen dieser beiden Theoretiker unterschieden sich jedoch wiederum: Während Borochov die "Normalisierung" der Juden über die Errichtung eines eigenen Staats (in Palästina) erreichen wollte, votierte Medem für nationale Autonomie der Juden in ihrem Lebensgebiet in Osteuropa. (Traverso arbeitet übrigens, wie auch der unten vorgestellte Jacobs, mit jiddischen Originalquellen, die sonst kaum in einer allgemein bekannteren Sprache zugänglich sind.)

Am Ende seiner Studie, in der Traverso nach Marx und Engels die Auffassungen u.a. der jüdisch-marxistischen Intelligenz in Mittel- und Osteuropa, der deutschen und österreichischen MarxistInnen, der jüdischen, der russischen und polnischen MarxistInnen, Gramscis, Benjamins und Léons, die Lage der Juden in der Russischen Revolution (s. Vorabdruck in ak 378) und das Verhältnis der KPD zur jüdischen Frage darstellt und diskutiert, gelangt er zu der Schlußfolgerung: "[...] die Geschichte der marxistischen Debatte über die jüdische Frage [ist] eine Geschichte des Unverständnisses. Das klassische marxistische Denken war weder in der Lage, die Natur des Antisemitismus zu begreifen, noch das jüdische Bestreben nach einer eigenen, klar ausgeprägten Identität anzuerkennen."

Vielfalt

Jack Jacobs, Associate Professor of Government at John Jay College, New York, Autor der Studie Sozialisten und die "jüdische Frage" nach Marx, ist bestrebt, gegenüber den "durch politische Feindseligkeit oder zu starke Vereinfachung" beeinträchtigten Schriften über das Verhältnis zwischen Judentum und Sozialismus die "Vielzahl von Ansichten über die jüdische Frage innerhalb der sozialistischen Welt" darzulegen: "Die Sozialisten neigten weder von Natur aus zu Antisemitismus noch waren sie immun gegenüber antisemitischen Sentiments oder einer Meinung, was die Assimilation oder den jüdischen Nationalismus betraf."

Im ersten Teil seines Buches erörtert Jacobs die Hauptgedanken einiger prominenter sozialistischer DenkerInnen, die in der deutschsprechenden Welt in der Zeit vom Beginn des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg wirkten (Kautsky, Bernstein, Luxemburg, Adler, Bauer u.a.). Im zweiten Teil diskutiert Jacobs die Reaktionen jüdischer Autoren auf die sozialistischen Schriften zur jüdischen Frage. Ebenso wie es bei den (jüdischen wie nichtjüdischen) sozialistischen DenkerInnen eine Vielzahl unterschiedlicher Auffassungen zur jüdischen Frage gab, unterschieden sich auch die Reaktionen jüdischer Publizisten stark voneinander, und zwar sowohl von Land zu Land wie innerhalb eines Landes. Jacobs folgert: "Es gab keine marxistische Einstellung zu den Juden, sondern ein Spektrum marxistischer (sozialistischer) Haltungen. Es gab niemals eine einheitliche jüdische Antwort auf die marxistischen Schriften, sondern eine große Anzahl von Reaktionen."

Jacobs zeichnet die unterschiedlichen Bedingungen, unter denen die von ihm diskutierten Positionen zur jüdischen Frage entstanden, anhand der persönlichen wie der politischen Geschichte der von ihm vorgestellten AutorInnen detailliert nach. So zeigt er auf, wie drei führende Mitglieder der SPD, die zur gleichen Zeit tätig waren, zu weitgehend unterschiedlichen Anschauungen der jüdischen Frage gelangten. Eduard Bernstein vom rechten Flügel der SPD war anfangs Verfechter der Assimilation, er verachtete orthodoxe Juden

und war der Auffassung, daß die Entstehung des Antisemitismus eine Reaktion auf die Handlungen bestimmter jüdischer Personen sei. Unter dem Einfluß von Eleanor Marx und weil er im Londoner Exil des Elends der dort lebenden Ostjuden ansichtig wurde, stellte er das Assimilations-Konzept in Frage und begann, den Arbeiterzionismus zu unterstützen. Kautsky, sozialdemokratische Mitte, nichtjüdischer Abstammung, empfand während seines ganzen politischen Lebens starkes Mitgefühl für die Leiden der Juden, war ein scharfer Gegner des Antisemitismus und überzeugter Verfechter der Assimilation. Rosa Luxemburg vom linken SPD-Flügel, im polnischen Zamosc (Ansiedlungsrayon) in einer Familie aufgewachsen, die enge Verbindung mit den Maskilim (Anhänger der jüdischen Aufklärung) hatte, verachtete Kultur und Sprache der osteuropäischen Juden, sie lehnte sowohl den Zionismus als auch die vom "Bund" geforderte nationale Autonomie ab.

Jacobs beschließt seine Studie mit der Feststellung: "Übergreifende ideologische Unterschiede helfen, die verschiedenen Standpunkte zu erklären, die die führenden Vertreter der Sozialdemokratie [...] in der jüdischen Frage vertraten, aber eine Untersuchung der Familienhintergründe, der Erziehung und Persönlichkeit dieser Menschen scheint sogar noch besser zu erklären, warum es eine so große Meinungsvielfalt unter ihnen gab."

Als Einführung in die von Traverso und Jacobs behandelte Problematik und als Ergänzung ist die Aufsatzsammlung von Mario Keßler Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus zu empfehlen, in der der Autor eine Reihe wichtiger Aspekte des Verhältnisses der Arbeiterbewegung zur jüdischen Frage erörtert.

Pogrom

Der dritte Band der Jüdischen Studien enthält die Analyse eines Pogroms im jüdischen Siedlungsgebiet.

Ein Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, am 4. Juli 1946 wurden im polnischen Kielce 42 Jüdinnen und Juden bei einem Pogrom ermordet. Damals wie heute unterliegt eine umfassendere Kenntlichmachung der Motive, der Anstifter, der Täter dem Interesse der Parteien. Ob nun aber nationalistische Polen, Angehörige der Armia Krajowa (Heimatarmee), des polnischen Geheimdiensts oder gar Juden selbst verantwortlich gemacht werden, durchweg wird nur ein bestimmter eingeschränkter Personenkreis beschuldigt - wodurch alle anderen automatisch entschuldet sind. Die Gesamtsituation, aus der heraus es zu diesem Pogrom gekommen war, blieb und bleibt zudem völlig außer Betracht.

Ähnlich wie mit dem Pogrom in Kielce verhält es sich auch mit den Pogromen im zaristischen Rußland, als deren Ursache häufig nur eine Provokation gesehen wird, die von höchster oder allerhöchster Stelle ausging. Am Beispiel des Pogroms in Kischinjow 1903 widerlegt Edward H. Judge, Professor für Geschichte am LeMoyne College in Syracuse, in seiner Studie Ostern in Kischinjow. Anatomie eines Pogroms diese schlichte Sichtweise. Eine Sichtweise, die ja auch beruhigend wirkt: Zwar sind die Pogromisten "einfache Leute", aber sie haben sich "nur" von einer Provokation aufstacheln lassen.

Judge skizziert eingangs die sich verändernde Lage der Juden in Osteuropa: Unter polnischer Herrschaft benutzt als Mittelsmänner - als Pächter, Steuerbeamte, Spirituosenhändler - und somit den Polen und Ukrainern, die anstelle ihrer wirklichen Ausbeuter nur die Juden sahen, fremd und verhaßt; mit der Aufteilung Polens unter die umliegenden Staaten gerät der größte Teil der ehedem polnische Juden unter die Herrschaft des Zarismus, der, anders als die polnische Krone, die Juden eher als schädlich ansah. Ihr Wohngebiet wird auf einen Bereich an der neuen Westgrenze des russischen Reichs, das jüdische Ansiedlungsgebiet, beschränkt. Bis zur Russischen Revolution waren die Juden in wechselndem Umfang Repressionsmaßnahmen des Zarismus ausgesetzt. Damit hatte sich die Lage der Juden entscheidend gewandelt: Sie hatten nicht nur den Schutz der polnischen Krone verloren. "Es wurde immer offensichtlicher, daß die [russische] Regierung bestrebt war, nicht die Juden zu beschützen, sondern die Bauern und die Stadtbevölkerung vor den Juden. Die Juden [...] befanden sich zunehmend in der Falle ihres Ansiedlungsgebietes zwischen einer feindseligen Regierung und dem ängstlichen, mißtrauischen und potentiell unbeständigen Stadtvolk. Ihre Lage prädestinierte sie für Unruhen, und die Bedingungen waren wie geschaffen für Pogrome."

Dieser Schilderung der Ausgangslage folgen in der Studie detaillierte Darstellungen der Geschichte und der Sozialstruktur von Kischinjow, der Tätigkeit der Aufhetzer und der Behörden sowie der Rolle der altüberkommenen Blutbeschuldigung, des Verlaufs des Pogroms selber und - u.a. anhand der

zeitgenössischen Akten und Untersuchungen - eine Erörterung der Schuldfrage sowie eine Analyse der Pogrom-Ursachen.

Entgegen der traditionellen Erklärung für den Pogrom - er fand statt, weil die russische Regierung es wollte - hält Judge fest: Der Kischinjower Pogrom war weder ein spontaner Ausbruch, noch ein gut geplanter Angriff, der von Regierungsbeamten unterstützt und organisiert worden war. "Er war eher das Ergebnis einer systematischen Kampagne der Verleumdung und verzerrten Darstellung, die von örtlichen Antisemiten aktiv betrieben wurde [...] Er fand im Zusammenhang mit den sozialen, religiösen und ökonomischen Spannungen statt, die es in einer multiethnischen Stadt mit wachsender jüdischer Bevölkerung gab, einer kommerziellen Umgebung, in der die Juden eine herausragende Rolle spielten, und einer großen unteren Schicht halbgebildeter Christen, die leicht empfänglich waren für antijüdische Propaganda. Er wurde durch die Haltung der Regierungsbeamten unterstützt, die strikt die legalen Restriktionen gegen die Juden durchsetzten, während sie die Antisemiten begünstigten, die sie für gefestigte Patrioten der Kischinjower Gesellschaft hielten." Eine Sichtweise von "Regierungsbeamten", sei hinzugefügt, die man, Rostock und andere Orte im Auge, als recht modern erkennt.

Klaus Mellenthin

Enzo Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843- 1943). Aus dem Französischen von Astrid St. Germain. Mainz (Decaton = Jüdische Studien, Band 1) 1995. 256 S., DM 78.-

Jack Jacobs: Sozialisten und "jüdische Frage" nach Marx. Aus dem Englischen von Cornelia Dieckmann. Mainz (Decaton = Jüdische Studien, Band 2) 1994. 240 S., DM 49.-

Edward H. Judge: Ostern in Kischinjow. Anatomie eines Pogroms. Aus dem Englischen von Cornelia Dieckmann. Mainz (Decaton = Jüdische Studien, Band 3) 1995. 160 S., DM 58.-

Mario Keßler: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert. Mainz (Decaton) 2. Aufl. 1994. 156 S., DM 24.-

Die hier vorgestellten Publikationen erhalten ak-LeserInnen bei Direktbestellung beim Decaton-Verlag mit einem Preisnachlaß von ca. 50% - siehe Anzeige S. 34.

36. "Die Rache der Sowjets". Werner Pirker über das politische System im postkommunistischen Rußland - Buchvorstellung

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:06

Werner Pirker analysiert die Entwicklung vom real existierenden Sozialismus sowjetischer Prägung zum Kapitalismus à la russe als eine Befreiung der bis dahin herrschenden Bürokraten, Administratoren, Technokraten, Direktoren, Parteisekretäre von den Fesseln ihres realsozialistischen Systems, als Umwandlung eines Teils dieser Nomenklatura in eine kapitalistische Eigentümerklasse. Unter dem Wirtschaftsplan der zentralen Planungsbehörden, die mangels demokratischer Anbindung nach unten an gesellschaftlichen Realitäten vorbeiplanten, habe sich seit langem ein "bürokratischer Markt" der "spontanen" Gegenpläne vor Ort herausgebildet. Unterhalb der zentralen Planebene wirtschafteten die Fabrikdirektoren und Verwaltungsbürokraten vor Ort mit ihren Betrieben längst nach eigenen Plänen; in dieser "Schattenökonomie" verschwanden bedeutende Ressourcen der Gesamt-Wirtschaft. Die realsozialistische Planökonomie verkam zur bloßen Hülle. Immer mehr machte sich eine mafiose Züge tragende Quasi-Unternehmer-Ökonomie der Betriebsleitungen breit, für die allein die jeweiligen Betriebsegoismen zählten.

Auf die Dauer mußte diese Schattenökonomie durch Entzug von Ressourcen und durch Versacken von Planungsimpulsen die "offizielle" Ökonomie lähmen und austrocknen. Die Perestroika nun setzte einen Prozeß in Gang, in dem nicht die Ökonomie sich vom Schatten befreite, sondern in der der Schatten sich der übrigen Ökonomie entledigte. Nicht, wie die anfängliche Perestroika unter Michail Gorbatschow proklamierte, der Sozialismus wurde von seinen Deformationen befreit, sondern die Deformationen vom Sozialismus. Das "Streben der staatssozialistischen Elite nach der Verwertung ihres in der Schattenwirtschaft akkumulierten Kapitals" habe die Triebkraft des Umbaus der sowjetischen Gesellschaftsordnung dargestellt, konstatiert der Autor. Leider formuliert er diese Grundthese erst auf den Seiten 52/54 ff.; es hätte das Verständnis des Buches sicherlich erleichtert, sie am Anfang oder in der Einleitung zu präsentieren und die Abläufe des "Umbaus" im folgenden nachzuzeichnen. Die dichtgedrängte Präsentation von Fakten erfordert oftmals ein sehr aufmerksames Lesen. Der Leser/die Leserin wird jedoch bei der Lektüre des Buches durch ein vertieftes Verständnis der gesellschaftlichen Hintergründe des Umbaus des sowjetischen/russischen System im Zeitraum 1983/84 bis 1993/94 entlohnt, die durch interessante Gedankengänge des Autors erhellt werden.

Das Abschütteln der realsozialistischen Fesseln durch die mafios-bürokratische Schattenwirtschaft begann nicht erst unter Michail Gorbatschow, sondern wurde bereits unter seinem Vorgänger Andropow um 1983 eingeleitet. Damals wurden Betrieben in bestimmten Branchen und Unionsrepubliken erweiterte Befugnisse eingeräumt, ihre wirtschaftliche Tätigkeit selbst auszugestalten. Die unter "Gorbi" staatsoffiziell ausgerufene "Perestroika" bildet in ihrem Kern eine Umkonstituierung von Teilen der bisher regierenden Nomenklatura in eine mafiose Eigentümerklasse, unter Einschluß von neu dazukommenden "neureichen" Elementen. Diese proklamiert, um ihr Werk umzusetzen, eine "demokratische Revolution", die breite Schichten der Bevölkerung für den Prozeß der (Selbst-)Auswechslung der Eliten gewinnen soll, und korrespondiert auch im ökonomischen Bereich mit einer "Perestroika von unten".

Werner Pirker liefert hier eine interessante Analyse des Bergarbeiterstreiks 1990: Im Westen mitunter von "Marxisten-Leninisten" als authentisches Erwachen des Proletariats verklärt, verkörperte die "neue Arbeiterbewegung" in den Kohlengruben die ökonomische Logik der Perestroika in Reinform. Unzufrieden, weil bei ihnen keine Wolljacken und Lebensmittel von anderen Betrieben eintreffen, streiken die Bergarbeiter für die Freiheit, selbst die Kohlepreise festlegen zu dürfen; damit betreiben sie mit ihrem Betrieb das gleiche Erpressungsgeschäft gegen die übrige Ökonomie, das andere mit ihnen betreiben. Um den entfesselten Betriebsegoismus für ihre eigenen Interessen durchsetzen zu können, fordert der radikalisierte Teil der Bewegung "neue Herren" über sich für ihre Kohlegruben. Exakt jener Betriebsegoismus ist es, der den Realsozialismus paralysierte und der in der Perestroika freigesetzt wurde. Im Zuge des Zerfalls des sowjetischen Großstaates kleidet dieses Prinzip sich oftmals auch in das Gewand "nationaler Freiheit" und ethnischen Gruppenegoismus.

Die neue Eigentümerklasse, deren Kern "das System der Schutzgelderpressung bildet", pickt sich aus den Trümmern der realsozialistischen Ökonomie nur die Rosinen heraus, vor allem die Außenwirtschaftsbeziehungen und das Immobiliengeschäft. Die weniger profitablen Teile der Ökonomie werden von einer profitsuchenden Schicht, die nur einen kleinen Teil der Bevölkerung umfaßt, einfach brachliegen gelassen. Die rentablen Sektoren unter ihren neuen Eigentümern betreiben vor allem, weil lohnend, die Belieferung des Weltmarkts mit Rohstoffen und Energieträgern (sowie Waffen) und die Kommerzialisierung sozialer Dienstleistungen; für den Binnenkonsum der Bevölkerung wird immer weniger produziert. In einer zerstörten Ökonomie immer weniger Beschäftigung findend, kann diese sich ohnehin großenteils Konsum gar nicht leisten; binnenökonomisch leidet Rußland daher an einer Überproduktionskrise. Das Resultat: 1994 erreicht die Industrieproduktion nur noch 38-40 % des Niveaus von 1990.

Die Resultate des "Marktstalinismus" an der Macht sind natürlich dazu angetan, den demokratisch-populistischen Massenanhang der Perestroika abzustoßen; er bildete nur die "historische Kostümierung" für den Übergang von der alten zur neuen Herrschaftsform. Nach der Machtübernahme der sogenannten "Demokraten" unter Boris Jelzin im Herbst 1991, die die neue (neu-alte) Machtelite politisch repräsentieren, wandelt sich das Gesicht des "Neuen Rußland" rasch von der populistischen Bewegung zum autoritären Regime. Bereits 1990 formulieren "demokratische" Intellektuelle Dinge wie: "Gegen die Marktwirtschaft werden Millionen von Alkoholikern, Saufbrüdern und Arbeitsscheuen aufstehen..." Im Juni 1991 entdeckte ein jelzinistischer Journalist die "zivilisierten" Bedingungen für das Kapital, die in Chile unter General Pinochet geschaffen worden seien.

Aber auch auf seiten der Gegner der neuen Elite macht sich der Hang zu autoritären Lösungen breit. Angesichts der schweren Durchschaubarkeit des Wandels von der alten zur neuen Herrschaftsform und angesichts der Diskreditierung einer sozialistischen Option zur Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgrund 70jährigen "realen Sozialismus", erklären sich viele RussInnen die Verschlechterung ihrer Lebenssituation unter der kapitalistischen "Schocktherapie" anhand aller möglichen Verschwörungstheorien. Nicht mit gesellschaftlichen Kategorien wie Klasse und Interesse, sondern durch die Denunziation von "dem Ausland dienenden Mächten", "zionistischen Kräften" und finsteren Komplotten helfen große Teile der Opposition gegen Boris Jelzin dabei, die Wirkung der neuen kapitalistischen Zustände zu "verstehen". In Rußland kreuzen sich daher, so Werner Pirker, zwei autoritäre Strömungen: "eine elitäre und eine populistische", sich egalitär verkaufende.

Bernhard Schmid

Werner Pirker: Die Rache der Sowjets - Politisches System im postkommunistischen Rußland; Pro Media Verlag Wien, 216 Seiten, DM 34,-/sFr 35,-/öS 240,-

37. Eine sanfte Verstörung zwischen Erde und Himmel. Die Verhüllung des Reichstagsgebäudes

Die Verhüllung des Reichstagsgebäudes durch Christo und Jeanne-Claude

Autor: ge./Hamburg · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak380/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:07

Vierzehn Tage wird das Reichstagsgebäude in Berlin in silbrig glänzende Polypropylen-Folie gehüllt sein, verwandelt in eine große Skulptur. Danach wird die Installation wieder abgebaut: "Nur die Erinnerung bleibt", so Christo. "Unsere Kunst ist sehr flüchtig und sehr verwundbar." (1)

Die Verhüllung ist Höhepunkt und Ende eines Projekts, für das die Christos sich seit über zwanzig Jahren einsetzen. Mit einer Postkarte des in Berlin lebenden Amerikaners Michael S. Cullen hatte es im Jahre 1971 begonnen. Der Galerist schlug Christo vor, das Reichstagsgebäude zu verhüllen. Christos Neugierde war geweckt, er traf sich mit Cullen in Berlin, die ersten Entwürfe, Zeichnungen, Modelle für den "Wrapped Reichstag, project for Berlin" entstanden. Der erste Versuch der Verhüllung 1973 schlug fehl. Hartnäckig verfolgten Christo und Jeanne-Claude ihr Projekt weiter - und verwirklichten in der Zwischenzeit eine Reihe ihrer bekanntesten Projekte: den "Running Fence" (1976), einen sechs Meter hohen Nylonzaun, der eine leuchtend weiße Linie durch die kalifornische Landschaft zog, den "Wrapped Pont Neuf" (1985), eine "Hommage" an die mit orangefarbenem Kunststoff verhüllte berühmte Pariser Brücke oder "The umbrellas" (1991), 1.340 blaue Schirme in Japan und 1.760 gelbe Schirme in Kalifornien, die wie kleine "Häuser ohne Wände" sich über die Landschaft verteilten oder zu "Dörfern" zusammenfanden. (2)

Im Laufe der Zeit gewannen Christo und Jeanne-Claude viele Befürworter des Reichstags-Projektes. Bei dem Weg durch die politischen Instanzen gab es Zustimmung bei Willy Brandt, Walter Scheel, Richard v. Weizsäcker, Eberhard Diepgen u.a. - aber auch vehemente Ablehnung. Gerade bei den Hausherren des Reichstags, den Bundestagspräsidenten, die letztlich über die Genehmigung zur Verhüllung zu entscheiden hatten, wechselten Zustimmung und Ablehnung. Barzel war dafür, Vizepräsidentin Renger war interessiert und Jenninger lehnte ab - die Zustimmung Rita Süßmuths spielte letztlich eine entscheidende Rolle. Die Gegner, an der Spitze Kohl und Schäuble, die das Projekt "Wrapped Reichstag" in der Abstimmung im Bundestag im Februar 1994 endgültig zu Fall bringen wollten, unterlagen. Das Abstimmungsergebnis war deutlich: 292 Ja-Stimmen, 223 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen und eine ungültige Stimme.

Mit der veränderten politischen Situation änderten sich auch die Motive der Verhüllung. Vor der Wiedervereinigung wäre eine Verhüllung politisch problematisch gewesen. Heute ist Christo nach eigenen Worten froh darüber, daß "wir (er und Jeanne-Claude) so lange warten mußten". "Hätten wir das Projekt damals verwirklicht, hätte es unausweichlich im Zusammenhang mit der deutschen Teilung gestanden. Der Westen hätte es propagandistisch benutzen können, um zu zeigen, wie dumm der Osten ist. Das hätte ich arrogant gefunden." (3)

Die Phase der Vorbereitung, die Christo als "Hardware-Phase" bezeichnet, besteht - neben unzähligen Gesprächen mit Politikern, Interessierten, Bauern und Farmern (wie in Japan und Kalifornien beim "umbrella-Projekt") - aus spektakulären Auftritten in den Medien, die oft den Charakter einer perfekt inszenierten Werbekampagne mit Show-Effekten annehmen. Ohne sie könnten Christo und Jeanne-Claude ihre Millionenprojekte allerdings nicht verwirklichen, sie sind Teil der Finanzierungsstrategie und zugleich "community experience": Argumente für und wider das Projekt lösen Diskussionen und Reflexionen aus - auch bei Menschen, die selten Kontakt mit moderner Kunst haben.

In Verlauf dieser "community experience" wird u.a. häufig das weit verbreitete Mißtrauen gegen moderne Kunst sichtbar, das bei vielen - u.a. auch bei Kanzler Kohl - bis zu offener Ablehnung reicht. Seine Äußerung, der Reichstag wirke für sich, er brauche keine Verhüllung, bringt zweifellos auch Befürchtungen vor möglichen politischen Implikationen der Verhüllung zum Ausdruck. Ohne die Aktion Christos würde der Reichstag weiterhin so wirken, "wie alle Denkmäler wirken, ... von denen Musil mit Recht gesagt (hat), sie seien geradezu gegen Aufmerksamkeit imprägniert". (4)

Schäuble wurde in der Bundestagsdiskussion deutlicher. Um zu verhindern, daß "die Bevölkerung selbst diese temporäre Aktion des Künstlers als Ermunterung zum Nachdenken begreifen ..." könnte, "als Aufforderung

zum Tanz mit dunklen Begriffen und statischen Vorstellungen von nationaler Symbolik, geschichtlicher Überlieferung und politischer Realität" (5) - um dies zu verhindern, beschwor Schäuble wieder einmal die "nationale Identität" und die arg strapazierte "Würde unserer demokratischen Geschichte und Kultur", die durch die Verhüllungsaktion "Schaden nehmen könnte". Am Ende sah er sogar die Gefahr einer "Polarisierung des deutschen Volkes".

Auch Denkwürdiges und Kurioses gab es während der Vorbereitungsphase des Projektes. So unterbreiteten etliche Menschen Christo und Jeanne-Claude den Vorschlag, dieses oder jenes Haus in "ihrer" Stadt zu verhüllen, es gleichsam "verschwinden" zu lassen, weil es so häßlich ist! Andere - vielfach Bürgermeister europäischer Städte - meinten, die Gunst der Stunde zur Imagepflege "ihrer" Stadt nutzen zu können, indem sie Vorschläge zur Verhüllung etlicher Gebäude anboten. Der Gruner+Jahr-Verlag gar wollte sich mitten in der Sichtachse zwischen Reichstag und Brandenburger Tor groß in Szene setzen: eine Rotunde (Rundbau) sollte nach dem Willen des Verlags dort stehen, im Innern ein Panorama vom Pariser Platz im Jahre 2005. Die Christos klagten gegen den Verlag - das Vorhaben konnte per Gerichtsbeschluß vereitelt werden.

"Enthüllen durch Verbergen" - mit dieser paradox klingenden Formel hat der Christo-Biograph Boudon die künstlerischen Intentionen der Christos umschrieben. (6) Wie bei Christos urbanen Projekten, der Verhüllung des Pont Neuf oder der Verhüllung des Reichstagsgebäudes, geht es darum, die Besonderheiten städtischen Raumes (wieder) erfahrbar zu machen, die vielschichtigen Beziehungen zwischen einer Architektur und dem Ort, an dem sie steht. Mit der Verhüllung des Pont Neuf wurde die älteste und wohl auch bekannteste Brücke von Paris "gefeiert", eine Brücke, die seit ihrer Grundsteinlegung am Ende des 16. Jahrhunderts viele Umgestaltungen erfahren hat und dadurch die Geschichte der Stadt Paris widerspiegelt. Sie ist ein markanter Punkt des Pariser Stadtraums, den ganze Malergenerationen - von den Impressionisten bis zu Albert Marquet und Pablo Picasso - als Motiv gewählt haben.

Beim Reichstagsgebäude ist es das "Aufregende" des Ortes, das die Christos bewog, gegen alle Widerstände an ihrem Projekt festzuhalten. "Aufregend" und "einmalig", wie Michael S. Cullen, Projektleiter und Autor einer umfassenden Darstellung der Geschichte des Reichstags darlegt: "... das Reichstagsgebäude ist eher für das bekannt, was es symbolisiert, als für das, was in ihm geschah." (7) Vor allem durch den Reichstagsbrand hat sich das Gebäude dem Gedächtnis vieler eingeprägt - kaum durch die Tatsache, daß es während der Weimarer Republik Sitz des Parlaments war. Es wurde zum Symbol des Nationalsozialismus, obwohl es bis 1945 als verhaßtes Denkmal der Weimarer Republik im Abseits stand. Im Zuge der faschistischen Planungen durch den Generalbauinspektor des 3. Reiches, Albert Speer, drohte ihm sogar der Abriß - der heutige Platz der Republik sollte zum "Aufmarschplatz der Nation" werden. Im Mai 1945 ging dann das berühmte Foto von Jewgeni Chaldej um die Welt: Sowjetische Soldaten, die auf dem Dach des eroberten Reichstagsgebäudes die rote Fahne hissen. Nicht die Eroberung der Hitlerschen Reichskanzlei wurde zum Symbol der Niederlage des Faschismus, sondern die Erstürmung des Reichstagsgebäude. Nach 1945 drohte der Ruine erneut der Abriß - bis es dann "stilbereinigt" wiederaufgebaut wurde und im verminten Spreebogen dicht an der Mauer erneut im Abseits stand, genutzt als Historisches Museum.

Noch in anderer Hinsicht, so der Architekturkritiker Tilmann Buddensieg, ist das Gebäude "einmalig". Es gibt "keine Parallele ... für einen vergleichbaren Bruch zwischen geschichtlicher Bedeutsamkeit eines Bauwerkes und dem Negativbild seiner Formgebung". (8) Die Architektur des Reichstages war seit Beginn heftig "umstritten". Vielen linken Intellektuellen war das Gebäude zu "wilhelminisch-protzig", dem Kaiser, der in Sachen "Kunst" immer meinte, er müsse mitreden, war der Bau nicht feudal genug. Diese negative Bewertung der Architektur des Gebäudes erweist sich allerdings bei näherem Hinsehen als Vorurteil. Immerhin konnte der Architekt Wallot mit dem Reichstagsgebäude gegen vielfältigen Widerstand den Bau eines "Monuments der deutschen Republik" verwirklichen und mit der Eisen-Glas-Kuppel ein Zeichen des bürgerlichen Liberalismus setzen. Sehr zum Ärger Wilhelms II., der im Parlament ohnehin nur eine unnötige "Quasselbude" sah und den Bau verächtlich als "Reichsaffenstall" bezeichnete.

Bis zum Beginn des Umbaus, durch den das Haus mit seiner ohnehin verzwickten Baugeschichte wieder eine andere Gestalt annehmen wird, ist es jetzt durch die Verhüllung aus dem Alltag herausgehoben, "eine sanfte Verstörung zwischen Erde und Himmel" (9), die die Wahrnehmung schärft für einen außergewöhnlichen Ort, in dessen Veränderungen und Zerstörungen sich deutsche Geschichte der letzten 100 Jahre wie sonst nirgendwo manifestiert.

ge./Hamburg

Anmerkungen:

1) Die Zeit, 2.6.1995.

2) ebenda.

3) ebenda.

4) Werner Spies in der FAZ vom 1.10.85, zit. nach: Michael S. Cullen/Wolfgang Volz: Christo und Jeanne-Claude. Der Reichstag. "Dem deutschen Volke", Bergisch Gladbach 1995, S. 100.

5) Tilmann Buddensieg, Der Reichstag und die Künstler, in: Michael S. Cullen/Wolfgang Volz, a.a.O., S. 315.

6) zit. nach Jacob Baal-Teshuva, Christo & Jeanne-Claude, Köln 1995, S. Benedikt Taschen Verlag, Köln 1995, S. 18.

7) Michael S. Cullen: Das Reichstagsgebäude, in: Michael S. Cullen/Wolfgang Volz, a.a.O., S. 262.

8) Tilmann Buddensieg, Der Reichstag und die Künstler, in: Michael S. Cullen, a.a.O., S. 315.

9) Der amerikanische Kunstkritiker Albert Elsen, zit. nach Jacob Baal-Teshuva, a.a.O., S. 47.

38. Quelldatei 08.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak380/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:08

Welthandelsorganisation

Das "Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation" (WTO) wurde im vergangenen Jahr von knapp 120 Staaten unterzeichnet. Mit diesem Vertragswerk verfügen transnationale Konzerne und Finanzmagnaten über ein Instrumentarium, das sich in die kleinsten staatlichen Nischen frißt. Die Forderung nach "Wachstum von Produktion, Handel, Waren und Dienstleistungen" ist allen Forderungen - wie denen nach der Berücksichtigung ökologischer und sozialer Belange - übergeordnet. Mit IWF und Weltbank festigt das WTO die Hegemonie eines entfesselten Weltmarkts.

blätter des iz3w. Nr. 206, Juni 95. A4, 52 S., 7.50 DM.

Kuba

Ausgehend von den USA bahnt sich eine weitere Verschärfung des Wirtschaftskrieges gegen Kuba an. Dem Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats liegt eine Gesetzesinitiative mit dem Titel: "Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act 1995" vor. Jesse Helms, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses, der für diese Gesetzesinitiative verantwortlich zeichnet, faßte seine auf 2500 Seiten ausgebreiteten Vorstellungen über "Liberty" und "Solidarity" in wenigen Sätzen präzise zusammen: "Entweder verläßt Castro Kuba in vertikaler oder in horizontaler Position. Das liegt an ihm und dem kubanischen Volk - aber er muß und wird Kuba verlassen. Es ist Zeit, die Schrauben anzuziehen, nicht sie zu lockern." - Neben einer Analyse der Gesetzesinitiative werden in den Netzwerk Cuba Nachrichten die Reden Castros auf dem Weltsozialgipfel dokumentiert und eine Anzahl von Beiträgen zur Entwicklung der kubanischen Wirtschaft veröffentlicht.

Netzwerk Cuba Nachrichten. Nr. 9, Mai 1995. A4, 36 S., 4 DM.

Nazis in Lateinamerika ...

In den Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag von Kapitulation und Befreiung ist kaum zur Sprache gekommen, was aus zahlreichen hochrangigen Nazi-Verbrechern geworden ist, die nach 1945 aus Deutschland geflüchtet sind. Im zweiten Teil ihres Themenschwerpunkts "Flucht und Migration" veröffentlichen die Lateinamerika-Nachrichten daher eine Anzahl von Beiträgen über die Flucht dieser Verbrecher nach Lateinamerika. Argentinien, Bolivien, Paraguay und Chile waren die bevorzugten Ziele zahlreicher Nazi-Größen. Eichmann wurde 1960 von einem israelischen Kommando in Argentinien einkassiert, Barbie 1983 schließlich von Bolivien an Frankreich, Schwammberger 1990 von Argentinien an die BRD ausgeliefert. Mengele, Rauff und zahlreiche andere leb(t)en unbehelligt in Lateinamerika.

Lateinamerika-Nachrichten. Nr. 252/253, Juni/Juli 95. 84 S., 7.50 DM.

... und verschollen in der BRD

Wie war unsere deutsche Vergangenheit beschaffen? Und wie unsere deutsche Gegenwart? Beide Fragen beantwortet Karla Müller-Tupath mit einem eindrucksvollen Exempel. Vierzig Jahre lang wurde nach dem SS-Obersturmführer Anton Burger aus dem Sonderstab Eichmann gefahndet. Als Lagerkommandant des KZ Theresienstadt hatte er die Deportation von über 10.000 Juden veranlaßt. Sein Vorgänger und sein Nachfolger in der Theresienstädter Kommandantur wurden in der Tschechoslowakei zum Tode verurteilt und gehängt. Burger, mehrmals verhaftet, konnte immer wieder entkommen. Mittäter und Mitwisser schwiegen und halfen. Als Wilhelm Bauer lebte er unbehelligt, mit "echten Papieren" und als Bezieher einer Rente, bis zu seinem Tode 1991 in der BRD. Kurz vor dessen Tod, im Sommer 1991, erhielt Simon Wiesenthal einen Hinweis, daß Burger in der BRD lebe. Die Fahndung nach Burger wurde daraufhin wieder aktiviert - mit dem Ergebnis, daß nach zweieinhalbjähriger Nachsuche und zwei Jahre nach Burgers Tod zweifelsfrei feststand, daß der Essener Bürger Wilhelm Bauer der Kriegsverbrecher Anton Burger war.

Karla Müller-Tupath: Verschollen in Deutschland. Das heimliche Leben des Anton Burger, Lagerkommandant von Theresienstadt. Hamburg (Konkret Literatur Verlag) 1994. 200 S., 28 DM.

EU-Gegengipfel

Lange erwartet und gut geworden: Die Dokumentation des EU-Gegengipfels im Dezember '94 in Essen. Enthalten sind, soweit verfügbar, die Redebeiträge des Gegengipfels. Außerdem: eine Fotodokumentation, Chronologie und Erfahrungsberichte zum Demonstrationsgeschehen, ein Überblick auf die einjährige Vorbereitungs- und Mobilisierungsphase, eine Zusammenfassung der juristischen Auseinandersetzung um das Demonstrationsverbot und ein Überblick auf das juristische Nachspiel der größten Massenfestnahme in der BRD sowie diverse Auswertungs- und Kritikpapiere zum Gegengipfel.

Greifen wir gemeinsam nach den Sternen. Dokumentation des Gegengipfels zur Ministerratstagung der Europäischen Union vom 9. bis zum 11. Dezember '94 in Essen. A4, 68 S., 8 DM (bis zu 35% Rabatt für Buch- und Infoläden sowie WiederverkäuferInnen). Zu bestellen beim: Unrast-Verlag, Postfach 8020, 48043 Münster.

Neue Migration

Der vom BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik herausgegebene Sammelband enthält eine Erörterung der "neuen Migrationsformen". Politische Fluchtgründe und ökonomische Gründe, die zu einer Migrationsentscheidung führen, lassen sich zunehmend weniger scharf voneinander trennen. Eine Abgrenzung zwischen Flucht- und Arbeitsmigration wäre nicht nur schwer, sondern auch zweifelhaft. Mit der Definition und Bewertung von Migrationsgründen legitimiert der Staat die unterschiedliche Behandlung von MigrantInnen. Viele Linke haben sich lange Zeit auf politisch Verfolgte und die Verteidigung des herrschenden Asylrechts konzentriert. Währenddessen suchten sich MigrantInnen gezwungenermaßen andere Wege, organisierten Illegalisierte weiterhin ihren Alltag unter den verschärften Bedingungen von Kontrolle und Repression. Eines der Ziele des Buchs ist es, zu hinterfragen, warum zwar bei besonders drastischen Fällen von Folter und rassistischen Anschlägen Kampagnen zustandekommen, die Situation der hier unter miserablen Bedingungen Arbeitenden jedoch stillschweigend hingenommen wird.

Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte. Hg.: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik. Hamburg (Verlag Libertäre Assoziation) 1995. 256 S., 24 DM.

Dreyfus-Affäre

Alfred Dreyfus, Hauptmann im französischen Generalstab, vor hundert Jahren wegen Hochverrats zu lebenslanger Verbannung verurteilt, war in der "berühmtesten Affäre der neueren Geschichte" nur eine Nebenrolle zugedacht, bei der allerdings von ausschlaggebender Bedeutung war, daß er Jude war. Daß es sich um ein Fehlurteil handelte, war bald erwiesen. Die Wiederaufnahme des Verfahrens versuchte jedoch eine Phalanx aller antirepublikanischen Kräfte zu verhindern. Der Antisemitismus, der hier erstmals seit der Emanzipation der Juden durch den Code Napoléon aufflammte, war ein wesentliches Bindeglied zwischen diesen Kräften. - Zwei Wissenschaftler aus der ehemaligen DDR stellen die Affäre Dreyfus im Kontext der gesellschaftlichen Gesamtsituation Frankreichs kurz vor der Jahrhundertwende dar. Und sie haben allen Grund - bezogen auf die 80er und 90er Jahre - zu schreiben: "L'affaire est morte, vive l'affaire".

Eckhardt Fuchs, Günther Fuchs: "J'accuse!" Zur Affäre Dreyfus. Mainz (Decaton Verlag) 1994. 172 S., 19.90 DM. (Bei Bestellung direkt beim Decaton Verlag, Postfach 2161, 55011 Mainz, unter Angabe von "Sonderangebot ak" 9.80 DM!)

Friedrich Engels

Thematischer Schwerpunkt der neuesten Ausgabe der Zeitschrift für marxistische Erneuerung sind die "Orientierungen historisch-materialistischer Theorie", Anlaß ist der 100. Todestag (5.8.95) von Friedrich Engels. - Mit der historisch-materialistischen Theorie sei es heute, läßt die Z-Redaktion wissen, nicht zum Besten bestellt. Zum einen seien die herrschenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaften weit davon entfernt, sich auf die gesellschaftliche Wirklichkeit, den tagtäglichen Lebens- und Überlebenskampf, zu beziehen. "Zum anderen hat der Untergang sozialistischer Gesellschaften und Konzeptionen Ende der achtziger Jahre eine historisch-materialistische Wissenschaft getroffen, die zuvor bereits vielfach in Leerformeln erstarrt war und sich den Grundübeln unserer Zeit, der massenhaften Armut, Gewalt und Zerstörung von Leben und Naturreichtümern, oft nur noch auf Umwegen zu nähern vermochte." - In sieben Beiträgen werden Engels Arbeiten - vorwiegend zu naturwissenschaftlichen Fragen, daneben zu Aspekten seiner Staatstheorie - einer kritischen Sicht unterzogen.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung. Heft 22, Juni 1995. A5, 208 S., 18 DM.

39. Quelldatei 17bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak380/17bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:17bu

Konzentrationslager Buchenwald, Eisenbahn-Rampe

Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, Koffer in einer Vitrine

Juden, die deportiert werden sollten, wurden angewiesen, einen Rucksack oder Koffer mit ihren persönlichen Habseligkeiten mitzunehmen: Dazu gehörten ein Mantel, 2 Paar Schuhe, 3 Garnituren Unterwäsche, 2 Anzüge (Männer), 2 Sommer- und 2 Winterkleider (Frauen), warme Handschuhe, Mützen, Pullover. "Alles muß in gutem Zustand sein".

Eisenbahnstation Treblinka

Ein Eisenbahngleis führte direkt in das Todeslager. Dort wurden in 14 Monaten zwischen 750.000 und 870.000 Juden durch Gas ermordet. Ab September 1942 wurde die Eisenbahnstation für den normalen Personenverkehr geschlossen, um die Deportation und den Fortgang der Massentötungen zu beschleunigen.

Konzentrationslager Groß-Rosen, Aufenthaltsraum

Durch stundenlange Zwangsarbeit im benachbarten Steinbruch, bei der es wenig zu essen gab und kaum die Möglichkeit bestand, sich zu erholen, kam es in Groß-Rosen zu zahlreichen Todesfällen. Die geschätzte Zahl der Gefangenen betrug 125.000, darunter Juden, Polen, politische Gefangene vieler Nationalitäten und sowjetische Kriegsgefangene.

Konzentrationslager Mauthausen, Stacheldraht mit Scheinwerfern

Konzentrationslager Sachsenhausen, "Jüdische Baracken"

Die beiden Baracken Nummer 38 und 39, in denen Juden untergebracht waren, wurden im September 1992 in Brand gesteckt. Die Polizei nahm junge Rechtsradikale aus Prenzlau fest, die vor Gericht gestellt, aber dann "aus Mangel an Beweisen" freigesprochen wurden. Um weiteren Verfall zu verhindern, wurde über den Ruinen ein Zelt errichtet. Zum 50. Jahrestag der Befreiung des KZ Sachsenhausen wurde mit dem Wiederaufbau der Baracken begonnen.

Konzentrationslager Dachau, Gaskammer, die nicht mehr in Betrieb genommen wurde

40. Quelldatei 28.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak380/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:28

<B>P17.5B>Positiv überrascht

Betr.: ak 379

Liebe Leute,

positiv überrascht hat mich die neue Ausgabe von ak.

Deshalb mein spontanes Lob für Euch: Den Artikeln fehlt größtenteils der aus den letzten ak-Ausgaben leider allzu bekannte jämmerliche Selbstmitleidston.

Österreich, BND, Witiko, "Kapitulation & Befreiung" (wie immer sehr gut!), selbst der Kommentar zu NRW/Bremen und Rot-Grün waren sehr konstruktive Artikel. Was las ich in ak: "Es wäre eine Überlegung wert (...) Forderungen an Rot-Grün zu entwickeln statt (...) anzuklagen". Eben: Warum nicht! Und Forderungen ...

Genau diese Tendenz ("kritischer Pragmatismus" - oder was?) erhoffe ich für die nächsten ak-Nummern: Die Suche nach Perspektiven, auch mit "viel Theorie" untermauert! Auch zu Gewerkschaften, neue Arbeitsorganisationen ...

Viele Grüße

Marcus

41. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak380/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:32

Kalender

Widerstand von Juden

Lange Zeit herrschte die Auffassung, die Juden hätten sich "wie die Lämmer zur Schlachtbank" führen lassen - was letztlich einer Selbstentschuldung gleichkommt: Die Juden haben sich ja nicht mal gewehrt ... Seit einigen Jahren sind auch in deutscher Sprache Publikationen zum Widerstand von Juden erschienen, die diese einseitige Sicht widerlegen. Hier knüpft die Ausstellung "Im Kampf gegen Besetzung und ‚Endlösung` - Widerstand der Juden in Europa 1939- 1945" an. Vorwiegend anhand von Fotografien werden die vielfältigen Formen und Aktionen jüdischen Aufbegehrens dokumentiert.

Bis zum 29.7.95, außer montags täglich von 10-17 Uhr, mittwochs bis 20 Uhr. Jüdisches Museum, Untermainkai 14/15, Frankfurt.

Kriegs- und Nachkriegsfotografie

Die Wahrnehmung sowjetischer, amerikanischer und deutscher Fotografen der Kriegs- und Nachkriegszeit wird in einer Ausstellung des Deutschen Historischen Museums nebeneinander dokumentiert. Fotografien von AmerikanerInnen aus der Position der BeobachterInnen; von Sowjetbürgern, die gleichzeitig Fotografen und Kämpfer waren; von Deutschen, die sich in Innerlichkeit und Surrealismus retteten.

Bis zum 29.8.95. Deutsches Historisches Museum, Zeughaus, Unter den Linden, Berlin.

§ 175

Das Schwule Museum Berlin zeigt seine Ausstellung zur Geschichte des § 175

bis zum 22.7.95, mittwochs bis samstags von 17-22 Uhr im KOMM, Königstraße 93, Nürnberg.

Drogen

Zum Zusammenhang von autoritärer Formierung und staatlicher Drogenpolitik veranstaltet der Bundesarbeitskreis Drogen der JungdemokratInnen / Junge Linke eine Fachtagung. Die Themen der Arbeitsgruppen bzw. Vorträge sind: Sicherheitsapparate, Gesundheitspolitik, Staat und Legalisierung, Drogenökonomie, Drogen und Autoritarisierung.

1.7.95, 10-18 Uhr. Hauptgebäude der Universität, Hamburg. Anmeldung: JD/JL, Postfach 106126, 28061 Bremen, oder Tel. 040-213150. (VerdienerInnen zahlen 30 DM, Nichtverdienende 20 DM)

European Youth Week

Im Zusammenhang der European Youth Campaign Against Racism, Xenophobia, Anti-Semitism and Intolerance findet in Straßburg ein Jugendtreffen statt zu den Themen: Menschenrechte; Nord-Süd-Verhältnis; Erziehung zur Toleranz; Gleichheit; Kampf gegen Rassismus, Fremdenfurcht, Antisemitismus und Intoleranz.

9.7.-16.7.95. Anmeldung: European Youth Campaign, 67075 Strasbourg-Cedex, Frankreich.

Prozeß gegen BesetzerInnen der Neue Wache

AntifaschistInnen hatten am 9. November 1993 die Neue Wache, in der die zentrale Kranzabwurfstelle (offiziell: Zentrale Gedenkstätte der Bundesrepubik Deutschland) errichtet worden war, unmittelbar vor der offiziellen Einweihung besetzt. Die BesetzerInnen wollten mit ihrer Aktion gegen die Gleichsetzung von Opfern und Tätern protestieren. Ihnen wird nun der Prozeß gemacht. Gebeten wird um Proteste beim Amtsgericht Tiergarten (Richter Räthke, Az 357, Cs 619/94, Turmstr. 91 - Kopien der Protestschreiben an die untenstehende Adresse) und um Spenden für die Prozeßführung. Ein internationaler Pressespiegel im Umfang von 20 Seiten ist für 20 DM zu erhalten.

8.7. Soli-Party, Ort bei der Antirassistischen Initiative erfragen.

4. u. 8.8., ab 9 Uhr Prozeß im Amtsgericht Tiergarten, Turmstr. 91, Raum I/456.

Pressespiegel-Bestellung: Antirassistische Initiative, Yorckstr. 49, 10965 Berlin.

Spenden: Antirassistische Initiative, Stichwort: Pieta-Prozeß, Kto.Nr.: 303 96 03, BLZ 100 205 00, Bank für Sozialwirtschaft.

PartisanInnen in Norditalien

Im Rahmen einer Studienfahrt nach Reggio Emilia (bei Bologna) werden Orte des antifaschistischen Kampfes u.a. in den Bergen des Apennin aufgesucht. Per Fahrrad werden historische Stätten der LandarbeiterInnen-Bewegung in der Po-Ebene erkundet.

1.-10.9.95. Anmeldung: Bildungswerk für Friedensarbeit, Alfred-Bozi-Str. 10, 33602 Bielefeld. Teilnahmegebühr: 690 DM. (Die Fahrt ist in Hessen und Nordrhein-Westfalen als Bildungsurlaub anerkannt.)

Architektur im Nationalsozialismus

Vielleicht mit einer klammheimlichen Anspielung auf die derzeitige Umgestaltung Berlins führt die Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz ein zweitägiges Seminar durch unter dem Titel "Architektur und Stadtplanung im Nationalsozialismus - Umgestaltungspläne für Berlin als europäische Hauptstadt ‚Germania`".

7.-8.9.95. Gedenkstätte Haus der Wannsee- Konferenz, Berlin. Info: Tel. 030-8050010, Fax 030-80500127.

Juden in der Weimarer Republik

Juden gelten gemeinhin auch heute noch als so etwas wie eine einheitliche Gruppe, Juden der Weimarer Republik waren für manche Linke gar fast so etwas wie eine linke Partei. Die Vielfalt der Strömungen, denen sich die deutschen Juden jener Zeit zugehörig fühlten - deutsch-national, sozialdemokratisch, zionistisch, kommunistisch und und und -, wurde kaum zur Kenntnis genommen. Ein internationales Kolloquium des Zentrums für Antisemitismusforschung verspricht, die Vielfalt jüdischen Lebens im Deutschland vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten darzustellen.

9.-13.9.95. Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin. Info: Dr. Juliane Wetzel, TU Berlin, Sekr. RO 3-1, Rohrdamm 22, 13629 Berlin.

Jüdischer Alltag vor dem Pogrom

Das Comic On Theater bereist zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus mit dem Dokumentationstheater "Vor dem gelben Stern - Jüdischer Alltag vor dem Pogrom" die BRD. Zum Stückinhalt schreiben die Theaterleute: "Er, Parteigenosse, bürokratisch korrekt bis beamtisch pedantisch bedient sich rückhaltlos der hohlen Phraseologie jener Jahre, in einer stimmlichen Bandbreite, die vom sanft perfiden Bürokratenton eins Eichmann bis zum übersteigerten Agitationsduktus eines Goebbels reicht. Sie, jüdische Ärztin im Berlin der 30er Jahre, preußisch akkurat, Gefangene im Sessel kultivierten Bildungsbürgertums, erzählt von ihren Alltagserlebnissen. Zwei Menschen, scheinbar zusammenhanglos nebeneinander herredend, näher sich mit der bedrohlicher werdenden Geschichte immer mehr an. Sanktioniert durch die Rassengesetze, treibt die Handlung unabwendbar dem entscheidenden Punkt zu, dem Pogrom." Das Stück wendet sich an ZuschauerInnen aller Altersgruppen ab 16 Jahren und ist auch als Ergänzung zum schulischen Sozialkunde- oder Geschichtsunterricht denkbar.

1.9.-20.12.95. In diesem Zeitraum sind noch Termine frei. Info: Comic On, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 381 ist der 15.8.95.

42. Quelldatei post.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak380/post.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:380:post

Zur Zeit läuft am Magistratsgericht in London das Auslieferungsverfahren gegen Kani Yilmaz, dem Europasprecher der ERNK. Er war auf Einladung einiger britischer Parlamentsabgeordneter im Oktober 1994 nach London gekommen, um mit ihnen über die Lage in Kurdistan zu reden. Kurz nach seiner Ankunft wurde er verhaftet und seitdem unter verschärften Sicherheitsbedingungen in Einzelhaft gehalten.

Die BRD will seine Auslieferung mit der Begründung erzwingen, daß er wegen schwerer Brandstiftung gesucht werde. Kani Yilmaz hat in der Türkei schon über zehn Jahre in Gefängnissen gesessen und es ist klar, daß versucht wird, einen politischen Prozeß gegen ihn zu führen, um ihn dauerhaft ruhig zu stellen.

Zur Zeit wird in London geprüft, ob es juristisch zulässig ist, daß er an die BRD ausgeliefert wird. Auch wenn das Ergebnis positiv ist, haben die britischen Behörden die Möglichkeit, das Auslieferungsgesuch aus außenpolitischen Erwägungen oder humanitären Gründen abzulehnen. Daher ist es jetzt besonders wichtig, politischen Druck auf den britischen Innenminister auszuüben.

Wir haben über 30.000 Postkarten gedruckt und möchten Euch bitten, diese in Buchläden, Infoläden, politischen Zentren usw. auszulegen. Postkarten können gegen Portokosten bestellt werden bei:

Rote Hilfe, Ortsgruppe Göttingen, c/o Buchladen Rote Straße 10, 37073 Göttingen, Tel./Fax.: 0551/792174.